



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

3

# Staatsrechnung

Zusatzerläuterungen  
und Statistik

2016

## **Impressum**

### **Redaktion**

Eidg. Finanzverwaltung  
Internet: [www.efv.admin.ch](http://www.efv.admin.ch)

### **Vertrieb**

BBL, Verkauf Bundespublikationen, CH-3003 Bern  
[www.bbl.admin.ch/bundespublikationen](http://www.bbl.admin.ch/bundespublikationen)  
Art.-Nr. 601.300.16d

# INHALTSÜBERSICHT

- Band 1 Bericht zur Bundesrechnung**  
Zahlen im Überblick und Zusammenfassung  
Kommentar zur Jahresrechnung  
Jahresrechnung  
Kennzahlen  
Bundesbeschluss
- Band 2A Rechnung der Verwaltungseinheiten – Zahlen**  
Rechnungspositionen  
Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen
- Band 2B Rechnung der Verwaltungseinheiten – Begründungen**  
Rechnungspositionen  
Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen  
Zusätzliche Informationen zu den Krediten
- Band 3 Zusatzerläuterungen und Statistik**  
Zusatzerläuterungen  
Statistik
- Band 4 Sonderrechnungen**  
Bahninfrastrukturfonds  
Infrastrukturfonds  
Eidgenössische Alkoholverwaltung

## Aufbau der Finanzberichterstattung

*Band 1* informiert in konzentrierter Form über die finanzielle Lage des Bundeshaushalts. Der Anhang liefert wesentliche Zusatzinformationen für die Beurteilung des Zahlenwerks.

In *Band 2* werden alle Informationen im Zusammenhang mit den Rechnungspositionen (Erfolgs- und Investitionsrechnung) ausgewiesen. Im Unterschied zu den Bänden 1 und 3 sind in den Zahlen die Aufwände und Erträge aus der Leistungsverrechnung zwischen den Verwaltungseinheiten enthalten. Band 2A enthält die Zahlen, Band 2B die Begründungen.

*Band 3* geht im Kapitel «Zusatzerläuterungen» vertiefend auf einzelne Einnahmen- und Ausgabenpositionen ein und erläutert Querschnittsthemen (u.a. Personal, Investitionen, Informations- und Kommunikationstechnologien, Bundestresorerie, FLAG-Steuerung und Leistungsverrechnung). Der Statistikteil zeigt detaillierte Finanzinformationen im Mehrjahresvergleich.

*Band 4* enthält die Sonderrechnungen, welche ausserhalb der Bundesrechnung (Bände 1–3) geführt werden.



**Zusatzerläuterungen und Statistik**

Seite

<b>Zusatzerläuterungen</b>	<b>7</b>
<b>1 Zusätzliche Erläuterungen zu ausgewählten Einnahmen</b>	<b>9</b>
11 Direkte Bundessteuer	11
12 Verrechnungssteuer	13
13 Stempelabgaben	15
14 Mehrwertsteuer	16
15 Mineralölsteuer	17
16 Schwerkverkehrsabgabe	18
17 Qualität der Einnahmenschätzungen	19
<b>2 Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten</b>	<b>21</b>
21 Soziale Wohlfahrt	22
22 Finanzen und Steuern	24
23 Verkehr	26
24 Bildung und Forschung	28
25 Landesverteidigung	30
26 Landwirtschaft und Ernährung	31
27 Beziehungen zum Ausland – Internationale Zusammenarbeit	32
28 Übrige Aufgabengebiete	33
<b>3 Querschnittsthemen</b>	<b>35</b>
31 Personal	35
32 Investitionen	37
33 Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)	40
34 Beratung und Auftragsforschung	42
35 Öffentlichkeitsarbeit	43
36 Bundestresorerie	45
37 Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget FLAG	49
38 Vergleich Finanzierungs- und Erfolgsrechnung	52
39 Leistungsverrechnung zwischen Verwaltungseinheiten	55
<b>4 Subventionsüberprüfung EJPD</b>	<b>57</b>
<b>Statistik</b>	<b>65</b>
<b>A Übersicht</b>	<b>67</b>
A01 Rechnungsabschlüsse des Bundes (ordentlicher Haushalt)	67
A02 Ausserordentlicher Haushalt (Finanzierungsrechnung)	68
A03 Vorgaben der Schuldenbremse	69
<b>B Finanzierungsrechnung</b>	<b>71</b>
Einnahmen nach Kontengruppen	
B11 Einnahmen nach Kontengruppen	71
B12 Entwicklung der Einnahmen nach Kontengruppen	72
B13 Struktur der Einnahmen nach Kontengruppen	73
Ausgaben nach Kontengruppen	
B21 Ausgaben nach Kontengruppen	74
B22 Entwicklung der Ausgaben nach Kontengruppen	76
B23 Struktur der Ausgaben nach Kontengruppen	77



	Seite
Ausgaben nach Aufgabengebieten	
B31 Ausgaben nach Aufgabengebieten	78
B32 Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten	80
B33 Struktur der Ausgaben nach Aufgabengebieten	81
B34 Ausgaben nach Aufgabengebieten und Kontengruppen	82
Ausgaben und Einnahmen zweckgebundener Fonds	
B41 Spezialfinanzierungen im Fremdkapital	84
B42 Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital	86
B43 Spezialfinanzierung Strassenverkehr	87
<b>C Erfolgsrechnung</b>	<b>89</b>
C01 Ertrag nach Kontengruppen	89
C02 Aufwand nach Kontengruppen	90
C03 Entwicklung von Ertrag und Aufwand nach Kontengruppen	92
C04 Struktur von Ertrag und Aufwand nach Kontengruppen	93
C05 Ertrag und Aufwand nach Departement	94
<b>D Bilanz</b>	<b>97</b>
D01 Bilanz im Detail	97
D02 Darlehen nach Verwaltungseinheiten	100
D03 Beteiligungen nach Verwaltungseinheiten	103
D04 Kurz- und langfristige Schulden	106
<b>E Bundestresorerie</b>	<b>107</b>
E01 Geld- und Kapitalmarktschulden sowie Selbstkostensätze	107
E02 Offenlegung der ausstehenden Geldmarktschulden	108
E03 Offenlegung der ausstehenden Anleihen	109
E04 Nettozinslast	110
E05 Derivative Finanzinstrumente	110
<b>F Personal</b>	<b>111</b>
F01 Personalbezüge, Arbeitgeberbeiträge und Personalbestand	111
F02 Personalaufwand im Detail	112
F03 Höchstbezüge 2016 nach Lohnklassen	113



## ZUSATZERLÄUTERUNGEN





2016 sanken die Gesamteinnahmen als Folge des deutlichen Rückgangs der Verrechnungssteuer und der Stempelabgaben um 0,8 Prozent. Von den zwei wichtigsten Steuern wuchs die direkte Bundessteuer um 4,6 Prozent und die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer stagnierten.

**Entwicklung der Einnahmen nach Kontengruppen**

Mio. CHF	Rechnung 2015	Voranschlag 2016	Rechnung 2016	Differenz zu R 2015	
				absolut	%
<b>Ordentliche Einnahmen</b>	<b>67 580</b>	<b>66 733</b>	<b>67 013</b>	<b>-567</b>	<b>-0,8</b>
<b>Fiskaleinnahmen</b>	<b>63 192</b>	<b>62 421</b>	<b>62 613</b>	<b>-579</b>	<b>-0,9</b>
Direkte Bundessteuer	20 125	19 367	21 057	932	4,6
Verrechnungssteuer	6 617	5 696	5 233	-1 385	-20,9
Stempelabgaben	2 393	2 325	2 021	-373	-15,6
Mehrwertsteuer	22 454	23 210	22 458	3	0,0
Übrige Verbrauchssteuern	7 029	7 072	6 931	-98	-1,4
Mineralölsteuer	4 717	4 835	4 688	-29	-0,6
Tabaksteuer	2 198	2 124	2 131	-68	-3,1
Biersteuer	114	113	113	-1	-1,1
Verkehrsabgaben	2 224	2 245	2 214	-10	-0,5
Automobilsteuer	393	410	385	-9	-2,3
Nationalstrassenabgabe	373	375	375	2	0,6
Schwerverkehrsabgabe	1 457	1 460	1 454	-4	-0,2
Zölle	1 056	1 020	1 134	79	7,4
Spielbankenabgabe	272	250	274	2	0,8
Lenkungsabgaben	1 019	1 164	1 215	197	19,3
Übrige Fiskaleinnahmen	3	73	77	74	n.a.
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>1 202</b>	<b>836</b>	<b>824</b>	<b>-378</b>	<b>-31,4</b>
Anteil am Reingewinn der Alkoholverwaltung	230	239	223	-7	-3,1
Gewinnausschüttung SNB	667	333	333	-333	-50,0
Zunahme des Münzumsatzes	68	52	47	-21	-30,9
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	206	186	199	-7	-3,3
Übrige Regalien und Konzessionen	32	26	22	-9	-29,7
<b>Finanzeinnahmen</b>	<b>1 218</b>	<b>1 014</b>	<b>1 165</b>	<b>-53</b>	<b>-4,4</b>
Zinseinnahmen	282	193	261	-20	-7,2
Beteiligungseinnahmen	802	821	828	26	3,2
Übrige Finanzeinnahmen	135	0	76	-59	-43,7
<b>Übrige laufende Einnahmen</b>	<b>1 738</b>	<b>1 731</b>	<b>1 700</b>	<b>-38</b>	<b>-2,2</b>
Entgelte	1 182	1 203	1 167	-15	-1,2
Wehrpflichtersatzabgabe	173	175	174	1	0,5
Gebühren	260	257	286	27	10,2
Rückerstattungen	-	4	-	-	-
EU Zinsbesteuerung	71	73	38	-33	-46,4
Übrige Entgelte	678	694	669	-9	-1,3
Verschiedene Einnahmen	556	529	533	-23	-4,2
<b>Investitionseinnahmen</b>	<b>231</b>	<b>729</b>	<b>711</b>	<b>480</b>	<b>207,8</b>

n.a.: nicht ausgewiesen

Die *Mehrwertsteuer* (Anteil: 33,5 %) und die *direkte Bundessteuer* (Anteil: 31,4 %) sind die wichtigsten Einnahmequellen des Bundes. Diese beiden Steuern machen für sich allein genommen knapp zwei Drittel der Bundeseinnahmen aus (64,9 %; siehe nachstehende Grafik). Die Höhe der Einnahmen aus der MWST ist praktisch identisch mit derjenigen des Vorjahres. Dies lässt sich namentlich durch die negativen Auswirkungen der Debitoren-Rückbuchungen in Höhe von 127 Millionen erklären. Der Anteil der MWST an den Bundeseinnahmen liegt jedoch gegenüber

2015 um 0,3 Prozentpunkte höher. Der Ertrag aus der direkten Bundessteuer nahm gegenüber dem Vorjahr um 4,6 Prozent zu und der Anteil dieser Steuer an den Gesamteinnahmen stieg um 1,6 Prozentpunkte. Diese Entwicklung kann hauptsächlich durch die höheren Reingewinne von juristischen Personen (+ 8,6 %) erklärt werden, wobei die Steuern auf dem Einkommen natürlicher Personen ebenfalls eine – wenn auch moderatere – Zunahme verzeichnet haben (+1,6 %).

Gegenüber 2015 nahm der Ertrag aus der *Verrechnungssteuer* (Anteil: 7,8%) um 20,9 Prozent ab, insbesondere wegen den deutlich rückläufigen Eingängen vorwiegend aus den Dividendenaus-schüttungen. Auch die Rückerstattungen fielen geringer aus, doch die Abnahme war weniger ausgeprägt. Der Anteil dieser Steuer liegt damit 2 Prozentpunkte tiefer als 2015.

Der Ertrag aus der *Mineralölsteuer* (Anteil: 7,0%) nimmt weiter ab (-0,6%), jedoch langsamer als 2015. Zurückzuführen ist dies insbesondere auf die Mindereinnahmen, die aus der Förderung um-weltschonender Treibstoffe resultieren.

Die Einnahmen aus der *Tabaksteuer* (Anteil: 3,2%) verringerten sich 2016 um 3,1 Prozent. Ausschlaggebend für diese Entwick-lung ist in erster Linie der Anstieg des Einkaufstourismus in den Grenzregionen, wo sich die Preisunterschiede bei Zigaretten auf-grund der Frankenstärke vergrößert haben.

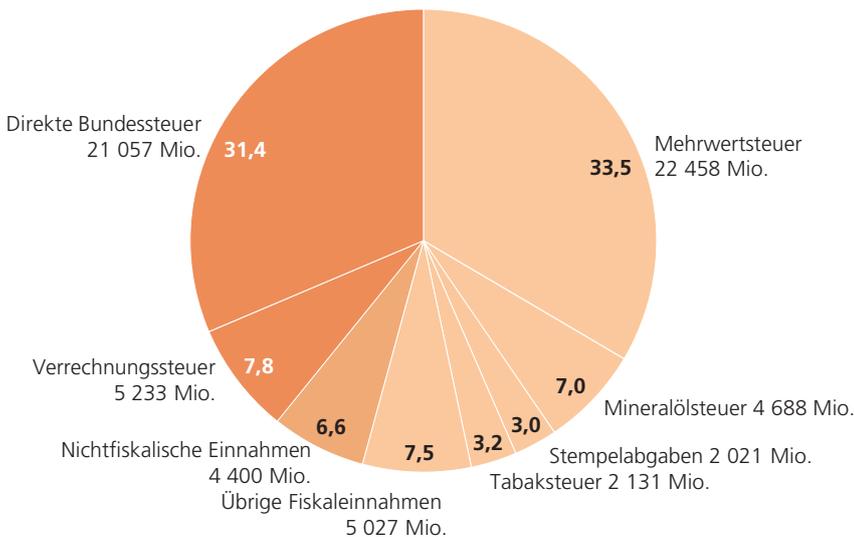
Die Einnahmen aus den *Stempelabgaben* (Anteil: 3,0%) waren 2016 stark rückläufig (-15,6%). Der Anteil dieser Steuer an den Bundeseinnahmen liegt damit gegenüber 2015 um 0,5 Prozent-punkte tiefer.

Die übrigen Einnahmen sind im Einzelnen von untergeordneter Bedeutung, in der Summe dennoch gewichtig: *Übrige Fiskal-einnahmen* (Anteil: 7,5%) und *nichtfiskalische Einnahmen* (Anteil: 6,6%). Im Vergleich zu 2015 bleibt die Bedeutung dieser beiden Ertragskategorien in etwa unverändert.

Im Folgenden wird die Entwicklung einzelner Komponenten der ordentlichen Bundeseinnahmen ausführlich kommentiert und die Qualität der Einnahmenschätzung analysiert.

### Einnahmen 2016 Anteile in %

Ordentliche Einnahmen



Für 2016 sank der Anteil der *Verrechnungssteuer* an den ordent-lichen Gesamteinnahmen um 2 Prozentpunkte, derjenige der *direkten Bundessteuer* ist jedoch um 1,6 Prozentpunkte gestiegen. Die *DBST* und die *MWST* bleiben die zwei wichtigsten Steuern.

## 11 Direkte Bundessteuer

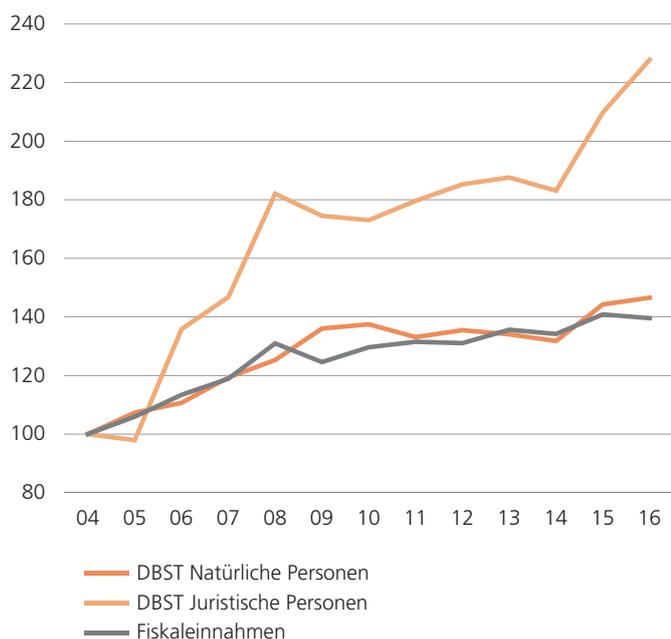
Mio. CHF	Rechnung 2015	Voranschlag 2016	Rechnung 2016	Differenz zu R 2015 absolut	%
<b>Direkte Bundessteuer</b>	<b>20 125</b>	<b>19 367</b>	<b>21 057</b>	<b>932</b>	<b>4,6</b>
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	29,8	29,0	31,4		
Steuer auf Reingewinn juristischer Personen	9 806	9 235	10 648	842	8,6
Steuer auf Einkommen natürlicher Personen	10 474	10 292	10 641	167	1,6
Pauschale Steueranrechnung	-155	-160	-232	-77	-49,4

Die direkte Bundessteuer wird auf dem Einkommen der natürlichen Personen sowie auf dem Reingewinn juristischer Personen erhoben. Die Vereinnahmung der Steuer aus einem bestimmten Steuerjahr kann sich aber über mehrere Jahre erstrecken. Der Grund dafür liegt im Veranlagungs- und Ablieferungsverfahren: Zwischen der ersten provisorischen Rechnungsstellung aufgrund der letzten Steuererklärung und der definitiven Veranlagung durch die Kantone vergehen meist ein bis zwei Jahre (vgl. Schema am Ende der Ziffer). Das Rechnungsjahr 2016 war das sogenannte «Hauptfälligkeitsjahr» für die Steuerperiode 2015. Im Hauptfälligkeitsjahr stammen in der Regel rund 75 Prozent der Einnahmen aus dem Vorjahr, der Rest aus früheren Steuerperioden und aus frühzeitigen Fälligkeiten (z.B. Quellensteuern, ratenweise Vorausablieferungen). Aufgrund von Erfahrungswerten werden Annahmen über die Verteilung auf die Jahre getroffen, die zusammen mit der Prognose der Sollerträge (Erträge des Steuerjahres) eine wichtige Rolle bei der Schätzung der Einnahmen der direkten Bundessteuer spielen.

Im Rechnungsjahr 2016 belaufen sich die Einnahmen der direkten Bundessteuer auf 21 057 Millionen. Der Budgetwert wurde insgesamt um 1,7 Milliarden oder 8,7 Prozent übertroffen. Der Prognosefehler ist insbesondere auf die Gewinnsteuern zurückzuführen. Diese wurden insgesamt um 1,4 Milliarden oder 15,3 Prozent unterschätzt. Bei der Einkommenssteuer fällt der Prognosefehler mit einer Überschätzung von 349 Millionen oder 3,4 Prozent verhältnismässig gering aus.

Insgesamt betrachtet wurden die Eingänge aus sämtlichen Steuerperioden unterschätzt. In absoluten Zahlen ausgedrückt ereignete sich bei den Einnahmen aus dem Steuerjahr 2016, d.h. den vorzeitig abgelieferten Beträgen, der grösste Prognosefehler: Im Vergleich zum Budget liegen die Einnahmen um 1,4 Milliarden (+70 %) höher. Dabei wurden die Gewinnsteuern stärker unterschätzt (+0,9 Mrd.) als die Einkommensteuer (+0,4 Mrd.). Eine genauere Betrachtung der Gewinnsteuern zeigt zudem, dass auslaufende Steuerermässigungen im Rahmen der Lex Bonny zu bedeutenden Mehreinnahmen (rund 500 Mio.) geführt haben. Die

**Direkte Bundessteuer**  
Indexiert; 2004=100



Seit der letzten Rezession im Jahr 2009 haben sich die Einnahmen der direkten Bundessteuer lange nur noch seitwärts bewegt. In den beiden letzten Jahren haben insbesondere die Gewinnsteuern wieder eine hohe Dynamik gezeigt.

betroffenen Unternehmen weisen einen unterjährigen Geschäftsabschluss auf, weswegen die entsprechenden Steuern als Vorausablieferungen geführt werden. Auch die Eingänge aus früheren Steuerperioden haben die Erwartungen um rund 140 Millionen (+ 5,0 %) übertroffen. Auch hier ist der Prognosefehler insbesondere auf die Gewinnsteuern (+12,3 %) zurückzuführen, während die Einkommensteuern sehr nahe am Budgetwert lagen (-0,5 %). Dieses Muster ist auch bei den Einnahmen aus der Steuerperiode 2015 zu beobachten, aus welcher mit 14,9 Milliarden der Löwenanteil der Einnahmen stammt: Insgesamt wurden

diese um rund 250 Millionen unterschätzt, mit einem Prognosefehler von 4,4 Prozent bei den Gewinnsteuern und -0,8 Prozent bei den Einkommensteuern.

Die Einnahmen aus der direkten Bundessteuer stehen dem Bund nicht vollumfänglich zur Verfügung. 17 Prozent oder rund 3,6 Milliarden der gesamten Erträge der natürlichen und juristischen Personen, vor Abzug der pauschalen Steueranrechnung (232 Mio.), gehen an die Kantone.

### Direkte Bundessteuer: Veranlagungsverfahren



Die provisorische Veranlagung erfolgt zum Grossteil noch aufgrund der Angaben über die Einkommenslage von 2014. Die Steuererklärung über die im Jahr 2015 erwirtschafteten Einkommen wird erst im späteren Verlauf von 2016 (oder im Jahr 2017) ausgewertet.

## 12 Verrechnungssteuer

Mio. CHF	Rechnung 2015	Voranschlag 2016	Rechnung 2016	Differenz zu R 2015	
				absolut	%
<b>Verrechnungssteuer</b>	<b>6 617</b>	<b>5 696</b>	<b>5 233</b>	<b>-1 385</b>	<b>-20,9</b>
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	9,8	8,5	7,8		
Verrechnungssteuer (Schweiz)	6 588	5 675	5 195	-1 393	-21,1
Steuerrückbehalt USA	29	21	37	8	26,6

Die Rechnung 2016 schliesst mit 5,2 Milliarden Einnahmen aus der Verrechnungssteuer ab. Das entspricht einem Rückgang von 21 Prozent gegenüber 2015 und Mindereinnahmen von 0,5 Milliarden gegenüber dem Voranschlag.

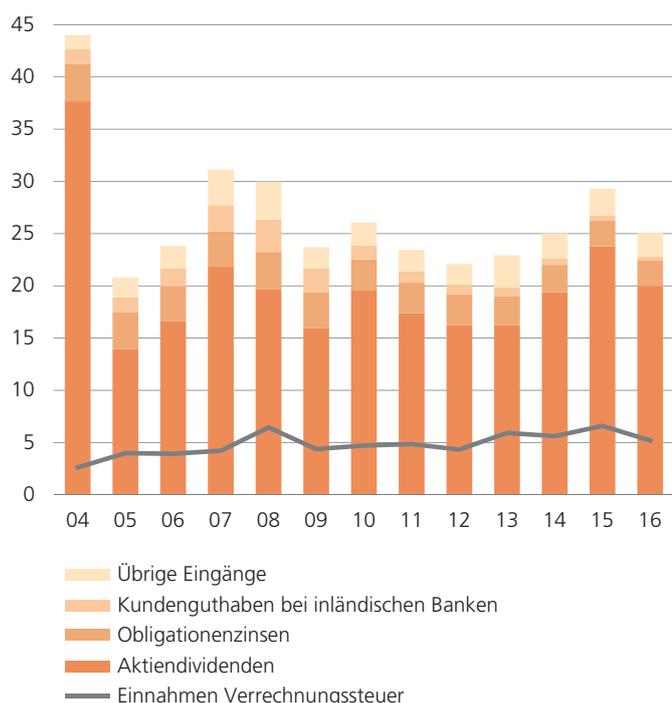
Die Einnahmen aus der Verrechnungssteuer ergeben sich als Saldo aus den Eingängen und den Rückerstattungen. Die Eingänge nahmen um 4,2 Milliarden ab und die Rückerstattungen um 2,8 Milliarden, so dass die Einnahmen zurückgingen. Die Rückerstattungsquote, welche das Verhältnis zwischen Eingängen und Rückerstattungen zeigt, stieg auf 79,3 Prozent (2015: 77,5%).

Der grösste Teil der Mindereinnahmen ist auf geringere *Eingänge* aus Dividenden zurückzuführen. Die Verrechnungssteuereinnahmen aus zinstragenden Anlagen wie Obligationen, Geldmarktpapieren und Girokonten gingen ebenfalls erneut zurück. Damit setzt sich der seit längerem von den niedrigen Zinsen ausgelöste Trend fort.

Die tieferen *Rückerstattungen* sind ausschliesslich den juristischen Personen geschuldet. Rückerstattungen an natürliche Personen sowie Rückerstattungen im Rahmen von Doppelbesteuerungsabkommen legten hingegen leicht zu. Eine Differenzierung der Rückerstattungen nach der jeweiligen Steuergrundlage (Dividenden, Zinsen, etc.) ist nicht möglich. Grundsätzlich dürften die tieferen Eingänge aus Dividenden aber mit den tieferen Rückerstattungen an juristische Personen zusammenhängen.

Auf Basis der Parlamentarischen Initiative 13.479 beschloss das Parlament am 30.9.2016, dass seit 2011 erhobene Verzugszinsen auf der geschuldete Verrechnungssteuer im Meldeverfahren rückwirkend zurückerstattet werden. Dadurch mussten Forderungen im Umfang von insgesamt 483 Millionen zurückgebucht oder abgegrenzt werden (403 Mio. bzw. 80 Mio.), die das Verrechnungssteuerergebnis finanzwirksam belasten.

**Verrechnungssteuer** in Mrd.  
Einnahmen und Struktur der Eingänge



Die Einnahmen aus der Verrechnungssteuer gingen 2016 zum ersten Mal seit 2012 zurück. Das Ergebnis liegt auch unter dem Budget (-463 Mio.), was vor allem auf die vom Parlament beschlossene Rückerstattung von Strafzinsen (483 Mio.) zurückzuführen ist.

Die Rückerstattungsquote schwankte in den vergangenen Jahren zwischen 77 und 82 Prozent. Die *Einführung des automatischen Informationsaustausches (AIA)* in Steuerfragen könnte in Zukunft zu höheren Rückforderungen bei der Verrechnungssteuer führen. Die Rechtsgrundlagen für die Einführung des AIA sind am 1.1.2017 in Kraft getreten. Ab 2017 können Daten gesammelt werden, und ab 2018 kann ein erster Datenaustausch erfolgen. Mit der EU hat die Schweiz ein entsprechendes Abkommen unterzeichnet. Mit verschiedenen anderen Ländern wurden

Erklärungen zur Einführung des AIA unterzeichnet. Mit dem Austausch von Finanzkontendaten soll die Steuerhinterziehung bekämpft werden. Dies könnte dazu führen, dass ausländische Steuerpflichtige die Verrechnungssteuer in grösserem Ausmass zurückfordern. Der effektive Zeitpunkt sowie das Ausmass der Auswirkungen sind jedoch sehr ungewiss. Den potenziellen Einnahmefällen bei der Verrechnungssteuer stehen zudem potenzielle Mehreinnahmen bei der direkten Bundessteuer von inländischen Steuerpflichtigen gegenüber.

#### Verrechnungssteuer - Komponenten und Rückerstattungsquote

Mio. CHF	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
<b>Eingänge</b>	<b>29 980</b>	<b>23 702</b>	<b>26 056</b>	<b>23 449</b>	<b>22 081</b>	<b>22 923</b>	<b>25 037</b>	<b>29 297</b>	<b>25 073</b>
Veränderung in %	-3,8	-20,9	9,9	-10,0	-5,8	3,8	9,2	17,0	-14,4
<b>Rückerstattungen</b>	<b>23 534</b>	<b>19 329</b>	<b>21 342</b>	<b>18 600</b>	<b>17 757</b>	<b>17 004</b>	<b>19 429</b>	<b>22 709</b>	<b>19 878</b>
Veränderung in %	-12,6	-17,9	10,4	-12,8	-4,5	-4,2	14,3	16,9	-12,5
Bund	16 140	11 249	12 211	9 809	8 052	8 552	8 987	12 598	9 397
Kantone	4 042	4 683	5 693	5 271	5 349	5 570	6 539	6 088	6 254
DBA	3 351	3 397	3 439	3 521	4 356	2 881	3 903	4 022	4 226
<b>Verrechnungssteuer (Schweiz)</b>	<b>6 446</b>	<b>4 373</b>	<b>4 714</b>	<b>4 849</b>	<b>4 324</b>	<b>5 920</b>	<b>5 608</b>	<b>6 588</b>	<b>5 195</b>
Veränderung in %	53,1	-32,2	7,8	2,9	-10,8	36,9	-5,3	17,5	-21,1
<b>Rückerstattungsquote in %</b>	<b>78,5</b>	<b>81,6</b>	<b>81,9</b>	<b>79,3</b>	<b>80,4</b>	<b>74,2</b>	<b>77,6</b>	<b>77,5</b>	<b>79,3</b>

### 13 Stempelabgaben

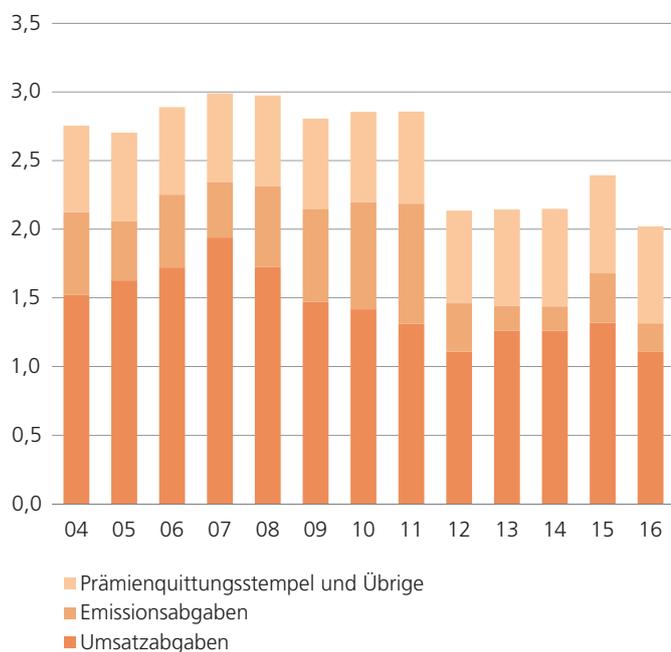
Mio. CHF	Rechnung 2015	Voranschlag 2016	Rechnung 2016	Differenz zu R 2015	
				absolut	%
<b>Stempelabgaben</b>	<b>2 393</b>	<b>2 325</b>	<b>2 021</b>	<b>-373</b>	<b>-15,6</b>
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	3,5	3,5	3,0		
<b>Emissionsabgabe</b>	<b>360</b>	<b>135</b>	<b>209</b>	<b>-151</b>	<b>-42,0</b>
<b>Umsatzabgabe</b>	<b>1 319</b>	<b>1 455</b>	<b>1 106</b>	<b>-212</b>	<b>-16,1</b>
Inländische Wertpapiere	195	230	165	-30	-15,3
Ausländische Wertpapiere	1 123	1 225	941	-183	-16,3
<b>Prämienquittungsstempel und Übrige</b>	<b>715</b>	<b>735</b>	<b>706</b>	<b>-9</b>	<b>-1,2</b>

Die Erträge aus den Stempelabgaben sanken im Vergleich zum Vorjahr um 373 Millionen (-15,6%) und unterschritten den budgetierten Ertrag um 304 Millionen (-13,1 %). Gegenüber dem Vorjahr gingen alle Stempelabgaben zurück. Im Vergleich zum Budget fielen nur bei der Emissionsabgabe Mehreinnahmen an.

#### Reformprojekte

Am 17.3.2016 beschloss der Nationalrat, die für 2017 erwartete Abschaffung der Emissionsabgabe aus der Unternehmenssteuerreform III herauszulösen. Diese Vorlage wird nun gesondert von der Wirtschafts- und Abgabekommission des Nationalrats behandelt. Zudem hat die WAK-N am 19.4.2016 beschlossen, die Abschaffung der Umsatzabgabe und des Prämienquittungsstempels wieder aufzunehmen.

Stempelabgaben in Mrd.



Die Entwicklung der Stempelabgaben ist stark von der Umsatzabgabe geprägt. Nach Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2007 sank der Ertrag aus der Umsatzabgabe mehrere Jahre in Folge, bevor er 2013 wieder anstieg. Im letzten Jahr sank der Ertrag aus der Umsatzabgabe wieder auf das Niveau von 2012 (-16,1%).

14 Mehrwertsteuer

Mio. CHF	Rechnung 2015	Voranschlag 2016	Rechnung 2016	Differenz zu R 2015 absolut	%
<b>Mehrwertsteuer</b>	<b>22 454</b>	<b>23 210</b>	<b>22 458</b>	<b>3</b>	<b>0,0</b>
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	33,2	34,8	33,5		
<b>Allgemeine Bundesmittel</b>	<b>17 307</b>	<b>17 890</b>	<b>17 310</b>	<b>2</b>	<b>0,0</b>
<b>Zweckgebundene Mittel</b>	<b>5 147</b>	<b>5 320</b>	<b>5 148</b>	<b>1</b>	<b>0,0</b>
Krankenversicherung 5%	911	940	911	0	0,0
Finanzierung AHV	2 326	2 410	2 326	0	0,0
Bundesanteil am AHV-Prozent (17%)	476	490	476	0	0,0
MWST-Zuschlag 0.4% für die IV	1 120	1 160	1 121	0	0,0
Finanzierung Bahninfrastruktur	314	320	314	0	0,0

Die Einnahmen der Mehrwertsteuer beliefen sich im Rechnungsjahr 2016 auf 22,5 Milliarden. Sie stagnierten damit auf dem Vorjahresniveau. Dafür verantwortlich war insbesondere die Inlandsteuer, welche im Vergleich zum Vorjahr um 0,8 Prozent abnahm. Dieser Rückgang konnte dank einem Zuwachs der an der Grenze erhobene Importsteuer (+1,0%) kompensiert werden. Insgesamt hielten die Einnahmen aber nicht mit dem Wachstum des nominalen Bruttoinlandprodukts (+0,7 %) Schritt.

Wie die untenstehende Grafik verdeutlicht, ist das Wachstum der Mehrwertsteuereinnahmen eng mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung verbunden. Daher werden auch die Prognosen für das nominale Bruttoinlandprodukt (BIP) als Grundlage für die Schätzung der Mehrwertsteuereinnahmen verwendet.

Allerdings werden die Einnahmen aus verschiedenen Gründen nie perfekt dem Wirtschaftswachstum folgen.

Einerseits wird die Steuerbasis der Mehrwertsteuer nur unvollständig durch das BIP abgebildet. So wird die Steuer grundsätzlich auf der inländischen Wertschöpfung erhoben sowie auf Importen (nicht Teil des BIP), aber nicht auf Exporten (Teil des BIP). Andererseits entspricht die besteuerte Zeitperiode nicht genau dem Kalenderjahr. Die Steuer wird in der Regel 60 Tage nach einer abgelaufenen Abrechnungsperiode fällig. Die Einnahmen eines Kalenderjahres entstammen deshalb zum grössten Teil aus den ersten drei Quartalen des betreffenden Jahres sowie aus dem letzten Quartal des vorangehenden Jahres und nicht – wie das jährliche BIP – alleine aus dem Rechnungsjahr.

Entwicklung Mehrwertsteuer und nominales BIP in %



Die Entwicklung der Mehrwertsteuer ist eng an das nominale BIP-Wachstum geknüpft, wobei Steuersatzänderungen und Unterschiede zwischen der Bemessungsgrundlage der MWST und dem nominalen BIP zu Abweichungen führen können.

## 15 Mineralölsteuer

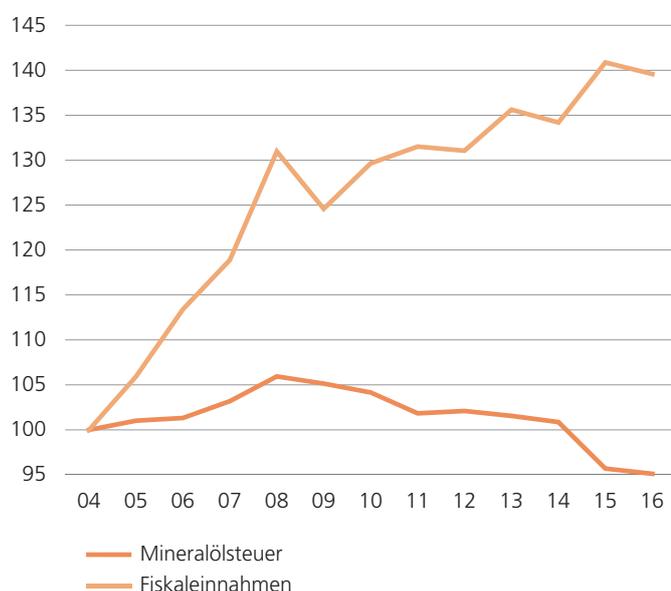
Mio. CHF	Rechnung 2015	Voranschlag 2016	Rechnung 2016	Differenz zu R 2015	
				absolut	%
<b>Mineralölsteuern</b>	<b>4 717</b>	<b>4 835</b>	<b>4 688</b>	<b>-29</b>	<b>-0,6</b>
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	7,0	7,2	7,0		
Mineralölsteuer auf Treibstoffen	2 821	2 890	2 805	-16	-0,6
Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen	1 877	1 925	1 866	-11	-0,6
Mineralölsteuer auf Brennstoffen und Übrige	19	20	17	-2	-8,8

Mit einem Minus von 0,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr sind die Einnahmen aus der Mineralölsteuer erneut leicht rückläufig. Tendenziell gehen die Einnahmen aus der Mineralölsteuer seit dem Rechnungsjahr 2008 zurück. Nebst der Entwicklung von Wirtschaft und Euro-Wechselkurs sind dafür die folgenden Einflussfaktoren massgebend:

- *Fahrzeugbestand*: 2016 waren nahezu 6 Millionen Strassenmotorfahrzeuge in der Schweiz immatrikuliert. Der Bestand hat im Rechnungsjahr um 1,6 Prozent zugenommen. 2016 wurden insgesamt 414 986 Neuwagen verkauft (-2,9 % ggü. Vorjahr).
- Mit dem Fahrzeugbestand nimmt generell auch die *Anzahl der zurückgelegten Kilometer* zu. Der Durchschnitt pro Fahrzeug war bei den Personenwagen allerdings in den vergangenen Jahren leicht rückläufig.
- Der *durchschnittliche Verbrauch neuer Fahrzeuge* ist meist geringer als derjenige der alten Fahrzeuge derselben Kategorie. Er betrug im Jahr 2015 noch 5,84 l/100 km. Umgerechnet in CO<sub>2</sub>-Emissionen belief sich der Durchschnitt auf 135 g/km. Damit wurde die CO<sub>2</sub>-Zielvorgabe für das Jahr 2015 von 130 g/km knapp verpasst. Im Rahmen des ersten Massnahmenpakets zur Energiestrategie 2050 ist vorgesehen, die CO<sub>2</sub>-Emissionsvorschriften für neue Personenwagen bis 2020 auf 95 g/km zu senken. Zudem sollen die Vorschriften auf Lieferwagen und leichte Sattelschlepper ausgeweitet werden (bis 2020 auf 147 g/km). Von einer Fortsetzung des Einnahmerückgangs ist daher auszugehen.
- Schliesslich hat in den letzten Jahren die *Verwendung von steuerbefreiten Biotreibstoffen* an Bedeutung gewonnen. Die dadurch entgangenen Einnahmen sind im Jahr 2016 auf rund 188 Millionen angestiegen (2015: rund 80 Mio.). Auf die im Mineralölsteuergesetz vorgesehene Kompensation der Einnahmefälle durch eine höhere Steuer auf Benzin hat der Bundesrat bisher verzichtet.

### Mineralölsteuer und Fiskaleinnahmen

Indexiert; 2004=100



Die Einnahmen aus der Mineralölsteuer haben im Jahr 2008 ihr Maximum erreicht. Seitdem gehen die Einnahmen in der Tendenz zurück. Der Hauptgrund dafür ist der sinkende durchschnittliche Treibstoffverbrauch der Fahrzeuge. Vor diesem Hintergrund nimmt der Anteil der Mineralölsteuereinnahmen an den Fiskaleinnahmen stetig ab.

## 16 Schwerverkehrsabgabe

Mio. CHF	Rechnung 2015	Voranschlag 2016	Rechnung 2016	Differenz zu R 2015	
				absolut	%
<b>Schwerverkehrsabgabe</b>	<b>1 457</b>	<b>1 460</b>	<b>1 454</b>	<b>-4</b>	<b>-0,2</b>
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	2,2	2,2	2,2		
Einlage in die Bahnfonds	721	890	894	174	24,1
Ungedeckte Kosten des Schwerverkehrs	225	52	52	-173	-76,9
Kantonsanteile	473	471	473	0	0,1
Übrige	39	47	34	-5	-12,7

Die Einnahmen aus der Schwerverkehrsabgabe (LSVA) liegen 4 Millionen unter dem Vorjahreswert. Verantwortlich für diesen leichten Rückgang sind in erster Linie die Ausfälle, die aus der Umstellung des Fahrzeugparks resultieren. Der Rückgang ist bei den inländischen Fahrzeugen (-1,1 %) ausgeprägter als bei den ausländischen (-0,4 %).

Die Umstellung des Fahrzeugparks auf emissionsärmere und damit weniger stark besteuerte Fahrzeuge ist im vergangenen Jahr weiter fortgeschritten. Der Anteil der stärker belasteten Fahrzeuge (EURO 0-IV) am Total der Verkehrsleistung (gemessen in Bruttotonnenkilometern) beträgt 2016 im Jahresdurchschnitt lediglich noch 10 Prozent gegenüber 13 Prozent im 2015. Die häufigste Emissionsklasse der EURO-V-Fahrzeuge vereint 2016 noch rund 50 Prozent der Tonnenkilometer auf sich, während es im Vorjahr noch über 60 Prozent waren. Der Anteil der EURO-VI-Fahrzeuge, die 2016 noch eine Tarifiermässigung von 10 Prozent erhielten, ist von 26 Prozent im 2015 auf knapp 40 Prozent im 2016 angestiegen. Der Abgabesatz, den die Fahrzeughalter für die 2016 geleisteten Tonnenkilometer im Durchschnitt bezahlten, ist damit gegenüber dem Vorjahr um 1,5 Prozent gesunken. Insgesamt ergeben sich aus dem vermehrten Einsatz von emissionsärmeren Fahrzeugen infolge Umstellung des Fahrzeugparks Mindereinnahmen von rund 35 Millionen.

Weitere bedeutende Mindereinnahmen aus der LSVA in Höhe von fast 13 Millionen sind auf eine Rückerstattung für die Fahrten im Zusammenhang mit dem unbegleiteten kombinierten Verkehr (UKV) zurückzuführen. Diese negativen Auswirkungen

auf die Höhe der LSVA-Einnahmen (Umstellung des Fahrzeugparks und ausserordentliche Rückerstattung) konnten durch die zusätzlichen Einnahmen infolge einer leichten Steigerung der Verkehrsleistung nur teilweise kompensiert werden.

Gegenüber dem Voranschlag fielen die Einnahmen aus der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe um 6 Millionen oder 0,4 Prozent tiefer aus. Diese geringfügige Abweichung vom Budget erklärt sich mit dem Rückerstattungsbetrag für die Fahrten im Zusammenhang mit dem unbegleiteten kombinierten Verkehr (UKV). Die damalige Annahme, es komme infolge der Umstellung des Fahrzeugparks zu Mindereinnahmen, welche auch so budgetiert wurden, hat sich als richtig erwiesen. Umgekehrt wurde bei der Budgetierung ein leichter Rückgang der gefahrenen Kilometer und demzufolge ein leichter Rückgang der Verkehrsleistung zwischen 2015 und 2016 erwartet. Diese Annahme erwies sich jedoch nicht als zutreffend, denn von 2015 bis 2016 konnte eine leichte Steigerung verzeichnet werden.

Der Ertrag aus der Schwerverkehrsabgabe ist zweckgebunden. Nach Abzug der Debitorenverluste sowie der Entschädigung der Kantone für den Vollzug der LSVA und die polizeilichen Kontrollen werden zwei Drittel dem Bund und ein Drittel den Kantonen zugewiesen. Der Bundesanteil floss bis 2010 vollständig in den Fonds für Eisenbahngrossprojekte. Seit 2011 wird ein Teil (nach Art. 85 Abs. 2 BV) zur Deckung der vom Strassenverkehr verursachten (externen) Kosten verwendet und den Mitteln zugewiesen, die für den Bundesbeitrag an die individuelle Prämienverbilligung bestimmt sind.

## 17 Qualität der Einnamenschätzungen

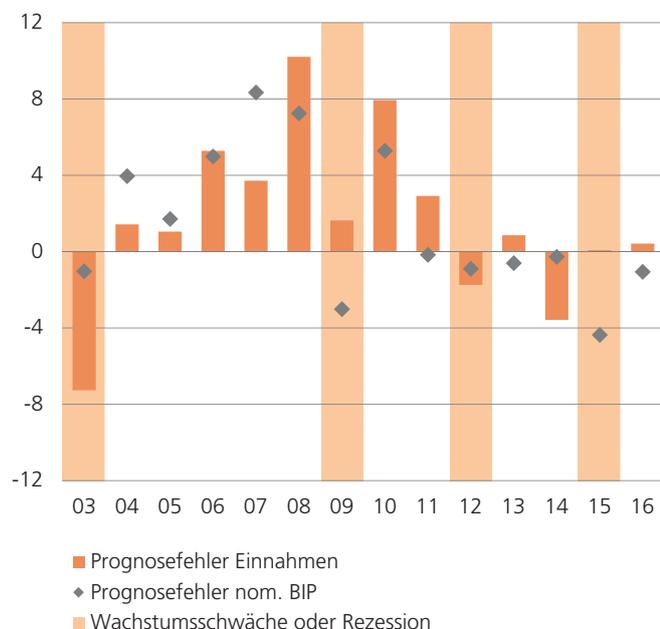
Im Jahr 2016 fällt die Budgetabweichung mit 280 Millionen oder 0,4 Prozent historisch betrachtet gering aus. Der Prognosefehler liegt deutlich unter dem Durchschnitt seit Einführung der Schuldenbremse im Jahr 2003 (1,6%). Einzig im Jahr 2015 fielen die Einnamenschätzungen mit einem Prognosefehler von 0,1 Prozent noch kleiner aus.

### Prognosefehler im zeitlichen Verlauf

Die nachfolgende Grafik veranschaulicht die Fehler bei der Prognose der ordentlichen Einnahmen des Bundes seit Einführung der Schuldenbremse im Jahr 2003. Die Prognosefehler sind in Prozent des Voranschlagswertes ausgedrückt, um einen unverzerrten Vergleich über die Zeit zu ermöglichen. Ein positiver Prognosefehler bedeutet, dass die Einnahmen unterschätzt worden sind beziehungsweise dass die effektiven Einnahmen den Budgetwert übertrafen haben. Ein negativer Prognosefehler signalisiert eine Überschätzung der Einnahmen.

Im Jahr 2003 ereignete sich mit einem negativen Prognosefehler von 7,3 Prozent die grösste Überschätzung der ordentlichen Einnahmen. Hingegen wurden die Einnahmen im Jahr 2008 mit einem positiven Prognosefehler von 10,2 Prozent am stärksten unterschätzt. Die starken Schwankungen der Prognosefehler sind nicht zuletzt Ausdruck der zahlreichen Schwierigkeiten und Unsicherheiten, welchen die Schätzungen der ordentlichen Einnahmen des Bundes unterliegen. So müssen neben der Einschätzung der volkswirtschaftlichen Entwicklung und deren Einfluss auf das Steueraufkommen des Bundes auch Änderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen berücksichtigt werden, deren finanziellen Auswirkungen oftmals nur schwer voraussehbar sind. Die Einnamenschätzungen werden durch den relativ langen Prognosehorizont von bis zu 20 Monaten bis zum Abschluss des entsprechenden Rechnungsjahres zusätzlich erschwert. Die Qualität der Einnamenschätzungen wird mit jedem Rechnungsergebnis neu evaluiert. Dabei interessiert sowohl die Schätzqualität der Gesamteinnahmen wie auch jene der einzelnen Einnahmenkategorien. Es wird besonders Wert darauf gelegt, dass die Einnahmen des Bundes weder systematisch über- noch unterschätzt werden.

Prognosefehler der ordentlichen Einnahmen in %  
der Einnahmen resp. des nom. BIP gemäss VA



Die Fehler der Einnahmen- und Wirtschaftsprognosen sind eng miteinander verbunden. Beide weisen ein konjunkturelles Muster auf: Die Entwicklung des BIP bzw. der Einnahmen wird insbesondere in wachstumsschwachen Phasen überschätzt. In konjunkturell günstigeren Zeiten hingegen sind die Prognosefehler fast durchwegs positiv.

### Prognosefehler nach Einnahmenart

Um die Qualität der Einnahmenschätzung über einen längeren Zeitraum zu untersuchen, eignet sich der durchschnittliche absolute Prognosefehler als einfaches Mass. Seit Einführung der Schuldenbremse im Jahr 2003 beträgt dieser für die ordentlichen Einnahmen des Bundes 3,4 Prozent. Somit werden die Einnahmen jedes Jahr durchschnittlich um 3,4 Prozent des Voranschlagswertes über- oder unterschätzt. Hinter dieser Zahl verbergen sich allerdings grosse Unterschiede zwischen den verschiedenen Einnahmenkategorien. Von den grossen Fiskaleinnahmen waren im selben Zeitraum die Schätzungen der *Mineralölsteuereinnahmen* am genauesten: Hier wurden die Einnahmen durchschnittlich nur um 1,9 Prozent des Voranschlagswertes über- oder unterschätzt. Dicht dahinter folgen die Schätzungen der *Mehrwertsteuereinnahmen* mit einem durchschnittlichen absoluten Prognosefehler von 2,1 Prozent. Während die Genauigkeit der Einnahmenschätzungen der *direkten Bundessteuer* (4,5 %) im Vergleich zu den Gesamteinnahmen nur wenig schlechter ausfällt, sind bei den *Stempelabgaben* und insbesondere bei der *Verrechnungssteuer* deutliche Ausreisser zu beobachten: Die durchschnittlichen absoluten Prognosefehler betragen bei diesen Einnahmen 8,1 Prozent beziehungsweise 34,8 Prozent. Sie widerspiegeln die starke Volatilität dieser Einnahmen.

### Konjunkturelles Muster der Prognosefehler

Die hinterlegten Flächen in der Grafik markieren die Jahre, in denen sich die Schweizer Volkswirtschaft in einer Wachstumschwäche oder Rezession befand, also in Phasen, in denen die Gesamtwirtschaft nicht voll ausgelastet war und die Wachstumsrate des realen Bruttoinlandprodukts unter ihrem langfristigen Potenzial – oder im Fall der Rezession sogar im negativen Bereich – lag. Mit dieser Darstellung lässt sich ein Muster in der Entwicklung der Prognosefehler erkennen: So werden die Einnahmen während eines wirtschaftlichen Abschwungs ten-

denziell überschätzt (negativer Prognosefehler) und in der nachfolgenden Aufschwungsphase eher unterschätzt (positiver Prognosefehler). Über einen Konjunkturzyklus hinweg dürften sich diese Schätzfehler gegenseitig aufwiegen. Dies war auch seit Einführung der Schuldenbremse annähernd der Fall. So summieren sich die negativen und positiven Prognosefehler bei den ordentlichen Einnahmen auf rund 13,1 Milliarden. Dies entspricht, bezogen auf die insgesamt vereinnahmten ordentlichen Einnahmen des Bundes in dieser Zeitperiode (rund 840 Mrd.), einem durchschnittlichen Prognosefehler von rund 1,6 Prozent. Mit anderen Worten wurden die ordentlichen Einnahmen seit 2003 durchschnittlich um 1,6 Prozent zu tief geschätzt. Allerdings ist dieser Mittelwert statistisch gesehen nicht signifikant von null verschieden, das heisst die Einnahmen wurden nicht systematisch über- oder unterschätzt.

### Abhängigkeit von Wirtschaftsprognosen

In der Grafik sind ebenfalls die Fehler bei der Prognose des nominalen Bruttoinlandproduktes eingetragen (graue Quadrate). Diese berechnen sich als prozentuale Differenz zwischen dem zum Zeitpunkt der Budgetierung erwarteten nominalen Bruttoinlandprodukt (Niveau in Mrd.) und dem tatsächlich realisierten nominalen Bruttoinlandprodukt gemäss der vorläufigen Schätzung des Seco (2016) respektive der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des Bundesamtes für Statistik. Hier zeigt sich, wie stark die Güte der Einnahmenschätzungen von den Wirtschaftsprognosen abhängt. Dies lässt sich auch statistisch mit einem Korrelationskoeffizienten zwischen den beiden Reihen von 0,68 erfassen. Das davon abgeleitete Bestimmtheitsmass (Quadrat des Koeffizienten) zeigt, dass in der vergangenen Dekade rund die Hälfte der Streuung der Einnahmenschätzfehler in Zusammenhang mit Schätzfehlern bei den Wirtschaftsprognosen steht.

Im Vorjahresvergleich nahmen die Ausgaben des Bundes um 1 Milliarde (1,6 %) zu. Das Wachstum entfällt grösstenteils auf die Soziale Wohlfahrt (insb. Migration, Krankenversicherung und Altersversicherung) und den Verkehr (Einführung des Bahninfrastrukturfonds). Demgegenüber gehen die Ausgaben für die Finanzen und Steuern und die Beziehungen zum Ausland deutlich zurück.

### Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten

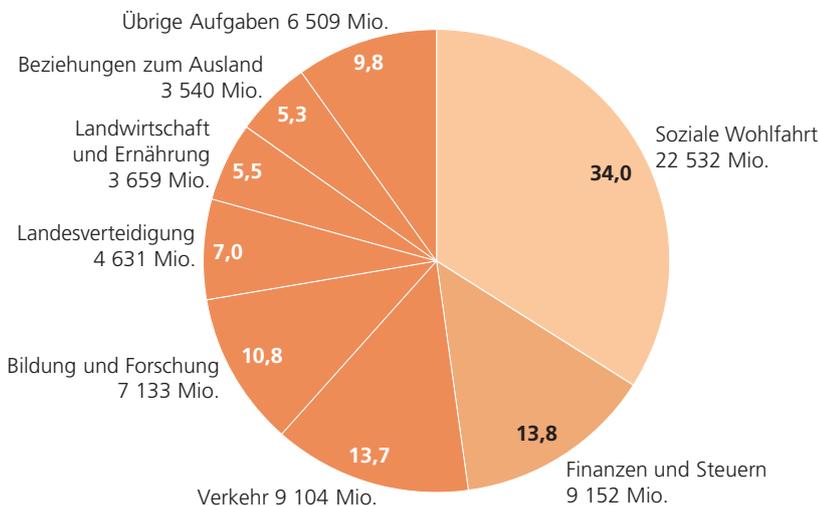
Mio. CHF	Rechnung 2015	Voranschlag 2016	Rechnung 2016	Differenz zu R 2015	
				absolut	%
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>65 243</b>	<b>67 229</b>	<b>66 261</b>	<b>1 018</b>	<b>1,6</b>
Δ in % Vorjahr	1,9	3,0	1,6		
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 644	2 744	2 603	-41	-1,5
Ordnung und öffentliche Sicherheit	1 046	1 124	1 049	3	0,3
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	3 717	3 617	3 540	-177	-4,8
Landesverteidigung	4 466	4 732	4 631	164	3,7
Bildung und Forschung	7 046	7 358	7 133	88	1,2
Kultur und Freizeit	509	539	529	20	3,9
Gesundheit	227	242	231	5	2,0
Soziale Wohlfahrt	21 987	22 442	22 532	546	2,5
Verkehr	8 322	9 231	9 104	782	9,4
Umwelt und Raumordnung	1 363	1 470	1 398	35	2,6
Landwirtschaft und Ernährung	3 667	3 704	3 659	-8	-0,2
Wirtschaft	716	713	699	-17	-2,4
Finanzen und Steuern	9 533	9 314	9 152	-381	-4,0

Die ordentlichen Ausgaben des Bundes beliefen sich 2016 auf 66,3 Milliarden. Sie lagen damit um 1 Milliarde höher als 2015. Die wichtigsten Wachstumstreiber waren der Verkehr (Einführung des Bahninfrastrukturfonds, +782 Mio.) und die Soziale Wohlfahrt (+546 Mio.), namentlich wegen steigender Migrationsausgaben. Auch die Landesverteidigung (+164 Mio.) und die Bildung und Forschung (+88 Mio.) verzeichneten einen Zuwachs. Wegen hoher Agios auf den Anleihen des Bundes gingen die Ausgaben für Finanzen und Steuern zurück (-381 Mio.).

Auch für die Beziehungen zum Ausland wurde wegen Kürzungen bei der Entwicklungshilfe weniger ausgegeben als 2015 (-177 Mio.).

Die Soziale Wohlfahrt (34,0 %), der Verkehr (13,7 %) und die Landesverteidigung (7,0 %) beanspruchten im Jahr 2016 einen grösseren Teil des Bundeshaushalts als im Vorjahr, während die Anteile der Finanzen und Steuern (13,8 %) und der Beziehungen zum Ausland (5,3 %) rückläufig waren.

### Ausgaben nach Aufgabengebieten 2016 Anteile in % Ordentliche Ausgaben



Die drei Aufgabengebiete mit einem grossen Anteil gebundener Ausgaben – Soziale Wohlfahrt, Finanzen und Steuern sowie Verkehr – machen gut 60 Prozent der Ausgaben des Bundes aus.

## 21 Soziale Wohlfahrt

Die Ausgaben für die Soziale Wohlfahrt haben im Rechnungsjahr 2016 wiederum deutlich zugenommen. Das Wachstum entfiel in erster Linie auf die Bereiche Migration, Altersversicherung und Krankenversicherung. Auch bei den Ergänzungsleistungen war das Wachstum überdurchschnittlich. Entlastend wirkte dagegen die Senkung des Zinssatzes für die (vom Bund getragene) Verzinsung der IV-Schuld, die zu einem Rückgang der Bundesausgaben in diesem Bereich führte.

### Soziale Wohlfahrt

Mio. CHF	Rechnung 2015	Voranschlag 2016	Rechnung 2016	Differenz zu R 2015 absolut	%
<b>Soziale Wohlfahrt</b>	<b>21 987</b>	<b>22 442</b>	<b>22 532</b>	<b>546</b>	<b>2,5</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	33,7	33,4	34,0		
Altersversicherung	10 894	11 127	11 018	125	1,1
Invalidenversicherung	4 856	4 853	4 715	-141	-2,9
Krankenversicherung	2 475	2 604	2 600	125	5,0
Ergänzungsleistungen	1 460	1 515	1 502	42	2,9
Militärversicherung	214	212	266	52	24,1
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	506	520	514	9	1,7
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	82	82	69	-12	-15,1
Migration	1 443	1 472	1 796	352	24,4
Soziale Hilfe und Fürsorge	57	56	52	-5	-8,5

Die Ausgaben des Bundes für die Soziale Wohlfahrt nahmen im Rechnungsjahr 2016 um 2,5 Prozent auf 22,5 Milliarden zu. Das grösste Gebiet, die *Altersversicherung*, verzeichnete dabei ein unterdurchschnittliches Wachstum von 1,1 Prozent (+125 Mio.). Hier leistet der Bund zur Hauptsache drei Zahlungen:

- Erstens zahlt er einen Beitrag von 19,55 Prozent der Ausgaben der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV). 2016 erhöhte sich dieser Bundesbeitrag um 146 Millionen auf 8,32 Milliarden. Die Zunahme war ausschliesslich die Folge des Anstiegs der Anzahl Rentnerinnen und Rentner; die Höhe der AHV-Renten blieb dagegen unverändert.
- Zweitens überweist der Bund 83 Prozent der Erträge aus dem Mehrwertsteuerprozent zu Gunsten der AHV an die Versicherung. Dieser Betrag erhöhte sich infolge der stagnierenden Mehrwertsteuererträge nur minim (+1,2 Mio.; +0,05 %).
- Drittens erhält die AHV die Erträge der Spielbankenabgabe. Diese waren 2016 um 7,3 Prozent rückläufig und machten noch 285 Millionen aus.

Die Bundesausgaben für die *Invalidenversicherung* setzen sich während der IV-Zusatzfinanzierung (bis Ende 2017) ebenfalls zur Hauptsache aus drei Zahlungsströmen zusammen:

- Der Bundesbeitrag an die Invalidenversicherung (IV) ist an die Entwicklung der Mehrwertsteuererträge gekoppelt. Zusätzlich wird mit einem Diskontfaktor die Entwicklung der Löhne und der Preise berücksichtigt. Angesichts der stagnierenden Mehrwertsteuererträge ergab sich ein Rückgang des Bundesbeitrags

um 8 Millionen (-0,23%) auf 3,52 Milliarden. Mit dem Bundesbeitrag konnte die IV schätzungsweise 38,3 Prozent ihrer Ausgaben decken.

- Im Rahmen der bis 2017 befristeten IV-Zusatzfinanzierung erhält die IV zudem die Erträge aus der befristeten Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,4 Prozent (1,11 Mrd.; +0,05 %).
- Ausserdem übernimmt der Bund die Verzinsung der IV-Schuld gegenüber dem AHV-Ausgleichsfonds. Angesichts des Tiefzinsumfelds wurde der Zinssatz für 2016 von ehemals 2 Prozent auf 1 Prozent halbiert. Die Zinszahlungen des Bundes reduzierten sich aus diesem Grund (sowie wegen des stetigen Schuldenabbaus) im Rechnungsjahr um 130 Millionen. Die Schuld betrug Ende 2016 11,4 Milliarden.

Bei den *Ergänzungsleistungen* (EL) zahlt der Bund 5/8 des Betrags, der für die Existenzsicherung der Bezüger geleistet wird. Die Kantone tragen die restlichen 3/8 sowie alle EL-Ausgaben für die Mehrkosten im Heim und für Krankheits- und Behinderungskosten. Die Beiträge des Bundes entfallen je etwa zur Hälfte auf die EL zur IV und die EL zur AHV, wobei letztere wegen der demografischen Entwicklung tendenziell ein höheres Wachstum aufweisen (+4,0% versus +2,0%)

Um die gesetzlich festgelegten Beiträge an AHV, IV und EL zu finanzieren, stehen dem Bund die zweckgebundenen Einnahmen aus der Alkohol- und Tabakbesteuerung sowie 17 Prozent des Ertrags aus dem Mehrwertsteuerprozent zu Gunsten der AHV zur Verfügung. Diese Erträge lagen 2016 bei 2,83 Milliarden und damit um 75 Millionen unter dem Vorjahreswert (-2,6 %).

Der Grund für den Rückgang liegt in erster Linie darin, dass die Erträge aus der Tabakbesteuerung um 68 Millionen rückläufig waren (-3,1 % auf 2,13 Mrd.). Der Bundesanteil am Mehrwertsteuerprozent lag bei 473 Millionen; aus dem Reingewinn der Alkoholverwaltung flossen 223 Millionen in die Bundeskasse (-3,13 %). Mit diesen Erträgen konnte der Bund 21,1 Prozent der Beiträge an AHV, IV und EL (einschliesslich IV-Zinsen) abdecken. Im Vorjahr hatte der Anteil noch 21,8 Prozent betragen.

Die Ausgaben des Bundes für die *Krankenversicherung* fallen vor allem im Bereich der individuellen Prämienverbilligung an. Die Krankenversicherungsausgaben legten 2016 um rund 125 Millionen oder 5,0 Prozent gegenüber der Rechnung 2015 zu. Dieses sehr hohe Wachstum ist fast ausschliesslich auf das Wachstum der Gesundheitskosten respektive den Anstieg der Durchschnittsprämie in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) sowie das Bevölkerungswachstum zurückzuführen. Der Beitrag des Bundes an die Prämienverbilligung beläuft sich gemäss Artikel 66 Absatz 2 des Krankenversicherungsgesetzes auf 7,5 Prozent der OKP-Bruttokosten. Der 2016 fällig gewordene Sonderbeitrag des Bundes an den Krankenkassen-Prämienausgleich von rund 89 Millionen blieb gleich hoch wie 2015. Die Aufwendungen des Bundes für die Prämienverbilligung sind zum Teil zweckfinanziert. 5 Prozent des Ertrags aus der Mehrwertsteuer (ohne AHV-/IV- und FinöV-Anteile) wurden zu diesem Zweck verwendet, was im Jahr 2016 rund 911 Millionen ausmachte. Zudem trugen die Einnahmen für die ungedeckten Kosten des Strassenverkehrs mit rund 52 Millionen zur Finanzierung der Prämienverbilligung bei. Damit sind gegen 40 Prozent der Bundesausgaben für die Prämienverbilligung durch zweckgebundene Erträge gedeckt.

Der Bund trägt die gesamten Kosten der *Militärversicherung*. Die Ausgaben nahmen gegenüber dem Vorjahr um etwa 52 Millionen oder 24 Prozent zu. Dieses ausserordentlich hohe Wachstum ist jedoch verzerrt. Es ist darauf zurückzuführen, dass die finanzierungswirksamen Ausgaben aufgrund einer Änderung in der Verbuchungspraxis für 5 Quartale im Zahlenwerk enthalten sind. Die bereits Ende 2016 erfolgten Zahlungen des ersten Quartals 2017 wurden mit einer nicht-finanzierungswirksamen Gegenbuchung periodengerecht abgegrenzt. In dieser Betrachtung nehmen die Versicherungsleistungen um rund 3 Millionen gegenüber dem Vorjahr ab und die Verwaltungskosten der SUVA bleiben in etwa stabil.

In der *Arbeitslosenversicherung/Arbeitsvermittlung* steigt der Beitrag des Bundes um gut 12 Millionen. Dieser Zuwachs ist grösstenteils darauf zurückzuführen, dass der maximale versicherte Verdienst per Anfang 2016 von 126 000 auf 148 200 Franken erhöht wurde. Entsprechend hat auch die beitragspflichtige Lohnsumme – die Grundlage für die Berechnung des Bundesbeitrags – zugenommen. Aufwandmindernd haben sich hingegen Rückerstattungen von Subventionen, v.a. im Bereich der Bekämpfung der Schwarzarbeit, ausgewirkt, so dass der Ausgabenzuwachs in diesem Teilaufgabengebiet netto 9 Millionen bzw. 1,7 Prozent beträgt.

Die Ausgaben für das Gebiet der *Migration* stiegen 2016 erneut stark an. Gegenüber 2015 betrug der Zuwachs 352 Millionen (+24 %). Schon 2015 hatten die Ausgaben deutlich zugenommen. Der Grund dafür liegt im starken Zustrom Schutzsuchender. Vor allem Ende 2015 und zu Beginn des Jahres 2016 wurden hohe Asylgesuchszahlen registriert. Auch die Schutzquote ist hoch, sodass überdurchschnittlich viele Schutzsuchende in der Schweiz bleiben. Entsprechend erhöhte sich insbesondere die Abgeltung der Sozialhilfeausgaben der Kantone für Asylsuchende, Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene (+313 Mio.; +32 %) und auch die Betriebsausgaben der Empfangs- und Verfahrenszentren (+34 Mio.; +32 %) stiegen stark an. Wegen der besonderen Lage wurde überdies der Stellenetat beim Staatssekretariat für Migration aufgestockt, was mit einer Erhöhung der Personalbezüge und Arbeitgeberbeiträge einherging (+7 Mio.).

Die grössten Anteile der Ausgaben für den *sozialen Wohnungsbau* entfielen 2016 auf die Zusatzverbilligungen von Mietzinsen (65 %) sowie die Darlehen zur Förderung gemeinnütziger Wohnbauträger (20 %). Die Ausgaben für diese Aufgabe nahmen um rund 12 Millionen oder etwa 15 Prozent gegenüber 2015 ab. Dieser markante Rückgang ist vor allem Folge der um rund 7,3 Millionen abnehmenden altrechtlichen Verpflichtungen im Bereiche der Zusatzverbilligungen für die Mietzinsen sowie der geringeren Wohnbaurdarlehen des Bundes zugunsten der gemeinnützigen Wohnbauträger (-4,7 Mio.).

## 22 Finanzen und Steuern

Auf diesen Aufgabebereich entfielen 13,8 Prozent der ordentlichen Ausgaben gegenüber 14,6 Prozent im Vorjahr. Die Ausgabenentwicklung in diesem Bereich (-4,0 %) kontrastiert mit der Entwicklung der Gesamtausgaben (+1,6 %) und ist geprägt vom starken Rückgang der Ausgaben für die Vermögens- und Schuldenverwaltung, was insbesondere durch die rückläufige Zinssatzentwicklung bedingt ist.

### Finanzen und Steuern

Mio. CHF	Rechnung 2015	Voranschlag 2016	Rechnung 2016	Differenz zu R 2015 absolut	%
<b>Finanzen und Steuern</b>	<b>9 533</b>	<b>9 314</b>	<b>9 152</b>	<b>-381</b>	<b>-4,0</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	14,6	13,9	13,8		
Anteile an Bundeseinnahmen	4 803	4 585	4 902	98	2,0
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	1 492	1 482	1 005	-487	-32,6
Finanzausgleich	3 238	3 246	3 246	8	0,2

### Leichter Anstieg der Anteile Dritter an den Bundeseinnahmen

Der leichte Anstieg der Anteile Dritter an den Bundeseinnahmen (+98 Mio.) erklärt sich im Wesentlichen durch den Überschuss bei den Anteilen an den Einnahmen aus der direkten Bundessteuer (+171 Mio. oder +5,0 %) und durch höhere Debitorenverluste (allgemein, Zoll, LSV). Letztere sind im Vergleich zum Vorjahr aufgrund einer Neueinschätzung während des Rechnungsjahres um 32 Millionen gestiegen. Der Anteil Dritter an den Einnahmen aus der Verrechnungssteuer ist im Vergleich zum Vorjahr hingegen um 94 Millionen (-14,6 %) zurückgegangen.

### Deutliche Verringerung des Schuldendienstes

Die starke Abnahme der Zinslast bei der Vermögens- und Schuldenverwaltung (-487 Mio.) widerspiegelt vor allem die rückläufige Entwicklung der kurz- und langfristigen Zinsen:

- Der Rückgang der Passivzinsen wird hauptsächlich durch die Agios bestimmt, die im Zuge der Aufstockung bereits bestehender Anleihen anfallen und die gleichbedeutend sind mit einer Verringerung der Zinslast. Das Rechnungsjahr 2016 verzeichnet einen Wert (1146 Mio.), der deutlich über dem Wert von 2012 (968 Mio.) liegt, der bisher als Referenz diente. Insbesondere aufgrund der tiefen Zinsen fielen die Agios im Vergleich zu 2015 um 283 Millionen höher aus, was zu mehr als 50 Prozent für den Rückgang der Passivzinsen verantwortlich ist.
- Zum anderen verzeichnet die Zinslast der Anleihen einen Rückgang um 5,8 Prozent (-127 Mio.). Ursache dafür ist die Verringerung der finanziellen Grundlast. Die 2016 zurückgezahlten Obligationen im Umfang von 9,4 Milliarden mit einem im Schnitt grösseren Coupon wurden durch Obligationen mit niedrigeren Coupons ersetzt.

Zu diesen zwei zinsbezogenen Hauptfaktoren kommt hinzu, dass der Aufwand für Währungsverluste gesunken ist (-67 Mio.), was auf eine insgesamt günstige Volatilität der Wechselkurse zurückzuführen ist.

### Leichter Zuwachs der Ausgleichszahlungen an die Kantone

2016 war das erste Rechnungsjahr der dritten Vierjahresperiode. Die Transferzahlungen des Bundes im Rahmen der verschiedenen Instrumente des Finanzausgleichs beliefen sich auf insgesamt 3246 Millionen. Gegenüber 2015 sind sie um rund 8 Millionen gestiegen. Trotz der vom Parlament beschlossenen Reduktion der Grundbeiträge beim Ressourcenausgleich (Anpassung des Mindestausstattungsziels), haben die Ausgleichszahlungen in diesem Gefäss leicht zugenommen. Der Beitrag des Bundes am vertikalen Ressourcenausgleich ist auf 2301 Millionen angestiegen und somit um 1,2 Prozent (+28 Mio.) gewachsen; Ursache war die Anpassung gemäss den Entwicklungen des Ressourcenpotenzials aller Kantone zwischen 2015 und 2016. In diesen 2301 Millionen ist die vom Parlament beschlossene Verringerung um 98 Millionen zugunsten des Bundes berücksichtigt. Der Beitrag des Bundes am Lastenausgleich beträgt insgesamt 718 Millionen. Dieser Betrag ist im Vergleich zu 2015 ebenfalls leicht rückläufig (-1,1 % Vorjahresteuering im April 2015). Der für 2016 eingestellte Betrag für den Härteausgleich (277 Mio.) ist im Vergleich zu 2015 um 11,9 Millionen zurückgegangen und erfüllt somit die gesetzlichen Bestimmungen (Art. 19 FiLaG; SR 613.2), die eine jährliche Verringerung des Härteausgleichs um 5 Prozent ab 2016 vorsehen.

---

### Zweckgebundenheit der Ausgaben für «Finanzen und Steuern»

Der Aufgabenbereich «Finanzen und Steuern» weist das zweitgrösste Finanzvolumen auf. Er zeichnet sich dadurch aus, dass er von den finanzpolitischen Prioritäten ausgenommen ist (die Anteile an den Bundeseinnahmen beispielsweise sind in der Verfassung geregelt und hängen direkt von der Höhe der Einnahmen ab) und dass er durch zahlreiche äussere Faktoren (Finanzmärkte, Zinssätze, Finanzierungsbedarf, Strategie der Bundesresorerie) beeinflusst wird.

17 Prozent der Einnahmen aus der direkten Bundessteuer und 10 Prozent der Einnahmen aus der Verrechnungssteuer entfallen auf die Anteile an den Bundeseinnahmen. Ausserdem umfassen sie fast ein Drittel der Einnahmen aus der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) sowie 20 Prozent des Ertrags aus dem Wehrpflichtersatz. Schliesslich enthalten sie die Debitorenverluste bei der Mehrwertsteuer und die übrigen Debitorenverluste (Zoll, LSVA).

Die Ausgaben für die Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung umfassen im Wesentlichen die Passivzinsen (Zinslast der lang- und mittelfristigen Anleihen, der Depotkonten usw.) sowie die Kommissionen, Abgaben und Gebühren der Bundesresorerie.

Der Finanzausgleich (NFA) besteht aus drei Elementen:

- Der Ressourcenausgleich als zentrales Element hat zum Ziel, Kantone mit unterdurchschnittlichen eigenen Ressourcen, die sogenannten ressourcenschwachen Kantone, mit genügend frei verfügbaren Finanzmitteln auszustatten. Er wird durch den Bund und die ressourcens-tarken Kantone finanziert.
  - Kantone, die durch ihre Bevölkerungsstruktur oder Zentrumsfunktion übermässig belastet sind, werden durch den soziodemografischen Lastenausgleich (SLA) entlastet. Kantone, die bedingt durch ihre Höhenlage, die Steilheit des Geländes oder aufgrund ihrer spezifischen Besiedlungsstruktur übermässig Lasten zu tragen haben, werden durch den geografisch-topografischen Lastenausgleich (GLA) entlastet. SLA und GLA werden vollständig durch den Bund finanziert. Das Parlament hat die Grundbeiträge des Lastenausgleichs für die Periode 2016–2019 nicht verändert. Sie werden jedoch jährlich an die Wirtschaftslage angepasst.
  - Dank Härteausgleich als drittem Element lassen sich Härtefälle bei den Kantonen beim Übergang vom alten zum neuen Finanzausgleich vermeiden. Der Härteausgleich bleibt bis längstens 2036 in Kraft und wird ab 2016 jährlich um 5 Prozent verringert.
-

## 23 Verkehr

Die Ausgaben für den Verkehr stiegen gegenüber dem Vorjahr um 9,4 Prozent. Dieses starke Wachstum ergibt sich aus der Umsetzung der FABI-Vorlage, mit welcher dem öffentlichen Verkehr zusätzliche Finanzierungsquellen erschlossen wurden. Die Ausgaben für den Strassenverkehr gingen demgegenüber um gut 100 Millionen zurück.

### Verkehr

Mio. CHF	Rechnung 2015	Voranschlag 2016	Rechnung 2016	Differenz zu R 2015 absolut	%
<b>Verkehr</b>	<b>8 322</b>	<b>9 231</b>	<b>9 104</b>	<b>782</b>	<b>9,4</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	12,8	13,7	13,7		
Strassenverkehr	3 075	3 008	2 963	-111	-3,6
Öffentlicher Verkehr	5 080	6 024	5 956	876	17,2
Luftfahrt	167	199	185	18	10,6

### Strassenverkehr

Für den Strassenverkehr wurden gegenüber dem Vorjahr 111 Millionen oder 3,6 Prozent weniger aufgewendet.

- Die Ausgaben für die Nationalstrassen nahmen im Vergleich zu 2015 um 96 Millionen ab. Der Rückgang ist hauptsächlich auf die zulasten der Rechnung des Bundes verbuchten Ausgaben für Nationalstrassen zurückzuführen. Bei diesen lag bereits der Budgetwert – infolge der vom Bundesrat 2015 beschlossenen Teuerungskorrektur – um rund 39 Millionen tiefer als im Vorjahr. Ferner führt die zur Entlastung des Haushalts vorgenommene Reduktion der Einlage in den Infrastrukturfonds zu einem Rückgang der für die Nationalstrassen bestimmten Mittel um 20 Millionen. Weitere 43 Millionen wurden der Rechnung 2016 als Aufwand belastet, werden jedoch erst im nächsten Jahr ausgabenwirksam.
- Nach dem deutlichen Rückgang im Vorjahr stabilisierten sich der Treibstoffverbrauch des Strassenverkehrs und damit die zweckgebundenen Einnahmen 2016. Die davon abhängigen Beiträge an die allgemeinen Strassenlasten der Kantone blieben daher praktisch auf dem Vorjahresniveau (356 Mio.). Ebenfalls keine Veränderung erfuhren die Globalbeiträge des Bundes an die kantonalen Hauptstrassen (200 Mio.).
- Bei den übrigen Strassenausgaben ist ein Rückgang von 13 Millionen respektive von 16 Prozent zu verzeichnen. Dieser ist auf Verzögerungen bei den im Rahmen der Agglomerationsprogramme unterstützten Strassenprojekten zurückzuführen. Von den für 2016 hierfür eingeplanten 192 Millionen wurden nur rund 70 Millionen tatsächlich beansprucht.

### Verkehrsausgaben gemäss Staatsrechnung

Die Ausgabenentwicklung beim Verkehr wird massgeblich beeinflusst durch die Ausgaben der Verkehrsfonds. Ziffer 32 gibt einen Überblick über die gesamten Investitionen gemäss Staatsrechnung, das heisst Bundesrechnung inklusive Verkehrsfonds (Sonderrechnungen).

### Öffentlicher Verkehr

Die Ausgaben für den öffentlichen Verkehr, wozu auch die Ausgaben für die Bahninfrastruktur und den Schienengüterverkehr zählen, stiegen gegenüber dem Vorjahr markant an (+876 Mio.). Dies ist zum überwiegenden Teil auf die Schaffung des Bahninfrastrukturfonds (BIF) per 1.1.2016 zurückzuführen:

- Die Ausgaben für die Bahninfrastruktur erhöhten sich im Vorjahresvergleich um rund 850 Millionen auf fast 4,8 Milliarden. Dieser Anstieg resultiert aus der Einlage zusätzlicher zweckgebundener Einnahmen in den BIF. Mit der FABI-Vorlage wurden neue Finanzierungsquellen erschlossen, um den steigenden Bedarf für Betrieb und Substanzerhalt sowie den weiteren Ausbau der Bahninfrastruktur decken zu können, ohne dass sich der Bund hierfür weiter verschulden muss.
- Die gewichtigste neue Fonds-Einlage ist der Beitrag der Kantone von 500 Millionen, welcher über den Bundeshaushalt abgewickelt wird. Weil sich die Kantone aber schon bisher mit rund 300 Millionen pro Jahr an der Finanzierung der (Privat-) Bahninfrastruktur beteiligten – dies jedoch ausserhalb des Bundeshaushalts geschah – überzeichnet der ausgewiesene Anstieg die effektiven Mehrausgaben der öffentlichen Hand.
- Ebenfalls neu hinzugekommen ist die Einlage eines Anteils am Ertrag der direkten Bundessteuer (+213 Mio.). Die mit der FABI-Vorlage vorgenommene Plafonierung des Fahrkostenabzugs generiert für den Bund entsprechende Mehreinnahmen.
- Neben den neuen Finanzierungsquellen trugen schliesslich auch die höheren LSVA-Erträge zum Anstieg der Fondseinlagen bei (+174 Mio.).
- Die Abgeltungen für den regionalen Personenverkehr stiegen gegenüber dem Vorjahr um 14,4 Millionen (+1,6%). Diese Zunahme ist im Wesentlichen auf Angebotserweiterungen (insb. Durchmesserlinie Zürich, Leman 2030) zurückzuführen.

- Die Ausgaben des Bundes für die Güterverkehrsverlagerung lagen mit 236 Millionen praktisch auf Vorjahresniveau (+2 Mio.).
- Eine Zunahme von 12 Millionen gegenüber dem Vorjahr war bei den im Rahmen der Agglomerationsprogramme unterstützten Schienenprojekten (in erster Linie Trambahnen) festzustellen. Wie bei den entsprechenden Strassenprojekten konnten auch hier wegen Projektverzögerungen nur ein Teil der geplanten Beiträge (115 Mio. von 198 Mio.) ausgerichtet werden.
- Die Finanzhilfen für Flugsicherungsdienstleistungen auf Regionalflugplätzen stiegen um 7,3 Millionen, um den Wegfall von bislang über Gebühren von Landesflughäfen finanzierten Quersubventionierungen temporär abzufedern.
- 2016 wurden erstmals Ausbildungen im Bereich Luftfahrt mit 1,3 Millionen subventioniert.
- Des Weiteren stiegen die Ausgaben für Projekte in allen unterstützten Bereichen um 6,7 Millionen (technische und nicht hoheitliche Sicherheit sowie Umweltschutz).

Daneben fielen zusätzliche Aufwände in Zusammenhang mit der Ersatzbeschaffung der Luftfahrzeugflotte des BAZL an (+3,3 Mio.).

### Luftfahrt

Die Ausgaben für die Luftfahrt stiegen gegenüber dem Vorjahr um 18 Millionen (+10,6%). Dies erklärt sich namentlich durch das Wachstum der über die Spezialfinanzierung Luftverkehr finanzierten Ausgaben um 15,3 Millionen:

## 24 Bildung und Forschung

Die Ausgaben für Bildung und Forschung nahmen gegenüber dem Vorjahr um 1,2 Prozent zu. Das als prioritär angesehene Aufgabengebiet wuchs im Jahr 2016 relativ moderat, weil die Ersatzmassnahmen für die EU-Forschungsprogramme nicht voll ausgeschöpft wurden. Mit Nachtragskrediten wurden bei den Fachhochschulen und der Innovationsförderung Akzente gesetzt.

### Bildung und Forschung

Mio. CHF	Rechnung 2015	Voranschlag 2016	Rechnung 2016	Differenz zu R 2015 absolut %	
<b>Bildung und Forschung</b>	<b>7 046</b>	<b>7 358</b>	<b>7 133</b>	<b>88</b>	<b>1,2</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	10,8	10,9	10,8		
Berufsbildung	869	882	852	-17	-2,0
Hochschulen	2 118	2 158	2 159	42	2,0
Grundlagenforschung	2 744	2 836	2 787	42	1,5
Angewandte Forschung	1 283	1 449	1 310	26	2,1
Übriges Bildungswesen	32	32	26	-6	-17,5

Das Wachstum der Bildungs- und Forschungsausgaben wurde auch im letzten Jahr der BFI-Periode 2013–2016 fortgesetzt. Dass das Wachstum etwas geringer ausfiel als in vergangenen Jahren, ist hauptsächlich auf die bereits im Voranschlag 2016 umgesetzte Teuerungskorrektur, aber auch auf Kreditreste zurückzuführen, welche insbesondere bei der Berufsbildung sowie bei den Bildungs- und Forschungsprogrammen der EU anfielen.

#### Berufsbildungskredite nicht voll ausgeschöpft

Bei den Ausgaben für die Berufsbildung handelt es sich fast ausschliesslich um Pauschalbeiträge an die Kantone sowie um Innovations- und Projektbeiträge. Gegenüber dem Jahr 2015 fand ein Rückgang um 17 Millionen statt (-2,0 %). Der Rückgang erklärt sich hauptsächlich mit der geringen Nachfrage nach Innovations- und Projektbeiträgen. Aufgrund des Kreditrests konnte auf dieser Position ein Nachtrag für die Fachhochschulen kompensiert werden. Der im Berufsbildungsgesetz als Richtgrösse definierte Bundesanteil konnte dennoch gehalten werden.

#### Überdurchschnittliches Wachstum bei den Hochschulen

Der Bund unterstützte die kantonalen Universitäten und Fachhochschulen sowie die Bundeshochschulen (ETH-Bereich und Eidg. Hochschulinstitut für Berufsbildung) mit 2,2 Milliarden. Das Wachstum der Ausgaben für die Hochschulen ist mit 2,0 Prozent höher als der Durchschnitt für den gesamten Bildungs- und Forschungsbereich und auch höher als das Gesamtausgabenwachstum des Bundes. Während die Beiträge an die Fachhochschulen stark zunahm (+27 Mio. bzw. 4,8 %), war der Zuwachs bei den kantonalen Universitäten (+12 Mio. bzw. 1,5 %) und bei den Bundeshochschulen (+3 Mio. bzw. 0,4 %) leicht unterdurchschnittlich. Das hohe Wachstum bei den

Fachhochschulen erklärt sich mit einem Nachtragskredit, welcher aufgrund der gestiegenen Nachfrage nach teureren Studiengängen gesprochen wurde. Verantwortlich für das geringe Wachstum bei den Bundeshochschulen sind zeitliche Abgrenzungen bei den ETH-Bauten. Ein Kreditrest bei den EU-Bildungsprogrammen dämpfte das Wachstum bei allen Hochschultypen.

#### Geschlüsselte Beiträge an ETH-Bereich und EU-Forschungsprogramme

Die Beiträge des Bundes an den ETH-Bereich sowie an die EU-Forschungsprogramme gehören zu den grössten Krediten im Aufgabengebiet «Bildung- und Forschung». Sie werden auf mehrere Unteraufgabengebiete geschlüsselt: die Beiträge zugunsten des ETH-Bereichs auf «Hochschulen», «Grundlagenforschung» und «Angewandte Forschung», diejenigen an die EU-Forschungsprogramme auf «Grundlagenforschung» und «Angewandte Forschung».

#### Forschung: Impuls bei der Innovationsförderung

Zur Forschung zählen namentlich ein Grossteil der Ausgaben für den ETH-Bereich, die Beiträge an die Institutionen der Forschungsförderung (Schweizerischer Nationalfonds) und die Ausgaben für das EU-Forschungsprogramm Horizon 2020. Die gesamten Forschungsausgaben beliefen sich auf über 4 Milliarden, was im Vergleich zur Rechnung 2015 einer Zunahme um 68 Millionen (+1,7 %) entspricht. Die Entwicklung ist geprägt von der projektweisen Beteiligung der Schweiz an den EU-Forschungsprogrammen (bis Ende 2016). Die vom Bund finanzierten Ersatzmassnahmen wurden weitaus weniger stark genutzt als erwartet (-140 Mio.). Viele Gesuche trafen zudem erst gegen Ende Jahr ein und werden deshalb erst ab 2017 zu Auszahlungen führen.

Es wird unterschieden zwischen Grundlagenforschung und angewandter Forschung:

- Zwei Drittel der Mittel werden für die sogenannte *Grundlagenforschung* verwendet – ein Grossteil fliesst an den ETH-Bereich und den Schweizerischen Nationalfonds. Weiter werden Beiträge an internationale Forschungsprogramme und -organisationen entrichtet, beispielsweise an das Europäische Laboratorium für Teilchenphysik (CERN). Die Bundesausgaben für die Grundlagenforschung wuchsen im Vergleich zu vergangenen Jahren etwas weniger stark, unter anderem weil ein Nachtragskredit der Kommission für Technologie und Innovation (KTI) beim Beitrag an den Schweizerischen Nationalfonds kompensiert wurde. Das ursprünglich vorgesehene Wachstum der Nationalfondsbeiträge an die Forschenden konnte jedoch fortgesetzt werden, weil der Fonds über Reserven verfügt.
- Bei der *angewandten Forschung* stehen praxisbezogenere und oft technischere Fragestellungen im Vordergrund. Diesem Forschungszweig werden in der Bundesrechnung ein Teil der Mittel für die EU-Forschungsrahmenprogramme, die gesamten Ausgaben der KTI und 90 Prozent der Mittel für die Europäische Weltraumorganisation ESA zugerechnet. Dazu kommen die Beiträge an die europäischen Satellitennavigationsprogramme Galileo und EGNOS sowie Ausgaben von über 20 Verwaltungseinheiten, welche in ihren Gebieten Ressortforschung betreiben. Das Mittelwachstum fand grösstenteils bei der Technologie- und Innovationsförderung durch die KTI statt: Die im Voranschlag 2016 geplanten Mittel wurden um einen Nachtragskredit für Sondermassnahmen zur Abfederung der Frankenstärke erhöht. Der Nachtrag in der Höhe von 15,8 Millionen, welcher beispielsweise der erleichterten Projektförderung für exportorientierte KMU diente, konnte nicht vollständig ausgeschöpft werden.

---

#### Das Aufgabengebiet und die BFI-Botschaft

Der überwiegende Teil (90 %) der Ausgaben im Aufgabenbereich Bildung und Forschung ist Bestandteil der BFI-Botschaft oder für die europäischen Bildungs- und Forschungsprogramme bestimmt. Das Aufgabengebiet beinhaltet weitere Ausgaben im Umfang von gut 700 Millionen, namentlich die Unterbringungsbeiträge an Institutionen des Bundes, Ressortforschung und Personalaufwand sowie Pflichtbeiträge an internationale Organisationen, welche nicht mit den BFI-Botschaften beantragt werden.

---

## 25 Landesverteidigung

Die Ausgaben für die Landesverteidigung nahmen gegenüber dem Vorjahr überdurchschnittlich zu. Der Hauptanteil der Zunahme von 3,7 Prozent verzeichnete der Rüstungsaufwand: Im Rechnungsjahr konnten mehr und grössere Rüstungsprojekte vorangetrieben werden.

### Landesverteidigung

Mio. CHF	Rechnung 2015	Voranschlag 2016	Rechnung 2016	Differenz zu R 2015 absolut %	
<b>Landesverteidigung</b>	<b>4 466</b>	<b>4 732</b>	<b>4 631</b>	<b>164</b>	<b>3,7</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	6,8	7,0	7,0		
Militärische Landesverteidigung	4 351	4 613	4 506	155	3,6
Nationale Sicherheitskooperation	115	119	125	10	8,4

Die Ausgaben für die *militärische Landesverteidigung* stiegen gegenüber der Rechnung 2015 um 155 Millionen. Dieser Anstieg ist insbesondere auf zusätzliche Rüstungsbeschaffungen zurückzuführen (+160 Mio., +45,4 %). Nach der Ablehnung des Gripen-Kampfflugzeuges waren im Jahr 2015 nur wenige andere Projekte beschaffungsreif. Im Jahr 2016 konnten wieder mehr und grössere Rüstungsbeschaffungen vorangetrieben werden, unter anderem weil das Parlament im Jahr 2015 ein zusätzliches Rüstungsprogramm im Umfang von 874 Millionen bewilligte. Die Beschaffungen dienen in erster Linie dazu, die Armee zu modernisieren und besser auszurüsten. Zur Umsetzung der Weiterentwicklung der Armee WEA und zur weiteren Erneuerung und Verbesserung der Ausrüstung sind in den kommenden Jahren zusätzliche grosse Rüstungsbeschaffungen geplant. Deshalb wurde im Jahr 2016 insgesamt 150,7 Millionen für die Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorbereitung (PEB) ausgegeben, 8,7 Millionen mehr als im Vorjahr.

Bei den Sach- und Betriebsausgaben verzeichnete das Ersatzmaterial und Instandhaltungsbudget (EIB) der Armee gegenüber der Rechnung 2015 einen Rückgang von 55 Millionen (-9,6 %). Zu einem guten Teil ist dafür eine Ersatzteilbeschaffung für die F/A-18 Kampfflugzeuge verantwortlich: Mit dem Rüstungsprogramm 13 bewilligte das Parlament eine grössere Beschaffung, die das Instandhaltungsbudget im Jahr 2016 entlastet. Weitere Minderausgaben sind auf die tiefen Treibstoffpreise zurückzuführen.

Die Transferausgaben stiegen im Vorjahresvergleich um 45,7 Millionen (+62,3 %). Dies erklärt sich durch die Änderung in der Planungs- und Kontierungspraxis im Zusammenhang mit den Pflichtbeiträgen an die friedenserhaltenden Operationen. Ab dem Jahr 2016 werden die Mittel linear, das heisst jeweils für 12 Monate budgetiert. Der unregelmässigen Rechnungsstellung seitens der UNO wird im Haushaltsvollzug mit Rechnungsabgrenzungen begegnet.

Neben der militärischen Landesverteidigung umfasst das Aufgabengebiet Landesverteidigung auch die *Nationale Sicherheitskooperation*. Dazu zählen insbesondere die Ausgaben des Bundesamts für Bevölkerungsschutz BABS im Eigenbereich sowie die Ausgaben für den Zivilschutz. Die Ausgaben in diesem Bereich nahmen im Vergleich zur Rechnung 2015 um 10 Millionen zu (+ 8,4 %). Dies ist insbesondere auf das Projekt «Werterhalt Polycorn 2030» zurückzuführen. Das Parlament bewilligte dafür einen Nachtragskredit von 13,8 Millionen.

#### Verhältnis Betriebs- zu Rüstungsausgaben

Bei der Militärischen Landesverteidigung lag das Verhältnis zwischen Betriebs- (Sach-, Transfer- und Personalausgaben inkl. Arbeitgeberbeiträge) und Rüstungsausgaben (Rüstungs- und Investitionsausgaben) bei 69 zu 31 Prozent. 2015 belief sich dieses Verhältnis noch auf 72 zu 28 Prozent. Damit kam die Armee ihrem mittelfristigen Ziel, ein Verhältnis zwischen Betriebs- und Rüstungsausgaben von 60 zu 40 zu erreichen, einen guten Schritt näher. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sich die Rüstungsausgaben, währenddem die Betriebsausgaben leicht zurückgingen.

## 26 Landwirtschaft und Ernährung

Gegenüber dem Vorjahr bleiben die Ausgaben für das Aufgabengebiet Landwirtschaft und Ernährung praktisch stabil. Dies ist darauf zurückzuführen, dass das Parlament dieses Aufgabengebiet von der Teuerungskorrektur im Voranschlag 2016 weitgehend verschont hat.

### Landwirtschaft und Ernährung

Mio. CHF	Rechnung 2015	Voranschlag 2016	Rechnung 2016	Differenz zu R 2015 absolut	%
<b>Landwirtschaft und Ernährung</b>	<b>3 667</b>	<b>3 704</b>	<b>3 659</b>	<b>-8</b>	<b>-0,2</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	5,6	5,5	5,5		
Grundlagenverbesserungen und Sozialmassnahmen	160	168	148	-12	-7,2
Produktion und Absatz	431	444	434	4	0,9
Direktzahlungen	2 795	2 809	2 802	7	0,2
Übrige Ausgaben	282	283	275	-7	-2,4

Das Aufgabengebiet Landwirtschaft und Ernährung wird über drei Zahlungsrahmen gesteuert, die mit rund 93 Prozent den Grossteil der Ausgaben umfassen. Sie legen den Höchstbetrag für die Voranschlagskredite fest und werden vom Parlament für vier Jahre beschlossen. Während der Dauer der Agrarpolitik 2014-2017 gelten folgende Zahlungsrahmen: «Grundlagenverbesserung und Sozialmassnahmen» 798 Millionen, «Produktion und Absatz» 1776 Millionen und «Direktzahlungen» 11 256 Millionen.

Über die *Grundlagenverbesserungen und Sozialmassnahmen* werden insbesondere Verbesserungen der betrieblichen Produktionsbedingungen und der landwirtschaftlichen Infrastrukturen sowie die Pflanzen- und Tierzucht gefördert. Im Vergleich zum Vorjahr nahmen die Ausgaben um 12 Millionen ab. Dieser Rückgang ist vor allem auf die geringeren Ausgaben für landwirtschaftliche Strukturverbesserungen (-11 Mio.) zurückzuführen. Der Bund unterstützt Verbesserungen für landwirtschaftliche Produktionsgrundlagen und Infrastrukturen, sofern die Kantone ebenfalls einen Beitrag zusichern. Da die Kantone aufgrund von Sparbemühungen weniger Mittel gesprochen oder sogar Projekte sistiert haben, fielen die Ausgaben des Bundes ebenfalls tiefer als budgetiert aus. Zudem ereigneten sich im Jahr 2016 erfreulicherweise keine grösseren Unwetterschäden.

Über den Zahlungsrahmen *Produktion und Absatz* werden Subventionen zugunsten der Milch- und Viehwirtschaft, des Pflanzenbaus sowie der Absatzförderung ausgerichtet. Die Ausgaben stiegen im Vergleich zum Vorjahr um rund 4 Millionen an. Insbesondere die höheren Ausgaben für die Beihilfen Pflanzenbau (2,2 Mio.) als auch für die Qualitäts- und Absatzförderung (1,4 Mio.) führen zu diesem Anstieg. Trotz höheren Ausgaben

weist der Kredit für die Qualitäts- und Absatzförderung, der gegenüber dem Voranschlag 2015 um 3 Millionen erhöht wurde, einen Kreditrest von 5,3 Millionen aus, da die Gesuche im Bereich Qualität und Nachhaltigkeit unter den Erwartungen blieb.

Die *Direktzahlungen* dienen der Förderung gemeinwirtschaftlicher Leistungen der Landwirtschaft wie der Versorgungssicherheit, der Biodiversität und dem Tierwohl. Sie umfassen mit 2803 Millionen oder rund 77 Prozent den Grossteil der Ausgaben im Aufgabengebiet Landwirtschaft und Ernährung. Gegenüber dem Vorjahr blieben die Direktzahlungen mit einem Anstieg von 7 Millionen praktisch konstant. Innerhalb der Direktzahlungen fielen insbesondere die Zahlungen für Landschaftsqualitätsbeiträge aufgrund neuer Projekte rund 12 Millionen höher aus als budgetiert, dafür lagen die Ausgaben für die Ressourceneffizienzbeiträge 5 Millionen unter den Erwartungen.

Die *übrigen Ausgaben* werden ausserhalb der drei Zahlungsrahmen gesteuert. Sie setzen sich zusammen aus den Bereichen Verwaltung, Forschung, Beratung, Vollzug und Kontrolle. Zudem fallen in diese Ausgabenkategorie die Ausfuhrbeiträge für landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte «Schoggigesetz» (94,6 Mio.) sowie die Familienzulagen Landwirtschaft (62,1 Mio.). Der Rückgang von 7 Millionen ist insbesondere auf die sinkenden Ausgaben der Familienzulagen Landwirtschaft zurückzuführen (-4,2 Mio.), da aufgrund des Strukturwandels die Anzahl der Bezugsberechtigten sinkt und die Bauernfamilien vermehrt nach dem Familienzulagengesetz (FamZG) abrechnen. Zudem sanken die Ausfuhrbeiträge gemäss «Schoggigesetz» um 1 Million und die Bekämpfungsmassnahmen für besonders gefährliche Krankheiten und Schädlinge aufgrund der geringeren Aktivität des Feuerbrands um 0,8 Millionen.

## 27 Beziehungen zum Ausland – Internationale Zusammenarbeit

Der Rückgang der Ausgaben für die Beziehungen zum Ausland um 4,8 Prozent ist eine Folge der Einsparungen bei der Entwicklungshilfe und dem rückläufigen Beitrag an die Erweiterung der EU. Die Beiträge an internationale Organisationen verzeichneten hingegen einen leichten Zuwachs.

### Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit

Mio. CHF	Rechnung 2015	Voranschlag 2016	Rechnung 2016	Differenz zu R 2015 absolut	%
<b>Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit</b>	<b>3 717</b>	<b>3 617</b>	<b>3 540</b>	<b>-177</b>	<b>-4,8</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	5,7	5,4	5,3		
Politische Beziehungen	730	762	736	6	0,9
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	2 732	2 563	2 558	-174	-6,4
Wirtschaftliche Beziehungen	256	292	246	-10	-4,0

#### Mehrausgaben für die UNO und das internationale Genf

Die wichtigste Ursache für das moderate Wachstum bei den *politischen Beziehungen* (+6 Mio.) war – bedingt durch die unregelmässige Verbuchung der Beiträge an die friedenserhaltenden Missionen – der Beitrag an die UNO (+19 Mio.). Weiter schlug die Gaststaatspolitik aufgrund der gewährten Baudarlehen an internationale Organisationen (+10 Mio.) sowie der Umsetzung der Botschaft zur Stärkung der Rolle der Schweiz als Gaststaat (+5 Mio.) mit einer Erhöhung zu Buche. Dämpfend auf den Zuwachs wirkte hingegen der Rückgang der Ausgaben für Weltausstellungen (-11 Mio.), Einsparungen beim Personal (-11 Mio.) sowie der Wegfall der Ausgaben für die OSZE-Ministerratstagung in Basel (-6 Mio.).

#### Sparmassnahmen bei der Entwicklungshilfe

Nachdem der Aufwand für die *Entwicklungshilfe* in den Jahren 2011 bis 2015 aufgrund des Parlamentsentscheids zur Erhöhung der APD-Quote um zwischen 7,7 und 10,3 Prozent pro Jahr gewachsen ist, weist der Bereich einen Rückgang auf (-174 Mio.). Die Gründe dafür sind nebst den im Rahmen des Voranschlags beschlossenen Sparmassnahmen der Rückgang an Erträgen aus

Drittmitteln und Kofinanzierungen, welcher entsprechende Minderausgaben zur Folge hatte (-31 Mio.), sowie der Wegfall des im Jahr 2015 bewilligten Nachtragskredits für die Humanitäre Hilfe zur Bewältigung der Krisen in Syrien, Irak und am grossen Horn von Afrika (-30 Mio.). Der Ausgabenrückgang verteilte sich auf die Bereiche technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe (-98 Mio.), humanitäre Hilfe (-61 Mio.), Beiträge an multilaterale Organisationen (-25 Mio.) und wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit (-19 Mio.). Einzig die Kapitalbeteiligungen an regionalen Entwicklungsbanken wiesen aufgrund der neuen Beteiligung an der asiatischen Infrastruktur-Entwicklungsbank einen Zuwachs auf (+28 Mio.).

#### Rückläufiger Erweiterungsbeitrag

Bei den *wirtschaftlichen Beziehungen* (-10 Mio.) erfolgte der Rückgang hauptsächlich beim Beitrag an die Erweiterung der EU. Dabei lagen die Ausgaben um 40 Millionen unter den budgetierten Werten. Vor allem bei der DEZA kam es namentlich aufgrund von verspäteten Projektabrechnungen in den Partnerländern zu Verzögerungen bei den Auszahlungen.

## 28 Übrige Aufgabengebiete

Die sechs kleineren Aufgabengebiete beanspruchen knapp 10 Prozent des Bundesbudgets. In der Summe lagen die Ausgaben auf Vorjahresniveau. Der Voranschlag wurde namentlich aufgrund von Verzögerungen bei Projekten um 323 Millionen unterschritten.

### Übrige Aufgabengebiete

Mio. CHF	Rechnung 2015	Voranschlag 2016	Rechnung 2016	Differenz zu R 2015	
				absolut	%
<b>Übrige Aufgabengebiete</b>	<b>6 505</b>	<b>6 832</b>	<b>6 509</b>	<b>4</b>	<b>0,1</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	10,0	10,2	9,8		
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 644	2 744	2 603	-41	-1,5
Ordnung und öffentliche Sicherheit	1 046	1 124	1 049	3	0,3
Kultur und Freizeit	509	539	529	20	3,9
Gesundheit	227	242	231	5	2,0
Umwelt und Raumordnung	1 363	1 470	1 398	35	2,6
Wirtschaft	716	713	699	-17	-2,4

Das Aufgabengebiet *Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen* umfasst insbesondere verwaltungsinterne Vorleistungen, die Ausgaben der Legislative sowie die Ausgaben für die Steuererhebung und die Erhebung und Archivierung von Daten. Im Vorjahresvergleich gingen die Ausgaben um 41 Millionen zurück, dies namentlich als Folge der Sparmassnahmen im Voranschlag 2016.

Im Aufgabengebiet *Ordnung und öffentliche Sicherheit*, das die Ausgaben für das Rechtswesen, das Polizei- und Strafverfolgungswesen, die Grenzkontrollen und die Gerichte zusammenfasst, blieben die Ausgaben auf Vorjahresniveau (+0,3%). Für die Grenzkontrollen wurden 11 Millionen mehr ausgegeben (Beitrag an FRONTEX, Investitionen des GWK, Vorruhestand), für das allgemeine Rechtswesen 10 Millionen weniger als im Jahr 2015 (u.a. tiefere Beiträge an die amtliche Vermessung). Die Ausgaben für Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug nahmen geringfügig zu (+4 Mio.), jene für die Gerichte leicht ab (-2 Mio.).

Der Zuwachs im Bereich der *Kultur und Freizeit* (+20 Mio.) ist im Wesentlichen eine Folge der Umsetzung der Kulturbotschaft 2016–2020. So profitierten namentlich das Schweizerische Nationalmuseum, Pro Helvetia, der Filmbereich, die musikalische Bildung und die Literaturförderung von höheren Beiträgen. Insgesamt nahmen die Kulturausgaben um 20 Millionen zu. Die Ausgaben für den Sport blieben trotz Aufstockungen bei Jugend + Sport (+3 Mio.) insgesamt konstant (+0,1 Mio.). Für den Bereich Massenmedien (insb. indirekte Presseförderung) wurde leicht weniger ausgegeben als im Vorjahr (-0,4 Mio.).

Die Ausgaben für die *Gesundheit* nahmen im Vergleich zum letzten Jahr um 5 Millionen (+2%) zu. Dazu trugen nebst dem neuen Beitrag an das Schweizerische Rote Kreuz insbesondere die Vollzugsmassnahmen im Bereich des Epidemiengesetzes sowie Investitionen in das Messnetz zur Überwachung der Radioaktivität bei.

Das Aufgabengebiet *Umwelt und Raumordnung* ist stark von der Rückverteilung der Lenkungsabgaben auf CO<sub>2</sub> und VOC geprägt; über die Hälfte der Ausgaben entfällt auf diese zwei Positionen. Dass die Ausgaben um 35 Millionen höher lagen als 2015 erklärt sich indes vor allem mit Mehrausgaben namentlich in den Bereichen Hochwasserschutz (+28 Mio.), Wald (+14 Mio.) und Revitalisierung (+8 Mio.). Ausgabenmindernd wirkten sich unter anderem die Rückerstattungen der Kantone von 24 Millionen aus den Programmvereinbarungen 2012–2015 aus.

Die *Wirtschaft* umfasst die Ausgaben für die Wirtschaftsordnung (u.a. Wettbewerbskommission, Regulatoren), für die Standortförderung und die Regionalpolitik sowie für die Energiepolitik. Die Ausgaben gingen um 17 Millionen zurück. Hauptgrund dafür waren die rückläufigen Ausgaben für das aus der CO<sub>2</sub>-Abgabe finanzierte Gebäudeprogramm (-35 Mio.); entsprechend waren auch die Ausgaben im Bereich Energie rückläufig (-36 Mio.). Dem stehen Mehrausgaben für die Standortförderung und Regionalpolitik (+18 Mio.) gegenüber, die vor allem auf die Erhöhung der Einlage in den Fonds für Regionalentwicklung (+14 Mio.) zurückzuführen sind. Im Bereich der Wirtschaftsordnung sind Mehrausgaben von 0,4 Millionen zu verzeichnen (+0,3%).



## 31 Personal

Im Vergleich zur Rechnung 2015 nimmt der Personalaufwand um insgesamt 77 Millionen zu (+1,4%). Der Zuwachs ist hauptsächlich auf eine Erhöhung der Rückstellung für die Ruhegehälter von Magistratspersonen zurückzuführen. Die Personalausgaben sind im Vorjahresvergleich konstant (-2 Mio.).

**Personal**

Mio CHF	Rechnung 2015	Voranschlag 2016	Rechnung 2016	Differenz zu R 2015	
				absolut	%
<b>Personalaufwand</b>	<b>5 450</b>	<b>5 571</b>	<b>5 527</b>	<b>77</b>	<b>1,4</b>
<b>Personalaufwand zu Lasten von Personalkrediten</b>	<b>5 300</b>	<b>5 421</b>	<b>5 379</b>	<b>80</b>	<b>1,5</b>
<b>Legislative</b>	<b>76</b>	<b>77</b>	<b>74</b>	<b>-1</b>	<b>-1,8</b>
Entschädigungen für Parlamentarier	37	40	37	0	-1,2
Personalaufwand	38	37	37	-1	-2,4
Übriger Personalaufwand	-	-	-	-	-
<b>Judikative</b>	<b>146</b>	<b>151</b>	<b>145</b>	<b>-1</b>	<b>-0,6</b>
Bezüge Bundesrichter	41	41	41	0	0,6
Personalaufwand	104	108	102	-1	-1,3
Übriger Personalaufwand	1	2	2	0	26,5
<b>Exekutive</b>	<b>4 977</b>	<b>4 965</b>	<b>5 005</b>	<b>28</b>	<b>0,6</b>
Bezüge BR und BK	4	4	4	0	-0,7
Bezüge Kommissionen	1	1	1	0	-5,8
Personalaufwand	4 841	4 811	4 866	26	0,5
Personalaufwand Lokalpersonal EDA	65	73	67	2	2,6
Übriger Personalaufwand	66	76	67	0	0,2
<b>Global- und Spezialkredite</b>	<b>42</b>	<b>163</b>	<b>117</b>	<b>75</b>	<b>176,5</b>
Globalkredite	-	38	-	-	-
Arbeitgeberbeiträge zentral	-	60	-	-	-
Arbeitgeberleistungen	42	65	117	75	176,5
<b>Umstrukturierungen</b>	<b>59</b>	<b>66</b>	<b>38</b>	<b>-20</b>	<b>-34,9</b>
Sozialplan	1	7	-19	-20	n.a.
Vorruhestandsurlaub	58	59	58	-1	-0,9
<b>Personalaufwand zu Lasten von Sachkrediten</b>	<b>151</b>	<b>150</b>	<b>148</b>	<b>-3</b>	<b>-2,0</b>
Aufwand für befristet angestelltes Personal	151	150	148	-3	-2,0
<b>Personalausgaben</b>	<b>5 467</b>	<b>5 571</b>	<b>5 465</b>	<b>-2</b>	<b>0,0</b>

## Hinweise:

- Globalkredite: Mittel für Lernende, Erwerbsbehinderte, Hochschulpraktikanten.
- Arbeitgeberbeiträge zentral: Diese Beträge werden vom EPA zentral eingestellt und nach der Verabschiedung des Voranschlags durch das Parlament an die Verwaltungseinheiten bedarfsgerecht abgetreten.
- Arbeitgeberleistungen: Arbeitgeberzusatzleistungen gemäss Verordnung über die Leistungen bei vorzeitigem Altersrücktritt von Bediensteten in besonderem Dienstverhältnis (SR 510.24); Berufsunfall und Berufsinvalidität, Pensionskassenverpflichtungen, Altlasten PKB (Prozessrisiken), Überbrückungsrenten nach Art. 88f BPV, Art. 116c BPV sowie die Rentenleistungen an die Magistratspersonen und deren Hinterlassene, inkl. Lohnfortzahlungen und Arbeitgeberbeiträge.

Der Personalaufwand wird nachfolgend nach den drei staatlichen Gewalten gegliedert. Hinzu kommen die Global- und Spezialkredite, welche mehrheitlich zentral im Eidgenössischen Personalamt (EPA) budgetiert und bewirtschaftet werden.

**Legislative und Judikative**

Der Personalaufwand der Legislative nahm gegenüber dem Vorjahr leicht ab (-1,8%).

**Judikative**

Der Personalaufwand der Judikative hat sich gegenüber der Rechnung 2015 kaum verändert (-0,6%). Beim Bundesstrafgericht und beim Bundesverwaltungsgericht ging die Anzahl Vollzeitstellen leicht zurück.

### Exekutive

Der Personalaufwand der Exekutive stieg gegenüber der Rechnung 2015 um 28 Millionen (+0,6%). Mehr als die Hälfte der Zunahme ist auf die stärkere Auslastung der vorhandenen Kapazitäten zurückzuführen: So wurden 2016 kaum mehr Rückstellungen für Ferien-, Überzeit- und Gleitzeitguthaben aufgelöst. Der restliche Zuwachs erklärt sich mit Besoldungsmassnahmen (Neubewertung Funktion Grenzwächter/in) sowie mit einem Anstieg beim Temporärpersonal und beim Lokalpersonal des EDA.

### Stellenbestand

Der Stellenbestand ist in allen drei Gewalten leicht zurückgegangen und liegt insgesamt um 21 Vollzeitstellen tiefer. Zum Rückgang massgeblich beigetragen haben die vom Bundesrat und Parlament im Personalbereich beschlossenen Kürzungen und eine zurückhaltende Rekrutierung.

Einen grösseren Zuwachs verzeichneten insbesondere das SEM (+50 Stellen, Bewältigung der pendenten Asylgesuche), das EDI (+54 Stellen, u.a. Integration der Fonoteca, Gesundheit, Internalisierungen), das BIT (+52 Stellen, v.a. Internalisierungen mit entsprechendem Minderaufwand beim Informatiksachaufwand), die EZV (+23 Stellen, Stärkung des Grenzwachtkorps) und das BAFU (+18 Stellen). Demgegenüber ging der Stellenbestand bei zahlreichen Verwaltungseinheiten leicht zurück. Einen ausgeprägten Rückgang wiesen das VBS (-94 Stellen; zurückhaltende Rekrutierung im Hinblick auf anstehende Kürzungen und die Weiterentwicklung der Armee), das EDA (-55 Stellen; Abbau und Effizienzsteigerungen im Aussennetz) und das WBF (-50 Stellen; Reorganisation bei Agroscope, Auslagerung der Koordinationsstelle für Bildungsforschung) aus.

### Global- und Spezialkredite

#### Globalkredite

Aus den zentral beim EPA eingestellten Krediten (berufliche Integration, Hochschulpraktikantinnen und -praktikanten, Lernende) wurden die Mittel bedarfsgerecht an die Verwaltungseinheiten abgetreten. Sie sind in deren Personalaufwand integriert.

### Arbeitgeberbeiträge zentral

Die in direktem Zusammenhang mit den Personalbezügen stehenden Arbeitgeberbeiträge wurden an die Verwaltungseinheiten dezentralisiert.

### Arbeitgeberleistungen

Die starke Zunahme der Arbeitgeberleistungen im Umfang von 75 Millionen erklärt sich mit einer Erhöhung der Rückstellung für Ruhegehälter und Hinterlassenenrenten für Magistratspersonen (+81 Mio.), die eine Folge der geänderten versicherungsmathematischen Eckwerte war (v.a. Diskontierungszinssatz, Lebenserwartung). Magistratspersonen sind nicht bei PUBLICA versichert. Ihre berufliche Vorsorge besteht aus einem Ruhegehalt und Hinterlassenenrenten. Die Finanzierung erfolgt durch den Bund (Arbeitgeber). Demgegenüber steht eine Abnahme bei den zentral beim EPA eingestellten Arbeitgeberbeiträgen für Überbrückungsrenten um 5 Millionen. Die Kosten der Altersrücktritte sind wegen der Revision der Bundespersonalverordnung (SR 172.220.III.3; BPV) auf den 1.8.2014 geringer ausgefallen. Der Kreditbedarf ist überdies kaum steuerbar und nur beschränkt planbar, da der Entscheid über einen Rücktritt bei den Mitarbeitenden liegt.

### Umstrukturierungen

Der Aufwand für Umstrukturierungen ist gegenüber dem Vorjahr um gut 20 Millionen zurückgegangen. Der Minderaufwand erklärt sich mit der Auflösung einer Rückstellung für Restrukturierungen (Sozialplan) im Bereich Verteidigung (-20 Mio.) und einer Abnahme der Kosten des Vorruhestandsurlaubs nach Artikel 34 BPV (1 Mio.).

### Personalaufwand zu Lasten von Sach- und Subventionskrediten

Der Personalaufwand zu Lasten von Sachkrediten hat um 3 Millionen abgenommen. Die grösste Abnahme fällt beim Bundesamt für Statistik an (-1,9 Mio.).

### Personalausgaben versus Personalaufwand

Der Unterschied zwischen den Personalausgaben und dem Personalaufwand erklärt sich im Wesentlichen mit Veränderungen von Rückstellungen für Ruhegehälter, Umstrukturierungen sowie für Ferien- und Überzeitguthaben.

32 Investitionen

Eine stabile Investitionstätigkeit des Bundes ist eine wesentliche Voraussetzung für die Sicherstellung der Aufgabenerfüllung in der Zukunft. Auf Ebene der Staatsrechnung lagen die Investitionen im Jahr 2016 mit gut 8 Milliarden knapp über dem Vorjahr. Höheren Ausgaben für den öffentlichen Verkehr und insbesondere für die Bahninfrastruktur standen tiefere Ausgaben für den Strassenverkehr gegenüber.

Investitionen in der Staatsrechnung

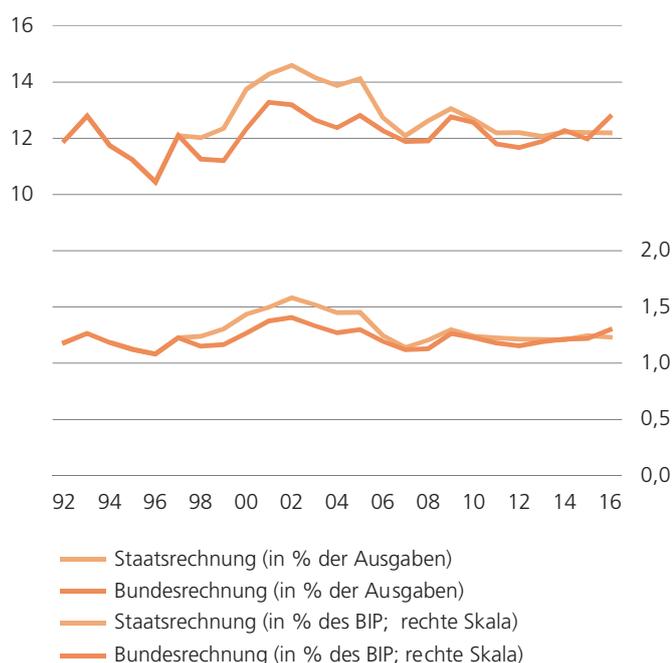
Mio. CHF	Rechnung	Voranschlag	Rechnung	Differenz zu R 2015	
	2015	2016	2016	absolut	%
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>7 981</b>	<b>8 794</b>	<b>8 023</b>	<b>42</b>	<b>0,5</b>
Öffentlicher Verkehr	3 782	4 154	3 993	212	5,6
Strassenverkehr	2 003	2 204	1 851	-152	-7,6
Übrige Investitionen	2 196	2 436	2 178	-18	-0,8

Das nachfolgende Kapitel vermittelt einen Gesamtüberblick über die Investitionstätigkeit des Bundes. Dafür wurden die Investitionsausgaben des Bundeshaushaltes und der separat geführten Sonderrechnungen auf der Ebene der Staatsrechnung konsolidiert (vgl. Box weiter unten).

Der Bund tätigte im Jahr 2016 56 Prozent seiner Investitionen ausserhalb der Bundesrechnung über den Bahninfrastrukturfonds (BIF, vormals FinöV-Fonds) respektive den Infrastrukturfonds. Diese Form der Infrastrukturfinanzierung ermöglicht

insbesondere die Abdeckung von Ausgabenspitzen, wie sie z.B. beim Bau der NEAT in den Jahren 2002–2006 auftraten (vgl. Grafik zur Entwicklung der Investitionsausgaben). Seitdem ist der Anteil der Investitionsausgaben an den gesamten Staatsausgaben kontinuierlich zurückgegangen. Im Jahr 2016 nahm der *Investitionsanteil in der Bundesrechnung* jedoch wieder markant zu. Diese Entwicklung steht hauptsächlich im Zusammenhang mit der Umsetzung der FABI-Vorlage, welche höhere Ausgaben zugunsten der Bahninfrastruktur (Einlage BIF) zur Folge hatte. Dabei ist jedoch zu beachten, dass ein Teil dieser zusätzlichen Ausgaben bis-

Entwicklung der Investitionsausgaben  
(bereinigt, in % der ordentlichen Ausgaben resp. des BIP)



Unter Einschluss der Sonderrechnungen (jeweils obere Linie) ergaben sich vorübergehend deutlich höhere Investitionen, mit einer Spitze um das Jahr 2001 für die grossen Eisenbahn-Alpentransversalen (NEAT). Abgesehen davon entwickelten sich die Investitionsausgaben relativ stabil. Die Einführung der Schuldenbremse im Jahr 2003 führte somit nicht zu einer Verdrängung der Investitionen.

lang von den Kantonen ausserhalb der Bundesrechnung finanziert wurde, weshalb nicht der ganze Anstieg mit effektiv höheren Investitionen in die Bahninfrastruktur gleichzusetzen ist. Der *Investitionsanteil aus Sicht der Staatsrechnung (inkl. Fonds)* bleibt gegenüber dem Vorjahr konstant, weil ein namhafter Teil der budgetierten Investitionen noch nicht getätigt werden konnte. Die Abweichung gegenüber dem Budget ist auf Projektverzögerungen zurückzuführen, unter anderem bei der Netzfertigstellung Nationalstrassen und im Agglomerationsverkehr.

### Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur

Die Investitionstätigkeit des Bundes und seiner Fonds konzentriert sich schwergewichtig auf den Verkehrsbereich. Dessen Anteil lag mit 72 Prozent der Bundesinvestitionen auf Vorjahresniveau. Gegenüber 2015 verzeichneten die beiden Hauptverkehrsträger Strasse und Schiene gegenläufige Entwicklungen:

- Der Anstieg im Bereich *öffentlicher Verkehr* um rund 212 Millionen ist primär auf höhere Ausgaben für den Substanzerhalt der Bahninfrastruktur zurückzuführen (+440 Mio.). Der Grossteil dieses Anstiegs (rund 360 Mio.) steht im Zusammenhang mit einem Systemwechsel aufgrund der Umsetzung der FABI-Vorlage, wonach die Investitionsbeiträge und Darlehen an die Privatbahnen neu vollständig über den BIF und nicht mehr wie bis anhin teilweise über die Kantone ausgerichtet werden. Darüber hinaus bestand beim Substanzerhalt ein effektiver Mehrbedarf. Für den Ausbau der Bahninfrastruktur wurden im Vergleich zum Vorjahr hingegen rund 290 Millionen weniger ausgegeben, was hauptsächlich mit sinkenden Ausgaben für die NEAT begründet werden kann. In der Summe resultieren für

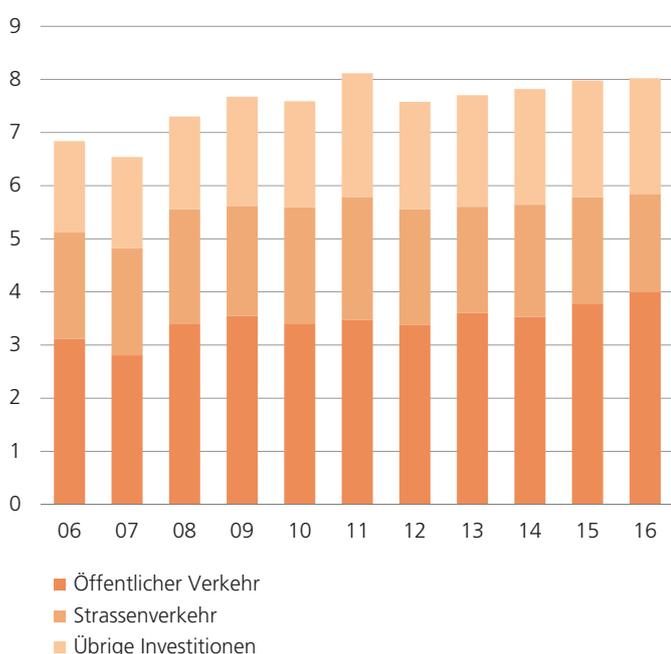
den Substanzerhalt und Ausbau der Bahninfrastruktur Mehrausgaben von gut 150 Millionen. Der verbleibende Anstieg von rund 60 Millionen ist u.a. zurückzuführen auf die Finanzhilfen an Güterverkehrsanlagen (+12 Mio.) und die Ausgaben des Infrastrukturfonds für Schieneninfrastrukturen des Agglomerationsverkehrs (+11 Mio.).

- Der Rückgang im *Strassenbereich* um rund 152 Millionen findet seine Ursache hauptsächlich bei den Nationalstrassen. Der Ausgabenrückgang in der Bundesrechnung (-101 Mio.) ist einerseits auf die, wegen der Teuerungskorrektur und den Haushaltmassnahmen, tieferen Budgetwerte zurückzuführen. Andererseits lag der Anteil der nicht-aktivierbaren und folglich nicht als Investitionen erfassten Ausgaben an den Gesamtausgaben für die Nationalstrassen 2016 spürbar höher als im Vorjahr. Bei den aus dem Infrastrukturfonds finanzierten Investitionen waren unterschiedliche Entwicklungen festzustellen:

### Investitionen – Begriff und Abgrenzung

Der Investitionsbegriff kann je nach Fragestellung unterschiedlich definiert werden. Während eine am Finanzhaushaltsrecht ausgerichtete Definition die Schaffung von Vermögenswerten zur Erfüllung von Verwaltungszwecken ins Zentrum rückt, umfasst eine volkswirtschaftliche Sichtweise auch Investitionen, die sich nicht ausschliesslich an der Beschaffung von Sachwerten orientiert (bspw. Investitionen in Humankapital). Auch wenn eine solche Definition in Bezug auf die wachstumsfördernden Effekte von Investitionen wichtige Erkenntnisse liefert, ergeben sich daraus zahlreiche Abgrenzungsprobleme, die im Rahmen der Finanzberichterstattung nicht gelöst werden können. Daher beschränkt sich der hier angewandte Begriff auf das Finanzhaushaltsrecht und somit auf Investitionen gemäss Investitionsrechnung.

Investitionen nach Aufgabengebieten in Mrd.



*In den letzten 10 Jahren haben insbesondere die Investitionen in den öffentlichen Verkehr sowie die übrigen Investitionen zugenommen. Jene für den Strassenverkehr blieben weitgehend konstant.*

Während die Netzfertigstellung infolge geringerer Mittelbedürfnisse der Kantone zurückging (-107 Mio.), stiegen die Investitionen für die Engpassbeseitigung deutlich an (+70 Mio.).

### Übrige Investitionen

In den übrigen Aufgabengebieten bewegte sich die Investitionstätigkeit in etwa auf Vorjahresniveau (-18 Mio., -0,8 %). Am stärksten wuchsen die Investitionen im Aufgabengebiet Beziehungen zum Ausland (+25 Mio.), wo namentlich höhere Beiträge an internationale Organisationen sowie höhere Kapitalbeteiligungen an Entwicklungsbanken zu verzeichnen waren. Ebenfalls gestiegen sind die Investitionen für die Landesverteidigung (+19 Mio.) sowie für das Aufgabengebiet Umwelt und Raumordnung (+15 Mio.). Demgegenüber sind die Investitionsausgaben in den Aufgabengebieten Bildung und Forschung (-47 Mio.) sowie Wirtschaft (-35 Mio.) zurückgegangen. Während der Rückgang im Bildungsbereich schwergewichtig auf die Grundlagenforschung entfiel, sanken sie bei der Wirtschaft im Bereich des Gebäudeprogramms.

Ein Blick auf die Entwicklung der Investitionsausgaben nach Aufgabengebieten (vgl. Grafik) zeigt, dass die Investitionen des Bundes in den letzten zehn Jahren kontinuierlich gewachsen sind. Seit 2006 betrug ihr Wachstum durchschnittlich 1,6 Prozent pro Jahr. Profitiert von dieser Entwicklung haben namentlich die Aufgabengebiete ausserhalb des Verkehrsbereichs

(+2,4 % p.a.). Im Aufgabengebiet Verkehr wuchs der öffentliche Verkehr jährlich um 2,5 Prozent, wogegen der Strassenverkehr einen Rückgang von durchschnittlich 0,8 Prozent zu verzeichnen hatte. 2016 belief sich der Anteil des öffentlichen Verkehrs an den Gesamtinvestitionen des Bundes auf 49,8 Prozent, jener des Strassenverkehrs auf 23,1 Prozent. Der Anteil der übrigen Aufgabengebiete lag bei 27,1 Prozent.

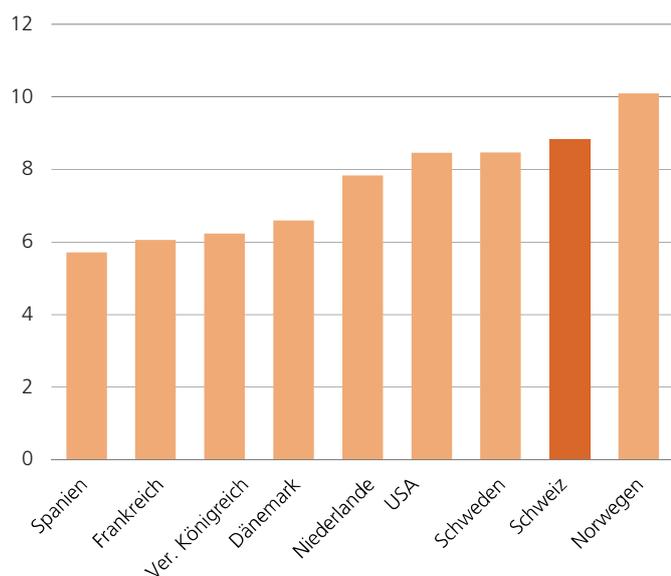
### Unterschiede zwischen Bundesrechnung und Staatsrechnung

Die Bundesrechnung vermittelt kein vollständiges Bild über die Investitionen des Bundes. Neben den direkten Ausgaben aus der Bundesrechnung tätigt der Bund auch Investitionen über die Sonderrechnungen (vgl. Band 4). Dabei handelt es sich um vom Parlament zu genehmigende Rechnungen, welche ausserhalb des Geltungsbereichs der Schuldenbremse geführt werden.

Über zwei dieser Sonderrechnungen, den Bahninfrastrukturfonds (BIF) und den Infrastrukturfonds (IF), tätigt der Bund einen massgeblichen Teil seiner Investitionen. In der Bundesrechnung werden diese Ausgaben jedoch nur im Umfang der Einlagen in diese Fonds erfasst.

In der Sicht der Staatsrechnung werden die Investitionsausgaben der Bundesrechnung um jene der Sonderrechnungen ergänzt. Um Doppelzählungen zu vermeiden, wird die Bundesrechnung dabei um die Einlagen in die Fonds bereinigt.

**Investitionsanteile ausgewählter Staaten 2015**  
in % der Ausgaben



*Im Vergleich zu anderen ausgewählten OECD-Staaten liegt die Schweiz in Bezug auf ihren Investitionsanteil an den Gesamtausgaben in der Spitzengruppe (Stand 2015).*

### 33 Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)

Der Aufwand für IKT-Leistungen sank gegenüber 2015 um 25 Millionen. Wegen der Internalisierung von externen Mitarbeitenden nahm der Personalaufwand zu, aber gleichzeitig ging der Sach- und Betriebsaufwand stärker zurück.

#### Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)

Mio. CHF	Rechnung 2015	Voranschlag 2016	Rechnung 2016	Differenz zu R 2015 absolut	%
<b>Erfolgsrechnung</b>					
<b>Ertrag</b>	<b>51</b>	<b>54</b>	<b>54</b>	<b>3</b>	<b>5,5</b>
Ertrag aus Informatikleistungen	36	34	35	-1	-2,6
Übriger Ertrag	15	20	19	4	24,7
<b>Aufwand</b>	<b>1 129</b>	<b>1 227</b>	<b>1 103</b>	<b>-25</b>	<b>-2,2</b>
Personalaufwand (nur Leistungserbringer und ISB)	393	398	405	12	3,1
Sach- und Betriebsaufwand	640	707	600	-40	-6,2
Hardware Informatik	35	28	29	-6	-19,1
Software	33	37	45	12	35,7
Informatik Betrieb/Wartung	130	147	119	-11	-8,8
Informatikentwicklung, -beratung, -dienstleistungen	237	289	206	-31	-12,9
Telekommunikation	52	50	49	-3	-5,1
Übriger Sach- und Betriebsaufwand (nur Leistungserbringer und ISB)	153	155	152	-1	-0,5
Abschreibungen	96	122	98	2	2,5
<b>Investitionsrechnung</b>					
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>73</b>	<b>92</b>	<b>64</b>	<b>-9</b>	<b>-12,1</b>
Investitionen Informatiksysteme	45	61	40	-5	-11,5
Investitionen Software	27	31	24	-3	-12,1
Übrige Investitionen (nur Leistungserbringer und ISB)	1	0	0	-1	-62,8
<b>Ausgaben</b>	<b>972</b>	<b>1 065</b>	<b>945</b>	<b>-27</b>	<b>-2,8</b>
Finanzierungswirksamer Aufwand	899	973	881	-18	-2,0
Investitionsausgaben	73	92	64	-9	-12,1

Der *Ertrag aus Informatikleistungen* liegt leicht unter dem Vorjahr (-1 Mio.), insbesondere weil der ALV-Fonds weniger Dienstleistungen beim BIT nachfragte. Der *übrige Ertrag* nahm um 4 Millionen zu, da im BIT Eigenleistungen für eine Cloud-Plattform als Vermögenswert in die Bilanz aufgenommen werden konnten.

Der Rückgang des *Aufwands* um 25 Millionen ist auf gegenläufige Ursachen zurückzuführen:

Der *Personalaufwand* stieg hauptsächlich infolge von weiteren Internalisierungen von externen Mitarbeitenden (+12 Mio.). Mehr als zwei Drittel dieses Anstiegs (+8 Mio.) entstand beim BIT. Dabei handelt es sich primär um Internalisierungen von Schlüsselstellen im Projektmanagement und in sicherheitsrelevanten Betriebsbereichen (z.B. Identity- und Access-Management). Zudem soll mit einem gezielten Personalaufbau in der Businessanalyse und Lösungsarchitektur die Qualität in der Projektabwicklung weiter verbessert werden. Beim ISC-EJPD wurden bisher im Sachaufwand geführtes temporäres Personal 2016 erstmals unter Personalaufwand verbucht (+2 Mio.). Beim

Informatiksteuerungsorgan des Bundes (+1 Mio.) wurden für die Wahrnehmung neuer Aufgaben (Vorbereitung neuer IKT-Standarddienste, befristet für den Bereich des IKT-Architekturmanagements und bei der Melde- und Analysestelle Informationssicherung MELANI) neue Stellen geschaffen und die Geschäftsstelle E-Government Schweiz ausgebaut. Letzteres wird durch entsprechende Beiträge der Kantone mitfinanziert.

Im *Sach- und Betriebsaufwand* resultierte im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang um 40 Millionen:

- Für den Rückgang der *Hardware Informatik* (-6 Mio.) sind massgeblich die im Vorjahr im VBS ersetzten Arbeitsplatzsysteme verantwortlich.
- Der Mehraufwand für *Software* von 12 Millionen ist in erster Linie mit höheren Lizenzkosten bei der Führungsunterstützungsbasis FUB für einen Vertrag mit Oracle auf unlimitiertes Nutzungsrecht für die Jahre 2016–2020 begründet.

- Der Minderaufwand für *Informatik Betrieb/Wartung* von 11 Millionen ist auf die jährlichen Schwankungen in den Wartungskosten, auf die Reduktion von Fachanwendungen sowie bessere Einkaufskonditionen zurückzuführen.
- Die Abnahme in der *Informatikentwicklung, -beratung, -dienstleistungen* um 31 Millionen erklärt sich im Wesentlichen durch den Abbau von externen Dienstleistern (-58 FTE) durch Internalisierungen, gezielten Personalaufbau in strategisch wichtigen Bereichen und Effizienzsteigerungen beim BIT (-21 Mio.) sowie beim BFS (-5 Mio.) und ISC-EJPD (-3 Mio.) (vgl. Personalaufwand).
- Im Vergleich zum Vorjahr nahmen die Aufwendungen für *Telekommunikation* im BIT (-3 Mio.) und der *übrige Sach- und Betriebsaufwand* (-1 Mio.) nur geringfügig ab.

Die *Investitionsausgaben* sanken um 9 Millionen: rund 60 Prozent dieser Minderausgaben (5 Mio.) betreffen die Informatiksysteme. Grund dafür war insbesondere die Erneuerung der

IKT-Arbeitsplätze durch das BIT. Im Vergleich zum Vorjahr mussten weniger Arbeitsplatzsysteme (APS) ersetzt werden. Bis Ende 2016 wurden 23000 APS ersetzt. 2017 werden noch rund 2000 APS erneuert. Für den Rückgang der *Investitionen Software* um 3 Millionen sind vor allem geringere Relinquenzierungen beim ISC-EJPD verantwortlich.

Die Investitionen wurden in folgenden Bereichen getätigt:

- 24,0 Millionen für Software (-3,3 Mio.)
- 11,5 Millionen für Storage (+1,2 Mio.)
- 11,0 Millionen für Server (-0,6 Mio.)
- 10,1 Millionen für PC und Netzwerkdruker (-8,5 Mio.)
- 6,9 Millionen für Netzwerkkomponenten (+2,6 Mio.)
- 0,2 Millionen für Netzwerke (unverändert)

Im Vergleich zur Vorperiode nahmen die *Ausgaben* um 27 Millionen oder 2,8 Prozent ab. Sie setzen sich zusammen aus einem wesentlich tieferen *finanzierungswirksamen Aufwand* (881 Mio.; 93%) und leicht tieferen *Investitionsausgaben* (64 Mio.; 7%).

### Steuerung im IKT-Bereich

In der Bundesinformatik besteht eine Trennung zwischen Leistungserbringern (LE) und Leistungsbezügern (LB). Das ermöglicht eine bessere Zuordnung der Verantwortung und die Schaffung einer Auftraggeber- und Auftragnehmerbeziehung.

Die Leistungserbringer (LE) – BIT, Informatikdienstleistungszentren des EDA, EJPD, WBF und FUB – erbringen als Service-Center Leistungen insbesondere gegenüber den Dienststellen der zentralen Bundesverwaltung und verrechnen sämtliche bundesinternen Leistungen kreditwirksam auf der Basis einer Planvollkostenrechnung. Die Leistungsverrechnung (LV) beläuft sich 2016 auf 533 Millionen. Daneben erbringen das BIT (34 Mio.) und das ISC-EJPD (1 Mio.) in geringem Umfang auch Leistungen ausserhalb der zentralen Bundesverwaltung (z.B. für den ALV-Fonds, den AHV-Fonds, Swissmedic, Publica, das PSI, die Strafverfolgungsbehörden und die Kantone). Diese Leistungen werden finanzierungswirksam entschädigt. Das ISC-EJPD erbringt zudem Aufgaben in Zusammenhang mit der Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs.

Die für die Leistungserbringung erforderlichen Mittel (Personalaufwand, Sach- und Betriebsaufwand, Abschreibungen sowie Investitionsausgaben) werden bei den LE eingestellt. Durch die Leistungserbringung erwirtschaften diese Erträge: finanzierungswirksam von den externen Bezüglern, LV von den bundesinternen Bezüglern. Dem LV-Ertrag der LE stehen LV-Aufwände der verschiedenen LB (Dienststellen) gegenüber.

Gemessen am für die Leistungserbringung benötigten Aufwand ist das BIT mit 425 Millionen der grösste IKT-LE. Es folgen FUB (347 Mio.), ISC-EJPD (90 Mio.) und Informatik EDA (47 Mio.). Kleinster Leistungserbringer ist das ISCCeco des WBF (26 Mio.).

Die Leistungsbezüger (LB) können ihre IKT-Leistungen bei bundesinternen LE oder – im Einverständnis mit ihrem Departement – bei externen LE beziehen. Die LB budgetieren die für den Bezug von IKT-Leistungen notwendigen Mittel finanzierungswirksam für extern bezogene Leistungen und als LV-Mittel für bundesintern bezogene Leistungen. Bei den finanzierungswirksamen Mitteln der Leistungsbezüger handelt es sich insbesondere um Aufwand und Ausgaben für den Kauf bzw. die Entwicklung von amtspezifischen Fachanwendungen und deren Betrieb.

Die Leistungsverrechnung zwischen IKT-LE (LV-Ertrag) und LB (LV-Aufwand) wird nicht ausgewiesen, da den LV-Aufwänden der LB finanzierungswirksame Aufwände bei den LE gegenüberstehen und diese Aufwände sonst doppelt enthalten wären.

Folgende IKT-Kredite werden zentral eingestellt und gesteuert:

- Bund: zentral budgetierte und durch den Bundesrat oder das Informatiksteuerungsorgan Bund (ISB) im Sinne einer strategischen Steuerung freizugebende Mittel (beim ISB: Informatikreserve Bund, zentrale IKT-Mittel und Investitionsmittel für IKT-Standarddienste).
- Departemente: Informatikreserven und Mittel für Projekte, bei denen der Entscheid betreffend einer externen oder internen Leistungserbringung noch nicht gefallen ist.

## 34 Beratung und Auftragsforschung

Für Beratung und Auftragsforschung hat der Bund im letzten Jahr 235 Millionen aufgewendet, 1 Million mehr als im Vorjahr (+0,5 %). Die grössten Beträge entfallen auf die Aufgabengebiete Energie, Umwelt, Verkehr und Gesundheit, die zusammen mehr als die Hälfte des Aufwands ausmachen. Der Voranschlag wurde um 45 Millionen (-16 %) unterschritten.

### Beratung und Auftragsforschung

Mio. CHF	Rechnung 2015	Voranschlag 2016	Rechnung 2016	Differenz zu R 2015 absolut	%
<b>Aufwand für Beratung und Auftragsforschung</b>	<b>234</b>	<b>280</b>	<b>235</b>	<b>1</b>	<b>0,5</b>
Allgemeiner Beratungsaufwand	154	193	150	-5	-3,1
Allgemeiner Beratungsaufwand Unselbständige	8	3	8	0	-1,7
Kommissionen	11	8	12	1	8,0
Auftragsforschung	60	76	65	5	8,8
<b>Ausgaben für Beratung und Auftragsforschung</b>	<b>234</b>	<b>280</b>	<b>235</b>	<b>1</b>	<b>0,6</b>

Die folgenden Verwaltungseinheiten haben 2016 am meisten Mittel für Beratung und Auftragsforschung eingesetzt: An der Spitze stehen das Bundesamt für Energie (52 Mio., v.a. Programme EnergieSchweiz) und das Bundesamt für Umwelt (47 Mio., Vollzug, Umweltforschung und Bildung). Es folgen das Bundesamt für Gesundheit (14 Mio.; Politikvorbereitung, Umsetzung gesundheitspolitischer Vorhaben), das Bundesamt für Strassen (13 Mio.; technische Studien und Forschung Tiefbau), das Bundesamt für Verkehr (9 Mio.; Vollzug, Qualitätsmanagement regionaler Personenverkehr, Energiestrategie 2050) sowie die Kommission für Technologie und Innovation (8 Mio.). Zusammengezählt erreichen diese sechs Einheiten gut 60 Prozent des Gesamtaufwands für Beratung und Auftragsforschung (143 Mio.).

Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Bedarf für Beratung und Auftragsforschung in den einzelnen Verwaltungseinheit generell wenig verändert. Einen markanten Mehraufwand von 19 Millionen verzeichnet das Bundesamt für Umwelt – wegen einer Bereinigung der Kontierung, an zweiter Stelle stehen das Generalsekretariat VBS sowie das Bundesamt für Strassen mit einem Mehrbedarf von je 3 Millionen. Geringeren Aufwand gegenüber der Rechnung 2015 verbuchten namentlich das Bundesamt für Energie (-7 Mio.), der Verteidigungsbereich (-6 Mio.) und das Bundesamt für Gesundheit (-5 Mio.).

Insgesamt schliesst die Rechnung 2016 mit 45 Millionen unter dem Voranschlag. Am stärksten unterschritten wurde das Budget im Verteidigungsbereich (-10 Mio.) sowie im Bundesamt für Energie und dem Bundesamt für Strassen (je -7 Mio.). Zahlreiche weitere Verwaltungseinheiten liegen mit Beträgen zwischen 2 und 3 Millionen unter ihren budgetierten Mitteln (SBFI, KTI,

BFS, GS VBS, BSV, GS EJPD). Bei der Interpretation der Unterschreitungen ist eine gewisse Vorsicht am Platz: Sie entstehen teilweise im Zuge von Verzichtsmaßnahmen und Repriorisierungen, was zu entsprechenden Kreditresten im Voranschlag führt; werden Mittel aber innerhalb des Kredits (z.B. Globalbudget) für andere Zwecke eingesetzt, ergibt sich im Voranschlagskredit ein tieferer oder kein Kreditrest.

Die bedeutendsten Überschreitungen des Voranschlags 2016 verbuchen das Staatssekretariat für Migration (4 Mio., Anhörsungspersonal im Stundenlohn), das Bundesamt für Verkehr und das Bundesamt für Umwelt mit je 2 Millionen sowie Agroscope (1 Mio.).

### Abgrenzung der Beratung und Auftragsforschung

Unter Beratung und Auftragsforschung fallen Dienstleistungen,

- *deren Empfänger der Bund ist:* Zur Beratung zählen somit Gutachten, Expertisen, Auftragsforschung sowie fachliche Beratung in Fragen der Politikgestaltung, der Kommunikation oder der Führung, nicht jedoch Subventionen, die über einen Dienstleistungsvertrag ausbezahlt werden (z.B. im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit);
- *die einen Beitrag an die Optimierung der Aufgabenerfüllung des Bundes leisten* (Erweiterung der Wissensbasis, Neugestaltung von Prozessen und Organisationen, Unterstützung bei der Durchführung von Programmen, etc.).

Nicht zur Beratung zählen externe Dienstleistungen, bei denen die Aufgabenerfüllung an Dritte übertragen wird (z.B. Übersetzungen, Durchführung von Kampagnen, externe Revisionen).

## 35 Öffentlichkeitsarbeit

Die Departemente und die Bundeskanzlei haben 2016 für die Öffentlichkeitsarbeit gleich viel aufgewendet wie im Vorjahr: insgesamt 81,2 Millionen. Der Aufwand für das Personal nahm um 3,3 Prozent zu. Auf Vollzeitstellen umgerechnet sind beim Bund 319 Personen mit Informationsaufgaben betraut. Der Sachaufwand ging um 6,6 Prozent zurück.

### Kosten der Öffentlichkeitsarbeit nach Tätigkeitsfeldern

Mio. CHF	Rechnung	Rechnung	Differenz zu R 2015	
	2015	2016	absolut	%
<b>Total Kosten</b>	<b>81,2</b>	<b>81,2</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
Presse- und Informationsarbeit	29,8	29,8	0,0	-0,1
Direktinformation	39,2	39,6	0,5	1,2
Kampagnen und Abstimmungsinformationen	12,2	11,8	-0,4	-3,2

Der Aufwand für die Öffentlichkeitsarbeit blieb im Jahr 2016 mit 81,2 Millionen gleich hoch wie im Vorjahr. Der Anteil am gesamten Aufwand des Bundes beträgt unverändert 0,12 Prozent. Unter der Öffentlichkeitsarbeit werden Personal- und Sachaufwand erfasst für Direktinformationen (Printprodukte, Internetauftritte, Veranstaltungen, Bürgerkontakte etc.), für die Presse- und Informationsarbeit sowie für Informationskampagnen und Abstimmungsinformationen.

### Verwendungszweck

Vom Gesamtaufwand entfallen 29,8 Millionen (36,7%) auf den Bereich Presse- und Informationsarbeit, 39,6 Millionen (48,8%) auf Kosten für Direktinformationen und 11,8 Millionen (14,5%) auf Präventionskampagnen sowie Abstimmungsinformationen. Der Aufwand für die Presse- und Informationsarbeit blieb unverändert, jener für die Direktinformation nahm leicht zu und die Aufwendungen für Kampagnen und Abstimmungsinformationen ging zurück.

### Aufwandarten

Der Personalaufwand betrug 56 Millionen. Dies entspricht insgesamt 319 Vollzeitstellen (Vorjahr: 309). Der Personalaufwand nahm um 1,8 Millionen oder 3,3 Prozent zu und machte rund 69 Prozent der Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit aus. Der Sachaufwand ging um 1,8 Millionen oder 6,6 Prozent zurück und betrug 25,2 Millionen.

### Aktivitäten der Departemente

Der Aufwand der *Bundeskanzlei* ist rund 1,5 Prozent tiefer als im Vorjahr. Der Personalaufwand ging um 1,1 Prozent zurück. Der Sachaufwand ist um 1,8 Prozent gesunken, bedingt durch tiefere Kosten für die Schweizerische Depeschagentur (SDA), für externe Dienstleistungen im Bereich Presse- und Informationsarbeit sowie durch einen geringeren Aufwand bei den Direktinformationen. Der Aufwand für die Kampagnen- und Abstimmungsinformationen sind hingegen leicht gestiegen, da es im Berichtsjahr zwei Abstimmungen mehr gab als im Wahljahr. Der bedeutendste Einzelposten bleibt mit rund 3 Millionen der Betrag für die Leistungen der SDA.

### Kosten der Öffentlichkeitsarbeit nach Tätigkeitsfeldern und Organisationseinheiten

Mio. CHF	Total	BK	EDA	EDI	EJPD	VBS
	Rechnung 2016					
<b>Total</b>	<b>81,2</b>	<b>8,2</b>	<b>7,9</b>	<b>15,3</b>	<b>4,5</b>	<b>12,8</b>
Presse- und Informationsarbeit	29,8	4,6	2,0	3,6	2,8	5,1
Direktinformation	39,6	3,1	5,9	4,3	1,6	7,7
Kampagnen und Abstimmungsinformationen	11,8	0,5	–	7,4	0,2	–

Fortsetzung Mio. CHF	EFD	WBF	UVEK	EAV	IF
	<b>Total</b>	<b>10,8</b>	<b>10,6</b>	<b>9,9</b>	<b>0,7</b>
Presse- und Informationsarbeit	2,7	4,0	4,7	0,2	–
Direktinformation	6,6	5,0	4,5	0,5	0,5
Kampagnen und Abstimmungsinformationen	1,4	1,7	0,6	–	–

EAV = Eidg. Alkoholverwaltung; IF = Infrastrukturfonds

### Kosten der Öffentlichkeitsarbeit nach Organisationseinheiten mit Vorjahresvergleich

Mio. CHF	Total Rechnung 2015		Total Rechnung 2016		Differenz zu 2015	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
<b>Total</b>	<b>81,2</b>	<b>100,0</b>	<b>81,2</b>	<b>100,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
BK	8,3	10,2	8,2	10,1	-0,1	-1,4
EDA	7,7	9,4	7,9	9,8	0,3	3,4
EDI	14,2	17,5	15,3	18,8	1,1	7,7
EJPD	4,4	5,4	4,5	5,6	0,2	4,1
VBS	13,2	16,3	12,8	15,7	-0,5	-3,5
EFD	10,2	12,6	10,8	13,2	0,5	5,1
WBF	10,6	13,0	10,6	13,1	0,0	0,3
UVEK	11,6	14,2	9,9	12,2	-1,7	-14,6
EAV	0,7	0,8	0,7	0,9	0,1	7,9
IF	0,4	0,5	0,5	0,7	0,2	47,1

EAV = Eidg. Alkoholverwaltung; IF = Infrastrukturfonds

Im *EDA* stieg der Aufwand auf 7,9 Millionen (+0,3 Mio.), wovon der Personalaufwand 4,6 Millionen (58,6 %) betrug und der Sachaufwand 3,3 Millionen (41,4 %). Der Anstieg war u.a. auf den Kommunikationsaufwand im Zusammenhang mit der Botschaft über die internationale Zusammenarbeit der Schweiz 2017–2020 zurück zu führen. Zudem waren die Ausgaben für die Jahreskonferenz der Entwicklungszusammenarbeit wegen der Anwesenheit von UNO-Generalsekretär Ban Ki-Moon höher. Ferner wurde 2016 erstmals der Medienpreis «real21» verliehen, in dessen Rahmen Medienschaffende finanzielle Unterstützung für Reportagen beantragen konnten.

Im *EDI* stieg der Aufwand auf 15,3 Millionen (+1,1 Mio. oder +7,7 %). Davon entfielen 8,2 Millionen auf den Personal- und 7,1 Millionen auf den Sachaufwand. Vom Zuwachs sind 0,5 Millionen auf einen Fehler in der Staatsrechnung 2015 zurückzuführen, wo beim Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen ein zu tiefer Betrag ausgewiesen worden war. Die restlichen 0,6 Millionen sind eine Folge der höheren Ausgaben bei den Kampagnen des Bundesamtes für Gesundheit (sexuell übertragbare Krankheiten, Aktionsplan «Mehr Organe für Transplantationen» und Alkoholprävention). Diese Kampagnen sind der grösste Ausgabenposten bei der Öffentlichkeitsarbeit des EDI.

Das *EJPD* wendete 4,5 Millionen auf (+0,2 Mio.). Die Zunahme ist beim Staatssekretariat für Migration zu verzeichnen. Die relativ hohe Zahl von Asylgesuchen, die Volksabstimmung über die Änderung des Asylgesetzes, die Neustrukturierung des Asylbereichs, die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative und das allgemein grosse Interesse am Thema Migration führten zu einer hohen Anzahl von Medienanfragen. Der Personalaufwand macht mit 4,2 Millionen den Grossteil der Aufwendungen (91,2 %). Zwei Drittel dieser Kosten entfallen auf die Medien- und Informationsarbeit, die tägliche Arbeit der Informationsverantwortlichen.

Beim *VBS* sank der Aufwand auf 12,8 Millionen (-0,5 Mio.). Dieser Rückgang betrifft den Sachaufwand, welcher um über 20 Prozent auf 2,5 Millionen abnahm. Grund dafür ist hauptsächlich der Wegfall von Betriebskosten für das Internet bei Swisstopo, welche neu der Informatik und nicht mehr der Öffentlichkeitsarbeit zugewiesen werden, und der Bereich Verteidigung, wo weniger Printprodukte anfielen.

Das *EFD* wendete 10,8 Millionen auf (+0,5 Mio. oder +5 %). Der Personalaufwand betrug 8,8 Millionen (+11,5 %) und der Sachaufwand 2 Millionen (-16,3 %). Die Zunahme des Personalaufwands erklärt sich mit der Aufstockung bzw. Wiederbesetzung von Teilpensen im Bundesamt für Bauten und Logistik, im Staatssekretariat für internationale Finanzfragen und in der Eidg. Finanzverwaltung. Bei der Zentralen Ausgleichsstelle fielen Mehrkosten für die Migration der Internetseite an. Höheren Personalaufwand verursachte auch der Mehrbedarf an Übersetzungen; v.a. die Finanzplatzpromotion im Auftrag des Bundesrates erforderte mehr Dokumente auf Englisch.

Im *WBF* wurden im Präsidentschaftsjahr 10,6 Millionen aufgewendet (+0,3 %). Im Generalsekretariat wurde das Personal im Kommunikationsdienst leicht verstärkt (+0,1 Mio.). Mehraufwände weist auch das Agroscope aus im Projekt «Datenbank IRA» (Institutional Repository Agroscope) und bei der Erneuerung des Internetauftritts (+0,1 Mio.).

Im *UVEK* sank der Kommunikationsaufwand um 1,7 auf 9,9 Millionen. Dies ist v.a. auf einen Sonderfaktor zurückzuführen: Das BAKOM führte 2015 die Kampagne für die Einführung der Internetdomain «swiss» für 1,4 Millionen durch. Durch den Wegfall dieses Aufwands ging der Sachaufwand um 1,5 auf 2,8 Millionen zurück. Der Personalaufwand nahm um 0,1 auf 7,1 Millionen ab.

Die Kosten der Öffentlichkeitsarbeit der *EAV* blieben praktisch unverändert. Der Kommunikationsaufwand des *IF* nahm um 0,2 Millionen zu, was grösstenteils auf die Informationstätigkeiten im Zusammenhang mit der Nordumfahrung Zürich zurückzuführen ist.

## 36 Bundestresorerie

Die Marktschuld des Bundes konnte im Vergleich zum Vorjahr um 6,1 Milliarden reduziert werden. Der Hauptgrund dafür war der tiefere Liquiditätsbedarf am Jahresende. Die Bundestresorerie nutzte das nach wie vor tiefe Zinsniveau und emittierte Anleihen mit sehr langen Laufzeiten. Die durchschnittliche Laufzeit des Schuldenportfolios erhöhte sich um 0,8 Jahre auf 9,7 Jahre.

## Veränderung der Geld- und Kapitalmarktschulden

Mio. CHF	Rechnung 2014	Rechnung 2015	Rechnung 2016	Differenz zu R 2015 absolut	%
<b>Total</b>	<b>97 407</b>	<b>92 670</b>	<b>86 958</b>	<b>-5 712</b>	<b>-6,2</b>
<b>Geldmarkt</b>	<b>18 664</b>	<b>15 295</b>	<b>15 736</b>	<b>440</b>	<b>2,9</b>
Geldmarktbuchforderungen	10 399	6 943	6 949	6	0,1
Geldmarktkredite/Festgeldschulden Post	–	–	–	–	–
Eidg. Technische Hochschulen ETH	–	–	–	–	–
Schweiz. Exportrisikoversicherung SERV	–	–	–	–	–
Depotkonten	5 278	5 487	6 021	534	9,7
Sparkasse Bundespersonal	2 988	2 866	2 766	-100	-3,5
<b>Kapitalmarkt</b>	<b>78 743</b>	<b>77 375</b>	<b>71 223</b>	<b>-6 152</b>	<b>-8,0</b>
Öffentliche Anleihen	78 443	77 275	71 223	-6 052	-7,8
Schweiz. Exportrisikoversicherung SERV	250	100	–	-100	-100,0
Festgeldschulden übrige	50	–	–	–	–

## Verschuldung am Geld- und Kapitalmarkt

Budgetiert war die Rückzahlung von *Anleihen* im Umfang von 9,6 Milliarden und Emissionen für 5 Milliarden, was eine Reduktion des Volumens um 4,4 Milliarden zur Folge gehabt hätte. Bei den *Geldmarktbuchforderungen* war per Ende 2016 ein ausstehendes Volumen von 10,7 Milliarden vorgesehen. Der Geldfluss aus dem Bundeshaushalt lag jedoch über den Erwartungen. Entsprechend konnte die Geldaufnahme gegenüber den Planwerten reduziert werden. Die Verschuldung des Bundes am Geld- und Kapitalmarkt sank um 6,1 Milliarden. Bereits im Vorjahr wurde die Marktverschuldung um 4,8 Milliarden abgebaut.

## Bundesanleihen

Aufgrund des bescheidenen Mittelbedarfs und der geringen Nachfrage nach «Eidgenossen» wurden 2016 nominal lediglich 3,3 Milliarden aufgenommen. Mit der Rückzahlung von zwei Anleihen im Betrag von total 9,4 Milliarden wurde das ausstehende Volumen um 6,1 Milliarden abgebaut (2015: Nettoerhöhung von 1,2 Mrd.). Per Ende 2016 sind 22 Bundesanleihen mit einem Nominalbetrag von insgesamt 71,2 Milliarden ausstehend (Ende 2015: 77,3 Mrd.).

Aufgrund des sehr tiefen Zinsniveaus lagen die Coupons der aufgestockten Anleihen deutlich über den entsprechenden Markttrenditen. Dadurch wurden die Anleihen zu Preisen über pari emittiert (Durchschnittspreis: 134%), was zu einem hohen *Agio* von 1,1 Milliarden führte. Das vereinnahmte *Agio* bei der Emission einer Anleihe wird in der Finanzierungsrechnung als Ausgabenminderung im Emissionsjahr ausgewiesen, in der Erfolgsrechnung wird es hingegen linear über die Laufzeit abgegrenzt.

Die Bundestresorerie hat an 11 Auktionen 17 Anleihen platziert. Wie gewohnt wurden die Anleihen jeweils am zweiten Mittwoch jeden Monats (ohne August) emittiert. Bei den Auktionen fiel die Wahl schwergewichtig auf lang laufende Anleihen. Die durchschnittliche Laufzeit der Emissionen betrug 23,5 Jahre (Vorjahr 20,3 Jahre) bei einer durchschnittlichen Rendite von -0,002 Prozent (2015: 0,28%). Es wurden zwei neue *Basisanleihen* mit Fälligkeiten in den Jahren 2029 und 2058 lanciert. Aufgrund des sehr tiefen Zinsniveaus wurde mit dem 2029er erstmals ein «Zero-bond» emittiert. Das bedeutet, dass die Anleihe keinen Coupon trägt. Daneben wurden bestehende Anleihen aufgestockt. Mit Aufstockungen können sukzessive grosse, liquide Anleihen aufgebaut werden, was den Handel am Sekundärmarkt stützt und die Preisbildung verbessert.

## Geldmarkt-Buchforderungen

Auch die Mittelbeschaffung auf dem Geldmarkt fiel deutlich tiefer aus als budgetiert: Das Volumen ausstehender Geldmarkt-Buchforderungen (GMBF) wurde gegenüber dem Vorjahr konstant auf tiefem Niveau gehalten (6,9 Mrd.).

Seit Ende August 2011 sind bei den GMBF Zeichnungen über pari (über 100 Prozent) möglich. Seither rentieren die GMBF negativ oder maximal zu null. Bei Zuteilungen über pari ist die Verzinsung negativ, d.h. für den Bund resultieren aus der Mittelaufnahme Zinseinnahmen. Die Käufer suchen Sicherheit und sind deshalb bereit, eine Art Versicherungsprämie in Form negativer Zinsen zu bezahlen. Zudem haben die besonderen Verhältnisse am Devisen-Swapmarkt zu einer erhöhten ausländischen Nachfrage geführt. Über das ganze Jahr rentierten die GMBF im negativen

Bereich. Die durchschnittliche Rendite betrug -0,98 Prozent (Vorjahr: -1,00%). Damit resultierten Zinseinnahmen von 72,8 Millionen (Vorjahr: 73,5 Mio).

### Übrige Instrumente

Geldmarktkredite zum Ausgleich kurzfristiger Schwankungen der liquiden Mittel waren aufgrund der hohen Liquidität nicht nötig. Die Schweizerische Exportrisikoversicherung SERV liess ihre fällige Festgeldanlage von 100 Millionen auslaufen und erhöhte im Gegenzug den Bestand auf ihrem Depotkonto bei der EFV.

### Zinsentwicklung und Selbstkostensatz

Obwohl die Zinsen per Ende 2016 etwa auf dem gleichen Niveau wie vor Jahresfrist lagen (10-jährige Eidg. Anleihe: -0,2 %), erreichten sie im Jahresverlauf neue Tiefstwerte. So führte etwa die Verunsicherung der Finanzmärkte durch den Ausgang des Brexit-Referendums zu einer Flucht in sichere Anlagen, so dass im Juli alle ausstehenden Eidg. Anleihen (d.h. bis Verfall im 2064) zeitweilig negativ rentierten.

Das Zinsniveau am Geld- und Kapitalmarkt und die Bewirtschaftung der Schulden durch die Tresorerie spiegeln sich im Selbstkostensatz für die verzinsliche Bundesschuld wider; dieser liegt Ende 2016 bei 1,74 Prozent (Berechnung inkl. Kommissionen und Abgaben), nach 1,93 Prozent im Vorjahr (vgl. Abbildung «Selbstkostensätze»). In der Berechnung werden der Nominalzinssatz, der Emissionspreis, die Emissionskosten sowie die

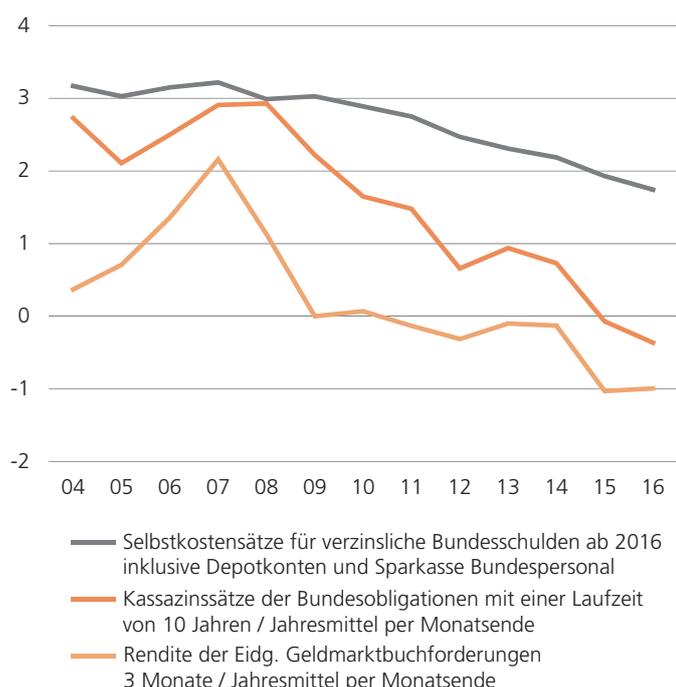
Einlösungskommissionen auf Coupons und Titeln berücksichtigt, nicht aber die Zahlungsströme aus Zinssatzswaps. Im Vergleich zu den Zinssätzen bildet sich der Selbstkostensatz nur langsam zurück, weil die früher mit höheren Renditen emittierten Anleihen erst sukzessive auslaufen und durch solche mit tiefen Renditen ersetzt werden.

### Langfristige Entwicklung der Zinsausgaben

Die Zinsausgaben des Bundes sanken 2016 erneut. Gegenüber dem Höchstwert im Jahr 2006 beträgt die Entlastung 3,0 Milliarden. Zu dieser Entlastung beigetragen haben der Schuldenabbau und die seit 2008 sinkenden Zinssätze: Die *Marktschuld* des Bundes (Anleihen und GMBF) ist seit 2005 um 33 Milliarden zurückgegangen; die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe ging seit 2008 um 3 Prozentpunkte zurück.

Die Abbildung «Ursachen der sinkenden Zinsausgaben» zeigt, wie sich dies auf die Ausgaben für die Verzinsung der Marktschuld ausgewirkt hat. Die seit 2006 kumulierte Gesamtentlastung von 2,6 Milliarden ist zu zwei Dritteln (1,8 Mrd.) auf die tieferen Zinssätze zurückzuführen («Zinseffekt»). Aber auch der Schuldenabbau («Volumeneffekt») leistete mit 0,8 Milliarden einen signifikanten Beitrag. Wie nachhaltig der Zinseffekt ist, hängt davon ab, wie bald und wie stark die Zinsen auf dem Geld- und Kapitalmarkt wieder ansteigen und mit welchen Laufzeiten sich der Bund verschuldet. Da die Bundestresorerie in den letzten Jahren vermehrt Anleihen mit langen Laufzeiten emittiert hat, ist der Bundeshaushalt gegenüber Zinserhöhungen robuster

Entwicklung der Selbstkostensätze in %



Wegen der Fälligkeit von zwei Anleihen mit hohen Coupons sank der Selbstkostensatz der verzinslichen Bundesschuld im Jahr 2016 erneut. Seit 2015 werden beim Selbstkostensatz auch die Bestände der Sparkasse Bundespersonal (SKB) einbezogen.

geworden. Der Schuldenabbau reduziert die Zinsbelastung aber in jedem Fall, unabhängig von der zukünftigen Zinsentwicklung und gibt finanzpolitischen Handlungsspielraum.

### Tresoreriemittel

Die Mittelzu- und -abflüsse der zentralen Tresorerie unterliegen monatlichen Schwankungen von mehreren Milliarden. Zum Ausgleich dieser Bewegungen hält der Bund angemessene Tresoreriereserven. Die nicht sofort benötigten Mittel werden bei der Schweizerischen Nationalbank (SNB) und am Markt platziert. Wegen den negativen Zinsen wurden die Gelder ausschliesslich bei der SNB angelegt. Durch den Netto-Abbau der Marktschuld sank der Stand der verfügbaren Tresoreriemittel von 11 Milliarden Ende 2015 auf 7 Milliarden Ende 2016.

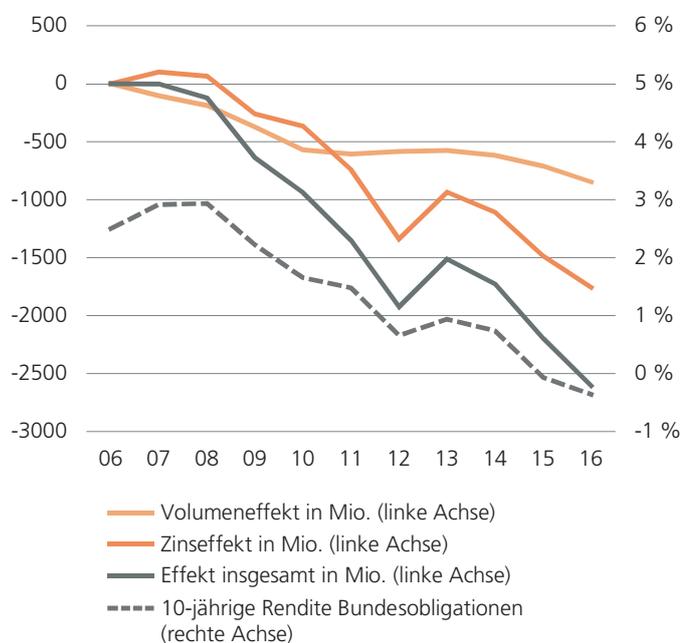
Die Tresoreriedarlehen an den ALV-Fonds sanken per Ende 2016 von 2,6 auf 2,5 Milliarden. Diese Mittel werden nicht zu den Tresoreriereserven gerechnet, da sie nicht zur Liquiditätssteuerung eingesetzt werden können. Die ausstehenden Darlehen an die SBB betragen per Ende Jahr 3,32 Milliarden (Vorjahr: 3,02 Mrd.).

### Devisenbewirtschaftung und Derivative

Der Budgetbedarf der Verwaltungseinheiten an Devisen (Euro und US-Dollar) wird durch Termingeschäfte abgesichert. Für 2016 hat die Bundestresorerie im Vorjahr 338 Millionen Euro beschafft. Aufgrund von Unsicherheiten über den effektiven Euro-Bedarf, wurden nur 90 Prozent des eingestellten Bedarfs von 376 Millionen abgesichert. Beim US-Dollar wurde der ganze budgetierte Betrag von 651 Millionen beschafft. Im Jahr 2016 mussten aufgrund des höheren Bedarfs und zur Deckung der nicht abgesicherten zehn Prozent beim Euro zusätzlich 61 Millionen Euro und 37 Millionen US-Dollar nachgekauft werden.

Für das Budget 2017 wurden im 2016 377 Millionen Euro (90% des budgetierten Bedarfs) und 664 Millionen US-Dollar mittels Termingeschäften abgesichert. Zusätzlich wurden Fremdwährungsverpflichtungen des Bundes für insgesamt fünf neue Spezialgeschäfte im Gegenwert von 507 Millionen Franken zu Kassakursen aufgrund von Sondervereinbarungen der Verwaltungseinheiten mit der Bundestresorerie abgesichert. Deren Bedarf erstreckt sich über mehrere Jahre. Diese Fremdwährungsverpflichtungen wurden auf die Zeitpunkte des jeweiligen Zahlungsbedarfs mittels Termingeschäfte abgedeckt. Zu Terminkursen beträgt der Gegenwert 495 Millionen Franken.

Ursachen der sinkenden Zinsausgaben in Mio.

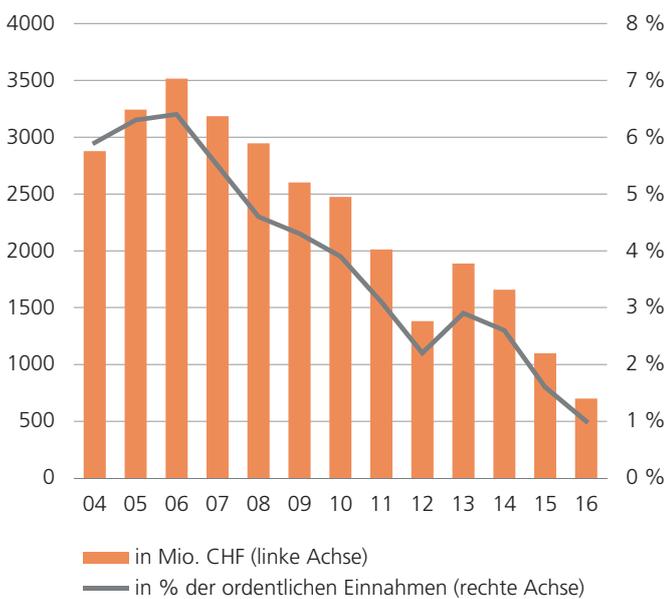


Die Zinsausgaben für die Marktschuld sind seit dem Höchststand im Jahr 2006 um 2,6 Milliarden zurückgegangen. Zwei Drittel dieser Entlastung sind auf die gesunkenen Zinsen zurückzuführen. Der Beitrag des Schuldenabbaus beträgt 0,8 Milliarden.

Bei den Derivativen sanken die finanzierungswirksamen Nettozinszahlungen aufgrund auslaufender Swapverträge von 31 auf 25 Millionen. Die Nettopayerposition reduzierte sich von 600 Millionen Ende 2015 auf 500 Millionen Ende 2016. Neue Zinssatzswap-Verträge oder andere Zinsderivative wurden keine abgeschlossen. Die bestehenden Zinssatzswaps gehen auf die

Jahre 1995–2005 zurück und wurden getätigt, um eine längerfristige Zinsbindung der Bilanz zu erreichen. Die Umwandlung von variablen kurzfristigen Zinsen in langfristige Festsatzzinsen ermöglicht eine Absicherung gegen steigende Zinsen. Der negative Barwert der offenen Positionen betrug per Ende 2016 -127 Millionen.

Entwicklung der Nettozinslast in Mio. und % Einnahmen



Die Nettozinslast (Zinsausgaben abzgl. Zinseinnahmen) reduzierte sich im vergangenen Jahr von 1,6 auf 1,0 Prozent der ordentlichen Einnahmen. Der Rückgang ist insbesondere auf die rekordhohen Agios (1,1 Mrd.) zurückzuführen. Im Vergleich zum Jahr 2006 beläuft sich die kumulierte Netto-Entlastung auf 2,8 Milliarden oder mehr als 4 Prozent der ordentlichen Einnahmen.

### 37 Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget FLAG

FLAG-Einheiten sind für rund 30 Prozent des Aufwandes im Eigenbereich des Bundes verantwortlich. Sowohl die Aufwände als auch die Investitionsausgaben sanken um 46 Millionen bzw. 68 Millionen. Die Einheiten werden per 1.1.2017 ins Neue Führungsmodell für die Bundesverwaltung NFB überführt.

#### Zusammenzug der Rechnungen der FLAG-Verwaltungseinheiten

Mio. CHF	Rechnung 2015	Voranschlag 2016	Rechnung 2016	Differenz zu R 2015	
				absolut	%
<b>Erfolgsrechnung</b>					
<b>Ordentlicher Ertrag</b>	<b>2 320</b>	<b>2 197</b>	<b>2 214</b>	<b>-106</b>	<b>-4,6</b>
Funktionsertrag (Globalbudget)	2 226	2 008	2 102	-124	-5,6
Regalien und Konzessionen	24	20	15	-9	-36,5
Übriger Ertrag	71	169	97	27	37,8
<b>Ordentlicher Aufwand</b>	<b>5 651</b>	<b>5 846</b>	<b>5 605</b>	<b>-46</b>	<b>-0,8</b>
Funktionsaufwand (Globalbudget)	4 373	4 400	4 353	-20	-0,5
Transferaufwand	1 223	1 409	1 217	-6	-0,5
Übriger Aufwand	56	37	36	-20	-35,6
<b>Ausserordentlicher Ertrag</b>	<b>382</b>	<b>145</b>	<b>288</b>	<b>-94</b>	<b>-24,7</b>
<b>Investitionsrechnung</b>					
<b>Ordentliche Investitionseinnahmen</b>	<b>21</b>	<b>26</b>	<b>19</b>	<b>-2</b>	<b>-9,1</b>
Veräusserung Sach- und immaterielle Anlagen (Globalbudget)	20	25	18	-2	-9,6
Rückzahlung Darlehen und Beteiligungen	1	1	1	0	-1,4
Rückzahlung Investitionsbeiträge	0	-	-	0	-100,0
<b>Ordentliche Investitionsausgaben</b>	<b>2 828</b>	<b>2 797</b>	<b>2 760</b>	<b>-68</b>	<b>-2,4</b>
Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte (Globalbudget)	1 642	1 615	1 593	-49	-3,0
Investitionsbeiträge	188	190	187	0	-0,3
Übrige Investitionen	999	992	980	-19	-1,9
<b>Ausserordentliche Investitionseinnahmen</b>	<b>135</b>	<b>-</b>	<b>165</b>	<b>30</b>	<b>22,6</b>

Hinweis: Ausweis der Erfolgsrechnung inklusive interner Leistungsverrechnung

#### Entwicklung der Erträge

Der *ordentliche Ertrag* der FLAG-Einheiten sank gegenüber 2015 um 106 Millionen (-4,6%). Zum einen nahm der *übrige Ertrag* aus der Übernahme von Nationalstrassenteilstücken der Kantone durch das ASTRA zu (27 Mio.). Zum anderen verringerten sich die Erträge aus *Regalien und Konzessionen* im Bereich der Funkkonzessionen beim BAKOM (-9 Mio.). Hauptursache für die tieferen Erträge ist indes der Rückgang der *Funktionserträge* (-124 Mio.). Dies lässt sich hauptsächlich durch folgende, zum Teil gegenläufige Entwicklungen erklären:

- Armasuisse Immobilien löste deutlich weniger Rückstellungen auf als im Vorjahr. Dadurch sank der nicht finanzierungswirksame Ertrag um 123 Millionen.
- Der finanzierungswirksame Anteil des Funktionsertrags (411 Mio.) nahm um 14 Millionen (-3,4 %) ab. Dies hängt massgeblich mit der einmaligen Entschädigung des Kantons Bern an armasuisse Immobilien für das Projekt «Bypass Thun Nord» im letzten Jahr zusammen.

- Umgekehrt stieg der Funktionsertrag aus der internen Leistungsverrechnung um 13 Millionen aufgrund zusätzlicher Projektleistungen des Bundesamt für Informatik und Telekommunikation (BIT) an.

Der *ausserordentliche Ertrag* von 288 Millionen resultierte aus der Wertaufholung eines Darlehens aufgrund des Nachlassliquidationsverfahrens Swissair (144 Mio. beim BAZL) und aus einer Teilzahlung für die Vergabe von Mobilfunkfrequenzen (144 Mio. beim BAKOM).

#### Entwicklung des Aufwands

Der Funktionsaufwand setzt sich unverändert zusammen aus 22 Prozent Personalaufwand, 37 Prozent Sach- und Betriebsaufwand und 41 Prozent Abschreibungen. Die Aufwände veränderten sich im Einzelnen wie folgt:

- Der Personalaufwand stieg insgesamt um 6 Millionen (0,7%). Zum einen sank er bei den Forschungsanstalten Agroscope (-4,4 Mio.), der Zentralen Ausgleichsstelle (-1,8 Mio.) und

beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS (-1,6 Mio.). Zum anderen stieg der Personalaufwand bei verschiedenen Verwaltungseinheiten. Rund zwei Drittel des Anstiegs resultiert aus Internalisierungen von Schlüsselstellen im Projektmanagement und in sicherheitsrelevanten Bereichen des BIT (7,9 Mio.) sowie von betrieblichen Daueraufgaben bei armasuisse Immobilien (2,3 Mio.). Darüber hinaus erhöhte sich der Personalaufwand bei der Nationalbibliothek durch die Integration der Schweizerischen Nationalphonothek (2,2 Mio.), und beim Service Center EJPD wurde bisher im Sachaufwand geführtes Personal erstmals unter Personalaufwand verbucht (1,9 Mio.).

- Der Sach- und Betriebsaufwand stieg um 12 Millionen (0,7%). Einerseits reduzierten sich die Aufwände für Informatik (-28 Mio.) in verschiedenen FLAG-Einheiten und für den Betrieb der Nationalstrassen beim ASTRA (-4 Mio.). Andererseits stieg der Aufwand bei armasuisse Immobilien (25 Mio.) insbesondere für Instandsetzungen und beim BABS (19 Mio.) infolge Auflösung zweckgebundener Reserven für die Realisierung verschiedener in den Vorjahren verzögerter Vorhaben.
- Die Abschreibungen nahmen infolge von tieferen Wertberichtigungen bei armasuisse Immobilien um 38 Millionen ab (-2,1%).

Die Abnahme des *Transferaufwandes* um 6 Millionen (-0,5%) hat verschiedene Ursachen. Einerseits fielen beim ASTRA die Beiträge an das Europäische Satellitennavigationsprogramm Galileo/EGNOS (-13 Mio.) und beim BABS die Beiträge an Dritte im Bereich des Zivilschutzes für die Erneuerung und Werterhaltung von Schutzanlagen (-8 Mio.) tiefer aus. Andererseits nahmen die Beiträge an Umweltschutz und Sicherheitsmassnahmen im BAZL zu (15 Mio.).

Der *übrige Aufwand* sank um 20 Millionen (-35,6%). Tiefer als im Vorjahr waren die Einlagen in die Rückstellungen für den Münzumlaf (-14 Mio. bei Swissmint) und für den Eurocontrol Pension Fund (-5 Mio. beim BAZL).

### Investitionen

Die *ordentlichen Investitionseinnahmen* nahmen ab (1,9 Mio.), da im Vergleich zum Vorjahr namentlich armasuisse Immobilien weniger Liegenschaften (-1,1 Mio.) und das ASTRA weniger Nationalstrassen (-0,6 Mio.) veräussert haben. Ferner erzielte der Bund *ausserordentliche Investitionseinnahmen* aus dem Nachlassliquidationsverfahren der Swissair von 165 Millionen.

Die *ordentlichen Investitionsausgaben* nahmen um 68 Millionen ab, wobei die Investitionen im Eigenbereich am stärksten sanken (-49 Mio.). Dafür verantwortlich waren zum einen tiefere Investitionsausgaben im Nationalstrassenbau (-64 Mio. beim ASTRA). Zum anderen nahmen hauptsächlich die Investitionsausgaben für den Bau und Unterhalt von Liegenschaften zu (20 Mio. bei armasuisse Immobilien). Die Investitionsbeiträge

bewegen sich auf dem Vorjahresniveau (-0,5 Mio.). Vor allem infolge tieferer Einlagen in den Infrastrukturfonds beim ASTRA sanken dagegen die übrigen Investitionen (-19 Mio.).

### Entwicklung des Personalbestandes

Der Personalbestand der FLAG-Einheiten erhöhte sich im Jahresdurchschnitt auf 5918 Vollzeitstellen (8,6 FTE). Zum einen erhöhte sich der Bestand um 92 FTE infolge organisatorischer Massnahmen: Beim BIT (52) und armasuisse Immobilien (20) wurden Schlüsselstellen internalisiert. Die Schweizerische Nationalphonothek wurde in die Schweizerische Nationalbibliothek integriert (18). Beim ISC-EJPD führte ein Methodenwechsel bei der Verbuchung zu einer Erhöhung des Bestandes (2). Zum anderen reduzierte sich der Bestand bei den Forschungsanstalten Agroscope (-35), bei der Zentralen Ausgleichsstelle (-16), beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz (-12) und bei diversen weiteren Verwaltungseinheiten (-21).

---

### Überführung von FLAG ins Neue Führungsmodell für die Bundesverwaltung (NFB) ab 1.1.2017

FLAG wurde 1997 lanciert. Ausgewählte Verwaltungseinheiten wie z.B. das Bundesamt für Landestopografie oder MeteoSCHWEIZ konnten mit den neuen Instrumenten und Prozessen Erfahrungen sammeln und so zu deren Weiterentwicklung beitragen. Während der Pilotphase von 1997 bis 2001 wurde FLAG fortlaufend evaluiert. Mit dem Evaluationsbericht im Jahre 2001 betrachtete der Bundesrat die Pilotphase von FLAG als abgeschlossen. Er beschloss, FLAG schrittweise auszubauen. Mit der Verdoppelung der FLAG-Einheiten von 11 auf 22 im Jahr 2007 wurde ein beachtlicher Stand erreicht.

Nach der Evaluation von 2009 erfolgte eine Standortbestimmung mit neuer Zielsetzung, der Entwicklung eines neuen, ergebnisorientierten Führungsmodells für die gesamte Bundesverwaltung (NFB). Ziel ist es, die Planung des Haushalts verstärkt auf die mittelfristige Entwicklung von Aufgaben und Finanzen auszurichten, bei der Budgetierung auch die Leistungen transparent darzustellen sowie dem Parlament bei Bedarf die gezielte Leistungssteuerung zu ermöglichen. Das NFB umfasst im Kern folgende Instrumente:

- Voranschlag mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan (IAFP);
- Globalbudgets für den Eigenbereich sowie Leistungsgruppen der Verwaltungseinheiten mit ausgewählten Zielen, Messgrössen und Soll-Werten;
- Leistungsvereinbarungen zwischen Departementen und Verwaltungseinheiten für die Verknüpfung von politischen Steuerungsvorgaben und betrieblichen Jahreszielen.

Die Anreizinstrumente zu wirtschaftlichem Verhalten orientieren sich am FLAG-Modell: Mit Globalbudgets sowie der Möglichkeit der Reservebildung, Kreditverschiebung und Kreditüberschreitung bei leistungsbedingten Mehrerträgen sollen die betrieblichen Handlungsspielräume ab 2017 auch in Zeiten knapper öffentlicher Finanzen erhöht werden.

---

### Entwicklung der Reserven

*Allgemeine Reserven* wurden im Jahr 2016 nur beim BIT im Umfang von 8,8 Millionen gebildet. Swisstopo löste Reserven in der Höhe von 4000 Franken auf. Per Ende 2016 verfügten 12 von 20 FLAG-Einheiten über allgemeine Reserven im Umfang von 28 Millionen.

*Zweckgebundene Reserven* wurden im Umfang von 32 Millionen aufgelöst, davon 5 Millionen ohne Verwendung zugunsten des Bundeshaushalts. Für 72 Millionen wurden in 16 Einheiten neue zweckgebundene Reserven gebildet. Mehr als die Hälfte entfällt auf die Leistungserbringer IKT (23 Mio.) und auf armasuisse Immobilien (16 Mio.).

Der Bestand an Reserven wird unter dem NFB in der Bilanz weitergeführt. Neu werden jedoch alle Verwaltungseinheiten die Möglichkeit haben, Reserven zu bilden. Damit soll ein Anreiz für eine wirtschaftliche Aufgabenerfüllung geschaffen werden. Die Reservenbildung unterliegt der Zustimmung der Bundesversammlung.

### Bildung von Reserven

*Allgemeine Reserven* können gebildet werden, wenn eine Einheit nachweislich besonders wirtschaftlich gearbeitet hat. Der Bestand ist begrenzt auf 10 Millionen oder 5 Prozent der finanzierungswirksamen Mittel im Eigenbereich. *Zweckgebundene Reserven* können aus Kreditresten für geplante Projekte, die am Jahresende noch nicht abgeschlossen sind, gebildet werden. Die Reserven dürfen nur für die ursprüngliche Bestimmung eingesetzt werden, ansonsten verfallen sie.

### Allgemeine und zweckgebundene Reserven FLAG

Mio. CHF	Allgemeine Reserven FLAG 2016				Zweckgebundene Reserven FLAG 2016			
	Stand 1.1.	Bildung	Auflösung	Stand 31.12.	Stand 1.1.	Bildung	Auflösung	Stand 31.12.
<b>Total</b>	<b>19,5</b>	<b>8,8</b>	<b>0,0</b>	<b>28,3</b>	<b>160,3</b>	<b>71,9</b>	<b>31,7</b>	<b>200,5</b>
202 EDA	1,2	–	–	1,2	7,6	6,4	-3,0	11,0
307 NB	–	–	–	–	1,1	1,1	-0,1	2,1
311 MeteoSchweiz	1,2	–	–	1,2	3,8	2,6	–	6,3
342 IVI	–	–	–	–	–	0,1	–	0,1
485 ISC-EJPD	3,4	–	–	3,4	3,3	10,5	-3,3	10,5
504 BASPO	3,0	–	–	3,0	2,9	6,7	-0,8	8,8
506 BABS	1,8	–	–	1,8	7,6	5,7	-5,7	7,5
542 ar W+T	1,1	–	–	1,1	0,7	–	-0,7	–
543 ar Immo	–	–	–	–	–	16,0	–	16,0
570 swisstopo	2,9	–	0,0	2,9	6,2	2,0	-0,6	7,7
602 ZAS	–	–	–	–	–	0,2	–	0,2
609 BIT	1,2	8,8	–	10,0	16,0	3,6	-8,0	11,5
710 Agroscope	–	–	–	–	1,1	0,8	-0,4	1,5
735 ZIVI	0,7	–	–	0,7	–	–	–	–
740 SAS	0,4	–	–	0,4	2,5	–	–	2,5
785 ISCecco	–	–	–	–	5,7	2,8	-3,4	5,2
803 BAZL	2,0	–	–	2,0	5,0	6,8	-0,5	11,3
806 ASTRA	–	–	–	–	91,6	5,2	-3,5	93,3
808 BAKOM	0,5	–	–	0,5	5,2	1,5	-1,8	4,9

38 Vergleich Finanzierungs- und Erfolgsrechnung

Die Erfolgsrechnung schliesst mit einem ordentlichen Defizit von 366 Millionen ab, 1,1 Milliarden tiefer als die Finanzierungsrechnung. Diese Differenz ist mehrheitlich zurückzuführen auf den höheren Zinsaufwand (707 Mio.) und auf die Abnahme von Equitywerten (691 Mio.), welche die Erfolgsrechnung belasten.

Finanzierungsrechnung		Erfolgsrechnung		
Mio. CHF	Rechnung 2016		Rechnung 2016	Differenz
<b>Finanzierungsergebnis</b>	<b>1 230</b>	<b>Jahresergebnis</b>	<b>-66</b>	<b>-1 296</b>
<b>Ordentliches Finanzierungsergebnis</b>	<b>752</b>	<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>-366</b>	<b>-1 118</b>
<b>Ordentliche Einnahmen</b>	<b>67 013</b>	<b>Ordentlicher Ertrag</b>	<b>67 029</b>	<b>15</b>
Fiskaleinnahmen	62 613	Fiskalertrag	63 098	485
Regalien und Konzessionen	824	Regalien und Konzessionen	794	-31
Übrige laufende Einnahmen	1 700	Übriger Ertrag	1 958	258
Investitionseinnahmen	711			-711
<b>Finanzeinnahmen</b>	<b>1 165</b>	<b>Finanzertrag</b>	<b>1 151</b>	<b>-14</b>
Beteiligungseinnahmen	828			-828
Übrige Finanzeinnahmen	337	Zunahme von Equitywerten	738	738
		Übriger Finanzertrag	413	76
		<b>Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital</b>	<b>28</b>	<b>28</b>
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>66 261</b>	<b>Ordentlicher Aufwand</b>	<b>67 394</b>	<b>1 133</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>10 431</b>	<b>Eigenaufwand</b>	<b>13 002</b>	<b>2 571</b>
Personalausgaben	5 465	Personalaufwand	5 527	61
Sach- und Betriebsausgaben	3 961	Sach- und Betriebsaufwand	4 193	231
Rüstungsausgaben	1 004	Rüstungsaufwand	1 004	-
		Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	2 278	2 278
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>46 612</b>	<b>Transferaufwand</b>	<b>51 695</b>	<b>5 083</b>
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	9 500	Anteile Dritter an Bundeserträgen	9 500	-
Entschädigungen an Gemeinwesen	1 592	Entschädigungen an Gemeinwesen	1 596	4
Beiträge an eigene Institutionen	3 684	Beiträge an eigene Institutionen	3 689	6
Beiträge an Dritte	15 162	Beiträge an Dritte	15 354	192
Beiträge an Sozialversicherungen	16 674	Beiträge an Sozialversicherungen	16 715	42
		Wertberichtigung Investitionsbeiträge	4 818	4 818
		Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	21	21
<b>Finanzausgaben</b>	<b>1 008</b>	<b>Finanzaufwand</b>	<b>2 503</b>	<b>1 495</b>
Zinsausgaben	961	Zinsaufwand	1 668	707
Übrige Finanzausgaben	48	Abnahme von Equitywerten	691	691
		Übriger Finanzaufwand	145	98
		<b>Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital</b>	<b>195</b>	<b>195</b>
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>8 211</b>			<b>-8 211</b>
Sachanlagen und Vorräte	2 727			-2 727
Immaterielle Anlagen	24			-24
Darlehen	59			-59
Beteiligungen	89			-89
Eigene Investitionsbeiträge	4 813			-4 813
Durchlaufende Investitionsbeiträge	500			-500
<b>Ausserordentliche Einnahmen</b>	<b>478</b>	<b>Ausserordentlicher Ertrag</b>	<b>300</b>	<b>-178</b>
<b>Ausserordentliche Ausgaben</b>	<b>-</b>	<b>Ausserordentlicher Aufwand</b>	<b>-</b>	<b>-</b>

Die nachfolgend aufgeführten Einzelheiten zu den Differenzen zwischen den beiden Rechnungen beschränken sich auf die wichtigsten Positionen.

#### Einnahmen gegenüber Ertrag

Die *Fiskalerträge* liegen um 485 Millionen höher als die Fiskaleinnahmen, weil aufgrund der tieferen Eingänge bei der Verrechnungssteuer die Rückstellungen um 500 Millionen gesenkt werden konnten. Weiter wurden bei der Automobilsteuer neue Rückstellungen (36 Mio.) gebildet und bei der Biersteuer eine zeitliche Abgrenzung (19 Mio.) verbucht.

Die Differenz bei den *Regalien und Konzessionen* von 31 Millionen ist im Wesentlichen die Folge einer Erhöhung der Rückstellungen für den Münzumsatz.

Beim *übrigen Ertrag* stammt der Unterschied von 258 Millionen mehrheitlich aus Aufwertungen von Liegenschaften (137 Mio.), aus Erträgen aus der Übernahme von Nationalstrassen (46 Mio.), aus Aktivierungen von Eigenleistungen (42 Mio.), aus Veräusserungsgewinnen von Grundstücken und Liegenschaften (19 Mio.), sowie aus nachträglichen Aktivierungen (8 Mio.).

Der *übrige Finanzertrag* beinhaltet Bewertungskorrekturen und periodengerechte Abgrenzungen des Zinsertrages, welche den grössten Teil der Differenz in der Höhe von 76 Millionen ausmachen.

#### Ausgaben gegenüber Aufwand

Die Abweichung beim *Personalaufwand* (61 Mio.) kann wie folgt begründet werden: Die Rückstellungen für Ruhegehälter von Magistratspersonen wurden um 81 Millionen erhöht, demgegenüber konnten Rückstellungen für Restrukturierungen um 20 Millionen reduziert werden.

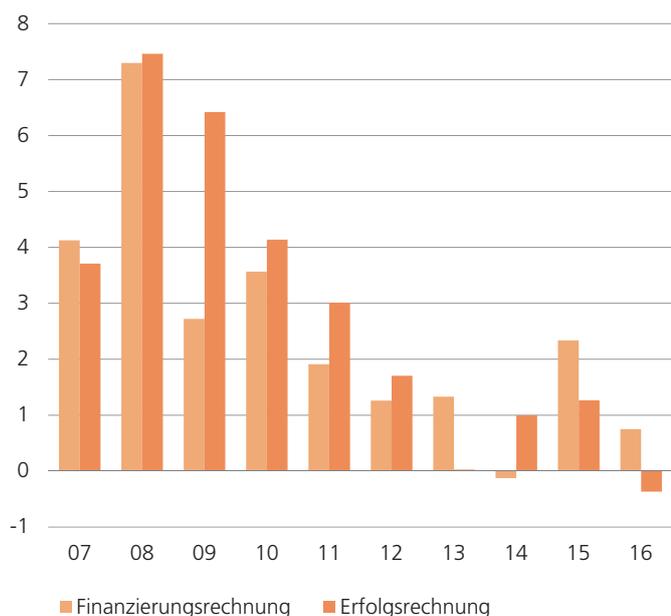
Bei der Differenz im *Sach- und Betriebsaufwand* (231 Mio.) handelt es sich um Rückstellungen und Abgrenzungen im Immobilienbereich, sowie um nicht finanzierungswirksame Material- und Warenbezüge ab Lager.

Bei den *Beiträgen an Dritte* stammt der Unterschied (192 Mio.) vor allem aus der Bildung einer Rückstellung für mögliche Bürgerschaftsziehungen bei der Hochseeschiffahrt (215 Mio.), sowie aus einer Anpassung der Rückstellung für die Pflichtbeiträge an die UNO (28 Mio.).

Die Differenz bei den *Beiträgen an die Sozialversicherungen* beläuft sich auf 42 Millionen. Es handelt sich hierbei insbesondere um eine Anpassung der Rückstellung für künftige Rentenverpflichtungen der Militärversicherung.

Die Differenz beim *Zinsaufwand* (707 Mio.) beinhaltet periodengerechte Abgrenzungen aus der Aufnahme und Aufstockung von Anleihen.

Ergebnisse der Finanzierungs- und Erfolgsrechnung in Mrd. Ordentlicher Haushalt



Entgegen der Vorjahre schliesst die Erfolgsrechnung 2016 negativ ab, während die Finanzierungsrechnung im Plus bleibt. Die wichtigsten Gründe dafür sind der höhere Zinsaufwand und die Abnahme von Equitywerten.

Die *Abnahme von Equitywerten* ergibt sich vor allem aus der tiefer bewerteten Beteiligung an der Post (688 Mio.). Dabei handelt es sich um Buchverluste aus der Bewertung von leistungsorientierten Vorsorgeplänen.

Beim *übrigen Finanzaufwand* beträgt die Differenz zu den Finanzausgaben 98 Millionen. Sie setzt sich zusammen aus dem Aufwand für die Kapitalbeschaffung (63 Mio.) und die Passivzinsen (35 Mio.).

Die Summe der *Abschreibungen und Wertberichtigungen* ist um 0,4 Milliarden kleiner als die Nettoinvestitionen gemäss Finanzierungsrechnung (vgl. Box.).

#### **Ausserordentliche Erträge**

Aus dem Nachlassliquidationsverfahren der Swissair erhielt der Bund im Jahr 2016 Zahlungen im Umfang von 165 Millionen. Zum Zeitpunkt des Rechnungsabschlusses 2015 waren Zahlungen für 2016 im Umfang von 109 Millionen erwartet und entsprechend bereits in der Darlehensbewertung berücksichtigt worden, der Restbetrag von 56 Millionen jedoch nicht. Der Bund erwartet zudem weitere Zahlungen im Umfang von 87 Millionen. Entsprechend wurde das Darlehen um einen Betrag von 144 Millionen aufgewertet. Weitere Erträge stammen aus der Vergabe von Mobilfunklizenzen (144 Mio.) und aus Bussen der WEKO (13 Mio.).

---

#### **Unterschiede Finanzierungs-/Erfolgsrechnung**

Im Unterschied zur Finanzierungsrechnung, welche aufzeigt, in welchem Ausmass die Ausgaben mit entsprechenden Einnahmen aus der gleichen Periode finanziert sind, zeigt die Erfolgsrechnung den Saldo aus dem Wertverzehr und -zuwachs (d.h. Aufwand resp. Ertrag) und damit die Veränderung der Vermögenslage des Bundes. Zusätzlich zu den finanzierungswirksamen Aufwänden (mit unmittelbarem Mittelabfluss) werden daher in der Erfolgsrechnung auch nicht finanzierungswirksame Geschäftsvorfälle berücksichtigt.

Der Hauptunterschied zwischen der Finanzierungs- und Erfolgsrechnung liegt in der Behandlung der Investitionen. Die Investitionsausgaben und -einnahmen sind Teil der Finanzierungsrechnung, fliessen aber nicht in die Erfolgsrechnung ein, sondern werden in die Bilanz übertragen. Hingegen gehen die in der Berichtsperiode anfallenden Abschreibungen auf den Investitionen als nicht finanzierungswirksamer Aufwand in die Erfolgsrechnung ein (Wertverzehr). Die (nicht rückzahlbaren) Investitionsbeiträge werden zwar als Investition geführt, aber vollständig über den Transferaufwand abgeschrieben. Mit Wertberichtigungen wird zudem eingetretenen Wertminderungen auf Forderungen, Darlehen und Beteiligungen Rechnung getragen. Sie führen zu einer Korrektur der Buchwerte.

---

### 39 Leistungsverrechnung zwischen Verwaltungseinheiten

Das Verrechnungsvolumen beträgt rund 2,5 Milliarden. Die grössten Positionen bilden die Unterbringung einschliesslich der Gebäudebewirtschaftung mit 1,8 Milliarden und die Informatik mit 0,5 Milliarden. Der Umfang der verrechneten Leistungen blieb im Jahr 2016 konstant.

#### Leistungsverrechnung zwischen Verwaltungseinheiten

Mio. CHF	Rechnung 2015	Voranschlag 2016	Rechnung 2016	Differenz zu R 2015	
				absolut	%
<b>Total Leistungsverrechnung</b>	<b>2 461</b>	<b>2 450</b>	<b>2 469</b>	<b>7</b>	<b>0,3</b>
<b>Unterbringung</b>	<b>1 569</b>	<b>1 570</b>	<b>1 570</b>	<b>1</b>	<b>0,1</b>
armasuisse Immobilien	1 095	1 095	1 093	-2	-0,2
Bundesamt für Bauten und Logistik	474	475	476	3	0,6
<b>Informatik</b>	<b>523</b>	<b>464</b>	<b>533</b>	<b>10</b>	<b>1,9</b>
Bundesamt für Informatik und Telekommunikation	388	344	409	21	5,5
Übrige IKT-Leistungserbringer	135	120	123	-11	-8,4
<b>Betrieb und Instandsetzung Liegenschaften</b>	<b>259</b>	<b>284</b>	<b>259</b>	<b>0</b>	<b>-0,1</b>
<b>Übrige verrechnete Leistungen</b>	<b>110</b>	<b>132</b>	<b>107</b>	<b>-3</b>	<b>-3,1</b>
Dienstleistungen	64	84	65	0	0,7
Verkäufe	46	48	42	-4	-8,3

Im Bereich der *Unterbringungen* blieb das Verrechnungsvolumen im BBL und der armasuisse Immobilien im Vergleich zum Vorjahr etwa identisch, da der Immobilienbestand bundeweit keine wesentlichen Veränderungen erfahren hat.

In der *Informatik* fallen rund 388 Millionen für den IKT-Betrieb an (davon rund 290 Mio. im BIT). Das höhere Verrechnungsvolumen des BIT bei den Betriebsleistungen kann im Wesentlichen auf das neue Verrechnungsmodell im Druckerbereich (+3,6 Mio.) sowie mit der Übernahme der Büroautomation des WBF und der BK (+4 Mio.) begründet werden. Im gleichen Umfang (-4 Mio.) reduziert sich in der Folge das Verrechnungsvolumen der übrigen IKT-Leistungserbringer. Für Projekte und Dienstleistungen wurden rund 145 Millionen aufgewendet wobei der Anteil des BIT auf 119 Millionen beziffert werden kann. Die Verwaltungseinheiten budgetieren Projekte und Dienstleistungen oft als finanzierungswirksamen Aufwand. Bei der Konkretisierung der Vorhaben werden sie meist mit bundesinternen IKT-Leistungserbringern umgesetzt. Dies führt im Haushaltvollzug zu einem höheren Rechnungsvolumen als budgetiert und begründet im Wesentlichen die Differenz der Rechnung zum Voranschlag.

#### Kriterien für die Leistungsverrechnung (LV)

Zur Förderung der Kostentransparenz in der Bundesverwaltung werden gewisse Leistungen kreditwirksam zwischen den Verwaltungseinheiten verrechnet. Gemäss den Bestimmungen von Artikel 41 der Finanzhaushaltverordnung (SR 611.01) sind die verrechenbaren Leistungen definiert und im zentralen Leistungsbereichskatalog aufgelistet. Es werden nur Leistungen verrechnet, die folgende Kriterien kumulativ erfüllen:

- *Wesentlichkeit:* Das jährliche Gesamtvolumen der verrechenbaren Leistungen beträgt für den Leistungserbringer (LE) mindestens 3 Millionen und für den einzelnen Leistungsbereich mindestens 0,5 Millionen.
- *Beeinflussbarkeit:* Es werden nur Leistungen verrechnet, die einem Leistungsbezüger (LB) direkt zuordenbar und von ihm beeinflussbar sind. Der LB muss die Möglichkeit haben, Menge und Qualität und damit die Kosten seines Leistungsbezugs steuern zu können.
- *Kommerzieller Charakter:* Bei den verrechenbaren Leistungen handelt es sich um Leistungen, welche vom LB grundsätzlich auch bei Dritten ausserhalb der Bundesverwaltung bezogen werden könnten.

Zurzeit sind 13 LE berechtigt, ihre Leistungen verwaltungsintern mit der LV zu verrechnen.



Im Rahmen der Staatsrechnung 2016 wurden die durch das EJPD ausgerichteten Finanzhilfen und Abgeltungen (Subventionen) überprüft. Bei 12 von 19 geprüften Subventionen sieht der Bundesrat möglichen Anpassungsbedarf.

## Zusammenfassung

Das EJPD ist für 21 Subventionskredite zuständig. 19 davon sind Gegenstand der vorliegenden Subventionsüberprüfung im Rahmen der Staatsrechnung 2016. Bei zwei Subventionen wurde auf eine Überprüfung verzichtet.

Die im Rahmen der Staatsrechnung überprüften Subventionskredite des EJPD weisen ein Gesamtvolumen von gut 1,6 Milliarden auf. Verbesserungsmöglichkeiten wurden bei zwölf Subventionen festgestellt:

- Bei vier Subventionen im Bereich des Straf- und Massnahmenvollzugs besteht möglicherweise Optimierungspotential in der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen: Bei einer Aufgabenteilung im Sinne einer Stärkung der Rolle der Kantone könnte sich der Bund von den Betriebsbeiträgen an Erziehungseinrichtungen und Baubeiträgen an Strafvollzugs- und Erziehungsanstalten gegebenenfalls entlasten. Demgegenüber wäre zu prüfen, ob er bei der Ausbildung des Strafvollzugspersonals (SAZ) sowie der Entwicklung und Erprobung neuer Methoden und Konzepte im Straf- und Massnahmenvollzug (Modellversuche) eine stärkere Rolle einnehmen soll. Punktuelle Aufgabenteilungen sind allerdings schwierig zu bewerkstelligen. Der Bundesrat und die Kantonsregierungen werden daher gestützt auf einen Bericht, der derzeit im Rahmen der Umsetzung der Motion 13.3363 Aufgabentrennung zwischen Bund und Kantonen erarbeitet wird, prüfen, ob sie ein Projekt «NFA 2» in Angriff nehmen wollen. In ein solches Projekt könnte auch die Rollenteilung im Straf- und Massnahmenvollzug integriert werden.
- Bei weiteren vier Subventionen sind kleinere Optimierungen und Verzichte möglich: Beim Staatssekretariat für Migration (SEM) sollen zwei Kredite zusammengelegt werden (Vollzugskosten und Rückkehrhilfe allgemein). Zudem tritt nach der Inkraftsetzung des neu strukturierten Asylverfahrens die Vorfinanzierung von kantonalen Asylbewerberunterkünften durch den Bund in den Hintergrund, weshalb der entsprechende Verpflichtungskredit dann abgerechnet werden kann. Ebenso kann der Beitrag der Schweiz an das Internationale Zentrum für Migrationspolitikentwicklung (ICMPD) aufgrund eines angepassten Finanzierungsschlüssels gekürzt werden.
- Bei vier Subventionen soll nach Auswertung der entsprechenden Evaluations- und Betriebsergebnisse über das weitere Vorgehen entschieden werden: Die Ausgestaltung der Globalpauschalen an die Kantone (Kredit Sozialhilfe Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene, Flüchtlinge des SEM) sowie die Effizienz des Abgeltungssystems werden im Rahmen des Monitorings zur Umsetzung der Beschleunigungsvorlage im Asylbereich überprüft. Weitere Evaluationen werden im Integrationsbereich durchgeführt bzw. sind bei der Bekämpfung

von Straftaten im Zusammenhang mit dem Menschenhandel und der Prostitution geplant. Schliesslich soll auf Basis der Betriebsergebnisse des Instituts für Metrologie (METAS) über die Höhe der betriebsnotwendigen Reserven und der Gewinnverwendung zugunsten des Eigners entschieden werden.

- Bei sieben Subventionen wurde kein Handlungsbedarf festgestellt.

---

## Subventionsüberprüfung

Die Grundsätze zur Einrichtung von Finanzhilfen und Abgeltungen sind im 2. Kapitel (Art. 4–10) des Bundesgesetzes über Finanzhilfen und Abgeltungen vom 5.10.1990 (Subventionsgesetz, SuG; SR 616.1) festgehalten: Subventionen sind hinreichend zu begründen, sollen ihren Zweck auf wirtschaftliche und wirkungsvolle Art erreichen, sind einheitlich und gerecht zu leisten sowie nach finanzpolitischen Erfordernissen auszugestalten.

Art. 5 SuG verpflichtet den Bundesrat, sämtliche Subventionen mindestens alle sechs Jahre zu überprüfen und dem Parlament über die Ergebnisse dieser Prüfung Rechenschaft abzulegen. Die Rechenschaftsablage findet teils im Rahmen von Botschaften, mit welchen der Bundesrat dem Parlament mehrjährige Finanzbeschlüsse oder Änderungen bestehender Subventionsbestimmungen beantragt, teils in der Staatsrechnung statt.

Grundsätzlich werden alle Subventionen überprüft und in der Staatsrechnung ausgewiesen. Bei der Subventionsüberprüfung im Rahmen der Staatsrechnung liegt der Fokus auf denjenigen Subventionen, welche nicht in anderen Botschaften überprüft wurden. Zudem werden in diesem Rahmen die «versteckten» Subventionen, die Steuervergünstigungen, alle sechs Jahre einer vertieften Überprüfung unterzogen. Von der Überprüfung befreit sind Subventionen, deren Überprüfung nicht sinnvoll erscheint, weil sie ohnehin auslaufen (Befristung) oder weil der Bundesrat im Grundsatz bereits eine strukturelle Reform der Subvention beschlossen hat.

Jedes Jahr überprüfen ein bis zwei Departemente ihre Subventionen auf die Konformität mit dem SuG. VBS und EFD überprüfen ihre Subventionen im gleichen Jahr, da beide nur über wenige Transferkredite verfügen. Daraus ergibt sich ein sechsjähriger Überprüfungszyklus.

Die Überprüfung erfolgt anhand eines standardisierten Fragebogens, mit welchem insbesondere die Begründung, der Umfang, die Ausgestaltung, die Steuerung sowie das Verfahren der Beitragsvergabe der Subventionen systematisch analysiert werden. So ist beispielsweise die Berechnungsgrundlage der Höhe des Subventionsbeitrags, die Ausgestaltung des Controllings oder die Effizienz der Beitragsvergabe zu erörtern.

Die darauf aufbauende Berichterstattung in der Staatsrechnung umfasst pro Subvention drei Abschnitte: die Zusammenfassung der wichtigsten Merkmale, die kritische Würdigung und der daraus abgeleitete Handlungsbedarf. Das Umsetzungscontrolling erfolgt im Dreijahresrhythmus ebenfalls im Rahmen der Staatsrechnung.

---

Nicht nochmals überprüft wurden die Baubeiträge an die Administrativhaftplätze, weil sie erst gerade mit dem ersten Paket der Neustrukturierung des Asylbereichs vom Parlament beschlossen wurden. Die dazugehörigen Ausführungserlasse traten am 1.2.2014 in Kraft. Ebenfalls nicht geprüft wurden die Beiträge an die Unterbringung des METAS, da sie nicht ausgabenwirksam sind.

Zusätzliche Informationen zu den einzelnen Subventionen, insbesondere zu den rechtlichen Grundlagen, den gewährten Beiträgen sowie der allfälligen Aufteilung der Mittel auf einzelne Elemente finden sich im Band 2B der Staatsrechnung 2016 und im Band 2A des Voranschlags 2017 sowie in der Datenbank der Bundessubventionen (auf [www.efv.admin.ch](http://www.efv.admin.ch)).

## Überprüfte Subventionen des EJPD

### Beiträge an das Eidg. Institut für Metrologie

Generalsekretariat EJPD

401/A2310.0509

Rechnung 2016:

17 489 000

#### Beschreibung

Das Eidg. Institut für Metrologie (METAS) stellt ein funktionierendes Messwesen sicher. Als nationales Metrologieinstitut der Schweiz sorgt es für die von der Schweizer Wirtschaft, Forschung und Verwaltung benötigte leistungsfähige metrologische Infrastruktur. Es stellt international anerkannte Referenzmasse mit der erforderlichen Genauigkeit zur Verfügung. Ohne zuverlässige Messungen sind weder Produktion noch Handel denkbar. Das METAS sorgt auch dafür, dass Messungen zum Schutze von Mensch und Umwelt richtig und gesetzeskonform durchgeführt werden.

#### Beurteilung

Die Abgeltungen an das METAS ermöglichen zum einen, die Referenzmasse der Schweiz zur Verfügung zu stellen (Bereitstellung, internationaler Vergleich und gegenseitige Anerkennung der Referenzmasse), die hierfür benötigten Laboratorien zu betreiben sowie die nötige metrologische Forschung und Entwicklung durchzuführen, wo immer möglich mit Universitäten, Fachhochschulen und anderen nationalen Metrologieinstituten. Der grosse Teil dieser Forschung wickelt sich im Rahmen des europäischen Metrologie-Forschungsprogramms der Europäischen Vereinigung nationaler Metrologieinstitute (EURAMET) ab. Zum anderen kann das METAS damit der Schweizer Wirtschaft, Forschung und Verwaltung international anerkannte Referenzmasse nach aktuellem Stand der Technik und mit der erforderlichen Genauigkeit zur Verfügung stellen. Weiter kann es die Aufgaben für den Vollzug im gesetzlichen Messwesen wahrnehmen.

#### Handlungsbedarf

Mit den neuen strategischen Zielen des Bundesrates für das METAS für die Jahre 2017–2020 soll das Institut einen Selbstfinanzierungsgrad von 45 Prozent (bisher 40 %) erzielen. Das erhöht den Spielraum für eine allfällige Gewinnverwendung zugunsten des Eigners. Der Bundesrat entscheidet darüber jeweils im Rahmen der Genehmigung der Jahresrechnung. Dabei wird er darauf achten, dass das Institut über die betriebsnotwendigen Reserven für künftige Investitionen (nach Art. 20 EIMG, SR 941.27) verfügt.

### Beiträge an internationale Organisationen

Generalsekretariat EJPD

401/A2310.0512

Rechnung 2016:

251 772

#### Beschreibung

Aus diesem Kredit werden Beiträge an internationale Organisationen im Bereich Metrologie ausgerichtet: Das METAS vertritt unser Land in den massgebenden internationalen Organisationen auf dem Gebiet der Metrologie (Art. 3 Abs. 4 EIMG), um den Anschluss der Schweiz an das internationale Einheitensystem (Système International d'Unités, SI) zu garantieren und die internationale Anerkennung der Konformität schweizerischer Messresultate, Mess- und Prüfzertifikate sicherzustellen. Unter diese Organisationen fallen: Bureau International des Poids et Mesures (BIPM; Organisation des Metervertrags); Organisation Internationale de Métrologie Légale (OIML); EURAMET (The European Association of National Metrology Institutes; Trägerin und Administratorin des European Metrology Research Programme (EMRP) und des European Metrology Programme for Innovation and Research (EMPIR)).

#### Beurteilung

Bei den Subventionen an die genannten Organisationen handelt es sich um Pflichtbeiträge. Internationale Zusammenarbeit ist auf dem Gebiet der Metrologie unerlässlich. Die internationalen Anerkennungen und Kooperationsmöglichkeiten können nur über die Mitarbeit in den entsprechenden Organisationen erreicht werden.

#### Handlungsbedarf

Kein Handlungsbedarf.

### Betriebsbeiträge an Erziehungseinrichtungen

Bundesamt für Justiz

402/A2310.0151

Rechnung 2016:

75 431 742

#### Beschreibung

Mit den Beiträgen an die Personalkosten des in Erziehungseinrichtungen tätigen Personals soll ein qualitativ hochstehendes und landesweit koordiniertes, vergleichbares Betreuungsangebot für straffällige und verhaltensauffällige Minderjährige sowie junge Erwachsene sichergestellt werden. Hierfür müssen

die Erziehungseinrichtungen Voraussetzungen erfüllen, die auf Verordnungsstufe präzisiert sind. Die anerkannten Personalkosten werden mit 30 Prozent subventioniert. Die Anerkennungs-voraussetzungen einer Institution werden vom BJ alle vier Jahre überprüft. Die zu leistenden Bundesbeiträge werden im Rahmen von vierjährigen Leistungsvereinbarungen mit den Kantonen festgelegt.

#### Beurteilung

Der Straf- und Massnahmenvollzug stellt eine Verbundaufgabe dar: Der Bund ist nicht nur zuständig für die Strafgesetzgebung, er leistet auch finanzielle Beiträge an den Vollzug. Der Vollzug von Strafen und Massnahmen liegt im Übrigen in der Verantwortung der Kantone. Im Gegensatz zum Straf- und Massnahmenvollzug bei den Erwachsenen (siehe 402/A4300.0108) existieren keine überkantonalen Zusammenschlüsse für die Koordination des Angebots wie auch für die Qualitätssicherung im Bereich der Erziehungseinrichtungen. Die Einrichtungen für Jugendliche werden je nach Kanton von einer oder mehreren Direktionen der Justiz, Gesundheit oder Erziehung beaufsichtigt. Gemäss der EFK (Bericht 2012) wird mit verhältnismässig wenig finanziellen und personellen Ressourcen eine markante qualitative Verbesserung erreicht. Ein Rückzug des Bundes aus dieser Aufgabe wäre grundsätzlich denkbar. Damit Lastenabwälzungen zwischen den Staatsebenen vermieden werden, müsste eine solche Aufgabenentflechtung als Teil eines grösseren Pakets («NFA 2») angegangen werden.

#### Handlungsbedarf

Der Bundesrat wird zusammen mit den Kantonsregierungen festlegen, ob die Aufgabenteilung Bund – Kantone im Straf- und Massnahmenvollzug im Rahmen einer allfälligen «NFA 2» überprüft werden soll. Der Entscheid über die Inangriffnahme dieses Projekts wird gestützt auf den Bericht in Erfüllung der Motion 13.3363 der FK-N «Aufgabentrennung zwischen Bund und Kantonen» erfolgen.

#### Modellversuche

Bundesamt für Justiz

402/A2310.0152

Rechnung 2016:

1 529 751

#### Beschreibung

Das BJ kann Beiträge an die Entwicklung, Erprobung und wissenschaftliche Evaluation neuer Methoden und Konzepte gewähren. Unterstützt werden insbesondere Versuche, welche das Ziel verfolgen, wesentliche und zur breiten Anwendung bestimmte Grundlagen für Neuerungen im Straf- und Massnahmenvollzug sowie in der Jugendhilfe bereitzustellen. Bei der Anerkennung der Versuche stützt sich das BJ auf die Empfehlungen des «Fachausschusses für die Begutachtung von Gesuchen für Beiträge an Modellversuche», einer vom Bundesrat für diesen Zweck eingesetzten ausserparlamentarischen Kommission. Die Höhe des Beitrags ist auf maximal 80 Prozent der anerkannten Projektkosten und auf fünf Jahre beschränkt.

#### Beurteilung

Anzahl und Qualität der Gesuche führen zu Schwankungen im Finanzbedarf. Aus dem Mittelbedarf lässt sich über die Jahre hinweg betrachtet jedoch kein klarer Trend ableiten. Die Beiträge an Modellversuche sind ein probates Mittel zur gesamtschweizerischen Weiterentwicklung des Straf- und Massnahmenvollzugs. Der Bund könnte seine Beiträge nach Abschluss der genehmigten Modellversuche (voraussichtlich im Jahr 2021) einstellen. Denkbar ist aber auch, dass sich der Bund im Straf- und Massnahmenvollzug aus der Mitfinanzierung des Vollzugs zurückzieht und stattdessen im Bereich Koordination/Innovation eine stärkere Rolle einnimmt.

#### Handlungsbedarf

Die Subventionierung der Modellversuche wird weitergeführt, bis der Entscheid über eine allfällige «NFA 2» und den Einbezug des Straf- und Massnahmenvollzugs in dieses Projekt vorliegt.

#### Beiträge an internationale Organisationen

Bundesamt für Justiz

402/A2310.0153

Rechnung 2016:

941 995

#### Beschreibung

Das BJ richtet Beiträge an die Verwaltungskosten des Schengen-Abkommens aus. Ferner wirkt es in der Internationalen Konferenz für das Zivilstandswesen (CIEC) mit und ist Mitglied von UNIDROIT und der Haager Konferenz. Letzteres dient der Vereinheitlichung des internationalen Privatrechts.

#### Beurteilung

Bei den Subventionen an die genannten Organisationen handelt es sich um Pflichtbeiträge. Die Teilnahme der Schweiz an der Schengen-Zusammenarbeit ist wichtig für die Gewährleistung der inneren Sicherheit und der verstärkten grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Polizeibehörden (z.B. das europaweite Fahndungssystem SIS). Auch die Mitwirkung in den übrigen Organisationen dient den Interessen der Schweiz.

#### Handlungsbedarf

Kein Handlungsbedarf.

#### Ausbildungsbeiträge Opferhilfe

Bundesamt für Justiz

402/A2310.0154

Rechnung 2016:

158 013

#### Beschreibung

Das BJ zahlt Beiträge an die Ausbildung des Personals von Beratungsstellen sowie die mit der Opferhilfe betrauten Personen. Dabei muss es sich um ein gesamtschweizerisches oder für eine Sprachregion bestimmtes Ausbildungsangebot handeln. Der Bundesbeitrag erfolgt in Form einer Pauschale pro Halbtag. Er deckt durchschnittlich zwei Drittel der Kosten des Ausbildungsprogramms.

#### Beurteilung

Angesichts des geringen Umfangs (0.2 Mio. pro Jahr) weist dieser Beitrag den Charakter einer Bagatellsubvention auf. Dieser relativ bescheidene Aufwand ermöglicht es jedoch dem Bund, Standardisierungen in den Kantonen zum Erfolg zu verhelfen und die Qualität zu sichern. Mit geringen Kosten kann somit ein relativ grosser Nutzen erzielt werden.

#### Handlungsbedarf

Kein Handlungsbedarf.

#### Beiträge Ausbildungszentrum für das Strafvollzugspersonal

Bundesamt für Justiz

402/A2310.0427

Rechnung 2016:

1 365 500

#### Beschreibung

Seit der Einführung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) im Jahre 2008 kann das BJ auf Gesuch hin Beiträge an die Aus- und Weiterbildung des Strafvollzugspersonals entrichten. Diese wird vom Ausbildungszentrum für das Strafvollzugspersonal (SAZ) getragen. Der Bundesbeitrag betrug in den letzten Jahren rund 1,4 Millionen. Ursprünglich konnte damit rund 30 Prozent des Budgets des SAZ abgedeckt werden. Seit der Erhöhung des Globalbudgets des SAZ im Jahr 2016 finanziert der Bund nur noch einen Anteil von 16 Prozent.

#### Beurteilung

Mit der Neuausrichtung des SAZ zum Kompetenzzentrum für den Justizvollzug soll die Zusammenarbeit und Harmonisierung im Straf- und Massnahmenvollzug weiter vorangetrieben werden. Die Rolle der Kantone, aber auch die Zusammenarbeit mit dem Bund wird dadurch gestärkt, zumal der Bund auch im Stiftungsrat vertreten ist. Ziel ist es, mit der Neuausrichtung des SAZ zum Kompetenzzentrum für den Justizvollzug mittelfristig den Straf- und Massnahmenvollzug schweizweit noch besser zu koordinieren. Der Bund könnte sich daher grundsätzlich aus der Mitfinanzierung des SAZ zurückziehen. Denkbar ist aber auch, dass er im Straf- und Massnahmenvollzug seine koordinativen Tätigkeiten verstärkt.

#### Handlungsbedarf

An der Mitfinanzierung des SAZ soll vorerst nichts geändert werden. Zunächst ist vielmehr der Entscheid über eine allfällige «NFA 2» und den Einbezug des Straf- und Massnahmenvollzugs in dieses Projekt abzuwarten.

#### Baubeiträge an Strafvollzugs- und Erziehungsanstalten

Bundesamt für Justiz

402/A4300.0108

Rechnung 2016:

44 013 700

#### Beschreibung

Das BJ unterstützt den Neu-, Aus- und Umbau von öffentlichen oder privaten Einrichtungen des Straf- und Massnahmenvollzugs im Umfang von 35 Prozent der anerkannten Kosten. Hierfür muss der Bedarf durch eine kantonale oder interkantonale Planung nachgewiesen werden. Bauvorhaben zum Vollzug freiheitentziehender Sanktionen bedürfen der Zustimmung des betroffenen Konkordates bzw. der zuständigen kantonalen Behörde. Die Höhe der anerkannten Baukosten wird grundsätzlich mit einer pauschalen Bemessungsmethode (Platzkostenpauschale) ermittelt. Das BJ begleitet die jeweiligen Bauprojekte durch die verschiedenen Phasen hindurch und bewilligt jeweils die weiteren Schritte.

#### Beurteilung

Der Straf- und Massnahmenvollzug stellt heute eine Verbundaufgabe dar: Der Bund ist nicht nur zuständig für die Strafgesetzgebung, er leistet auch finanzielle Beiträge an den Vollzug. Der Vollzug von Strafen und Massnahmen liegt im Übrigen in der Verantwortung der Kantone. National und international übernimmt der Bund seit Jahrzehnten eine koordinierende sowie harmonisierende Rolle und achtet insbesondere auch auf die Einhaltung der Strafvollzugsgrundsätze und der Menschenrechte. Die Kantone haben sich zwecks Harmonisierung und Koordination des Straf- und Massnahmenvollzugs zu drei regionalen Strafvollzugskonkordaten zusammengeschlossen. Damit sind sie in der Lage, wichtige Neuerungen umzusetzen, dem Bund obliegt dabei aber weiterhin die Koordination über die Konkordatsgrenzen hinaus. Da die Kantone immer mehr Anforderungen umsetzen müssen, die sich aus nationalem und internationalem Kontext ergeben, erwarten sie eine klare Mitverantwortung des Bundes. Ein Rückzug des Bundes aus dieser Aufgabe wäre grundsätzlich denkbar. Damit Lastenabwälzungen zwischen den Staatsebenen vermieden werden, müsste eine solche Aufgabenentflechtung als Teil eines grösseren Pakets («NFA 2») angegangen werden.

#### Handlungsbedarf

Der Bundesrat wird zusammen mit den Kantonsregierungen festlegen, ob die Aufgabenteilung Bund – Kantone im Straf- und Massnahmenvollzug im Rahmen einer allfälligen «NFA 2» überprüft werden soll. Der Entscheid über die Inangriffnahme dieses Projekts wird gestützt auf den Bericht in Erfüllung der Motion 13.3363 der FK-N «Aufgabentrennung zwischen Bund und Kantonen» erfolgen.

### Ausserordentliche Schutzaufgaben Kantone und Städte

Bundesamt für Polizei

403/A2310.0160

Rechnung 2016:

14 432 578

#### Beschreibung

Das Bundesamt für Polizei (fedpol) gilt den Kantonen und Städten die Leistungen ab, die diese in seinem Auftrag für den Schutz der Behörden und Gebäude des Bundes sowie der völkerrechtlich geschützten Personen erbringen. Dabei handelt es sich insbesondere um sicherheitspolizeiliche Aufgaben bei Staatsbesuchen, Schutz von schweizerischen Magistratinnen und Magistraten, Parlamentarierinnen und Parlamentariern sowie ausländischen Vertretungen in der Schweiz. Die Abgeltung wird auf der Grundlage von Vereinbarungen denjenigen Kantonen gewährt, bei denen die Leistungen zugunsten des Bundes mehr als fünf Prozent der jährlichen Lohnkosten des betroffenen Polizeikorps oder mehr als eine Million ausmachen.

#### Beurteilung

Die Pflicht des Bundes, für den Schutz der Behörden und Gebäude Leistungen zu erbringen, gründet auf der inhärenten Verfassungskompetenz des Bundes, im Innern und Äusseren zu seinem eigenen Schutz sowie zum Schutz seiner Institutionen und Organe Massnahmen zu ergreifen. Im Bereich der völkerrechtlichen Schutzpflichten kommt dem Bund eine beratende und koordinierende Funktion zu. Darüber hinaus hat er die im Rahmen des Schutzauftrags getroffenen Massnahmen zu entschädigen, soweit die Kantone für diese Massnahmen nicht aufgrund der verfassungsmässigen Kompetenzaufteilung zuständig sind. Die gesetzlichen Grundlagen dazu finden sich im Bundesgesetz über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS) und in der dazugehörigen Ausführungsgesetzgebung. Der Umfang der Schutzmassnahmen richtet sich jeweils nach der vom Bund erstellten Gefährdungsbeurteilung und den damit verbundenen Aufträgen an die Kantone. Mit den einzelnen Gemeinwesen bestehen Vereinbarungen mit den definierten Leistungen und Leistungszielen. Eine Beurteilung des darin festgelegten Bundesbeitrags erfolgt alle drei Jahre. Basis bilden die durchschnittlichen Aufwendungen der polizeilichen Leistungen der vorangehenden drei Jahre.

#### Handlungsbedarf

Kein Handlungsbedarf.

### Abgeltung an internationale Organisationen

Bundesamt für Polizei

403/A2310.0447

Rechnung 2016:

1 441 661

#### Beschreibung

Das fedpol vertritt die Schweiz in verschiedenen internationalen Organisationen, in welchen die Staaten und deren Polizeibehörden die Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität sicherstellen. So bietet INTERPOL als weltweit grösste internationale Polizeiorganisation die Möglichkeit, mit den Behörden anderer

Länder kriminalpolizeiliche Informationen zur Verbrechens- und Terrorbekämpfung auszutauschen. Sie koordiniert aber auch gegenseitige Unterstützungsmassnahmen durch Entsendung von technischen Spezialisten und Zurverfügungstellung von Ausrüstung. Ziel der Mitgliedschaft in der Egmont Group ist die Bekämpfung der Geldwäscherei, welche für die Anerkennung des Finanzplatzes Schweiz von grosser Bedeutung ist. Die Abgeltung für den elektronischen Verzeichnisdienst für Zertifikate an die internationalen Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) dient der inneren Sicherheit. Die Echtheit und Unverfälschtheit von Ausweisen mit elektronisch gespeicherten Daten können im elektronischen Verzeichnisdienst überprüft werden. Bei den genannten Abgeltungen handelt es sich mehrheitlich um Pflichtbeiträge.

#### Beurteilung

Die kriminalpolizeiliche wie auch die gerichtspolizeiliche Tätigkeit von fedpol stützt sich auf die Strafrechtskompetenz des Bundes ab. Entsprechend ist die Tätigkeit der kriminalpolizeilichen Zentralstellen des Bundes im Wesentlichen auf die Erkennung und Bekämpfung der komplexen und oft grenzüberschreitenden Phänomene der schwerstkriminellen ausgerichtet. Sie umfasst namentlich die Erhebung von Informationen aus dem In- und Ausland, die Koordination von interkantonalen und internationalen Ermittlungen sowie die Sicherstellung des nationalen und internationalen Informationsaustausches. Der Austausch und die Zusammenarbeit in internationalen Organisationen sowie die Einsitznahme von fedpol in solchen Gremien ist daher unabdingbar.

#### Handlungsbedarf

Kein Handlungsbedarf.

### Übrige Abgeltungen an Kantone und Nationale Organisationen

Bundesamt für Polizei

403/A2310.0448

Rechnung 2016:

3 810 949

#### Beschreibung

Das fedpol subventioniert Leistungen von schweizerischen Organisationen, die den Bund bei der Aufklärung von Verbrechen unterstützen (Forensisches Institut Zürich, FOR) und die im Bereich der Verhinderung von Straftaten tätig sind (Schweizerische Kriminalprävention, SKP). Beiträge werden ebenfalls gewährt an das Schweizerische Polizei-Institut (SPI), welches die national einheitliche Aus- und Weiterbildung von Polizisten gewährleistet. Zudem unterstützt das fedpol Organisationen, die Massnahmen zur Verhütung von Straftaten im Zusammenhang mit Menschenhandel und Prostitution durchführen.

#### Beurteilung

Die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit ist eine der zentralen Staatsaufgaben. Dazu arbeitet das fedpol mit den Kantonen und relevanten Organisationen zusammen. Die Zusammenarbeit funktioniert gut und die abgegoltene Leistungen werden effizient erbracht. Die Unterstützung durch den Bund

für Massnahmen zur Verhütung von Straftaten ist im Schweizerischen Strafgesetzbuch ausdrücklich vorgesehen (Art. 386 StGB).

#### *Handlungsbedarf*

Das EJPD evaluiert die erst kürzlich beschlossenen Massnahmen zur Bekämpfung von Straftaten im Zusammenhang mit Menschenhandel und Prostitution. Es erstattet dem Bundesrat Ende 2021 Bericht und beantragt ihm allfällige sich aus der Evaluation ergebende Massnahmen.

#### **Asylsuchende: Verfahrensaufwand**

Staatssekretariat für Migration

420/A2310.0165

Rechnung 2016:

7 767 463

#### *Beschreibung*

Das Staatssekretariat für Migration (SEM) entschädigt die Hilfswerke für ihre Mitwirkung an der Anhörung der Asylsuchenden zu den Asylgründen mit einem Pauschalbetrag pro Anhörung (350 Fr.). Für die Koordination und Sicherstellung dieser Mitwirkung leistet es basierend auf einer Leistungsvereinbarung einen pauschalen Beitrag an die Personal- und Arbeitsplatzkosten der Dachorganisation der Hilfswerke (Schweizerische Flüchtlingshilfe, SFH). Zudem wird die Rechtsvertretung der Asylsuchenden im Rahmen des Testbetriebs pauschal pro Asylsuchenden entschädigt.

#### *Beurteilung*

Die Anwesenheit einer Vertreterin oder eines Vertreters der Hilfswerke bei den Befragungen stärkt die Akzeptanz des Asylverfahrens. Mit der Umsetzung der Beschleunigungsvorlage im Asylbereich erhält der Asylsuchende eine kostenlose Rechtsvertretung. Die Wirkung und Effizienz des Verfahrens wurde im Rahmen des Testbetriebs evaluiert. Dabei wurde festgestellt, dass deswegen weniger Beschwerden eingereicht werden.

#### *Handlungsbedarf*

Kein Handlungsbedarf: Nach Inkrafttreten der Neustrukturierung des Asylbereichs wird die Hilfswerkvertretung bei den Anhörungen durch eine kostenlose Rechtsvertretung der Asylsuchenden ersetzt.

#### **Sozialhilfe Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene, Flüchtlinge**

Staatssekretariat für Migration

420/A2310.0166

Rechnung 2016:

1 280 857 098

#### *Beschreibung*

Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene und Flüchtlinge, die sich in der Schweiz aufhalten und ihren Unterhalt nicht selber bestreiten können, erhalten Unterstützung in Form von Sozial- oder Nothilfe. Für deren Ausrichtung sind die Kantone zuständig. Der Bund entschädigt den Kantonen die daraus erwachsenden

Kosten in Form von Pauschalen (Global- oder Nothilfepauschale). In den Globalpauschalen sind die Kosten für die materielle Grundsicherung (Miete, Sozialhilfekosten und die obligatorische Krankenversicherung) sowie ein Beitrag an die Betreuungs- und Verwaltungskosten enthalten. Zudem erhalten die Kantone einen Pauschalbetrag an die Sicherheitskosten und die Kosten für Beschäftigungsprogramme.

#### *Beurteilung*

Der Bund finanziert das Asylwesen. Die Kantone sind in den Vollzug eingebunden. Die Entschädigung der Kantone mit Globalpauschalen hat sich bewährt: Der Bund gilt den Kantonen mit der Globalpauschale sämtliche vergütbaren Aufwendungen für die Sozialhilfe bei kostengünstigen Lösungen ab (Art. 21 AsylV2). Deshalb soll am Entschädigungssystem grundsätzlich nichts geändert werden. In regelmässigen Abständen soll jedoch insbesondere die Ausgestaltung der Globalpauschalen evaluiert werden.

#### *Handlungsbedarf*

Die Ausgestaltung der Globalpauschalen an die Kantone sowie die Effizienz des Abgeltungssystems werden im Rahmen des Monitorings zur Umsetzung der Beschleunigungsvorlage im Asylbereich überprüft.

#### **Internationale Zusammenarbeit Migrationsbereich**

Staatssekretariat für Migration

420/A2310.0168

Rechnung 2016:

5 028 592

#### *Beschreibung*

Das SEM vertritt die Schweiz in verschiedenen internationalen Organisationen und Gremien. Dieses Engagement betrifft unter anderem den Bereich Schengen/Dublin (Sicherheits- und Migrationssteuerungssystem), das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO), das Internationale Zentrum für Migrationspolitikentwicklung (ICMPD) und die europäische IT-Agentur (eu-LISA).

#### *Beurteilung*

Die grenzüberschreitende Migration ist ein internationales Phänomen. Entsprechend wichtig sind die internationale Zusammenarbeit und Koordination sowie die Mitarbeit der Schweiz in internationalen Gremien, damit in Migrationsfragen harmonisierte Lösungen gefunden werden können. Die geschuldeten Beiträge sind im Wesentlichen abhängig vom BIP der teilnehmenden Staaten. Daher kann die jeweilige Beitragshöhe kaum beeinflusst werden. Gleichwohl konnte für den heute überproportionalen Beitrag an das ICMPD ein neuer Finanzierungsschlüssel ausgehandelt werden, der schrittweise in Kraft treten soll. Der Haushalt kann damit um knapp 100 000 Franken entlastet werden.

#### *Handlungsbedarf*

Kein Handlungsbedarf.

### Vollzugskosten

Staatssekretariat für Migration

420/A2310.0169

Rechnung 2016:

34 749 347

#### Beschreibung

Der Bund übernimmt die Kosten im Zusammenhang mit dem Vollzug von Wegweisungen von abgelehnten Asylsuchenden. Ein grosser Teil der Mittel geht an die Kantone für deren Leistungen in Form von verschiedenen Pauschalen (Begleit-, Flughafen-, Haftkostenpauschale). Zudem übernimmt das SEM auch Kosten für Reisepapiere, Flüge und die medizinische Begleitung der abgewiesenen Asylsuchenden.

#### Beurteilung

Ein funktionierender Wegweisungsvollzug ist wichtig für die Glaubwürdigkeit der schweizerischen Asylpolitik. Es bestehen zwei Kredite, mit denen direkt die Rückkehr von Personen aus dem Asylbereich in ihr Heimatland finanziert wird. Die Abgrenzung zwischen den Krediten ist schwierig und die Übergänge sind fließend, weshalb diese sinnvollerweise zusammengelegt werden können.

#### Handlungsbedarf

Die beiden Kredite Vollzugskosten und Rückkehrhilfe allgemein werden im Rahmen des Voranschlags 2018 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2019–2021 zusammengelegt. Das vereinfacht die Kreditführung und erhöht die Flexibilität in der Aufgabenerfüllung.

### Rückkehrhilfe allgemein

Staatssekretariat für Migration

420/A2310.0170

Rechnung 2016:

9 157 118

#### Beschreibung

Mit verschiedenen Massnahmen unterstützt das SEM die selbständige Ausreise von Personen mit abgelehntem Asylantrag. Es finanziert Rückkehrberatungsstellen in den Kantonen sowie Projekte zum Erhalt der Rückkehrfähigkeit und Programme in den Herkunftsstaaten. Die Rückkehrhilfe wird an ausreisende Asylsuchende ausbezahlt. Zudem werden diese bei der Wiedereingliederung in ihrem Herkunftsstaat unterstützt. Dabei arbeitet das SEM mit internationalen Organisationen zusammen. Bei der Ausreise erhalten die Asylsuchenden direkte Leistungen (finanzielle und materielle Rückkehrhilfe). Ausgeschlossen von der individuellen Rückkehrhilfe sind Personen, die wiederholt Vergehen begangen und ihre Mitwirkungspflicht verletzt haben oder über genügend Mittel verfügen.

#### Beurteilung

Die Förderung der Rückkehr von Personen aus dem Asylbereich, die nicht mehr des Schutzes der Schweiz bedürfen, stärkt die Glaubwürdigkeit der schweizerischen Asylpolitik. Es bestehen zwei Kredite, mit denen direkt die Rückkehr von Personen aus

dem Asylbereich in ihr Heimatland finanziert wird. Die Abgrenzung zwischen den Krediten ist schwierig und die Übergänge sind fließend, weshalb diese sinnvollerweise zusammengelegt werden können.

#### Handlungsbedarf

Die beiden Kredite Vollzugskosten und Rückkehrhilfe allgemein werden im Rahmen des Voranschlags 2018 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2019–2021 zusammengelegt. Das vereinfacht die Kreditführung und erhöht die Flexibilität in der Aufgabenerfüllung.

### Migrationszusammenarbeit und Rückkehr

Staatssekretariat für Migration

420/A2310.0171

Rechnung 2016:

11 339 579

#### Beschreibung

Im Bereich der internationalen Migrationszusammenarbeit und Rückkehr beteiligt sich der Bund an Programmen, welche Migrationsbewegungen vorbeugen und die Rückkehr von Asylsuchenden in ihre Heimat ermöglichen sollen. Das SEM unterstützt länderspezifische Rückkehr- und Reintegrationsprogramme, schliesst bilaterale Migrationsabkommen und partnerschaften ab. Es leistet Beiträge an internationale Organisationen im Migrationsbereich und finanziert «Protection in the Region»-Programme mit.

#### Beurteilung

Die Migration ist ein grenzüberschreitendes, internationales Phänomen. Entsprechend wichtig ist die internationale Zusammenarbeit mit den Herkunftsstaaten der Migranten und die Unterstützung von Erstaufnahmestaaten in der Region. Mit dem Abschluss von Rückübernahmeabkommen sollen Verbesserungen bei der Rückkehr von Personen aus dem Asylbereich erreicht werden. Die Bundesversammlung hat im Rahmen des Voranschlags 2017 den Bundesrat beauftragt, zusätzliche Abkommen auszuhandeln.

#### Handlungsbedarf

Kein Handlungsbedarf.

### Integrationsmassnahmen Ausländer

Staatssekretariat für Migration

420/A2310.0172

Rechnung 2016:

123 395 670

#### Beschreibung

Das SEM fördert die Integration von Ausländerinnen und Ausländern durch Beiträge an kantonale Integrationsprogramme. Durch die Integration dieser Menschen soll der gesellschaftliche Zusammenhalt gefestigt werden. Integrationsförderung findet vor allem in den Regelstrukturen (z.B. Schule, Arbeit) statt. Durch spezifische Massnahmen werden die Angebote in den

Regelstrukturen ergänzt. Im Rahmen von vierjährigen Programmvereinbarungen finanziert der Bund die Integrationsmassnahmen der Kantone rund zur Hälfte mit. Daneben finanziert der Bund zusätzlich Programme von nationaler Bedeutung. Zudem erhalten die Kantone für jeden anerkannten Flüchtling und jede vorläufig aufgenommene Person eine einmalige Integrationspauschale, welche diese zweckgebunden namentlich im Bereich Spracherwerb und Arbeitsmarkt einsetzt.

#### Beurteilung

Da die Schweiz einer der höchsten Ausländeranteile in Europa aufweist und angesichts der grossen Migrationsströme ist eine erfolgreiche Integrationspolitik von grosser Bedeutung. Durch die Integration der Zuwanderer wird die Kohäsion der Gesellschaft gefestigt, was wichtig ist für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der Schweiz. Im Hinblick auf die zweite Programmperiode wurden aufgrund der ersten Erfahrungen bereits Anpassungen in die Wege geleitet.

#### Handlungsbedarf

Das EJPD wird die Ergebnisse der laufenden Evaluation der EFK im Hinblick auf die kommende Programmperiode (2018–2021) der Kantonalen Integrationsprogramme (KIP) auswerten und die Programmvereinbarungen entsprechend anpassen.

#### Finanzierung von Unterkünten für Asylsuchende

Staatssekretariat für Migration

420/A4200.0122

Rechnung 2016: -

#### Beschreibung

Das SEM kann kantonale Kollektivunterkünfte ganz oder teilweise vorfinanzieren, wenn die Finanzierung die Möglichkeiten eines Kantons übersteigen. Damit wird eine raschere Bereitstellung kantonaler Asylunterkünfte ermöglicht. Das Darlehen wird innerhalb der Nutzungsdauer verzinst und zurückbezahlt. Ein entsprechender Verpflichtungskredit über 199 Millionen wurde anfangs der Neunzigerjahre bewilligt (heute mit 148 Mio. beansprucht).

#### Beurteilung

Durch die Vorfinanzierung von kantonalen Unterkünten durch den Bund konnten zahlreiche Unterbringungsplätze geschaffen werden. Nach der Umsetzung der Neustrukturierung des Asylbereichs wird der Bund selber mehr Unterkünte betreiben, während die Kantone entsprechend weniger Unterküntenplätze bereitstellen müssen.

#### Handlungsbedarf

Mit der Umsetzung der Beschleunigungsvorlage im Asylbereich tritt diese Vorfinanzierungsmöglichkeit in den Hintergrund. In den letzten fünf Jahren sind keine Gesuche mehr für ein Darlehen eingereicht worden. In der Konsequenz kann der entsprechende Verpflichtungskredit dann abgerechnet werden.

#### Nicht überprüfte Subventionen des EJPD

##### Beiträge an Unterbringung Eidg. Institut für Metrologie

Generalsekretariat EJPD

401/A2310.0511

Rechnung 2016:

7 307 500

Die Subvention wurde nicht überprüft, da sie nicht ausgabenwirksam ist. Mit dem Kredit wird Transparenz über den Aufwand des METAS hergestellt.

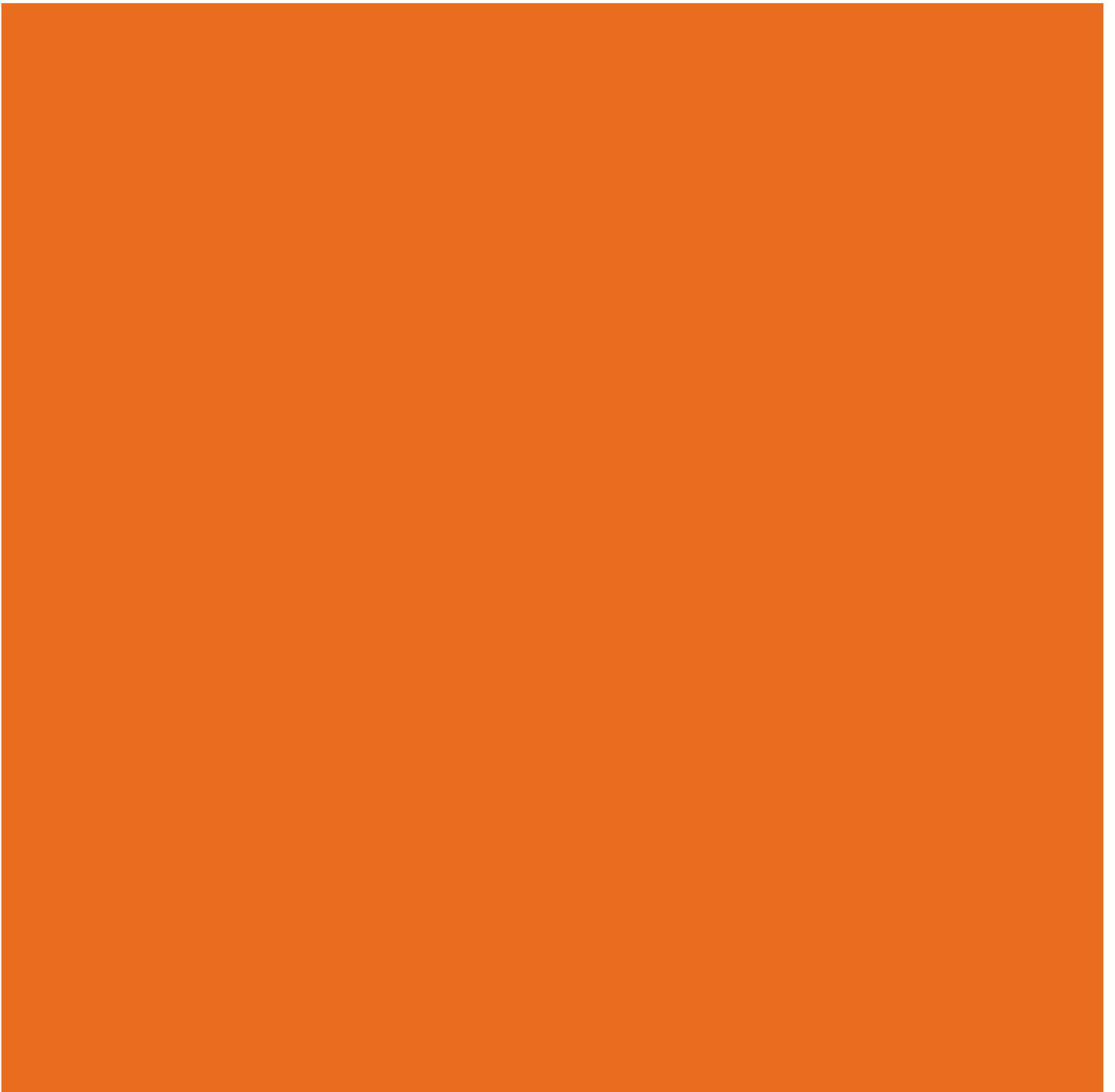
##### Baubeiträge Administrativhaft

Bundesamt für Justiz

402/A4300.0156

Rechnung 2016: -

Die Rechtsgrundlage für diese Subvention ist erst seit dem 1.2.2014 in Kraft (Abschnitt 1c der VVWA; SR 142.281).





## A01 Rechnungsabschlüsse des Bundes (ordentlicher Haushalt)

Mio. CHF	Finanzierungsrechnung			Erfolgsrechnung			Bilanz	
	Ordentliches Finanzierungsergebnis	Ordentliche Einnahmen	Ordentliche Ausgaben	Ordentliches Ergebnis	Ordentlicher Ertrag	Ordentlicher Aufwand	Eigenkapital	Bruttoschulden
2016	752	67 013	66 261	-366	67 029	67 394	-20 727	98 819
2015	2 337	67 580	65 243	1 265	67 259	65 993	-20 748	103 805
2014	-124	63 876	64 000	997	64 877	63 880	-22 790	108 797
2013	1 332	65 032	63 700	27	65 136	65 109	-24 008	111 638
2012	1 262	62 997	61 736	1 705	64 041	62 336	-24 999	112 406
2011	1 912	64 245	62 333	3 013	65 693	62 680	-27 400	110 516
2010	3 568	62 833	59 266	4 139	63 523	59 385	-29 502	110 561
2009	2 721	60 949	58 228	6 420	64 146	57 726	-33 869	110 924
2008	7 297	63 894	56 598	7 461	64 047	56 587	-41 187	121 771
2007	4 127	58 092	53 965	3 711	58 000	54 289	-81 742	120 978
2006	2 534	54 911	52 377	2	55 230	55 228	-91 010	123 593
2005	-121	51 282	51 403	-2 646	51 871	54 517	-94 208	130 339
2004	-1 656	48 629	50 285	-5 721	49 037	54 758	-92 910	126 685
2003	-2 801	47 161	49 962	-6 905	47 435	54 340	-86 568	123 711
2002	-2 629	47 405	50 033	-6 449	46 815	53 264	-79 663	122 366
2001	-225	48 911	49 135	-4 862	46 914	51 776	-76 055	106 812
2000	3 970	51 101	47 131	964	50 616	49 653	-70 423	108 110
1999	-2 352	43 016	45 368	-4 153	43 353	47 506	-71 968	102 254
1998	-858	44 134	44 992	-1 678	45 262	46 941	-52 917	109 620
1997	-5 269	38 852	44 122	-5 375	38 343	43 718	-52 581	97 050
1996	-3 743	39 477	43 220	-5 003	39 429	44 431	-47 206	88 418
1995	-3 263	37 266	40 528	-5 014	37 400	42 415	-41 583	82 152
1994	-5 102	36 239	41 341	-5 693	36 623	42 316	-36 569	75 714
1993	-7 818	32 782	40 600	-6 251	33 617	39 868	-30 875	67 520
1992	-2 863	34 953	37 816	-4 031	35 515	39 545	-24 624	55 297
1991	-2 012	33 490	35 501	-3 122	34 091	37 213	-20 594	43 915
1990	1 058	32 673	31 616	-301	32 933	33 234	-17 493	38 509

## A02 Ausserordentlicher Haushalt (Finanzierungsrechnung)

### Ausserordentlicher Haushalt gemäss Schuldenbremse

Mio. CHF	Finanzierungsrechnung			
	<b>Ausserordentliche Einnahmen</b>	<b>23 172</b>	<b>Ausserordentliche Ausgaben</b>	<b>21 724</b>
2016	Neuvergabe Mobilfunkfrequenzen	144	–	–
	Sanktionen WEKO	170		
	Nachlassliquidation Swissair	165		
2015	Verkauf Sapomp Wohnbau AG	29	–	–
	Gewinneinziehung FINMA	4		
	Neuvergabe Mobilfunkfrequenzen	139		
	Sanktionen WEKO	186		
	Nachlassliquidation Swissair	135		
2014	Gewinneinziehung FINMA	68	–	–
	Swisscom Aktienverkauf	145		
2013	Gewinneinziehung FINMA	59	–	–
	Swisscom Aktienverkauf	1 247		
2012	Neuvergabe Mobilfunkfrequenzen	738	–	–
2011	Verkauf Sapomp Wohnbau AG	256	Sanierungsbeitrag PK SBB	1 148
	Swisscom Aktienverkauf	34	Infrastrukturfonds	850
2010	–	–	Rückverteilung CO2-Abgabe auf Brennstoffen	427
2009	Pflichtwandelanleihe UBS	6 807	–	–
	CO2-Abgabe auf Brennstoffen	217		
2008	CO2-Abgabe auf Brennstoffen	219	Pflichtwandelanleihe UBS	5 928
	Übernahme Swiss durch Lufthansa	64	Infrastrukturfonds	2 600
			Asyl- und Flüchtlingsbereich	113
			Übergang NFA	1 546
			PUBLICA	954
2007	Swisscom Aktienverkauf	754	Golderlös	7 038
2006	Swisscom Aktienverkauf	3 203	–	–
2005	Swisscom Aktienverkauf	1 350	–	–
	Golderlös	7 038		
2004	–	–	Deckungskapitalien BVBD Post	204
			Deckungskapitalien ETH-Professoren	846
			Deckungskapitalien skyguide	20
			Aktienkapitalzuschuss skyguide	50
2003	–	–	–	–

### Ausserordentlicher Haushalt vor Einführung der Schuldenbremse (zu statistischen Zwecken)

Mio. CHF	Finanzierungsrechnung			
	<b>Ausserordentliche Einnahmen</b>		<b>Ausserordentliche Ausgaben</b>	
2002	Swisscom Aktienverkauf	3 703	Aufrechterhaltung Flugbetrieb	689
2001	Einnahmen aus UMTS-Lizenzen	203	Aufrechterhaltung Flugbetrieb	1 080
2000	Einnahmen aus WLL-Lizenzen	582	–	–
1999	–	–	Konjunkturprogramm 1997	288
1998	Börsengang Swisscom	2 940	Zahlungsspitze SBB	1 598
1997	–	–	–	–
1996	–	–	Zahlungsspitze Prämienverbilligung KVG	620

Hinweis: Die erstmalige Anwendung der Schuldenbremse erfolgte mit dem Voranschlag 2003. Die ausserordentlichen Transaktionen gemäss Schuldenbremse wurden vom Parlament genehmigt. Die Liste der ausserordentlichen Transaktionen vor Einführung der Schuldenbremse hat rein statistische Zwecke und keine präjudizielle Wirkung.

### A03 Vorgaben der Schuldenbremse

Mio. CHF	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Rechnung 2015	Voranschlag 2016	Rechnung 2016	Differenz zu R 2015 absolut	%
1 Gesamteinnahmen	63 735	66 338	64 089	68 074	66 878	67 491	-582	-0,9
2 Ausserordentliche Einnahmen	738	1 306	213	493	145	478		
3 Ordentliche Einnahmen [3=1-2]	62 997	65 032	63 876	67 580	66 733	67 013	-567	-0,8
4 Konjunkturfaktor	1,012	1,008	1,006	1,011	1,009	1,011	0,000	
<b>5 Ausgabenplafond</b> (Art. 13 FHG) [5=3x4]	<b>63 753</b>	<b>65 552</b>	<b>64 259</b>	<b>68 324</b>	<b>67 333</b>	<b>67 750</b>	<b>-574</b>	<b>-0,8</b>
6 Konjunktuell geforderter Überschuss / zulässiges Defizit [6=3-5]	-756	-520	-383	-743	-601	-737		
7 Ausserordentliche Ausgaben (Art. 15 FHG)	-	-	-	-	-	-		
8 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17 FHG, Fehlbetrag Ausgleichskonto)	-	-	-	-	-	-		
9 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17b FHG, Fehlbetrag Amortisationskonto)	-	66	-	-	-	-		
10 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17c FHG, Vorsorgliche Einsparungen)	435	-	-	-	-	-		
<b>11 Höchstzulässige Ausgaben</b> [11=5+7-8-9-10]	<b>63 319</b>	<b>65 486</b>	<b>64 259</b>	<b>68 324</b>	<b>67 333</b>	<b>67 750</b>	<b>-574</b>	<b>-0,8</b>
12 Gesamtausgaben gemäss R / VA	61 736	63 700	64 000	65 243	67 229	66 261	1 018	1,6
<b>13 Differenz</b> (Art. 16 FHG) [13=11-12]	<b>1 583</b>	<b>1 786</b>	<b>259</b>	<b>3 081</b>	<b>104</b>	<b>1 489</b>		

### A03 Stand Ausgleichskonto

Mio. CHF	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Rechnung 2015	Rechnung 2016	Differenz zu R 2015 absolut	%
14 Stand Ausgleichskonto per 31.12. des Vorjahres	17 811	19 394	21 180	21 439	24 520		
15 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17 FHG, Fehlbetrag Ausgleichskonto) [=8]	–	–	–	–	–		
16 Differenz (Art. 16 FHG) [=13]	1 583	1 786	259	3 081	1 489		
<b>17 Zwischentotal</b> [17=14+15+16]	<b>19 394</b>	<b>21 180</b>	<b>21 439</b>	<b>24 520</b>	<b>26 008</b>	<b>1 489</b>	<b>6,1</b>
18 Reduktion Ausgleichskonto (Art. 66 FHG)	–	–	–	–	–		
19 Inkraftsetzung Ergänzungsregel (Art. 66 FHG)	–	–	–	–	–		
<b>20 Stand Ausgleichskonto per 31.12.</b> [20=17+18+19]	<b>19 394</b>	<b>21 180</b>	<b>21 439</b>	<b>24 520</b>	<b>26 008</b>	<b>1 489</b>	<b>6,1</b>

### A03 Stand Amortisationskonto

Mio. CHF	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Rechnung 2015	Rechnung 2016	Differenz zu R 2015 absolut	%
21 Stand Amortisationskonto per 31.12. des Vorjahres	-1 127	46	1 418	1 631	2 125		
22 Ausserordentliche Ausgaben (Art. 17a FHG)	–	–	–	–	–		
23 Ausserordentliche Einnahmen (Art. 17a FHG)	738	1 306	213	493	478		
24 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17b FHG, Fehlbetrag Amortisationskonto) [=9]	–	66	–	–	–		
25 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17c FHG, Vorsorgliche Einsparungen) [=10]	435	–	–	–	–		
<b>26 Stand Amortisationskonto per 31.12.</b> [26=21-22+23+24+25]	<b>46</b>	<b>1 418</b>	<b>1 631</b>	<b>2 125</b>	<b>2 603</b>	<b>478</b>	<b>22,5</b>

## B11 Einnahmen nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Rechnung 2015	Voranschlag 2016	Rechnung 2016	Differenz zu R 2015 absolut	%
<b>Ordentliche Einnahmen</b>	<b>62 997</b>	<b>65 032</b>	<b>63 876</b>	<b>67 580</b>	<b>66 733</b>	<b>67 013</b>	<b>-567</b>	<b>-0,8</b>
<b>Fiskaleinnahmen</b>	<b>58 788</b>	<b>60 838</b>	<b>60 197</b>	<b>63 192</b>	<b>62 421</b>	<b>62 613</b>	<b>-579</b>	<b>-0,9</b>
Direkte Bundessteuer	18 342	18 353	17 975	20 125	19 367	21 057	932	4,6
Verrechnungssteuer	4 335	5 942	5 631	6 617	5 696	5 233	-1 385	-20,9
Stempelabgaben	2 136	2 143	2 148	2 393	2 325	2 021	-373	-15,6
Mehrwertsteuer	22 050	22 561	22 614	22 454	23 210	22 458	3	0,0
Übrige Verbrauchssteuern	7 543	7 414	7 342	7 029	7 072	6 931	-98	-1,4
Mineralölsteuern	5 033	5 005	4 972	4 717	4 835	4 688	-29	-0,6
Tabaksteuer	2 397	2 295	2 257	2 198	2 124	2 131	-68	-3,1
Biersteuer	113	113	113	114	113	113	-1	-1,1
Verkehrsabgaben	2 293	2 242	2 212	2 224	2 245	2 214	-10	-0,5
Automobilsteuer	412	369	354	393	410	385	-9	-2,3
Nationalstrassenabgabe	352	356	364	373	375	375	2	0,6
Schwerverkehrsabgabe	1 529	1 517	1 493	1 457	1 460	1 454	-4	-0,2
Zölle	1 044	1 059	1 068	1 056	1 020	1 134	79	7,4
Spielbankenabgabe	329	308	285	272	250	274	2	0,8
Lenkungsabgaben	716	816	919	1 019	1 164	1 215	197	19,3
Lenkungsabgabe VOC	125	129	118	125	125	110	-15	-11,9
Altlastenabgabe	35	38	42	42	36	41	-1	-2,4
Lenkungsabgabe CO2	556	649	760	851	1 003	1 063	212	25,0
Übrige Fiskaleinnahmen	-	-	3	3	73	77	74	2 556,3
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>938</b>	<b>922</b>	<b>591</b>	<b>1 202</b>	<b>836</b>	<b>824</b>	<b>-378</b>	<b>-31,4</b>
Anteil am Reingewinn der Alkoholverwaltung	267	242	236	230	239	223	-7	-3,1
Gewinnausschüttung SNB	333	333	-	667	333	333	-333	-50,0
Zunahme des Münzumlaufs	87	93	89	68	52	47	-21	-30,9
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	218	220	239	206	186	199	-7	-3,3
Übrige Regalien und Konzessionen	33	34	26	32	26	22	-9	-29,7
<b>Finanzeinnahmen</b>	<b>1 328</b>	<b>1 179</b>	<b>1 068</b>	<b>1 218</b>	<b>1 014</b>	<b>1 165</b>	<b>-53</b>	<b>-4,4</b>
Zinseinnahmen	353	237	230	282	193	261	-20	-7,2
Finanzanlagen	40	16	12	75	1	74	-1	-0,7
Darlehen	58	52	55	62	66	64	1	2,1
Bevorschussung an FinöV-Fonds	176	165	158	139	121	120	-19	-13,7
Übrige Zinseinnahmen	79	4	5	5	4	4	-2	-34,8
Kursgewinne	107	85	57	129	-	73	-57	-43,7
Beteiligungseinnahmen	867	853	781	802	821	828	26	3,2
Übrige Finanzeinnahmen	1	3	1	5	0	3	-2	-45,2
<b>Übrige laufende Einnahmen</b>	<b>1 721</b>	<b>1 806</b>	<b>1 747</b>	<b>1 738</b>	<b>1 731</b>	<b>1 700</b>	<b>-38</b>	<b>-2,2</b>
Entgelte	1 251	1 331	1 290	1 182	1 203	1 167	-15	-1,2
Wehrpflichtersatzabgabe	160	163	174	173	175	174	1	0,5
Gebühren	241	252	247	260	257	286	27	10,2
Entgelte für Benutzungen und Dienstleistungen	78	73	76	78	77	75	-3	-3,6
Verkäufe	91	95	111	102	99	100	-3	-2,6
Rückerstattungen	130	134	113	-	4	-	-	-
EU Zinsbesteuerung	114	139	115	71	73	38	-33	-46,4
Übrige Entgelte	436	475	454	498	518	494	-3	-0,7
Verschiedene Einnahmen	469	475	457	556	529	533	-23	-4,2
Einnahmen aus Liegenschaften	386	398	369	364	367	367	3	0,8
Übrige verschiedene Einnahmen	83	77	88	192	162	166	-26	-13,6
<b>Investitionseinnahmen</b>	<b>222</b>	<b>286</b>	<b>272</b>	<b>231</b>	<b>729</b>	<b>711</b>	<b>480</b>	<b>207,8</b>
Veräusserung von Sachanlagen	50	131	71	37	75	39	2	5,9
Rückzahlung von Darlehen	172	155	199	194	154	141	-53	-27,3
Übrige Investitionseinnahmen	1	1	3	0	500	531	530	n.a.

n.a.: nicht ausgewiesen

## B12 Entwicklung der Einnahmen nach Kontengruppen

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden					
	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015	2015-2019
<b>Ordentliche Einnahmen</b>	<b>3,7</b>	<b>2,3</b>	<b>5,3</b>	<b>2,5</b>	<b>1,3</b>	<b>-0,8</b>
<b>Fiskaleinnahmen</b>	<b>5,0</b>	<b>2,7</b>	<b>5,3</b>	<b>2,6</b>	<b>1,7</b>	<b>-0,9</b>
Direkte Bundessteuer	6,3	4,2	5,5	3,8	3,0	4,6
Verrechnungssteuer	-5,1	-0,3	26,7	3,5	8,0	-20,9
Stempelabgaben	16,4	-4,3	3,3	-1,1	-4,3	-15,6
Mehrwertsteuer	4,9	3,3	3,5	2,4	0,9	0,0
Übrige Verbrauchssteuern	3,9	0,4	2,3	-0,1	-1,1	-1,4
Mineralölsteuern	3,1	0,2	1,0	-0,3	-1,5	-0,6
Tabaksteuer	6,4	0,8	5,6	0,3	-0,1	-3,1
Biersteuer	1,1	0,2	0,4	1,3	0,3	-1,1
Verkehrsabgaben	15,7	15,6	9,6	3,6	-1,1	-0,5
Automobilsteuer	-	-0,8	4,0	3,3	-0,9	-2,3
Nationalstrassenabgabe	2,6	1,2	1,9	2,8	0,9	0,6
Schwerverkehrsabgabe	0,3	40,2	17,5	3,9	-1,6	-0,2
Kombinierter Verkehr	-	-	-100,0	-	-	-
Zölle	-3,3	0,0	-0,2	0,1	0,2	7,4
Spielbankenabgabe	-12,3	300,1	24,1	-4,3	-7,8	0,8
Lenkungsabgaben	-	738,6	4,2	43,5	11,5	19,3
Lenkungsabgabe VOC	-	-	5,0	0,0	-0,3	-11,9
Lenkungsabgaben Heizöl, Benzin und Dieselöl	-	39,0	41,8	-100,0	-	-
Altlastenabgabe	-	-	1,1	5,5	4,7	-2,4
Lenkungsabgabe CO2	-	-	-	-	14,4	25,0
Übrige Fiskaleinnahmen	-16,6	-29,1	-48,8	-100,0	-	2 556,3
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>11,9</b>	<b>12,0</b>	<b>6,3</b>	<b>1,2</b>	<b>-3,9</b>	<b>-31,4</b>
Anteil am Reingewinn der Alkoholverwaltung	-0,8	3,2	7,1	4,9	-3,9	-3,1
Gewinnausschüttung SNB	25,7	13,6	-	-	-5,4	-50,0
Zunahme des Münzumschs	-	-	-	4,4	6,1	-30,9
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	-	-	75,0	3,3	-1,7	-3,3
Übrige Regalien und Konzessionen	-27,4	10,3	13,8	-10,1	-0,8	-29,7
<b>Finanzeinnahmen</b>	<b>-8,6</b>	<b>-8,9</b>	<b>11,2</b>	<b>5,8</b>	<b>-6,6</b>	<b>-4,4</b>
Zinseinnahmen	-17,1	-16,6	19,2	-13,7	-6,5	-7,2
Finanzanlagen	-8,9	-28,6	30,9	-48,1	33,0	-0,7
Darlehen	-26,5	-2,7	-7,6	-18,5	-0,9	2,1
Bevorschussung an FinöV-Fonds	-	-	-	1,6	-7,8	-13,7
Übrige Zinseinnahmen	-14,1	-10,4	-16,2	78,4	-50,2	-34,8
Kursgewinne	-	-	-	16,4	-6,4	-43,7
Beteiligungseinnahmen	15,3	-1,2	0,1	13,3	-1,1	3,2
Übrige Finanzeinnahmen	-	-22,4	101,2	97,8	-60,9	-45,2
<b>Übrige laufende Einnahmen</b>	<b>-16,9</b>	<b>-0,4</b>	<b>11,3</b>	<b>-1,8</b>	<b>1,4</b>	<b>-2,2</b>
Entgelte	-1,7	-0,5	6,4	-3,6	-0,4	-1,2
Wehrpflichtersatzabgabe	-1,2	3,3	-7,9	3,4	2,4	0,5
Gebühren	5,8	-1,9	3,6	-6,4	3,7	10,2
Entgelte für Benutzungen und Dienstleistungen	-36,4	-0,6	12,7	1,1	0,4	-3,6
Verkäufe	-6,6	8,7	15,8	-15,8	0,4	-2,6
Rückerstattungen	-0,6	-8,1	-10,0	3,9	-100,0	-
EU Zinsbesteuerung	-	-	-	-5,3	-7,4	-46,4
Übrige Entgelte	17,7	1,1	9,9	-2,3	4,9	-0,7
Verschiedene Einnahmen	-53,6	2,9	54,9	4,3	5,7	-4,2
Einnahmen aus Liegenschaften	2,3	2,8	55,4	3,1	0,2	0,8
Übrige verschiedene Einnahmen	-70,5	3,2	52,2	10,7	23,0	-13,6
<b>Investitionseinnahmen</b>	<b>16,3</b>	<b>-5,9</b>	<b>-16,3</b>	<b>12,9</b>	<b>-21,0</b>	<b>207,8</b>
Veräusserung von Sachanlagen	4,7	-14,6	26,1	-11,7	-4,9	5,9
Rückzahlung von Darlehen	17,2	-5,5	-20,2	-10,4	0,9	-27,3
Übrige Investitionseinnahmen	8,9	-9,6	26,7	325,4	-82,8	n.a.

n.a.: nicht ausgewiesen

### B13 Struktur der Einnahmen nach Kontengruppen

% Anteil an den ordentlichen Einnahmen	Legislaturperioden					
	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015	2015-2019
<b>Ordentliche Einnahmen</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
<b>Fiskaleinnahmen</b>	<b>89,1</b>	<b>90,4</b>	<b>92,3</b>	<b>92,0</b>	<b>93,7</b>	<b>93,4</b>
Direkte Bundessteuer	23,5	24,0	25,2	28,2	28,8	31,4
Verrechnungssteuer	7,7	5,8	7,0	8,1	8,7	7,8
Stempelabgaben	6,4	6,7	5,3	4,6	3,4	3,0
Mehrwertsteuer	32,0	34,8	35,0	32,8	34,6	33,5
Übrige Verbrauchssteuern	14,8	13,8	13,5	11,8	11,3	10,3
Mineralölsteuern	10,9	10,1	9,4	8,2	7,6	7,0
Tabaksteuer	3,6	3,5	4,0	3,5	3,5	3,2
Biersteuer	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Verkehrsabgaben	1,6	2,7	3,4	3,5	3,5	3,3
Automobilsteuer	0,5	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6
Nationalstrassenabgabe	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Schwerverkehrsabgabe	0,4	1,3	2,1	2,4	2,3	2,2
Kombinierter Verkehr	–	0,1	0,0	–	–	–
Zölle	2,4	2,1	1,9	1,7	1,6	1,7
Spielbankenabgabe	0,0	0,2	0,7	0,6	0,5	0,4
Lenkungsabgaben	0,0	0,2	0,3	0,7	1,3	1,8
Lenkungsabgabe VOC	–	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Lenkungsabgaben Heizöl, Benzin und Dieselöl	0,0	0,0	0,0	0,0	–	–
Altlastenabgabe	–	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1
Lenkungsabgabe CO2	–	–	–	0,4	1,1	1,6
Übrige Fiskaleinnahmen	0,7	0,1	0,0	0,0	0,0	0,1
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>1,3</b>	<b>1,7</b>	<b>2,4</b>	<b>2,2</b>	<b>1,4</b>	<b>1,2</b>
Anteil am Reingewinn der Alkoholverwaltung	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,3
Gewinnausschüttung SNB	0,8	1,2	1,7	1,3	0,5	0,5
Zunahme des Münzumsatzes	–	–	0,0	0,1	0,1	0,1
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	–	0,0	0,2	0,3	0,3	0,3
Übrige Regalien und Konzessionen	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0
<b>Finanzeinnahmen</b>	<b>3,3</b>	<b>2,3</b>	<b>1,9</b>	<b>2,4</b>	<b>1,8</b>	<b>1,7</b>
Zinseinnahmen	2,5	1,2	0,8	0,8	0,4	0,4
Finanzanlagen	1,2	0,5	0,4	0,1	0,1	0,1
Darlehen	1,2	0,6	0,3	0,2	0,1	0,1
Bevorschussung an FinöV-Fonds	–	–	0,2	0,3	0,2	0,2
Übrige Zinseinnahmen	0,1	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0
Kursgewinne	–	–	0,0	0,2	0,1	0,1
Beteiligungseinnahmen	0,7	1,1	1,1	1,3	1,3	1,2
Übrige Finanzeinnahmen	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0	0,0
<b>Übrige laufende Einnahmen</b>	<b>3,2</b>	<b>2,3</b>	<b>2,7</b>	<b>2,8</b>	<b>2,7</b>	<b>2,5</b>
Entgelte	2,4	2,1	2,4	2,1	1,9	1,7
Wehrpflichtersatzabgabe	0,4	0,4	0,3	0,2	0,3	0,3
Gebühren	0,6	0,6	0,5	0,4	0,4	0,4
Entgelte für Benutzungen und Dienstleistungen	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Verkäufe	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2	0,1
Rückerstattungen	0,7	0,4	0,4	0,2	0,1	–
EU Zinsbesteuerung	–	–	0,1	0,2	0,2	0,1
Übrige Entgelte	0,5	0,5	0,7	0,7	0,7	0,7
Verschiedene Einnahmen	0,8	0,1	0,3	0,7	0,8	0,8
Einnahmen aus Liegenschaften	0,1	0,1	0,2	0,6	0,6	0,5
Übrige verschiedene Einnahmen	0,6	0,0	0,0	0,1	0,2	0,2
<b>Investitionseinnahmen</b>	<b>3,1</b>	<b>3,4</b>	<b>0,7</b>	<b>0,6</b>	<b>0,4</b>	<b>1,1</b>
Veräusserung von Sachanlagen	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Rückzahlung von Darlehen	2,9	3,2	0,6	0,3	0,3	0,2
Übrige Investitionseinnahmen	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0	0,8

## B21 Ausgaben nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Rechnung 2015	Voranschlag 2016	Rechnung 2016	Differenz zu R 2015 absolut	%
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>61 736</b>	<b>63 700</b>	<b>64 000</b>	<b>65 243</b>	<b>67 229</b>	<b>66 261</b>	<b>1 018</b>	<b>1,6</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>9 940</b>	<b>10 456</b>	<b>10 051</b>	<b>10 258</b>	<b>10 793</b>	<b>10 431</b>	<b>173</b>	<b>1,7</b>
Personalausgaben	5 070	5 459	5 371	5 467	5 571	5 465	-2	0,0
Personalbezüge	4 111	4 213	4 334	4 408	4 459	4 410	2	0,1
Arbeitgeberbeiträge	842	1 127	918	948	974	943	-6	-0,6
Arbeitgeberleistungen	39	34	35	28	48	27	-1	-4,1
Übrige Personalausgaben	79	85	83	82	90	85	3	3,8
Sach- und Betriebsausgaben	3 873	4 030	3 880	3 947	4 209	3 961	15	0,4
Material- und Warenausgaben	39	40	50	52	42	38	-14	-27,4
Betriebsausgaben	3 371	3 516	3 376	3 480	3 665	3 477	-4	-0,1
Liegenschaften	292	311	323	337	331	351	14	4,1
Mieten und Pachten	170	172	181	178	183	175	-3	-1,7
Informatik	471	477	491	483	552	449	-34	-7,0
Beratung und Auftragsforschung	232	234	241	234	280	235	1	0,6
Betriebsausgaben der Armee	967	933	888	947	907	896	-52	-5,5
Verluste auf Forderungen	287	381	197	212	218	238	25	12,0
Übrige Betriebsausgaben	951	1 008	1 054	1 088	1 194	1 132	44	4,1
Betrieblicher Unterhalt	464	475	454	415	501	447	33	7,9
Nationalstrassen								
Rüstungsausgaben	997	968	801	844	1 013	1 004	160	19,0
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	86	95	103	142	160	151	9	6,1
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	317	344	309	349	340	340	-9	-2,5
Rüstungsmaterial	594	529	389	353	513	513	160	45,3
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>42 882</b>	<b>43 720</b>	<b>44 352</b>	<b>45 907</b>	<b>46 479</b>	<b>46 612</b>	<b>705</b>	<b>1,5</b>
Anteile Dritter an	8 687	8 741	8 903	9 441	9 324	9 500	59	0,6
Bundeseinnahmen								
Kantonsanteile	4 477	4 579	4 520	4 959	4 736	5 037	77	1,6
Anteile der Sozialversicherungen	3 734	3 811	3 772	3 725	3 824	3 704	-21	-0,6
Rückverteilung	477	351	611	757	763	759	2	0,3
Lenkungsabgaben								
Entschädigungen an Gemeinwesen	1 036	1 003	1 040	1 288	1 280	1 592	304	23,6
Beiträge an eigene Institutionen	3 093	2 950	3 024	3 528	3 134	3 684	156	4,4
Beiträge an Dritte	14 594	15 237	15 288	15 196	15 973	15 162	-34	-0,2
Finanzausgleich	3 102	3 178	3 185	3 238	3 246	3 246	8	0,2
Internationale Organisationen	1 824	2 021	1 760	1 791	1 712	1 833	41	2,3
Übrige Beiträge an Dritte	9 668	10 039	10 343	10 166	11 016	10 083	-83	-0,8
Beiträge an Sozialversicherungen	15 472	15 789	16 097	16 454	16 767	16 674	219	1,3
AHV / IV / ALV	11 711	11 981	12 195	12 329	12 464	12 338	9	0,1
Übrige Sozialversicherungen	3 761	3 808	3 902	4 125	4 304	4 335	210	5,1
<b>Finanzausgaben</b>	<b>1 906</b>	<b>2 167</b>	<b>1 951</b>	<b>1 495</b>	<b>1 485</b>	<b>1 008</b>	<b>-487</b>	<b>-32,6</b>
Zinsausgaben	1 736	2 125	1 887	1 381	1 474	961	-420	-30,4
Anleihen	1 610	2 024	1 806	1 338	1 446	929	-409	-30,6
Geldmarktbuchforderungen	-	-	-	-	-	-	-	-
Übrige Zinsausgaben	126	101	81	42	28	32	-11	-25,1
Kursverluste	44	30	49	111	0	43	-67	-60,8
Kapitalbeschaffungsausgaben	53	10	6	4	10	4	0	3,3
Übrige Finanzausgaben	73	1	10	0	-	0	0	-93,6

**B21 Ausgaben nach Kontengruppen**

Fortsetzung

Mio. CHF	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Rechnung 2015	Voranschlag 2016	Rechnung 2016	Differenz zu R 2015	
							absolut	%
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>7 007</b>	<b>7 357</b>	<b>7 645</b>	<b>7 583</b>	<b>8 473</b>	<b>8 211</b>	<b>627</b>	<b>8,3</b>
Sachanlagen und Vorräte	2 359	2 693	2 838	2 879	2 708	2 727	-153	-5,3
Liegenschaften	659	765	732	780	833	750	-30	-3,8
Mobilien und Vorräte	239	284	214	183	267	186	3	1,8
Nationalstrassen	1 461	1 644	1 892	1 916	1 609	1 790	-126	-6,6
Immaterielle Anlagen	47	39	44	27	31	24	-3	-12,1
Darlehen	480	423	438	413	95	59	-354	-85,7
Beteiligungen	20	23	21	64	61	89	25	39,6
Eigene Investitionsbeiträge	4 101	4 179	4 304	4 200	5 077	4 813	612	14,6
Fonds für	1 282	1 487	1 410	1 319	3 523	3 499	2 179	165,2
Eisenbahngrossprojekte								
Übrige Investitionsbeiträge	2 819	2 692	2 894	2 881	1 554	1 314	-1 567	-54,4
Durchlaufende Investitionsbeiträge	–	–	–	–	500	500	500	–

## B22 Entwicklung der Ausgaben nach Kontengruppen

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden					
	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015	2015-2019
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>2,9</b>	<b>2,4</b>	<b>1,9</b>	<b>3,7</b>	<b>1,1</b>	<b>1,6</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>-1,7</b>	<b>-2,6</b>	<b>-0,3</b>	<b>3,7</b>	<b>1,2</b>	<b>1,7</b>
Personalausgaben	0,0	-2,1	0,0	2,6	2,5	0,0
Personalbezüge	0,1	-2,0	0,2	2,4	2,3	0,1
Arbeitgeberbeiträge	-2,4	-0,8	2,1	8,1	4,2	-0,6
Arbeitgeberleistungen	3,3	-7,6	-9,9	-25,1	-11,9	-4,1
Übrige Personalausgaben	5,0	15,1	-3,5	5,9	4,2	3,8
Sach- und Betriebsausgaben	0,6	-2,1	-0,2	6,7	1,8	0,4
Material- und Warenausgaben	–	78,3	38,5	-3,7	7,1	-27,4
Betriebsausgaben	0,5	-2,2	-0,5	3,7	1,9	-0,1
Liegenschaften	-1,6	-7,0	-15,6	5,2	4,6	4,1
Mieten und Pachten	2,2	-0,6	-0,2	7,2	0,4	-1,7
Informatik	0,0	-4,1	13,2	13,9	-0,6	-7,0
Beratung und Auftragsforschung	34,0	11,0	4,0	-17,0	1,3	0,6
Betriebsausgaben der Armee	5,9	-0,9	-3,3	7,0	0,5	-5,5
Verluste auf Forderungen	–	–	–	-0,8	-0,6	12,0
Übrige Betriebsausgaben	-5,4	-4,5	-4,3	5,6	4,5	4,1
Betrieblicher Unterhalt Nationalstrassen	–	–	–	–	0,4	7,9
Rüstungsausgaben	-9,4	-5,7	-1,6	-0,1	-7,7	19,0
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	-5,9	13,3	-0,6	-10,0	10,5	6,1
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	-9,1	0,6	0,1	1,5	3,3	-2,5
Rüstungsmaterial	-9,7	-9,4	-2,4	0,9	-17,5	45,3
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>4,2</b>	<b>3,9</b>	<b>2,9</b>	<b>4,8</b>	<b>1,9</b>	<b>1,5</b>
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	12,9	6,4	7,5	-0,2	2,5	0,6
Kantonsanteile	5,1	4,8	7,1	-7,1	2,7	1,6
Anteile der Sozialversicherungen	–	10,5	7,4	9,2	1,4	-0,6
Rückverteilung Lenkungsabgaben	–	–	50,7	40,0	7,6	0,3
Entschädigungen an Gemeinwesen	11,2	1,6	21,8	-3,0	10,7	23,6
Beiträge an eigene Institutionen	-29,3	33,1	5,0	4,1	4,4	4,4
Beiträge an Dritte	8,2	-0,7	-1,8	10,2	1,5	-0,2
Finanzausgleich	–	–	–	–	1,5	0,2
Internationale Organisationen	7,4	7,3	18,6	7,9	0,4	2,3
Übrige Beiträge an Dritte	8,2	-1,1	-3,7	3,1	1,7	-0,8
Beiträge an Sozialversicherungen	3,0	4,2	2,7	4,2	1,0	1,3
AHV / IV / ALV	4,8	4,3	2,5	4,5	0,4	0,1
Übrige Sozialversicherungen	-1,8	4,0	3,3	3,3	2,9	5,1
<b>Finanzausgaben</b>	<b>4,2</b>	<b>-0,8</b>	<b>2,8</b>	<b>-10,2</b>	<b>-13,0</b>	<b>-32,6</b>
Zinsausgaben	3,9	-2,1	4,0	-11,3	-12,7	-30,4
Anleihen	8,0	2,5	9,6	-9,9	-11,5	-30,6
Geldmarktbuchforderungen	-17,2	-41,4	77,8	-60,3	-100,0	–
Übrige Zinsausgaben	3,4	-7,2	-24,5	-11,4	-31,8	-25,1
Kursverluste	–	–	–	12,8	5,9	-60,8
Kapitalbeschaffungsausgaben	17,6	26,5	-25,7	11,4	-58,7	3,3
Übrige Finanzausgaben	–	–	–	-75,1	42,7	-93,6
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>4,7</b>	<b>5,6</b>	<b>-0,2</b>	<b>4,4</b>	<b>0,5</b>	<b>8,3</b>
Sachanlagen und Vorräte	1,9	-8,6	10,4	26,9	6,1	-5,3
Liegenschaften	7,0	-19,3	28,2	1,4	5,2	-3,8
Mobilien und Vorräte	-4,5	3,6	-7,2	-4,0	-5,5	1,8
Nationalstrassen	–	–	–	–	8,1	-6,6
Immaterielle Anlagen	–	–	3,0	40,6	-14,0	-12,1
Darlehen	-13,2	3,7	13,7	22,8	-16,6	-85,7
Beteiligungen	43,3	102,2	-14,5	33,3	-12,7	39,6
Eigene Investitionsbeiträge	6,8	7,7	-2,2	-4,3	0,2	14,6
Fonds für Eisenbahngrossprojekte	–	–	–	–	-1,5	165,2
Übrige Investitionsbeiträge	6,8	7,7	-2,2	-13,7	1,1	-54,4
Durchlaufende Investitionsbeiträge	–	–	–	–	–	–

**B23 Struktur der Ausgaben nach Kontengruppen**

% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	Legislaturperioden					
	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015	2015-2019
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>22,0</b>	<b>17,6</b>	<b>16,1</b>	<b>16,0</b>	<b>16,0</b>	<b>15,7</b>
Personalausgaben	10,9	8,9	8,5	8,1	8,4	8,2
Personalbezüge	8,8	7,0	7,0	6,7	6,7	6,7
Arbeitgeberbeiträge	1,4	1,2	1,0	1,2	1,5	1,4
Arbeitgeberleistungen	0,7	0,7	0,3	0,1	0,1	0,0
Übrige Personalausgaben	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Sach- und Betriebsausgaben	7,0	5,9	5,2	6,0	6,2	6,0
Material- und Warenausgaben	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1
Betriebsausgaben	7,0	5,9	5,2	5,3	5,4	5,2
Liegenschaften	1,5	1,0	0,7	0,5	0,5	0,5
Mieten und Pachten	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Informatik	0,5	0,4	0,4	0,8	0,8	0,7
Beratung und Auftragsforschung	0,4	0,7	0,7	0,4	0,4	0,4
Betriebsausgaben der Armee	1,7	1,7	1,5	1,4	1,5	1,4
Verluste auf Forderungen	–	–	0,1	0,3	0,4	0,4
Übrige Betriebsausgaben	2,6	1,8	1,5	1,6	1,6	1,7
Betrieblicher Unterhalt Nationalstrassen	–	–	–	0,7	0,7	0,7
Rüstungsausgaben	4,1	2,8	2,4	1,9	1,4	1,5
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	0,2	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	0,7	0,6	0,6	0,5	0,5	0,5
Rüstungsmaterial	3,1	1,9	1,6	1,2	0,7	0,8
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>57,6</b>	<b>61,8</b>	<b>64,4</b>	<b>66,6</b>	<b>69,4</b>	<b>70,3</b>
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	8,9	12,9	14,7	13,0	14,0	14,3
Kantonsanteile	8,2	9,0	10,1	7,6	7,3	7,6
Anteile der Sozialversicherungen	0,7	3,8	4,3	4,8	5,9	5,6
Rückverteilung Lenkungsabgaben	–	0,1	0,2	0,6	0,9	1,1
Entschädigungen an Gemeinwesen	0,8	0,9	1,6	1,4	1,7	2,4
Beiträge an eigene Institutionen	3,7	4,2	4,3	4,7	4,9	5,6
Beiträge an Dritte	21,7	20,7	19,1	22,8	23,7	22,9
Finanzausgleich	–	–	–	4,9	5,0	4,9
Internationale Organisationen	1,0	1,2	2,1	2,7	2,9	2,8
Übrige Beiträge an Dritte	20,7	19,6	17,0	15,3	15,8	15,2
Beiträge an Sozialversicherungen	22,4	23,1	24,7	24,7	25,1	25,2
AHV / IV / ALV	17,1	17,5	18,8	18,9	18,9	18,6
Übrige Sozialversicherungen	5,4	5,5	5,9	5,8	6,1	6,5
<b>Finanzausgaben</b>	<b>7,5</b>	<b>7,6</b>	<b>7,3</b>	<b>5,3</b>	<b>3,0</b>	<b>1,5</b>
Zinsausgaben	7,3	7,1	7,0	5,1	2,8	1,4
Anleihen	4,1	4,8	5,8	4,6	2,7	1,4
Geldmarktbuchforderungen	0,5	0,4	0,3	0,1	–	–
Übrige Zinsausgaben	2,6	1,9	1,0	0,4	0,1	0,0
Kursverluste	–	–	0,0	0,1	0,1	0,1
Kapitalbeschaffungsausgaben	0,2	0,5	0,3	0,1	0,0	0,0
Übrige Finanzausgaben	–	–	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>12,9</b>	<b>13,1</b>	<b>12,3</b>	<b>12,1</b>	<b>11,6</b>	<b>12,4</b>
Sachanlagen und Vorräte	1,7	1,1	1,3	4,1	4,2	4,1
Liegenschaften	1,0	0,5	0,6	1,0	1,2	1,1
Mobilien und Vorräte	0,7	0,6	0,6	0,5	0,4	0,3
Nationalstrassen	–	–	–	2,5	2,7	2,7
Immaterielle Anlagen	–	0,0	0,0	0,1	0,1	0,0
Darlehen	3,3	1,2	0,8	0,9	0,7	0,1
Beteiligungen	0,0	0,1	0,1	0,1	0,0	0,1
Eigene Investitionsbeiträge	7,9	10,7	10,1	6,9	6,6	7,3
Fonds für Eisenbahngrossprojekte	–	–	–	2,6	2,2	5,3
Übrige Investitionsbeiträge	7,9	10,7	10,1	4,3	4,4	2,0
Durchlaufende Investitionsbeiträge	–	–	–	–	–	0,8

**B31 Ausgaben nach Aufgabengebieten**

Mio. CHF	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Rechnung 2015	Voranschlag 2016	Rechnung 2016	Differenz zu R 2015 absolut %	
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>61 736</b>	<b>63 700</b>	<b>64 000</b>	<b>65 243</b>	<b>67 229</b>	<b>66 261</b>	<b>1 018</b>	<b>1,6</b>
<b>Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen</b>	<b>2 501</b>	<b>2 489</b>	<b>2 605</b>	<b>2 644</b>	<b>2 744</b>	<b>2 603</b>	<b>-41</b>	<b>-1,5</b>
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 501	2 489	2 605	2 644	2 744	2 603	-41	-1,5
<b>Ordnung und öffentliche Sicherheit</b>	<b>961</b>	<b>1 053</b>	<b>1 023</b>	<b>1 046</b>	<b>1 124</b>	<b>1 049</b>	<b>3</b>	<b>0,3</b>
Allgemeines Rechtswesen	82	83	82	90	83	80	-10	-11,6
Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug	390	427	443	447	493	451	4	0,9
Grenzkontrollen	327	378	331	338	365	349	11	3,2
Gerichte	163	165	167	171	184	169	-2	-0,9
<b>Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit</b>	<b>2 979</b>	<b>3 292</b>	<b>3 508</b>	<b>3 717</b>	<b>3 617</b>	<b>3 540</b>	<b>-177</b>	<b>-4,8</b>
Politische Beziehungen	713	789	766	730	762	736	6	0,9
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	2 106	2 290	2 491	2 732	2 563	2 558	-174	-6,4
Wirtschaftliche Beziehungen	78	212	251	256	292	246	-10	-4,0
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU	82	-	-	-	-	-	-	-
<b>Landesverteidigung</b>	<b>4 428</b>	<b>4 789</b>	<b>4 348</b>	<b>4 466</b>	<b>4 732</b>	<b>4 631</b>	<b>164</b>	<b>3,7</b>
Militärische Landesverteidigung	4 306	4 665	4 226	4 351	4 613	4 506	155	3,6
Nationale Sicherheitskooperation	122	124	122	115	119	125	10	8,4
<b>Bildung und Forschung</b>	<b>6 664</b>	<b>6 894</b>	<b>6 952</b>	<b>7 046</b>	<b>7 358</b>	<b>7 133</b>	<b>88</b>	<b>1,2</b>
Berufsbildung	844	845	857	869	882	852	-17	-2,0
Hochschulen	1 923	2 001	2 121	2 118	2 158	2 159	42	2,0
Grundlagenforschung	2 536	2 608	2 749	2 744	2 836	2 787	42	1,5
Angewandte Forschung	1 334	1 408	1 193	1 283	1 449	1 310	26	2,1
Übriges Bildungswesen	28	31	31	32	32	26	-6	-17,5
<b>Kultur und Freizeit</b>	<b>450</b>	<b>502</b>	<b>490</b>	<b>509</b>	<b>539</b>	<b>529</b>	<b>20</b>	<b>3,9</b>
Kulturerhaltung	116	122	126	120	132	134	14	11,4
Kulturförderung	125	125	122	124	136	130	6	5,1
Sport	143	190	177	198	203	198	0	0,1
Medienpolitik	65	65	65	67	68	67	0	-0,6
<b>Gesundheit</b>	<b>212</b>	<b>219</b>	<b>226</b>	<b>227</b>	<b>242</b>	<b>231</b>	<b>5</b>	<b>2,0</b>
Gesundheit	212	219	226	227	242	231	5	2,0
<b>Soziale Wohlfahrt</b>	<b>20 668</b>	<b>21 106</b>	<b>21 414</b>	<b>21 987</b>	<b>22 442</b>	<b>22 532</b>	<b>546</b>	<b>2,5</b>
Altersversicherung	10 339	10 621	10 748	10 894	11 127	11 018	125	1,1
Invalidenversicherung	4 821	4 873	4 920	4 856	4 853	4 715	-141	-2,9
Krankenversicherung	2 186	2 215	2 273	2 475	2 604	2 600	125	5,0
Ergänzungsleistungen	1 366	1 389	1 435	1 460	1 515	1 502	42	2,9
Militärversicherung	213	217	210	214	212	266	52	24,1
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	456	476	499	506	520	514	9	1,7
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	80	95	96	82	82	69	-12	-15,1
Migration	1 145	1 159	1 174	1 443	1 472	1 796	352	24,4
Soziale Hilfe und Fürsorge	61	59	58	57	56	52	-5	-8,5
<b>Verkehr</b>	<b>8 130</b>	<b>8 224</b>	<b>8 429</b>	<b>8 322</b>	<b>9 231</b>	<b>9 104</b>	<b>782</b>	<b>9,4</b>
Strassenverkehr	2 841	2 806	3 117	3 075	3 008	2 963	-111	-3,6
Öffentlicher Verkehr	5 129	5 262	5 158	5 080	6 024	5 956	876	17,2
Luftfahrt	160	156	155	167	199	185	18	10,6

**B31 Ausgaben nach Aufgabengebieten**

Fortsetzung

Mio. CHF	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Rechnung 2015	Voranschlag 2016	Rechnung 2016	Differenz zu R 2015	
							absolut	%
<b>Umwelt und Raumordnung</b>	<b>1 132</b>	<b>1 007</b>	<b>1 210</b>	<b>1 363</b>	<b>1 470</b>	<b>1 398</b>	<b>35</b>	<b>2,6</b>
Umwelt	696	605	835	984	1 014	964	-19	-1,9
Schutz vor Naturgefahren	290	265	237	229	290	271	42	18,4
Naturschutz	131	122	123	135	150	146	11	8,1
Raumordnung	16	15	15	15	16	16	1	6,0
<b>Landwirtschaft und Ernährung</b>	<b>3 711</b>	<b>3 706</b>	<b>3 693</b>	<b>3 667</b>	<b>3 704</b>	<b>3 659</b>	<b>-8</b>	<b>-0,2</b>
Landwirtschaft und Ernährung	3 711	3 706	3 693	3 667	3 704	3 659	-8	-0,2
<b>Wirtschaft</b>	<b>519</b>	<b>505</b>	<b>634</b>	<b>716</b>	<b>713</b>	<b>699</b>	<b>-17</b>	<b>-2,4</b>
Wirtschaftsordnung	137	126	127	132	139	132	0	0,3
Standortförd., Regionalpolitik, wirtsch. Landesversorgung	138	133	132	130	151	148	18	14,0
Energie	244	246	374	455	423	419	-36	-7,9
<b>Finanzen und Steuern</b>	<b>9 380</b>	<b>9 916</b>	<b>9 469</b>	<b>9 533</b>	<b>9 314</b>	<b>9 152</b>	<b>-381</b>	<b>-4,0</b>
Anteile an Bundeseinnahmen	4 375	4 574	4 335	4 803	4 585	4 902	98	2,0
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	1 904	2 164	1 949	1 492	1 482	1 005	-487	-32,6
Finanzausgleich	3 102	3 178	3 185	3 238	3 246	3 246	8	0,2

### B32 Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden					
	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015	2015-2019
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>2,9</b>	<b>2,4</b>	<b>1,9</b>	<b>3,7</b>	<b>1,1</b>	<b>1,6</b>
<b>Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen</b>	<b>2,3</b>	<b>7,5</b>	<b>0,3</b>	<b>3,6</b>	<b>1,5</b>	<b>-1,5</b>
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2,3	7,5	0,3	3,6	1,5	-1,5
<b>Ordnung und öffentliche Sicherheit</b>	<b>0,8</b>	<b>5,8</b>	<b>-1,2</b>	<b>4,0</b>	<b>2,4</b>	<b>0,3</b>
Allgemeines Rechtswesen	-11,9	11,8	-11,7	-0,3	3,9	-11,6
Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug	4,2	9,8	-2,5	6,3	3,0	0,9
Grenzkontrollen	1,3	1,4	0,6	2,8	1,8	3,2
Gerichte	7,7	0,7	7,4	3,3	1,5	-0,9
<b>Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit</b>	<b>1,3</b>	<b>2,5</b>	<b>-0,2</b>	<b>9,0</b>	<b>3,7</b>	<b>-4,8</b>
Politische Beziehungen	2,2	4,2	-0,3	4,1	0,3	0,9
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	1,5	1,7	3,0	10,9	3,7	-6,4
Wirtschaftliche Beziehungen	-1,9	3,3	0,1	3,3	33,2	-4,0
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU	-0,4	2,5	-38,7	16,1	-100,0	-
<b>Landesverteidigung</b>	<b>-4,1</b>	<b>-1,7</b>	<b>-0,9</b>	<b>1,2</b>	<b>-0,4</b>	<b>3,7</b>
Militärische Landesverteidigung	-3,7	-1,8	-1,0	1,1	-0,4	3,6
Nationale Sicherheitskooperation	-18,3	1,6	3,2	5,0	-0,1	8,4
<b>Bildung und Forschung</b>	<b>1,2</b>	<b>2,6</b>	<b>3,1</b>	<b>6,9</b>	<b>2,0</b>	<b>1,2</b>
Berufsbildung	-3,5	2,6	-0,4	9,7	3,7	-2,0
Hochschulen	3,1	2,0	-8,8	4,9	2,9	2,0
Grundlagenforschung	1,0	6,0	22,1	8,1	2,3	1,5
Angewandte Forschung	2,9	0,9	8,4	7,4	-0,9	2,1
Übriges Bildungswesen	-20,4	8,6	-4,0	-16,7	2,3	-17,5
<b>Kultur und Freizeit</b>	<b>14,3</b>	<b>2,4</b>	<b>-3,7</b>	<b>-1,7</b>	<b>4,4</b>	<b>3,9</b>
Kulturerhaltung	-3,6	2,0	2,6	2,5	3,7	11,4
Kulturförderung	18,6	1,6	-9,5	0,9	-0,8	5,1
Sport	4,7	4,5	0,0	2,3	6,5	0,1
Medienpolitik	87,5	1,8	-5,2	-18,9	11,2	-0,6
<b>Gesundheit</b>	<b>0,8</b>	<b>4,5</b>	<b>10,7</b>	<b>-5,5</b>	<b>1,9</b>	<b>2,0</b>
Gesundheit	0,8	4,5	10,7	-5,5	1,9	2,0
<b>Soziale Wohlfahrt</b>	<b>7,1</b>	<b>3,2</b>	<b>2,6</b>	<b>5,0</b>	<b>1,7</b>	<b>2,5</b>
Altersversicherung	8,9	4,6	3,3	6,3	1,7	1,1
Invalidenversicherung	6,7	6,3	2,7	1,0	1,0	-2,9
Krankenversicherung	-2,3	4,2	3,9	-1,3	3,6	5,0
Ergänzungsleistungen	-0,4	5,8	4,3	16,4	2,8	2,9
Militärversicherung	-1,6	0,5	-2,8	-1,1	-0,8	24,1
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	97,5	-0,7	13,5	32,8	-14,4	1,7
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	19,9	-10,8	-17,9	-6,4	-0,8	-15,1
Migration	15,1	-10,0	-4,8	4,3	11,4	24,4
Soziale Hilfe und Fürsorge	-3,9	20,2	20,5	7,3	-2,9	-8,5
<b>Verkehr</b>	<b>0,0</b>	<b>4,1</b>	<b>0,8</b>	<b>2,3</b>	<b>0,8</b>	<b>9,4</b>
Strassenverkehr	-0,1	0,7	-0,9	-1,5	4,4	-3,6
Öffentlicher Verkehr	2,1	6,6	2,0	4,3	-1,2	17,2
Luftfahrt	-32,7	12,8	-4,1	10,0	6,1	10,6
<b>Umwelt und Raumordnung</b>	<b>0,0</b>	<b>5,2</b>	<b>-2,1</b>	<b>13,4</b>	<b>4,3</b>	<b>2,6</b>
Umwelt	2,4	1,5	0,5	24,2	6,6	-1,9
Schutz vor Naturgefahren	-3,3	8,2	-7,9	1,5	-4,1	18,4
Naturschutz	5,0	7,5	8,9	-0,9	6,9	8,1
Raumordnung	2,3	15,1	3,8	3,7	2,0	6,0
<b>Landwirtschaft und Ernährung</b>	<b>4,7</b>	<b>-2,0</b>	<b>-0,8</b>	<b>0,4</b>	<b>0,0</b>	<b>-0,2</b>
Landwirtschaft und Ernährung	4,7	-2,0	-0,8	0,4	0,0	-0,2
<b>Wirtschaft</b>	<b>-3,7</b>	<b>4,6</b>	<b>-6,1</b>	<b>14,2</b>	<b>4,2</b>	<b>-2,4</b>
Wirtschaftsordnung	1,2	9,3	7,9	-5,0	2,3	0,3
Standortförd., Regionalpolitik, wirtsch. Landesversorgung	-2,4	1,9	-14,7	16,1	-13,7	14,0
Energie	-9,8	6,9	-6,9	33,1	15,7	-7,9
<b>Finanzen und Steuern</b>	<b>4,8</b>	<b>2,3</b>	<b>5,9</b>	<b>0,5</b>	<b>-1,1</b>	<b>-4,0</b>
Anteile an Bundeseinnahmen	5,6	5,5	8,4	-7,0	2,8	2,0
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	4,2	-0,8	2,8	-10,2	-13,0	-32,6
Finanzausgleich	-	-	-	-	1,5	0,2

**B33 Struktur der Ausgaben nach Aufgabengebieten**

% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	Legislaturperioden					
	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015	2015-2019
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
<b>Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen</b>	<b>3,5</b>	<b>4,1</b>	<b>4,2</b>	<b>4,1</b>	<b>4,0</b>	<b>3,9</b>
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	3,5	4,1	4,2	4,1	4,0	3,9
<b>Ordnung und öffentliche Sicherheit</b>	<b>1,5</b>	<b>1,6</b>	<b>1,5</b>	<b>1,5</b>	<b>1,6</b>	<b>1,6</b>
Allgemeines Rechtswesen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1
Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug	0,5	0,6	0,6	0,6	0,7	0,7
Grenzkontrollen	0,6	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5
Gerichte	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3
<b>Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit</b>	<b>4,5</b>	<b>4,8</b>	<b>4,4</b>	<b>4,6</b>	<b>5,3</b>	<b>5,3</b>
Politische Beziehungen	1,2	1,2	1,1	1,2	1,2	1,1
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	2,7	2,9	2,9	3,2	3,8	3,9
Wirtschaftliche Beziehungen	0,1	0,2	0,1	0,1	0,3	0,4
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU	0,4	0,4	0,2	0,1	0,0	–
<b>Landesverteidigung</b>	<b>11,6</b>	<b>9,5</b>	<b>8,4</b>	<b>7,6</b>	<b>7,1</b>	<b>7,0</b>
Militärische Landesverteidigung	11,3	9,3	8,2	7,4	6,9	6,8
Nationale Sicherheitskooperation	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
<b>Bildung und Forschung</b>	<b>8,6</b>	<b>8,6</b>	<b>9,0</b>	<b>10,0</b>	<b>10,8</b>	<b>10,8</b>
Berufsbildung	1,1	1,0	1,0	1,1	1,3	1,3
Hochschulen	4,4	4,4	2,9	3,0	3,2	3,3
Grundlagenforschung	1,5	1,5	3,3	3,8	4,2	4,2
Angewandte Forschung	1,5	1,5	1,8	2,0	2,0	2,0
Übriges Bildungswesen	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0
<b>Kultur und Freizeit</b>	<b>1,0</b>	<b>1,3</b>	<b>0,9</b>	<b>0,7</b>	<b>0,8</b>	<b>0,8</b>
Kulturerhaltung	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Kulturförderung	0,3	0,6	0,2	0,2	0,2	0,2
Sport	0,2	0,3	0,2	0,3	0,3	0,3
Medienpolitik	0,2	0,3	0,2	0,1	0,1	0,1
<b>Gesundheit</b>	<b>0,3</b>	<b>0,4</b>	<b>0,4</b>	<b>0,4</b>	<b>0,3</b>	<b>0,3</b>
Gesundheit	0,3	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3
<b>Soziale Wohlfahrt</b>	<b>29,0</b>	<b>29,9</b>	<b>31,3</b>	<b>31,5</b>	<b>33,4</b>	<b>34,0</b>
Altersversicherung	10,8	13,7	14,3	16,5	16,7	16,6
Invalidenversicherung	6,7	7,5	8,4	6,5	7,6	7,1
Krankenversicherung	3,6	3,8	4,1	3,3	3,6	3,9
Ergänzungsleistungen	1,0	1,1	1,3	2,1	2,2	2,3
Militärversicherung	0,6	0,5	0,5	0,4	0,3	0,4
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	3,0	0,4	0,6	0,9	0,8	0,8
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	0,7	0,7	0,3	0,2	0,1	0,1
Migration	2,6	2,2	1,7	1,5	1,9	2,7
Soziale Hilfe und Fürsorge	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1
<b>Verkehr</b>	<b>14,2</b>	<b>14,0</b>	<b>14,2</b>	<b>13,5</b>	<b>13,0</b>	<b>13,7</b>
Strassenverkehr	6,0	5,9	5,3	4,5	4,6	4,5
Öffentlicher Verkehr	7,9	8,0	8,7	8,8	8,1	9,0
Luftfahrt	0,3	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3
<b>Umwelt und Raumordnung</b>	<b>1,4</b>	<b>1,6</b>	<b>1,3</b>	<b>1,6</b>	<b>1,9</b>	<b>2,1</b>
Umwelt	0,7	0,7	0,6	0,9	1,2	1,5
Schutz vor Naturgefahren	0,6	0,8	0,5	0,4	0,4	0,4
Naturschutz	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2
Raumordnung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Landwirtschaft und Ernährung</b>	<b>8,6</b>	<b>7,6</b>	<b>7,0</b>	<b>6,2</b>	<b>5,8</b>	<b>5,5</b>
Landwirtschaft und Ernährung	8,6	7,6	7,0	6,2	5,8	5,5
<b>Wirtschaft</b>	<b>1,0</b>	<b>0,9</b>	<b>0,7</b>	<b>0,9</b>	<b>0,9</b>	<b>1,1</b>
Wirtschaftsordnung	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2	0,2
Standortförd., Regionalpolitik, wirtsch. Landesversorgung	0,5	0,5	0,3	0,3	0,2	0,2
Energie	0,3	0,2	0,2	0,3	0,5	0,6
<b>Finanzen und Steuern</b>	<b>14,9</b>	<b>15,7</b>	<b>16,7</b>	<b>17,5</b>	<b>15,0</b>	<b>13,8</b>
Anteile an Bundeseinnahmen	7,4	8,2	9,4	7,3	7,1	7,4
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	7,5	7,6	7,3	5,3	2,9	1,5
Finanzausgleich	–	–	–	4,9	5,0	4,9

**B34 Ausgaben nach Aufgabengebieten und Kontengruppen 2016**

Kontengruppen	Aufgabengebiete						
	Total Rechnung 2016	Instituti- onelle und finanzielle Voraus- setzungen	Ordnung und öffentliche Sicherheit	Beziehungen zum Ausland - Internatio- nale Zusam- menarbeit	Landes- verteidigung	Bildung und Forschung	Kultur und Freizeit
Mio. CHF							
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>66 261</b>	<b>2 603</b>	<b>1 049</b>	<b>3 540</b>	<b>4 631</b>	<b>7 133</b>	<b>529</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>10 431</b>	<b>2 203</b>	<b>823</b>	<b>763</b>	<b>4 075</b>	<b>254</b>	<b>134</b>
Personalausgaben	5 465	1 437	725	603	1 494	150	102
Sach- und Betriebsausgaben	3 961	762	98	160	1 581	104	32
Rüstungsausgaben	1 004	–	–	–	1 004	–	–
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	–	4	–	–	-4	0	–
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>46 612</b>	<b>37</b>	<b>161</b>	<b>2 697</b>	<b>148</b>	<b>6 622</b>	<b>355</b>
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	9 500	–	–	–	–	–	–
Entschädigungen an Gemeinwesen	1 592	–	66	1	20	–	5
Beiträge an eigene Institutionen	3 684	–	4	3	–	2 696	86
Beiträge an Dritte	15 162	37	92	2 694	127	3 927	264
Beiträge an Sozialversicherungen	16 674	–	–	–	–	–	–
<b>Finanzausgaben</b>	<b>1 008</b>	<b>3</b>	<b>0</b>	<b>–</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>–</b>
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>8 211</b>	<b>361</b>	<b>65</b>	<b>80</b>	<b>408</b>	<b>257</b>	<b>40</b>
Sachanlagen und Vorräte	2 727	350	14	–	408	149	2
Immaterielle Anlagen	24	11	7	–	–	–	–
Darlehen	59	–	–	19	–	–	–
Beteiligungen	89	–	–	61	–	–	–
Eigene Investitionsbeiträge	4 813	–	44	–	–	109	38
Durchlaufende Investitionsbeiträge	500	–	–	–	–	–	–

Kontengruppen	Aufgabengebiete						
	Gesundheit	Soziale Wohlfahrt	Verkehr	Umwelt und Raum- ordnung	Land- wirtschaft und Ernährung	Wirtschaft	Finanzen und Steuern
Mio. CHF							
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>231</b>	<b>22 532</b>	<b>9 104</b>	<b>1 398</b>	<b>3 659</b>	<b>699</b>	<b>9 152</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>145</b>	<b>607</b>	<b>688</b>	<b>204</b>	<b>120</b>	<b>196</b>	<b>221</b>
Personalausgaben	73	347	197	117	90	130	–
Sach- und Betriebsausgaben	72	260	490	87	30	66	221
Rüstungsausgaben	–	–	–	–	–	–	–
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	–	–	0	–	–	0	–
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>83</b>	<b>21 909</b>	<b>2 130</b>	<b>911</b>	<b>3 440</b>	<b>191</b>	<b>7 927</b>
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	–	3 704	356	759	–	–	4 681
Entschädigungen an Gemeinwesen	3	1 469	23	–	1	4	–
Beiträge an eigene Institutionen	14	–	865	1	–	16	–
Beiträge an Dritte	67	124	886	151	3 377	171	3 246
Beiträge an Sozialversicherungen	–	16 612	–	–	62	–	–
<b>Finanzausgaben</b>	<b>–</b>	<b>0</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>0</b>	<b>1 005</b>
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>2</b>	<b>17</b>	<b>6 286</b>	<b>283</b>	<b>100</b>	<b>312</b>	<b>–</b>
Sachanlagen und Vorräte	2	1	1 795	4	2	1	–
Immaterielle Anlagen	0	1	4	0	0	1	–
Darlehen	–	15	9	1	14	–	–
Beteiligungen	–	–	28	–	–	–	–
Eigene Investitionsbeiträge	–	–	3 951	277	83	311	–
Durchlaufende Investitionsbeiträge	–	–	500	–	–	–	–

**B34 Ausgaben nach Aufgabengebieten und Kontengruppen 2015**

Kontengruppen	Aufgabengebiete						
	Total Rechnung 2015	Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	Ordnung und öffentliche Sicherheit	Beziehungen zum Ausland - Internatio- nale Zusam- menarbeit	Landes- verteidigung	Bildung und Forschung	Kultur und Freizeit
Mio. CHF							
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>65 243</b>	<b>2 644</b>	<b>1 046</b>	<b>3 717</b>	<b>4 466</b>	<b>7 046</b>	<b>509</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>10 258</b>	<b>2 235</b>	<b>829</b>	<b>788</b>	<b>3 965</b>	<b>251</b>	<b>134</b>
Personalausgaben	5 467	1 426	720	613	1 511	153	99
Sach- und Betriebsausgaben	3 947	809	110	175	1 610	99	35
Rüstungsausgaben	844	–	–	–	844	–	–
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	–	0	–	–	0	–	–
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>45 907</b>	<b>36</b>	<b>158</b>	<b>2 875</b>	<b>110</b>	<b>6 490</b>	<b>337</b>
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	9 441	–	–	–	–	–	–
Entschädigungen an Gemeinwesen	1 288	–	67	1	20	–	5
Beiträge an eigene Institutionen	3 528	–	4	0	–	2 550	128
Beiträge an Dritte	15 196	36	87	2 874	91	3 940	204
Beiträge an Sozialversicherungen	16 454	–	–	–	–	–	–
<b>Finanzausgaben</b>	<b>1 495</b>	<b>3</b>	<b>0</b>	<b>–</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>7 583</b>	<b>369</b>	<b>58</b>	<b>55</b>	<b>391</b>	<b>305</b>	<b>38</b>
Sachanlagen und Vorräte	2 879	355	11	0	391	196	3
Immaterielle Anlagen	27	14	3	0	–	–	–
Darlehen	413	–	–	9	–	–	–
Beteiligungen	64	–	–	45	–	–	–
Eigene Investitionsbeiträge	4 200	–	44	–	–	108	35

Fortsetzung Kontengruppen	Aufgabengebiete						
	Gesundheit	Soziale Wohlfahrt	Verkehr	Umwelt und Raum- ordnung	Land- wirtschaft und Ernährung	Wirtschaft	Finanzen und Steuern
Mio. CHF							
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>227</b>	<b>21 987</b>	<b>8 322</b>	<b>1 363</b>	<b>3 667</b>	<b>716</b>	<b>9 533</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>142</b>	<b>563</b>	<b>655</b>	<b>173</b>	<b>121</b>	<b>199</b>	<b>201</b>
Personalausgaben	72	342	197	115	91	129	–
Sach- und Betriebsausgaben	71	221	458	58	29	70	201
Rüstungsausgaben	–	–	–	–	–	–	–
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	–	–	–	–	–	–	–
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>83</b>	<b>21 402</b>	<b>2 050</b>	<b>923</b>	<b>3 433</b>	<b>170</b>	<b>7 840</b>
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	–	3 725	357	757	–	–	4 602
Entschädigungen an Gemeinwesen	3	1 161	26	–	1	4	–
Beiträge an eigene Institutionen	14	–	814	1	–	17	–
Beiträge an Dritte	66	128	853	165	3 365	149	3 238
Beiträge an Sozialversicherungen	–	16 388	–	–	66	–	–
<b>Finanzausgaben</b>	<b>–</b>	<b>0</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>0</b>	<b>1 492</b>
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>1</b>	<b>21</b>	<b>5 616</b>	<b>267</b>	<b>114</b>	<b>347</b>	<b>–</b>
Sachanlagen und Vorräte	1	0	1 917	2	2	1	–
Immaterielle Anlagen	1	1	6	0	2	0	–
Darlehen	–	20	368	0	15	–	–
Beteiligungen	–	–	18	–	–	–	–
Eigene Investitionsbeiträge	–	–	3 308	265	94	346	–

## B41 Spezialfinanzierungen im Fremdkapital

Mio. CHF		Rechnung 2015	Voranschlag 2016	Rechnung 2016	Einlage (+) / Entnahme (-)
<b>Spezialfinanzierungen im Fremdkapital, Stand</b>		<b>1 010</b>	<b>1 077</b>	<b>1 176</b>	<b>166</b>
<b>VOC / HEL-Lenkungsabgabe</b>		<b>242</b>	<b>254</b>	<b>239</b>	<b>-3</b>
606	E1100.0111/112/113 Lenkungsabgaben auf VOC	125	125	110	
606	E1400.0101 Zinsen auf Lenkungsabgabe VOC	0	1	-	
810	A2300.0100 Rückverteilung Lenkungsabgabe VOC	-136	-114	-113	
<b>CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Brennstoffen, Rückverteilung und Technologiefonds</b>		<b>-36</b>	<b>-10</b>	<b>67</b>	<b>103</b>
606	E1100.0121 (Teil) CO <sub>2</sub> -Abgabe auf Brennstoffen, Rückverteilung	526	675	749	
606	E1100.0121 (Teil) CO <sub>2</sub> -Abgabe auf Brennstoffen, Technologiefonds	25	25	25	
606	E1400.0114 (Teil) Zinsen auf CO <sub>2</sub> -Abgabe Brennstoffe	0	0	-	
810	A2400.0105 (Teil) Zinsen auf CO <sub>2</sub> -Abgabe Brennstoffe	-	0	-	
810	A2300.0112 Rückverteilung CO <sub>2</sub> -Abgabe auf Brennstoffen	-621	-649	-646	
810	A4300.0150 Einlage Technologiefonds	-25	-25	-25	
<b>CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Brennstoffen, Gebäudeprogramm</b>		<b>-18</b>	<b>-4</b>	<b>-4</b>	<b>14</b>
606	E1100.0121 (Teil) CO <sub>2</sub> -Abgabe auf Brennstoffen	276	300	300	
606	E1400.0114 (Teil) Zinsen auf CO <sub>2</sub> -Abgabe Brennstoffe	0	0	-	
810	A2400.0105 (Teil) Zinsen auf CO <sub>2</sub> -Abgabe Brennstoffe	-	0	-	
805	A4300.0126 Gebäudeprogramm	-321	-286	-286	
<b>Sanktion CO<sub>2</sub>-Verminderung PW, Infrastrukturfonds</b>		<b>22</b>	<b>22</b>	<b>10</b>	<b>12</b>
805	E1100.0124 (Teil) Sanktion CO <sub>2</sub> -Verminderung Personenwagen	22	2	-12	
805	E1400.0116 (Teil) Zinsen auf Sanktion CO <sub>2</sub> -Verminderung Personenwagen	0	0	-	
806	E5300.0113 (Teil) Sanktion CO <sub>2</sub> -Verminderung Personenwagen	2	1	1	
805	A2100.0001 (Teil) Personalbezüge und Arbeitgeberbeiträge	-0	-1	0	
805	A2119.0001 (Teil) Übriger Betriebsaufwand	0	-	0	
806	A6100.0001 (Teil) Funktionsaufwand (Globalbudget)	-1	-1	-1	
806	A8400.0102 Einlage aus Sanktion CO <sub>2</sub> -Verminderung Personenwagen	-7	-2	-	
<b>Spielbankenabgabe</b>		<b>557</b>	<b>522</b>	<b>545</b>	<b>-12</b>
417	E1100.0122 Spielbankenabgabe	272	250	274	
417	A2300.0113 Spielbankenabgabe für die AHV	-308	-285	-285	
<b>Altlastenfonds</b>		<b>146</b>	<b>139</b>	<b>160</b>	<b>13</b>
810	E1100.0100 Altlastenabgabe	42	36	41	
810	A2310.0131 Sanierung von Altlasten	-39	-41	-27	
810	A2100.0001 (Teil) Personalbezüge und Arbeitgeberbeiträge	-1	-1	-1	
<b>Abwasserabgabe</b>		<b>-</b>	<b>59</b>	<b>64</b>	<b>64</b>
810	E1100.0126 Abwasserabgabe	-	70	74	
810	A4300.0157 Abwasserreinigungsanlagen	-	-10	-10	
810	A2100.0001 (Teil) Personalbezüge und Arbeitgeberbeiträge	-	0	0	
810	A2111.0107 (Teil) Vollzug	-	0	-	
<b>Bundeskriegstransportversicherung</b>		<b>55</b>	<b>55</b>	<b>55</b>	<b>0</b>
724	E1300.0010 (Teil) Entgelte	0	0	0	
724	A2119.0001 (Teil) Übriger Betriebsaufwand	0	0	0	
<b>Familienzulagen an landwirtschaftliche Arbeitnehmer und Bergbauern</b>		<b>32</b>	<b>32</b>	<b>32</b>	<b>0</b>
318	E1400.0102 Fonds Familienzulagen Landwirtschaft	1	1	1	
318	A2310.0332 (Teil) Familienzulagen Landwirtschaft	-1	-1	-1	
<b>Medienforschung, Rundfunktechnologie, Programmarchivierung</b>		<b>8</b>	<b>7</b>	<b>7</b>	<b>-2</b>
808	E5200.0100 Konzessionsabgaben Programmveranstalter	3	3	3	
808	A6210.0145 Beitrag Medienforschung	-1	-2	-2	
808	A6210.0146 Archivierung Programme	0	0	0	
808	A6210.0148 Neue Technologie Rundfunk	-2	-2	-2	

**B41 Spezialfinanzierungen im Fremdkapital**

Fortsetzung

Mio. CHF		Rechnung 2015	Voranschlag 2016	Rechnung 2016	Einlage (+) / Entnahme (-)
<b>Filmförderung</b>					
306 E1300.0146	Filmförderungsabgaben Fernsehveranstalter Einnahmeanteil	0	0	–	0
306 A2310.0454	Filmförderungsabgaben Fernsehveranstalter	0	0	0	
<b>Krankenversicherung</b>					
605 E1100.0118 (Teil)	Mehrwertsteuer, Krankenversicherung (5%)	903	932	904	–
606 E1100.0109 (Teil)	Schwerverkehrsabgabe, ungedeckte Kosten des Schwerverkehrs	225	52	52	
316 A2310.0110 (Teil)	Individuelle Prämienverbilligung (IPV)	-1 128	-984	-956	
<b>Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung</b>					
605 E1100.0118 (Teil)	Mehrwertsteuer, MWST-Prozent für die AHV (83%)	2 306	2 389	2 307	–
605 E1100.0118 (Teil)	Mehrwertsteuer, Zuschlag 0,4% für die IV	1 111	1 150	1 112	
605 E1100.0118 (Teil)	Mehrwertsteuer, Bundesanteil am AHV-Prozent (17%)	472	486	473	
606 E1100.0102	Tabaksteuer	2 198	2 124	2 131	
601 E1200.0101	Reingewinn Alkoholverwaltung	230	239	223	
318 A2310.0327 (Teil)	Leistungen des Bundes an die AHV	-2 901	-2 849	-2 826	
318 A2310.0328 (Teil)	Leistungen des Bundes an die IV				
318 A2310.0329 (Teil)	Ergänzungsleistungen zur AHV				
318 A2310.0384 (Teil)	Ergänzungsleistungen zur IV				
318 A2310.0453 (Teil)	Sonderbeitrag an die IV-Zinsen				
605 A2300.0105	Mehrwertsteuerprozent für die AHV	-2 306	-2 389	-2 307	
605 A2300.0111	Mehrwertsteuerzuschlag für die IV	-1 111	-1 150	-1 112	

Hinweis: Einlagen aus Mehrwertsteuer inkl. Debitorenverluste

**B42 Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital**

Mio. CHF	Rechnung 2015	Voranschlag 2016	Rechnung 2016	Einlage (+) / Entnahme (-)
<b>Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital, Stand</b>	<b>5 607</b>	<b>5 922</b>	<b>6 021</b>	<b>414</b>
<b>Spezialfinanzierung Strassenverkehr</b>	<b>1 540</b>	<b>1 298</b>	<b>1 317</b>	<b>-223</b>
Einnahmen	3 596	3 676	3 582	
Ausgaben	-3 864	-3 919	-3 805	
<b>Spezialfinanzierung Begleitmassnahmen FHAL/WTO</b>	<b>3 985</b>	<b>4 545</b>	<b>4 629</b>	<b>643</b>
606 E1100.0110 (Teil) Einfuhrzölle	587	560	643	
<b>Spezialfinanzierung Luftverkehr</b>	<b>82</b>	<b>79</b>	<b>75</b>	<b>-7</b>
606 E1100.0104 (Teil) Mineralölsteuer auf Treibstoffen	20	21	19	
606 E1100.0105 (Teil) Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen	27	29	26	
803 A6210.0152 Technische Sicherheitsmassnahmen	-27	-40	-38	
803 A6210.0153 Umweltschutz-Massnahmen	-7	-5	-10	
803 A6210.0154 Nicht-hoheitliche Sicherheitsmassnahmen	-3	-7	-4	
803 A6100.0001 (Teil) Funktionsaufwand (Globalbudget)	0	0	0	
<b>Überwachung Tierseuchen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
708 E1100.0123 Schlachtabgabe	3	3	3	
341 A2310.0500 Überwachung Tierseuchen	-3	-3	-3	

### B43 Spezialfinanzierung Strassenverkehr

Mio. CHF	Rechnung 2015	Voranschlag 2016	Rechnung 2016	Differenz zu R 2015 absolut	%
<b>Einnahmen</b>	<b>3 596</b>	<b>3 676</b>	<b>3 582</b>	<b>-14</b>	<b>-0,4</b>
606 A2111.0141 Aufwandentschädigungen Bezug der Nationalstrassenabgabe	-35	-35	-35	0	0,4
606 A2119.0001 Übriger Betriebsaufwand; Verkauf und Kontrolle Nationalstrassenabgabe	-2	-4	-2	0	0,8
606 E1100.0104 Mineralölsteuer auf Treibstoffen	1 390	1 424	1 383	-7	-0,5
606 E1100.0105 Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen	1 850	1 896	1 839	-10	-0,6
606 E1100.0108 Nationalstrassenabgabe	373	375	375	2	0,6
802 E3200.0001 Rückzahlung Darlehen Terminalanlagen	5	6	7	1	22,8
806 E5100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	10	9	11	1	10,2
806 E7100.0001 Veräusserung Sach- und immaterielle Anlagen (Globalbudget); Erlös Restparzellen Nationalstrasse	5	5	5	-1	-11,4
806 E7200.0001 Rückzahlung Darlehen Bahnhofparkanlagen	0	0	0	0	-20,0
<b>Ausgaben</b>	<b>3 864</b>	<b>3 919</b>	<b>3 805</b>	<b>-59</b>	<b>-1,5</b>
<b>Nationalstrassen (ohne Infrastrukturfonds)</b>	<b>1 574</b>	<b>1 543</b>	<b>1 501</b>	<b>-73</b>	<b>-4,7</b>
806 A6100.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget); Betrieb	347	359	350	3	0,8
806 A8100.0001 Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte (Globalbudget); Unterhalt/Ausbau	1 227	1 184	1 151	-76	-6,2
<b>Infrastrukturfonds</b>	<b>992</b>	<b>978</b>	<b>978</b>	<b>-14</b>	<b>-1,4</b>
806 A8400.0100 Jährliche Einlage Infrastrukturfonds	992	978	978	-14	-1,4
<b>Hauptstrassen</b>	<b>175</b>	<b>173</b>	<b>173</b>	<b>-1</b>	<b>-0,6</b>
806 A8300.0107 Hauptstrassen	175	173	173	-1	-0,6
<b>Übrige werkgebundene Beiträge</b>	<b>475</b>	<b>512</b>	<b>484</b>	<b>9</b>	<b>1,8</b>
802 A2310.0214 Abgeltung alpenquerender kombinierter Verkehr	157	155	155	-2	-1,3
802 A2310.0215 Autoverlad	2	2	2	0	0,0
802 A2310.0450 Abgeltung nicht-alpenquerender Schienengüterverkehr	9	-	-	-9	-100,0
802 A2310.0586 Schienengüterverkehr in der Fläche	-	6	5	5	-
802 A4300.0119 Verkehrstrennung	1	-	-	-1	-100,0
802 A4300.0121 Anschlussgleise	16	-	-	-16	-100,0
802 A4300.0129 Fonds für Eisenbahngrossprojekte	287	-	-	-287	-100,0
802 A4300.0141 Terminalanlagen	3	-	-	-3	-100,0
802 A4300.0153 Einlage Bahninfrastrukturfonds	-	299	290	290	-
802 A4300.0155 Güterverkehrsanlagen	-	50	31	31	-
<b>Nicht werkgebundene Beiträge</b>	<b>357</b>	<b>365</b>	<b>356</b>	<b>-1</b>	<b>-0,3</b>
806 A6200.0152 Allgemeine Strassenbeiträge	350	358	349	-1	-0,3
806 A6200.0153 Kantone ohne Nationalstrassen	7	7	7	0	-0,3
<b>Forschung und Verwaltung</b>	<b>153</b>	<b>175</b>	<b>151</b>	<b>-1</b>	<b>-0,8</b>
806 A6100.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	152	169	150	-2	-1,1
806 A8100.0001 Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte (Globalbudget)	1	6	1	0	74,9
<b>Umweltschutz</b>	<b>91</b>	<b>114</b>	<b>105</b>	<b>15</b>	<b>16,3</b>
806 A6210.0142 Langsamverkehr, Fuss- und Wanderwege	1	1	1	0	1,3
810 A2310.0134 Wald	46	59	53	7	14,7
810 A4300.0103 Schutz Naturgefahren	20	21	21	0	2,1
810 A4300.0139 Lärmschutz	23	34	31	8	32,2
<b>Heimat- und Landschaftsschutz</b>	<b>15</b>	<b>15</b>	<b>15</b>	<b>0</b>	<b>-1,5</b>
306 A4300.0138 Heimatschutz und Denkmalpflege	11	11	11	0	-1,9
806 A8300.0110 Historische Verkehrswege	2	2	2	0	-0,9
810 A4300.0105 Natur und Landschaft	2	2	2	0	0,0
<b>Schutz übriger Strassen vor Naturgewalten</b>	<b>32</b>	<b>43</b>	<b>41</b>	<b>8</b>	<b>26,3</b>
810 A4300.0135 Hochwasserschutz	32	43	41	8	26,3
<b>Saldo</b>	<b>-269</b>	<b>-243</b>	<b>-223</b>	<b>46</b>	
<b>Stand der Spezialfinanzierung Ende Jahr</b>	<b>1 540</b>	<b>1 298</b>	<b>1 317</b>	<b>-223</b>	<b>-14,5</b>



## C01 Ertrag nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Rechnung 2015	Voranschlag 2016	Rechnung 2016	Differenz zu R 2015	
							absolut	%
<b>Ordentlicher Ertrag</b>	<b>64 041</b>	<b>65 136</b>	<b>64 877</b>	<b>67 259</b>	<b>66 193</b>	<b>67 029</b>	<b>-230</b>	<b>-0,3</b>
<b>Fiskalertrag</b>	<b>58 288</b>	<b>60 338</b>	<b>60 188</b>	<b>62 689</b>	<b>62 421</b>	<b>63 098</b>	<b>409</b>	<b>0,7</b>
Direkte Bundessteuer	18 342	18 353	17 975	20 125	19 367	21 057	932	4,6
Verrechnungssteuer	3 835	5 442	5 631	6 117	5 696	5 733	-385	-6,3
Stempelabgaben	2 136	2 143	2 148	2 393	2 325	2 021	-373	-15,6
Mehrwertsteuer	22 050	22 561	22 608	22 453	23 210	22 458	5	0,0
Übrige Verbrauchssteuern	7 543	7 414	7 342	7 029	7 072	6 950	-79	-1,1
Mineralölsteuer	5 033	5 005	4 972	4 717	4 835	4 688	-29	-0,6
Tabaksteuer	2 397	2 295	2 257	2 198	2 124	2 131	-68	-3,1
Biersteuer	113	113	113	114	113	131	17	15,2
Verkehrsabgaben	2 293	2 242	2 212	2 224	2 245	2 178	-46	-2,1
Automobilsteuer	412	369	354	393	410	349	-45	-11,4
Nationalstrassenabgabe	352	356	364	373	375	375	2	0,6
Schwerverkehrsabgabe	1 529	1 517	1 493	1 457	1 460	1 454	-4	-0,2
Zölle	1 044	1 059	1 068	1 056	1 020	1 134	79	7,4
Spielbankenabgabe	329	308	285	272	250	274	2	0,8
Lenkungsabgaben	716	816	916	1 018	1 164	1 217	199	19,6
Lenkungsabgabe VOC	125	129	118	125	125	110	-15	-11,9
Altlastenabgabe	35	38	42	42	36	41	-1	-2,4
Lenkungsabgabe CO2	556	649	757	850	1 003	1 065	215	25,3
Übriger Fiskalertrag	-	-	3	3	73	77	74	2 556,3
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>995</b>	<b>845</b>	<b>525</b>	<b>1 152</b>	<b>803</b>	<b>794</b>	<b>-359</b>	<b>-31,1</b>
Anteil am Reingewinn der Alkoholverwaltung	267	242	236	230	239	223	-7	-3,1
Gewinnausschüttung SNB	333	333	-	667	333	333	-333	-50,0
Zunahme des Münzumschs	144	19	22	19	18	12	-6	-34,9
Ertrag aus Kontingentsversteigerungen	217	216	239	204	186	202	-2	-1,1
Übrige Regalien und Konzessionen	34	35	27	33	27	23	-9	-28,7
<b>Finanzertrag</b>	<b>2 842</b>	<b>1 892</b>	<b>2 040</b>	<b>1 348</b>	<b>1 030</b>	<b>1 151</b>	<b>-197</b>	<b>-14,6</b>
Zinsertrag	359	246	246	276	208	261	-15	-5,3
Finanzanlagen	40	19	12	65	1	73	9	13,6
Darlehen	64	57	72	67	82	64	-3	-3,8
Bevorschussung an FinöV-Fonds	176	165	158	139	121	120	-19	-13,7
Übriger Zinsertrag	79	4	5	5	4	4	-2	-34,8
Kursgewinne	107	85	57	130	-	73	-57	-43,7
Beteiligungsertrag	0	0	0	0	0	1	1	526,5
Zunahme von Equitywerten	2 285	1 457	1 701	888	821	738	-149	-16,8
Übriger Finanzertrag	92	104	35	55	0	77	23	41,2
<b>Übriger Ertrag</b>	<b>1 852</b>	<b>1 967</b>	<b>2 065</b>	<b>1 882</b>	<b>1 894</b>	<b>1 958</b>	<b>76</b>	<b>4,0</b>
Entgelte	1 255	1 325	1 293	1 185	1 203	1 165	-20	-1,7
Wehrpflichtersatzabgabe	160	163	174	173	175	174	1	0,5
Gebühren	243	253	246	260	257	286	26	10,1
Entgelte für Benutzungen und Dienstleistungen	78	73	76	78	77	75	-3	-3,6
Verkäufe	92	96	111	102	99	100	-3	-2,5
Rückerstattungen	131	133	113	-	4	-	-	-
EU Zinsbesteuerung	114	139	115	71	73	38	-33	-46,4
Übrige Entgelte	436	469	458	501	518	492	-9	-1,8
Verschiedener Ertrag	598	642	771	696	692	792	96	13,8
Liegenschaftenertrag	386	398	369	365	367	367	2	0,5
Übriger verschiedener Ertrag	211	244	403	332	325	426	94	28,5
<b>Entnahme aus Spezialfinanzierungen im Fremdkapital</b>	<b>64</b>	<b>94</b>	<b>59</b>	<b>188</b>	<b>44</b>	<b>28</b>	<b>-159</b>	<b>-84,8</b>

**C02 Aufwand nach Kontengruppen**

Mio. CHF	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Rechnung 2015	Voranschlag 2016	Rechnung 2016	Differenz zu R 2015	
							absolut	%
<b>Ordentlicher Aufwand</b>	<b>62 336</b>	<b>65 109</b>	<b>63 880</b>	<b>65 993</b>	<b>66 748</b>	<b>67 394</b>	<b>1 401</b>	<b>2,1</b>
<b>Eigenaufwand</b>	<b>12 304</b>	<b>13 429</b>	<b>12 674</b>	<b>12 681</b>	<b>13 333</b>	<b>13 002</b>	<b>321</b>	<b>2,5</b>
Personalaufwand	5 060	5 476	5 409	5 450	5 571	5 527	77	1,4
Personalbezüge	4 111	4 213	4 337	4 409	4 459	4 411	2	0,0
Arbeitgeberbeiträge	843	1 126	922	945	974	943	-2	-0,2
Arbeitgeberleistungen	38	59	74	29	48	108	79	268,6
Übriger Personalaufwand	68	79	76	67	90	65	-2	-3,3
Sach- und Betriebsaufwand	4 029	4 830	4 237	4 122	4 467	4 193	71	1,7
Material- und Warenaufwand	138	150	202	204	163	107	-97	-47,5
Betriebsaufwand	3 424	4 201	3 587	3 500	3 803	3 639	139	4,0
Liegenschaften	414	512	533	367	452	490	124	33,7
Mieten und Pachten	164	169	181	177	183	175	-2	-0,9
Informatik	472	479	490	488	552	448	-40	-8,1
Beratung und Auftragsforschung	230	235	240	234	280	235	1	0,5
Betriebsaufwand der Armee	968	932	887	947	907	896	-51	-5,4
Abschreibungen auf Forderungen	221	409	161	190	218	271	81	42,6
Übriger Betriebsaufwand	955	1 465	1 097	1 098	1 211	1 123	26	2,4
Betrieblicher Unterhalt	467	480	447	418	501	447	29	6,9
Nationalstrassen								
Rüstungsaufwand	997	970	799	843	1 013	1 004	161	19,0
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	86	95	103	142	160	151	9	6,1
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	317	345	308	348	340	340	-8	-2,4
Rüstungsmaterial	594	530	388	353	513	513	160	45,4
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	2 218	2 153	2 229	2 266	2 282	2 278	12	0,5
Gebäude	555	509	573	625	553	628	3	0,5
Nationalstrassen	1 425	1 441	1 468	1 467	1 524	1 470	3	0,2
Übrige Abschreibungen	238	203	188	174	205	180	6	3,4
<b>Transferaufwand</b>	<b>47 332</b>	<b>48 838</b>	<b>49 028</b>	<b>51 137</b>	<b>51 513</b>	<b>51 695</b>	<b>558</b>	<b>1,1</b>
Anteile Dritter an Bundeserträgen	8 687	8 741	8 903	9 441	9 324	9 500	59	0,6
Kantonsanteile	4 477	4 579	4 520	4 959	4 736	5 037	77	1,6
Anteile der Sozialversicherungen	3 734	3 811	3 772	3 725	3 824	3 704	-21	-0,6
Rückverteilung	477	351	611	757	763	759	2	0,3
Lenkungsabgaben								
Entschädigungen an Gemeinwesen	1 015	1 005	1 038	1 291	1 280	1 596	305	23,6
Beiträge an eigene Institutionen	3 093	2 950	3 024	3 522	3 134	3 689	167	4,7
Beiträge an Dritte	14 619	15 286	15 215	15 848	15 975	15 354	-494	-3,1
Finanzausgleich	3 102	3 178	3 185	3 238	3 246	3 246	8	0,2
Internationale Organisationen	1 825	2 096	1 684	1 799	1 713	1 807	8	0,4
Übrige Beiträge an Dritte	9 692	10 012	10 346	10 810	11 016	10 301	-509	-4,7
Beiträge an Sozialversicherungen	15 399	16 295	16 155	16 401	16 692	16 715	314	1,9
AHV / IV / ALV	11 712	11 842	12 195	12 329	12 464	12 338	9	0,1
Übrige Sozialversicherungen	3 687	4 452	3 960	4 072	4 229	4 377	305	7,5
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	4 101	4 177	4 303	4 200	5 082	4 818	618	14,7
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	417	385	390	433	26	21	-412	-95,1

**C02 Aufwand nach Kontengruppen**

Fortsetzung

Mio. CHF	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Rechnung 2015	Voranschlag 2016	Rechnung 2016	Differenz zu R 2015	
							absolut	%
<b>Finanzaufwand</b>	<b>2 664</b>	<b>2 578</b>	<b>2 174</b>	<b>2 157</b>	<b>1 790</b>	<b>2 503</b>	<b>347</b>	<b>16,1</b>
Zinsaufwand	2 406	2 128	1 978	1 878	1 703	1 668	-210	-11,2
Anleihen	2 297	2 039	1 905	1 843	1 679	1 639	-204	-11,1
Geldmarktbuchforderungen	0	–	–	–	–	–	–	–
Übriger Zinsaufwand	109	89	73	35	24	29	-6	-18,1
Kursverluste	44	30	49	111	0	43	-67	-60,8
Kapitalbeschaffungsaufwand	104	90	80	76	87	67	-10	-12,6
Abnahme von Equitywerten	–	303	–	53	–	691	638	1 215,2
Übriger Finanzaufwand	110	28	67	39	–	35	-4	-10,9
<b>Einlage in Spezialfinanzierungen im Fremdkapital</b>	<b>37</b>	<b>264</b>	<b>4</b>	<b>18</b>	<b>111</b>	<b>195</b>	<b>176</b>	<b>965,1</b>

### C03 Entwicklung von Ertrag und Aufwand nach Kontengruppen

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Rechnung 2015	Voranschlag 2016	Rechnung 2016	2012-2016
<b>Ordentlicher Ertrag</b>	<b>-2,5</b>	<b>1,7</b>	<b>-0,4</b>	<b>3,7</b>	<b>-1,6</b>	<b>-0,3</b>	<b>1,1</b>
<b>Fiskalertrag</b>	<b>-3,0</b>	<b>3,5</b>	<b>-0,2</b>	<b>4,2</b>	<b>-0,4</b>	<b>0,7</b>	<b>2,0</b>
Direkte Bundessteuer	2,5	0,1	-2,1	12,0	-3,8	4,6	3,5
Verrechnungssteuer	-35,7	41,9	3,5	8,6	-6,9	-6,3	10,6
Stempelabgaben	-25,2	0,3	0,2	11,4	-2,9	-15,6	-1,4
Mehrwertsteuer	1,9	2,3	0,2	-0,7	3,4	0,0	0,5
Übrige Verbrauchssteuern	2,8	-1,7	-1,0	-4,3	0,6	-1,1	-2,0
Verkehrsabgaben	-1,3	-2,3	-1,3	0,6	1,0	-2,1	-1,3
Zölle	-0,2	1,5	0,9	-1,2	-3,4	7,4	2,1
Verschiedener Fiskalertrag	1,0	7,5	7,2	7,3	15,0	21,3	10,7
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>-29,1</b>	<b>-15,0</b>	<b>-37,9</b>	<b>119,4</b>	<b>-30,3</b>	<b>-31,1</b>	<b>-5,5</b>
<b>Finanzertrag</b>	<b>33,1</b>	<b>-33,4</b>	<b>7,8</b>	<b>-33,9</b>	<b>-23,6</b>	<b>-14,6</b>	<b>-20,2</b>
Beteiligungsertrag	-70,8	-21,8	0,6	-12,1	-15,9	526,5	44,3
Zunahme von Equitywerten	82,0	-36,3	16,8	-47,8	-7,5	-16,8	-24,6
Übriger Finanzertrag	-36,6	-21,8	-22,3	36,0	-54,7	-10,6	-7,3
<b>Übriger Ertrag</b>	<b>-1,5</b>	<b>6,2</b>	<b>5,0</b>	<b>-8,9</b>	<b>0,7</b>	<b>4,0</b>	<b>1,4</b>
Entgelte	5,3	5,6	-2,4	-8,3	1,4	-1,7	-1,8
Verschiedener Ertrag	-13,2	7,5	20,1	-9,7	-0,7	13,8	7,3
<b>Entnahme aus Spezialfinanzierungen im Fremdkapital</b>	<b>-63,8</b>	<b>46,3</b>	<b>-37,2</b>	<b>217,7</b>	<b>-76,4</b>	<b>-84,8</b>	<b>-18,4</b>
<b>Ordentlicher Aufwand</b>	<b>-0,5</b>	<b>4,4</b>	<b>-1,9</b>	<b>3,3</b>	<b>1,1</b>	<b>2,1</b>	<b>2,0</b>
<b>Eigenaufwand</b>	<b>0,6</b>	<b>9,1</b>	<b>-5,6</b>	<b>0,1</b>	<b>5,1</b>	<b>2,5</b>	<b>1,4</b>
Personalaufwand	2,8	8,2	-1,2	0,8	2,2	1,4	2,2
Sach- und Betriebsaufwand	1,2	19,9	-12,3	-2,7	8,4	1,7	1,0
Rüstungsaufwand	-14,3	-2,7	-17,6	5,5	20,1	19,0	0,2
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	2,6	-2,9	3,5	1,7	0,7	0,5	0,7
<b>Transferaufwand</b>	<b>0,7</b>	<b>3,2</b>	<b>0,4</b>	<b>4,3</b>	<b>0,7</b>	<b>1,1</b>	<b>2,2</b>
Anteile Dritter an Bundeserträgen	1,6	0,6	1,9	6,0	-1,2	0,6	2,3
Entschädigungen an Gemeinwesen	18,6	-1,0	3,4	24,4	-0,9	23,6	12,0
Beiträge an eigene Institutionen	4,1	-4,6	2,5	16,5	-11,0	4,7	4,5
Beiträge an Dritte	2,1	4,6	-0,5	4,2	0,8	-3,1	1,2
Beiträge an Sozialversicherungen	-2,3	5,8	-0,9	1,5	1,8	1,9	2,1
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	-1,4	1,9	3,0	-2,4	21,0	14,7	4,1
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	8,0	-7,6	1,3	11,1	-94,1	-95,1	-52,4
<b>Finanzaufwand</b>	<b>-22,3</b>	<b>-3,2</b>	<b>-15,7</b>	<b>-0,8</b>	<b>-17,0</b>	<b>16,1</b>	<b>-1,5</b>
Zinsaufwand	-9,9	-11,6	-7,0	-5,1	-9,3	-11,2	-8,8
Abnahme von Equitywerten	-100,0	-	-100,0	-	-100,0	1 215,2	-
Übriger Finanzaufwand	-19,3	-42,9	32,3	16,0	-61,7	-35,8	-13,4
<b>Einlage in Spezialfinanzierungen im Fremdkapital</b>	<b>35,2</b>	<b>622,6</b>	<b>-98,3</b>	<b>306,6</b>	<b>510,4</b>	<b>965,1</b>	<b>51,9</b>

**C04 Struktur von Ertrag und Aufwand nach Kontengruppen**

% Anteil am ordentlichen Ertrag / Aufwand	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Rechnung 2015	Voranschlag 2016	Rechnung 2016
<b>Ordentlicher Ertrag</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
<b>Fiskalertrag</b>	<b>91,0</b>	<b>92,6</b>	<b>92,8</b>	<b>93,2</b>	<b>94,3</b>	<b>94,1</b>
Direkte Bundessteuer	28,6	28,2	27,7	29,9	29,3	31,4
Verrechnungssteuer	6,0	8,4	8,7	9,1	8,6	8,6
Stempelabgaben	3,3	3,3	3,3	3,6	3,5	3,0
Mehrwertsteuer	34,4	34,6	34,8	33,4	35,1	33,5
Übrige Verbrauchssteuern	11,8	11,4	11,3	10,5	10,7	10,4
Verkehrsabgaben	3,6	3,4	3,4	3,3	3,4	3,2
Zölle	1,6	1,6	1,6	1,6	1,5	1,7
Verschiedener Fiskalertrag	1,6	1,7	1,9	1,9	2,2	2,3
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>1,6</b>	<b>1,3</b>	<b>0,8</b>	<b>1,7</b>	<b>1,2</b>	<b>1,2</b>
<b>Finanzertrag</b>	<b>4,4</b>	<b>2,9</b>	<b>3,1</b>	<b>2,0</b>	<b>1,6</b>	<b>1,7</b>
Beteiligungsertrag	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zunahme von Equitywerten	3,6	2,2	2,6	1,3	1,2	1,1
Übriger Finanzertrag	0,9	0,7	0,5	0,7	0,3	0,6
<b>Übriger Ertrag</b>	<b>2,9</b>	<b>3,0</b>	<b>3,2</b>	<b>2,8</b>	<b>2,9</b>	<b>2,9</b>
Entgelte	2,0	2,0	2,0	1,8	1,8	1,7
Verschiedener Ertrag	0,9	1,0	1,2	1,0	1,0	1,2
<b>Entnahme aus Spezialfinanzierungen im Fremdkapital</b>	<b>0,1</b>	<b>0,1</b>	<b>0,1</b>	<b>0,3</b>	<b>0,1</b>	<b>0,0</b>
<b>Ordentlicher Aufwand</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
<b>Eigenaufwand</b>	<b>19,7</b>	<b>20,6</b>	<b>19,8</b>	<b>19,2</b>	<b>20,0</b>	<b>19,3</b>
Personalaufwand	8,1	8,4	8,5	8,3	8,3	8,2
Sach- und Betriebsaufwand	6,5	7,4	6,6	6,2	6,7	6,2
Rüstungsaufwand	1,6	1,5	1,3	1,3	1,5	1,5
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	3,6	3,3	3,5	3,4	3,4	3,4
<b>Transferaufwand</b>	<b>75,9</b>	<b>75,0</b>	<b>76,8</b>	<b>77,5</b>	<b>77,2</b>	<b>76,7</b>
Anteile Dritter an Bundeserträgen	13,9	13,4	13,9	14,3	14,0	14,1
Entschädigungen an Gemeinwesen	1,6	1,5	1,6	2,0	1,9	2,4
Beiträge an eigene Institutionen	5,0	4,5	4,7	5,3	4,7	5,5
Beiträge an Dritte	23,5	23,5	23,8	24,0	23,9	22,8
Beiträge an Sozialversicherungen	24,7	25,0	25,3	24,9	25,0	24,8
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	6,6	6,4	6,7	6,4	7,6	7,1
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	0,7	0,6	0,6	0,7	0,0	0,0
<b>Finanzaufwand</b>	<b>4,3</b>	<b>4,0</b>	<b>3,4</b>	<b>3,3</b>	<b>2,7</b>	<b>3,7</b>
Zinsaufwand	3,9	3,3	3,1	2,8	2,6	2,5
Abnahme von Equitywerten	–	0,5	–	0,1	–	1,0
Übriger Finanzaufwand	0,4	0,2	0,3	0,3	0,1	0,2
<b>Einlage in Spezialfinanzierungen im Fremdkapital</b>	<b>0,1</b>	<b>0,4</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,2</b>	<b>0,3</b>

**C05 Ertrag und Aufwand nach Departement 2016**

Mio. CHF	Total Rechnung 2016	B+G	EDA	EDI	EJPD	VBS	EFD	WBF	UVEK
<b>Ordentlicher Ertrag</b>	<b>67 029</b>	<b>22</b>	<b>77</b>	<b>99</b>	<b>410</b>	<b>137</b>	<b>65 665</b>	<b>314</b>	<b>305</b>
<b>Fiskalertrag</b>	<b>63 098</b>	–	–	–	<b>274</b>	–	<b>62 714</b>	<b>3</b>	<b>107</b>
Direkte Bundessteuer	21 057	–	–	–	–	–	21 057	–	–
Verrechnungssteuer	5 733	–	–	–	–	–	5 733	–	–
Stempelabgaben	2 021	–	–	–	–	–	2 021	–	–
Mehrwertsteuer	22 458	–	–	–	–	–	22 458	–	–
Übrige Verbrauchssteuern	6 950	–	–	–	–	–	6 950	–	–
Verkehrsabgaben	2 178	–	–	–	–	–	2 178	–	–
Zölle	1 134	–	–	–	–	–	1 134	–	–
Verschiedener Fiskalertrag	1 568	–	–	–	274	–	1 185	3	107
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>794</b>	–	–	–	–	–	<b>568</b>	<b>202</b>	<b>23</b>
<b>Finanzertrag</b>	<b>1 151</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>1</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>1 112</b>	<b>12</b>	<b>25</b>
Beteiligungsertrag	1	–	–	–	–	–	1	0	0
Zunahme von Equitywerten	738	–	–	–	–	–	738	–	–
Übriger Finanzertrag	411	0	0	1	0	0	373	12	25
<b>Übriger Ertrag</b>	<b>1 958</b>	<b>22</b>	<b>77</b>	<b>98</b>	<b>136</b>	<b>137</b>	<b>1 241</b>	<b>97</b>	<b>150</b>
Entgelte	1 165	20	38	90	114	71	679	72	82
Verschiedener Ertrag	792	2	39	8	22	66	563	25	67
<b>Entnahme aus Spezialfinanzierungen im Fremdkapital</b>	<b>28</b>	–	–	–	–	–	<b>28</b>	–	–
<b>Ordentlicher Aufwand</b>	<b>67 394</b>	<b>377</b>	<b>2 995</b>	<b>17 193</b>	<b>2 590</b>	<b>4 967</b>	<b>16 992</b>	<b>11 875</b>	<b>10 405</b>
<b>Eigenaufwand</b>	<b>13 002</b>	<b>377</b>	<b>720</b>	<b>580</b>	<b>667</b>	<b>4 742</b>	<b>2 832</b>	<b>521</b>	<b>2 564</b>
Personalaufwand	5 527	314	550	383	409	1 696	1 408	365	403
Sach- und Betriebsaufwand	4 193	62	169	186	232	1 785	944	149	665
Rüstungsaufwand	1 004	–	–	–	–	1 004	–	–	–
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	2 278	1	1	11	26	257	480	7	1 496
<b>Transferaufwand</b>	<b>51 695</b>	–	<b>2 275</b>	<b>16 614</b>	<b>1 923</b>	<b>226</b>	<b>11 463</b>	<b>11 355</b>	<b>7 841</b>
Anteile Dritter an Bundeserträgen	9 500	–	–	–	285	–	8 100	–	1 115
Entschädigungen an Gemeinwesen	1 596	–	1	39	1 447	77	–	1	32
Beiträge an eigene Institutionen	3 689	–	0	100	25	–	–	2 694	871
Beiträge an Dritte	15 354	–	2 245	210	122	138	3 363	8 041	1 236
Beiträge an Sozialversicherungen	16 715	–	–	16 239	–	–	–	477	–
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	4 818	–	–	26	44	11	–	174	4 563
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	21	–	29	–	–	–	–	-32	24
<b>Finanzaufwand</b>	<b>2 503</b>	–	–	–	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>2 503</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
Zinsaufwand	1 668	–	–	–	–	0	1 667	–	0
Abnahme von Equitywerten	691	–	–	–	–	–	691	–	–
Übriger Finanzaufwand	145	–	–	–	0	0	145	0	0
<b>Einlage in Spezialfinanzierungen im Fremdkapital</b>	<b>195</b>	–	–	–	–	–	<b>195</b>	–	–

**C05 Ertrag und Aufwand nach Departement 2015**

Mio. CHF	Total Rechnung 2015	B+G	EDA	EDI	EJPD	VBS	EFD	WBF	UVEK
<b>Ordentlicher Ertrag</b>	<b>67 259</b>	<b>23</b>	<b>93</b>	<b>113</b>	<b>375</b>	<b>160</b>	<b>65 977</b>	<b>324</b>	<b>194</b>
<b>Fiskalertrag</b>	<b>62 689</b>	–	–	–	<b>272</b>	–	<b>62 349</b>	<b>3</b>	<b>66</b>
Direkte Bundessteuer	20 125	–	–	–	–	–	20 125	–	–
Verrechnungssteuer	6 117	–	–	–	–	–	6 117	–	–
Stempelabgaben	2 393	–	–	–	–	–	2 393	–	–
Mehrwertsteuer	22 453	–	–	–	–	–	22 453	–	–
Übrige Verbrauchssteuern	7 029	–	–	–	–	–	7 029	–	–
Verkehrsabgaben	2 224	–	–	–	–	–	2 224	–	–
Zölle	1 056	–	–	–	–	–	1 056	–	–
Verschiedener Fiskalertrag	1 292	–	–	–	272	–	952	3	66
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>1 152</b>	–	–	–	–	–	<b>915</b>	<b>204</b>	<b>33</b>
<b>Finanzertrag</b>	<b>1 348</b>	–	<b>1</b>	<b>1</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>1 330</b>	<b>15</b>	<b>1</b>
Beteiligungsertrag	0	–	–	–	–	–	0	0	0
Zunahme von Equitywerten	888	–	–	–	–	–	888	–	–
Übriger Finanzertrag	460	–	1	1	0	0	443	15	1
<b>Übriger Ertrag</b>	<b>1 882</b>	<b>23</b>	<b>92</b>	<b>112</b>	<b>104</b>	<b>160</b>	<b>1 195</b>	<b>102</b>	<b>95</b>
Entgelte	1 185	20	41	92	90	71	715	76	82
Verschiedener Ertrag	696	3	51	20	14	88	481	26	13
<b>Entnahme aus Spezialfinanzierungen im Fremdkapital</b>	<b>188</b>	–	–	–	–	–	<b>188</b>	–	–
<b>Ordentlicher Aufwand</b>	<b>65 993</b>	<b>383</b>	<b>3 171</b>	<b>16 870</b>	<b>2 275</b>	<b>4 849</b>	<b>16 229</b>	<b>12 216</b>	<b>10 000</b>
<b>Eigenaufwand</b>	<b>12 681</b>	<b>383</b>	<b>746</b>	<b>577</b>	<b>637</b>	<b>4 617</b>	<b>2 685</b>	<b>523</b>	<b>2 512</b>
Personalaufwand	5 450	316	562	377	394	1 714	1 319	368	400
Sach- und Betriebsaufwand	4 122	67	184	195	207	1 761	944	145	621
Rüstungsaufwand	843	–	–	–	–	843	–	–	–
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	2 266	1	1	5	36	299	423	10	1 491
<b>Transferaufwand</b>	<b>51 137</b>	–	<b>2 425</b>	<b>16 293</b>	<b>1 638</b>	<b>232</b>	<b>11 368</b>	<b>11 693</b>	<b>7 487</b>
Anteile Dritter an Bundeserträgen	9 441	–	–	–	308	–	8 019	–	1 114
Entschädigungen an Gemeinwesen	1 291	–	1	39	1 143	78	–	1	30
Beiträge an eigene Institutionen	3 522	–	0	92	25	–	–	2 546	859
Beiträge an Dritte	15 848	–	2 405	201	118	143	3 349	8 453	1 178
Beiträge an Sozialversicherungen	16 401	–	–	15 937	–	–	–	464	–
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	4 200	–	–	24	44	11	–	186	3 935
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	433	–	19	–	–	–	–	43	371
<b>Finanzaufwand</b>	<b>2 157</b>	–	–	–	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>2 157</b>	–	<b>0</b>
Zinsaufwand	1 878	–	–	–	–	0	1 878	–	0
Abnahme von Equitywerten	53	–	–	–	–	–	53	–	–
Übriger Finanzaufwand	226	–	–	–	0	0	226	–	0
<b>Einlage in Spezialfinanzierungen im Fremdkapital</b>	<b>18</b>	–	–	–	–	–	<b>18</b>	–	–



## D01 Bilanz im Detail

Mio. CHF	2012	2013	2014	2015	2016	Differenz zu 2015	
						absolut	%
<b>Aktiven</b>	<b>108 968</b>	<b>111 183</b>	<b>110 924</b>	<b>112 022</b>	<b>106 843</b>	<b>-5 179</b>	<b>-4,6</b>
<b>Finanzvermögen</b>	<b>32 543</b>	<b>34 459</b>	<b>32 904</b>	<b>33 574</b>	<b>28 663</b>	<b>-4 912</b>	<b>-14,6</b>
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>18 132</b>	<b>20 213</b>	<b>18 852</b>	<b>21 443</b>	<b>16 485</b>	<b>-4 957</b>	<b>-23,1</b>
<b>Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen</b>	<b>9 311</b>	<b>11 221</b>	<b>9 030</b>	<b>10 587</b>	<b>6 904</b>	<b>-3 683</b>	<b>-34,8</b>
Kasse	5	5	5	11	12	1	10,2
Post	161	176	106	95	141	46	48,3
Bank	8 396	10 096	8 459	10 482	6 752	-3 730	-35,6
Kurzfristige Geldanlagen	750	945	460	-	-	-	-
<b>Forderungen</b>	<b>6 163</b>	<b>6 460</b>	<b>6 572</b>	<b>6 270</b>	<b>5 083</b>	<b>-1 186</b>	<b>-18,9</b>
Steuer- und Zollforderungen	5 073	5 427	5 179	4 901	4 143	-758	-15,5
Kontokorrente	863	841	939	939	651	-288	-30,7
Andere Forderungen	197	164	422	399	261	-139	-34,7
Übrige Forderungen	29	28	33	30	28	2	-5,8
<b>Kurzfristige Finanzanlagen</b>	<b>1 504</b>	<b>1 551</b>	<b>2 551</b>	<b>3 577</b>	<b>3 649</b>	<b>72</b>	<b>2,0</b>
Festgelder	1 400	1 475	1 840	1 000	1 000	0	0,0
Darlehen	-	-	500	2 400	2 500	100	4,2
Positive Wiederbeschaffungswerte	102	76	211	177	149	-28	-15,7
Übrige Anlagen	2	0	0	0	0	0	0,0
<b>Aktive Rechnungsabgrenzung</b>	<b>1 153</b>	<b>981</b>	<b>700</b>	<b>1 009</b>	<b>849</b>	<b>-160</b>	<b>-15,9</b>
Zinsen	23	20	29	28	29	1	2,2
Disagio	238	208	196	156	131	-26	-16,3
Übrige aktive Rechnungsabgrenzung	892	754	475	825	690	-135	-16,4
<b>Anlagevermögen</b>	<b>14 411</b>	<b>14 245</b>	<b>14 051</b>	<b>12 131</b>	<b>12 177</b>	<b>46</b>	<b>0,4</b>
<b>Langfristige Finanzanlagen</b>	<b>14 241</b>	<b>14 245</b>	<b>14 051</b>	<b>12 077</b>	<b>12 173</b>	<b>96</b>	<b>0,8</b>
Darlehen an Arbeitslosenversicherung	5 000	4 200	2 800	200	-	-200	-100,0
Übrige Darlehen	1 220	1 870	2 890	3 020	3 320	300	9,9
Fonds für Eisenbahngrossprojekte	8 021	8 175	8 361	8 857	8 853	-4	0,0
<b>Zweckgebundene Mittel im Fremdkapital</b>	<b>170</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>54</b>	<b>4</b>	<b>-50</b>	<b>-92,7</b>
Spezialfinanzierungen im Fremdkapital	170	-	-	54	4	-50	-92,7
<b>Verwaltungsvermögen</b>	<b>76 426</b>	<b>76 724</b>	<b>78 021</b>	<b>78 448</b>	<b>78 181</b>	<b>-268</b>	<b>-0,3</b>
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>277</b>	<b>305</b>	<b>260</b>	<b>186</b>	<b>194</b>	<b>8</b>	<b>4,5</b>
<b>Vorräte und Anzahlungen</b>	<b>277</b>	<b>305</b>	<b>260</b>	<b>186</b>	<b>194</b>	<b>8</b>	<b>4,5</b>
Vorräte aus Kauf	259	293	247	167	179	12	7,2
Vorräte aus Eigenfertigung	18	12	13	18	15	-4	-19,9
<b>Anlagevermögen</b>	<b>76 149</b>	<b>76 419</b>	<b>77 760</b>	<b>78 263</b>	<b>77 987</b>	<b>-276</b>	<b>-0,4</b>
<b>Sachanlagen</b>	<b>52 325</b>	<b>52 642</b>	<b>53 172</b>	<b>53 714</b>	<b>54 270</b>	<b>557</b>	<b>1,0</b>
Mobilien	314	332	312	297	294	-2	-0,7
Anlagen im Bau	11 616	11 439	11 927	13 252	13 193	-59	-0,4
Aktivierte Einlagen in Sonderrechnungen	1 362	1 321	1 419	1 633	1 857	225	13,8
Liegenschaften	12 505	12 426	12 581	12 573	12 753	180	1,4
Nationalstrassen	26 515	27 122	26 929	25 956	26 171	215	0,8
Anzahlungen auf Sachanlagen	13	3	4	4	2	-2	-54,1
<b>Immaterielle Anlagen</b>	<b>210</b>	<b>201</b>	<b>212</b>	<b>220</b>	<b>205</b>	<b>-15</b>	<b>-6,8</b>
Software	90	84	103	94	111	18	18,7
Anlagen im Bau	120	117	109	114	94	-20	-17,7
Übrige immaterielle Anlagen	-	-	-	12	-	-12	-100,0
<b>Darlehen</b>	<b>3 482</b>	<b>3 372</b>	<b>3 266</b>	<b>3 159</b>	<b>3 098</b>	<b>-61</b>	<b>-1,9</b>
Allgemeine Verwaltung	2	2	1	1	1	0	-7,3
Beziehungen zum Ausland	843	825	803	794	795	1	0,1
Soziale Wohlfahrt	1 783	1 720	1 625	1 500	1 438	-62	-4,1
Verkehr	8 282	8 714	9 208	9 421	1 989	-7 432	-78,9
Landwirtschaft	2 576	2 628	2 673	2 689	2 703	14	0,5
Übrige Volkswirtschaft	1 161	1 157	1 119	1 063	1 056	-7	-0,7
Wertberichtigung Darlehen des Verwaltungsvermögens	-11 164	-11 674	-12 164	-12 309	-4 884	7 424	60,3

**D01 Bilanz im Detail**

Fortsetzung

Mio. CHF	2012	2013	2014	2015	2016	Differenz zu 2015	
						absolut	%
<b>Beteiligungen</b>	<b>20 132</b>	<b>20 204</b>	<b>21 111</b>	<b>21 169</b>	<b>20 413</b>	<b>-756</b>	<b>-3,6</b>
Namhafte Beteiligungen	20 110	20 182	21 088	21 146	20 392	-755	-3,6
Übrige Beteiligungen	942	952	971	1 009	1 067	58	5,8
Wertberichtigung Beteiligungen	-920	-929	-948	-986	-1 046	-60	-6,0

**D01 Bilanz im Detail**

Fortsetzung

Mio. CHF	2012	2013	2014	2015	2016	Differenz zu 2015	
						absolut	%
<b>Passiven</b>	<b>108 968</b>	<b>111 183</b>	<b>110 924</b>	<b>112 022</b>	<b>106 843</b>	<b>-5 179</b>	<b>-4,6</b>
<b>Kurzfristiges Fremdkapital</b>	<b>37 205</b>	<b>37 533</b>	<b>37 475</b>	<b>36 918</b>	<b>36 506</b>	<b>-412</b>	<b>-1,1</b>
<b>Laufende Verbindlichkeiten</b>	<b>15 096</b>	<b>15 980</b>	<b>16 225</b>	<b>16 107</b>	<b>17 385</b>	<b>1 278</b>	<b>7,9</b>
Kontokorrente	10 208	4 116	4 115	4 841	5 183	342	7,1
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1 580	1 350	1 385	744	788	43	5,8
Steuer- und Zollverbindlichkeiten	–	6 369	5 684	5 573	6 073	499	9,0
Verwaltete Stiftungen	75	62	68	53	23	-30	-56,3
Übrige laufende Verbindlichkeiten	3 234	4 084	4 973	4 896	5 319	423	8,6
<b>Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten</b>	<b>16 435</b>	<b>15 556</b>	<b>13 565</b>	<b>10 021</b>	<b>9 904</b>	<b>-117</b>	<b>-1,2</b>
Geldmarkt	13 006	12 377	10 399	6 943	6 949	6	0,1
Sparkasse Bundespersonal	3 030	2 955	2 988	2 866	2 766	-100	-3,5
Negative Wiederbeschaffungswerte	399	225	166	203	178	-25	-12,5
Übrige kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	–	–	12	9	11	2	27,2
<b>Passive Rechnungsabgrenzung</b>	<b>5 377</b>	<b>5 696</b>	<b>6 903</b>	<b>10 017</b>	<b>8 545</b>	<b>-1 472</b>	<b>-14,7</b>
Zinsen	1 841	1 659	1 511	1 456	1 349	-107	-7,4
Agio	2 603	2 763	2 995	3 524	4 316	792	22,5
Abgrenzung Subventionen	271	105	108	755	125	-630	-83,4
Abgrenzung Verrechnungssteuer	424	783	1 929	3 746	2 167	-1 579	-42,1
Übrige passive Rechnungsabgrenzung	239	386	360	535	587	52	9,7
<b>Kurzfristige Rückstellungen</b>	<b>297</b>	<b>301</b>	<b>781</b>	<b>773</b>	<b>671</b>	<b>-102</b>	<b>-13,2</b>
Rückstellungen Restrukturierungen	20	24	26	35	4	-31	-89,0
Rückstellungen Leistungen an Arbeitnehmer	252	245	239	224	224	0	-0,1
Übrige kurzfristige Rückstellungen	25	32	516	514	443	-71	-13,8
<b>Langfristiges Fremdkapital</b>	<b>96 763</b>	<b>97 658</b>	<b>96 239</b>	<b>95 853</b>	<b>91 065</b>	<b>-4 788</b>	<b>-5,0</b>
<b>Langfristige Finanzverbindlichkeiten</b>	<b>80 876</b>	<b>80 101</b>	<b>79 006</b>	<b>77 678</b>	<b>71 529</b>	<b>-6 149</b>	<b>-7,9</b>
Bundeseigene Unternehmungen	1 370	770	300	100	–	-100	-100,0
Anleihen	79 290	79 105	78 443	77 275	71 223	-6 052	-7,8
Eidg. Technische Hochschulen ETH	99	104	109	124	133	9	7,1
Von Dritten mitfinanzierte Investitionen	28	35	40	55	55	1	1,5
Übrige mittel- und langfristige Schulden	89	87	114	124	118	-6	-5,0
<b>Verpflichtungen gegenüber Sonderrechnungen</b>	<b>1 754</b>	<b>1 610</b>	<b>1 691</b>	<b>1 881</b>	<b>2 431</b>	<b>550</b>	<b>29,2</b>
Bahninfrastrukturfonds (BIF)	–	–	–	–	302	302	–
Infrastrukturfonds	1 754	1 610	1 691	1 881	2 129	248	13,2
<b>Langfristige Rückstellungen</b>	<b>12 862</b>	<b>14 528</b>	<b>14 210</b>	<b>14 577</b>	<b>15 225</b>	<b>648</b>	<b>4,4</b>
Rückstellungen Restrukturierungen	–	–	–	–	29	29	–
Rückstellungen Verrechnungssteuer	8 700	9 200	9 200	9 700	9 200	-500	-5,2
Übrige langfristige Rückstellungen	4 162	5 328	5 010	4 877	5 996	1 119	22,9
<b>Zweckgebundene Mittel im Fremdkapital</b>	<b>1 272</b>	<b>1 419</b>	<b>1 332</b>	<b>1 716</b>	<b>1 880</b>	<b>163</b>	<b>9,5</b>
Spezialfinanzierungen	262	355	345	264	1 180	915	346,1
Übrige zweckgebundene Mittel	–	–	–	–	31	31	–
Spezialfonds	93	185	153	653	669	16	2,5
Übrige zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	917	878	834	799	–	-799	-100,0
<b>Eigenkapital</b>	<b>-24 999</b>	<b>-24 008</b>	<b>-22 790</b>	<b>-20 748</b>	<b>-20 727</b>	<b>21</b>	<b>0,1</b>
<b>Spezialfinanzierungen</b>	<b>4 418</b>	<b>4 891</b>	<b>5 279</b>	<b>5 607</b>	<b>6 021</b>	<b>414</b>	<b>7,4</b>
Spezialfinanzierung Strassenverkehr	–	2 036	1 809	1 540	1 317	-223	-14,5
Spezialfinanzierung Begleitmassnahmen FHAL/WTO	–	2 805	3 398	3 985	4 629	643	16,1
Übrige zweckgebundene Fonds im Eigenkapital	–	51	72	82	75	-7	-8,6
<b>Spezialfonds</b>	<b>1 278</b>	<b>1 256</b>	<b>1 280</b>	<b>1 296</b>	<b>1 319</b>	<b>23</b>	<b>1,8</b>
<b>Reserven aus Globalbudget</b>	<b>225</b>	<b>221</b>	<b>187</b>	<b>180</b>	<b>229</b>	<b>49</b>	<b>27,2</b>
Allgemeine Reserven aus Globalbudget	40	28	18	20	28	9	45,1
Zweckgebundene Reserven aus Globalbudget	185	193	169	160	200	40	25,0
<b>Übrige zweckgebundene Mittel</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>62</b>	<b>62</b>	<b>–</b>
<b>Übriges Eigenkapital</b>	<b>0</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>
<b>Bilanzfehlbetrag</b>	<b>-30 920</b>	<b>-30 377</b>	<b>-29 536</b>	<b>-27 832</b>	<b>-28 358</b>	<b>-527</b>	<b>-1,9</b>

**D02 Darlehen nach Verwaltungseinheiten**

CHF	2015			2016		
	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert
<b>Darlehen</b>	<b>15 467 886 563-12 308 548 128</b>	<b>3 159 338 436</b>	<b>7 981 958 115</b>	<b>-4 884 104 531</b>	<b>3 097 853 584</b>	
<b>202 Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten</b>	<b>382 900 286</b>	<b>-123 997 400</b>	<b>258 902 886</b>	<b>387 120 915</b>	<b>-116 993 500</b>	<b>270 127 415</b>
Darlehen an die FIPOI	379 632 396	-123 997 400	255 634 996	384 329 758	-116 993 500	267 336 258
Darlehen Weltpostverein	1 878 795	–	1 878 795	1 503 035	–	1 503 035
Darlehen für Ausrüstung	1 389 095	–	1 389 095	1 288 122	–	1 288 122
<b>420 Staatssekretariat für Migration</b>	<b>20 748 300</b>	<b>–</b>	<b>20 748 300</b>	<b>18 717 406</b>	<b>–</b>	<b>18 717 406</b>
Darlehen für Unterkünfte Asylsuchende (AsylG Art. 90)	20 748 300	–	20 748 300	18 717 406	–	18 717 406
<b>704 Staatssekretariat für Wirtschaft</b>	<b>1 407 968 691</b>	<b>-467 413 220</b>	<b>940 555 470</b>	<b>1 401 674 691</b>	<b>-458 910 578</b>	<b>942 764 113</b>
Regionalentwicklung	748 459 690	-123 796 295	624 663 395	745 728 862	-116 668 922	629 059 940
SGH Darlehen für Hotelerneuerung und -entschuldung	87 071 082	-87 071 082	–	87 071 082	-87 071 082	–
SGH Schweiz. Gesellschaft für Hotelkredit, Indonesien, Mischkredit Darlehen	148 625 000	-148 625 000	–	148 625 000	-148 625 000	–
	15 583 333	-6 233 334	9 350 000	12 183 334	-4 873 334	7 310 000
SOFI Studienfinanzierungsfonds	18 200 555	-18 200 555	–	18 200 555	-18 200 555	–
Darlehen BG Mitte, Bürgschaften für KMU	8 000 000	–	8 000 000	8 000 000	–	8 000 000
Darlehen Kurs- und Erholungszentrum Fiesch	3 690 000	–	3 690 000	3 565 000	–	3 565 000
Konsolidierungsabkommen, Pakistan III	3 589 635	-1 435 854	2 153 781	3 589 635	-1 435 854	2 153 781
Konsolidierungsabkommen, Bangladesch I	305 378	-122 151	183 227	267 206	-106 882	160 324
Darlehen SIFEM	374 444 018	-81 928 950	292 515 068	374 444 018	-81 928 950	292 515 068
<b>708 Bundesamt für Landwirtschaft</b>	<b>2 688 923 071</b>	<b>-2 688 923 071</b>	<b>–</b>	<b>2 703 006 212</b>	<b>-2 703 006 212</b>	<b>–</b>
Kanton Bern	431 339 626	-431 339 626	–	431 343 422	-431 343 422	–
Kanton Luzern	282 592 918	-282 592 918	–	282 592 918	-282 592 918	–
Kanton St. Gallen	221 072 405	-221 072 405	–	221 072 405	-221 072 405	–
Kanton Freiburg	209 238 536	-209 238 536	–	209 238 968	-209 238 968	–
Kanton Waadt	223 187 532	-223 187 532	–	223 187 532	-223 187 532	–
Kanton Zürich	183 417 402	-183 417 402	–	183 920 372	-183 920 372	–
Kanton Graubünden	171 059 838	-171 059 838	–	171 459 838	-171 459 838	–
Kanton Thurgau	134 170 524	-134 170 524	–	134 175 609	-134 175 609	–
Kanton Aargau	128 952 051	-128 952 051	–	128 951 956	-128 951 956	–
Kanton Wallis	77 633 022	-77 633 022	–	77 648 661	-77 648 661	–
Kanton Jura	75 995 072	-75 995 072	–	79 143 655	-79 143 655	–
Kanton Schwyz	71 724 393	-71 724 393	–	72 224 393	-72 224 393	–
Kanton Solothurn	85 473 026	-85 473 026	–	87 473 026	-87 473 026	–
Kanton Neuenburg	74 743 423	-74 743 423	–	79 744 463	-79 744 463	–
Kanton Basel-Land	49 171 317	-49 171 317	–	49 174 207	-49 174 207	–
Kanton Tessin	37 714 844	-37 714 844	–	37 715 327	-37 715 327	–
Kanton Schaffhausen	40 586 946	-40 586 946	–	42 086 946	-42 086 946	–
Kanton Appenzell A.Rh.	38 136 225	-38 136 225	–	39 136 285	-39 136 285	–
Kanton Obwalden	30 040 066	-30 040 066	–	30 040 067	-30 040 067	–
Kanton Appenzell I.Rh.	27 747 935	-27 747 935	–	27 748 430	-27 748 430	–
Kanton Uri	19 843 903	-19 843 903	–	19 844 407	-19 844 407	–
Kanton Zug	21 504 219	-21 504 219	–	21 504 219	-21 504 219	–
Kanton Nidwalden	21 197 513	-21 197 513	–	21 197 513	-21 197 513	–
Kanton Glarus	19 506 830	-19 506 830	–	19 508 087	-19 508 087	–
Kanton Genf	12 873 507	-12 873 507	–	12 873 507	-12 873 507	–

**D02 Darlehen nach Verwaltungseinheiten**

Fortsetzung

CHF	2015			2016		
	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert
<b>725 Bundesamt für Wohnungswesen</b>	<b>1 479 325 450</b>	<b>-171 631 467</b>	<b>1 307 693 983</b>	<b>1 419 371 758</b>	<b>-120 464 986</b>	<b>1 298 906 772</b>
Hypothekendarlehen an WBG aus Bundesmitteln	493 189 053	-4 686 140	488 502 913	459 536 727	-1 150 292	458 386 435
Darlehen Gemeinnützige Wohnbauträger	540 613 100	-20 064 452	520 548 648	553 675 931	-21 258 309	532 417 622
Grundverbilligungsvorschüsse Mietwohnungen	207 223 627	-83 372 863	123 850 764	185 608 654	-41 279 298	144 329 356
Hypothekendarlehen an WBG aus Mitteln Publica	137 253 128	–	137 253 128	129 642 588	–	129 642 588
Darlehen preisgünstiger Wohnraum gem. WEG BBVM	78 875 626	-49 281 993	29 593 633	70 643 568	-45 339 658	25 303 910
Zedierte Forderungen EGW	15 787 994	-14 226 019	1 561 975	14 296 786	-11 437 429	2 859 357
Hypothekendarlehen an ETH-Professoren	6 382 922	–	6 382 922	5 967 504	–	5 967 504
<b>802 Bundesamt für Verkehr</b>	<b>8 379 234 769</b>	<b>-7 931 281 709</b>	<b>447 953 060</b>	<b>1 114 097 329</b>	<b>-703 585 027</b>	<b>410 512 302</b>
SBB AG	3 759 385 382	-3 758 244 018	1 141 364	175 852 880	-175 852 880	–
Rhätische Bahn RhB	1 330 501 004	-1 201 101 499	129 399 505	121 164 472	–	121 164 472
BLS Netz AG	498 599 534	-498 599 534	–	2 618 076	-2 618 076	–
BLS AG	246 979 194	-213 489 830	33 489 364	241 907 609	-213 489 830	28 417 779
Matterhorn Gotthard Infrastruktur AG	323 777 436	-307 579 275	16 198 161	14 407 222	–	14 407 222
Zentralbahn zb	258 557 578	-257 251 541	1 306 037	1 040 049	–	1 040 049
Schweizerische Südostbahn SOB	205 120 753	-193 785 580	11 335 173	20 287 060	-10 600 000	9 687 060
Transports Publics Fribourgeois TPF	142 980 128	-133 667 729	9 312 399	57 676 431	-49 355 150	8 321 281
Regionalverkehr Bern-Solothurn RBS	136 388 339	-116 169 765	20 218 574	18 120 935	–	18 120 935
Appenzeller Bahnen AB	112 171 765	-89 724 008	22 447 757	20 752 555	–	20 752 555
Métro Lausanne-Ouchy SA	193 373 089	-193 373 089	–	123 373 089	-123 373 089	–
Transports Publics du Chablais SA, TPC	76 887 326	-64 284 747	12 602 579	11 833 189	–	11 833 189
Montreux-Oberland-Bahn MOB	107 579 587	-99 376 982	8 202 605	7 305 598	–	7 305 598
Baselland Transport AG	76 026 261	-67 132 981	8 893 280	11 034 050	-729 597	10 304 453
Aare Seeland Mobil AG	78 596 696	-72 306 721	6 289 975	5 630 147	–	5 630 147
Berner Oberland-Bahnen BOB	52 421 933	-50 149 948	2 271 985	1 919 026	–	1 919 026
Transports de Martigny et Régions SA, TMR	73 994 036	-67 955 872	6 038 164	5 705 439	–	5 705 439
Chemin de fer du Jura CJ	46 930 585	-39 378 386	7 552 199	6 623 496	–	6 623 496
Chemin de fer Lausanne-Echallens-Bercher LEB	48 094 145	-46 233 084	1 861 061	1 532 900	–	1 532 900
Wynental- und Suhrentalbahn WSB	27 564 397	-23 299 206	4 265 191	3 879 757	–	3 879 757
Ferrovie Autolinee Regionali Ticinesi FART	19 907 566	-10 789 888	9 117 678	8 400 328	–	8 400 328
Sihltahl-Zürich-Uetliberg-Bahn SZU	21 627 461	-17 904 537	3 722 924	3 366 962	–	3 366 962
Transports Montreux-Vevey-Riviera MVR	32 519 186	-29 341 300	3 177 886	2 931 616	–	2 931 616
Travys SA	33 481 629	-30 337 183	3 144 446	2 772 784	–	2 772 784
Transports Régionaux Neuchâtelois TRN SA	26 126 920	-20 838 641	5 288 279	4 662 777	–	4 662 777
BDWM Transport AG	18 259 430	-18 259 430	–	–	–	–
Ferrovie Luganesi SA	14 893 565	-14 120 361	773 204	674 555	-105 787	568 768
ÖBB 23 724 200	-23 724 200	–	–	–	–	–
Transports de la région Morges-Bière-Cossonay	24 524 256	-22 794 095	1 730 161	1 339 981	–	1 339 981
Chemin de fer Nyon-St.Cergue-Morez NStCM	22 737 178	-21 147 794	1 589 384	1 284 211	–	1 284 211
Thurbo AG	28 565 563	-28 389 414	176 149	158 300	–	158 300
Städtische Verkehrsbetriebe Bern	29 959 435	-29 959 435	–	29 959 435	-29 959 435	–
Diverse KTU	160 434 616	-127 033 208	33 401 408	82 968 662	-53 962 755	29 005 907
Termi SA	95 104 834	-37 356 000	57 748 834	91 466 560	-37 356 000	54 110 560
Übriger öffentlicher Verkehr	31 439 762	-6 182 428	25 257 334	31 447 178	-6 182 428	25 264 750

**D02 Darlehen nach Verwaltungseinheiten**

Fortsetzung

CHF	2015			2016		
	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert
<b>803 Bundesamt für Zivilluftfahrt</b>	<b>1 041 695 387</b>	<b>-925 301 260</b>	<b>116 394 128</b>	<b>875 201 866</b>	<b>-781 144 228</b>	<b>94 057 639</b>
Darlehen Swissair	1 033 901 260	-925 301 260	108 600 000	868 544 228	-781 144 228	87 400 000
Basel: Objekt 2+4	321 110	-	321 110	-	-	-
Basel: Objekt 21	1 380 276	-	1 380 276	1 254 221	-	1 254 221
Basel: Objekt 10	1 141 299	-	1 141 299	1 030 758	-	1 030 758
Basel: Objekt 1	811 039	-	811 039	716 545	-	716 545
Basel: Objekt 8	871 865	-	871 865	798 550	-	798 550
Basel: Objekt 3	791 930	-	791 930	719 186	-	719 186
Basel: Objekt 22	582 931	-	582 931	515 014	-	515 014
Basel: Objekt 7	497 148	-	497 148	446 183	-	446 183
Birrfeld	125 133	-	125 133	63 186	-	63 186
Basel: Objekt 23	257 639	-	257 639	227 622	-	227 622
Bern: Objekt 2	181 852	-	181 852	160 665	-	160 665
Basel: Objekt 11	151 209	-	151 209	135 373	-	135 373
Sion	58 265	-	58 265	29 421	-	29 421
Montricher I	123 000	-	123 000	108 500	-	108 500
Schänis I	173 974	-	173 974	170 974	-	170 974
Courtelary	42 311	-	42 311	21 292	-	21 292
Schänis II	122 000	-	122 000	120 000	-	120 000
Basel: Objekt 9	75 226	-	75 226	68 356	-	68 356
Bern: Objekt 1	40 344	-	40 344	30 556	-	30 556
Basel: Objekt 17	39 191	-	39 191	35 509	-	35 509
Basel: Objekt 18	6 386	-	6 386	5 731	-	5 731
<b>806 Bundesamt für Strassen</b>	<b>160 000</b>	<b>-</b>	<b>160 000</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
Bahnhof-Parkhaus Winterthur AG	160 000	-	160 000	-	-	-
<b>810 Bundesamt für Umwelt</b>	<b>66 930 609</b>	<b>-</b>	<b>66 930 609</b>	<b>62 767 937</b>	<b>-</b>	<b>62 767 937</b>
Investitionskredit an die Forstwirtschaft	66 930 609	-	66 930 609	62 767 937	-	62 767 937

**D03 Beteiligungen nach Verwaltungseinheiten**

	31.12.2015	31.12.2016			Kapital- anteil (in %)	
	Bilanzwert	Anschaf- fungswert/ Nominalkapital	Wertbe- richtigung	Veränderung Equitywert		Bilanzwert
<b>Beteiligungen</b>	<b>21 168 920 605</b>	<b>12 218 184 077</b>	<b>-1 045 816 074</b>	<b>9 240 623 602</b>	<b>20 412 991 605</b>	
<b>Namhafte Beteiligungen</b>	<b>21 146 494 605</b>	<b>11 151 103 003</b>		<b>9 240 623 602</b>	<b>20 391 726 605</b>	
<b>601 Eidgenössische Finanzverwaltung</b>	<b>21 146 494 605</b>	<b>11 151 103 003</b>		<b>9 240 623 602</b>	<b>20 391 726 605</b>	
SBB	11 520 700 000	9 000 000 000		2 753 900 000	11 753 900 000	100,0
Die Schweizerische Post	5 296 000 000	1 300 000 000		3 108 000 000	4 408 000 000	100,0
RUAG Schweiz AG	902 000 000	340 000 000		637 300 000	977 300 000	100,0
BLS Netz AG	342 700 000	194 183 000		151 417 000	345 600 000	50,1
Skyguide	377 900 000	139 913 750		250 686 250	390 600 000	100,0
Swisscom	2 530 382 352	26 394 000		2 290 620 352	2 317 014 352	51,0
SIFEM AG	176 812 253	150 612 253		48 700 000	199 312 253	100,0
<b>Übrige Beteiligungen</b>	<b>22 426 000</b>	<b>1 067 081 074</b>	<b>-1 045 816 074</b>		<b>21 265 000</b>	
<b>202 Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten</b>	<b>–</b>	<b>609 698 816</b>	<b>-609 698 816</b>		<b>–</b>	
Beteiligung Entwicklungsbank Europarat	–	16 422 250	-16 422 250		–	1,6
Int. Bank Wiederaufbau + Entwicklung IBRD	–	305 358 080	-305 358 080		–	1,6
Asiatische Entwicklungsbank AsDB	–	39 159 289	-39 159 289		–	0,8
Asiatische Infrastruktur-Investitionsbank AIIB	–	26 847 000	-26 847 000		–	0,9
Internationale Finanz-Corporation IFC	–	56 139 572	-56 139 572		–	1,7
Afrikanische Entwicklungsbank AfDB	–	100 099 281	-100 099 281		–	1,5
Interamerikanische Entwicklungsbank IDB	–	34 830 107	-34 830 107		–	0,5
Europäischer Fonds Südost-Europa EFSE	–	12 393 653	-12 393 653		–	3,9
Interamerik. Investitionsgesellschaft IIC	–	12 104 058	-12 104 058		–	1,5
Multilaterale Invest.-Garantieagentur MIGA	–	6 345 525	-6 345 525		–	1,3
<b>301 Generalsekretariat EDI</b>	<b>9 600 000</b>	<b>9 600 000</b>	<b>–</b>		<b>9 600 000</b>	
Swissmedic	9 500 000	9 500 000	–		9 500 000	65,5
Pro Helvetia	100 000	100 000	–		100 000	100,0
<b>316 Bundesamt für Gesundheit</b>	<b>–</b>	<b>21 000</b>	<b>-21 000</b>		<b>–</b>	
Ludwig-Institut für Krebsforschung AG	–	1 000	-1 000		–	
NAGRA	–	20 000	-20 000		–	2,9
<b>525 Verteidigung</b>	<b>51 000</b>	<b>51 000</b>	<b>–</b>		<b>51 000</b>	
Täsch	51 000	51 000	–		51 000	
<b>543 armasuisse Immobilien</b>	<b>10 000</b>	<b>49 000</b>	<b>-39 000</b>		<b>10 000</b>	
Gasverbund Seeland Lyss	–	34 000	-34 000		–	1,8
AVAG Thun	10 000	10 000	–		10 000	0,3
Thermobois SA Pruntrut	–	4 000	-4 000		–	0,4
Elektrizitätswerk Altdorf	–	1 000	-1 000		–	0,0
<b>601 Eidgenössische Finanzverwaltung</b>	<b>1 061 000</b>	<b>6 998 800</b>	<b>-6 998 800</b>		<b>–</b>	
Hotel Bellevue-Palace Immobilien AG	–	6 398 800	-6 398 800		–	100,0
Refuna AG	–	600 000	-600 000		–	8,0
SAPOMP Wohnbau AG	1 061 000	–	–		–	0,0
<b>606 Eidgenössische Zollverwaltung</b>	<b>36 000</b>	<b>36 000</b>	<b>–</b>		<b>36 000</b>	
Wohnbaugenossenschaft a l'En, Samedan	36 000	36 000	–		36 000	20,4
<b>620 Bundesamt für Bauten und Logistik</b>	<b>–</b>	<b>1 266 167</b>	<b>-1 266 167</b>		<b>–</b>	
71 Park St. Corp., New York	–	902 997	-902 997		–	
Bostadsaktiebolaget, Blaklinten	–	303 100	-303 100		–	
Lake Shore Drive Build, Chicago	–	–	–		–	
642 Park Av. Corp., New York	–	55 470	-55 470		–	
WBG Neuhaus	–	3 600	-3 600		–	
Murifeld	–	1 000	-1 000		–	

### D03 Beteiligungen nach Verwaltungseinheiten

Fortsetzung

	31.12.2015	31.12.2016			Kapitalanteil (in %)
	Bilanzwert	Anschaffungswert/ Nominalkapital	Wertberichtigung	Veränderung Equitywert	
CHF					
<b>704 Staatssekretariat für Wirtschaft</b>	–	<b>233 399 505</b>	<b>-233 399 505</b>		–
EBRD - Europäische Bank für Wiederaufbau + Entwicklung	–	227 399 505	-227 399 505		2,8
SGH, Schweiz. Gesellschaft für Hotelkredit, Anteilscheine	–	6 000 000	-6 000 000		21,1
<b>708 Bundesamt für Landwirtschaft</b>	<b>160 000</b>	<b>7 097 800</b>	<b>-6 937 800</b>		<b>160 000</b>
Käseunion in Liquidation	–	6 937 800	-6 937 800		100,0
Identitas AG	160 000	160 000	–		160 000 51,0
<b>710 Agroscope</b>	–	<b>600</b>	<b>-600</b>		–
ALP Posieux/Anteilscheine Trocknungs- genossenschaft Sensebezirk	–	–	–		–
ART Tänikon /Anteilschein Genossenschaft Koll.	–	500	-500		–
Getreidesammelstelle Strass-Frauenfeld	–	–	–		–
ART Tänikon /Anteilschein Wohnbaugenossenschaft Lilienthal Guntershausen	–	100	-100		–
<b>725 Bundesamt für Wohnungswesen</b>	<b>11 508 000</b>	<b>11 533 000</b>	<b>-125 000</b>		<b>11 408 000</b>
Logis Suisse Holding	3 544 000	3 544 000	–		3 544 000 4,2
Alloggi Ticino SA	5 399 000	5 399 000	–		5 399 000 35,5
Wohnstadt Bau+Verwaltungsgenossenschaft	500 000	500 000	–		500 000 14,0
Wohnstadt AG (WFG)	1 000 000	1 000 000	–		1 000 000 14,0
Soc. Coop. Rom. De Caution Immob. CRCI	600 000	600 000	–		600 000 76,4
GEMIWO Gemeinnützige Mietwohn AG	100 000	100 000	–		100 000 8,3
GEMIWO Gemeinnützige Mietwohn AG (WFG)	100 000	100 000	–		100 000 8,3
GEWO ZH Ost	125 000	250 000	-125 000		125 000 2,3
Hyp.-Bürg.Gen. (HBW)	140 000	40 000	–		40 000 79,8
<b>802 Bundesamt für Verkehr</b>	–	<b>187 329 387</b>	<b>-187 329 387</b>		–
Rhätische Bahn RhB	–	25 000 000	-25 000 000		– 43,1
Zentralbahn zb	–	19 350 000	-19 350 000		– 16,1
BLS AG	–	17 240 608	-17 240 608		– 21,7
Matterhorn Gotthard Infrastruktur AG	–	11 072 250	-11 072 250		– 76,9
Montreux-Oberland-Bahn MOB	–	8 913 000	-8 913 000		– 43,1
Regionalverkehr Bern-Solothurn RBS	–	7 040 000	-7 040 000		– 26,4
Appenzeller Bahnen AB	–	6 134 400	-6 134 400		– 39,3
Berner Oberland-Bahnen BOB	–	4 400 000	-4 400 000		– 35,7
Forchbahn FB	–	4 000 000	-4 000 000		– 32,8
Aare Seeland Mobil AG Asm	–	3 720 000	-3 720 000		– 36,2
Transports Publics Fribourgeois TPF	–	–	–		– –
Transports Publics Fribourgeois Infrastructure TPFI	–	45 704 924	-45 704 924		– 66,5
Chemin de fer du Jura CJ	–	3 623 000	-3 623 000		– 33,4
Wynental- und Suhrentalbahn WSB	–	3 500 000	-3 500 000		– 34,4
Schweizerische Südostbahn SOB	–	3 197 400	-3 197 400		– 35,8
BDWM Transport AG	–	3 136 000	-3 136 000		– 30,3
Transports de Martigny et Régions SA, TMR	–	2 934 040	-2 934 040		– 43,2
Ferrovie Autolinee Regionali Ticinesi FART	–	2 900 000	-2 900 000		– 34,1
Sihltahl-Zürich-Uetliberg-Bahn SZU	–	2 700 300	-2 700 300		– 27,8
Matterhorn Gotthard Verkehrs AG	–	2 496 675	-2 496 675		– 16,6
Baselland Transport AG BLT	–	2 100 000	-2 100 000		– 5,6
Frauenfeld-Wil-Bahn FW	–	1 695 300	-1 695 300		– 37,4
Transports Publics du Chablais SA, TPC	–	1 586 560	-1 586 560		– 18,1
Travys SA	–	1 131 580	-1 131 580		– 17,2
Transports Montreux-Vevay-Riviera MVR	–	985 000	-985 000		– 17,1
Chemin de fer Lausanne-Echallens-Bercher LEB	–	975 000	-975 000		– 42,9
Chemin de fer Nyon-St.Cergue-Morez NStCM	–	912 500	-912 500		– 28,4
Waldenburgerbahn WB	–	–	–		– –

**D03 Beteiligungen nach Verwaltungseinheiten**

Fortsetzung

	31.12.2015	31.12.2016			Kapital- anteil (in %)	
	Bilanzwert	Anschaf- fungswert/ Nominalkapital	Wertbe- richtigung	Veränderung Equitywert		Bilanzwert
CHF						
Morges-Bière-Cossonay MBC	–	350 000	-350 000		–	34,4
TransN SA	–	313 450	-313 450		–	9,8
Ferrovie Luganesi/Lugano Ponte Tresa FLP	–	120 000	-120 000		–	10,0
Matterhorn Gotthard Bahn AG	–	97 200	-97 200		–	38,9
Brienz Rothorn Bahn	–	200	-200		–	

#### D04 Kurz- und langfristige Schulden

Mio. CHF	2012	2013	2014	2015	2016	Differenz zu 2015	
						absolut	%
<b>Bruttoschulden</b>	<b>112 406</b>	<b>111 638</b>	<b>108 797</b>	<b>103 805</b>	<b>98 819</b>	<b>-4 987</b>	<b>-4,8</b>
<b>Kurzfristige Schulden</b>	<b>31 530</b>	<b>31 537</b>	<b>29 791</b>	<b>26 128</b>	<b>27 289</b>	<b>1 162</b>	<b>4,4</b>
Laufende Verbindlichkeiten	15 096	15 980	16 225	16 107	17 385	1 278	7,9
Kontokorrente	10 208	4 116	4 115	4 841	5 183	342	7,1
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1 580	1 350	1 385	744	788	43	5,8
Steuer- und Zollverbindlichkeiten	–	6 369	5 684	5 573	6 073	499	9,0
Verwaltete Stiftungen	75	62	68	53	23	-30	-56,3
Übrige laufende Verbindlichkeiten	3 234	4 084	4 973	4 896	5 319	423	8,6
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	16 435	15 556	13 565	10 021	9 904	-117	-1,2
Geldmarkt	13 006	12 377	10 399	6 943	6 949	6	0,1
Sparkasse Bundespersonal	3 030	2 955	2 988	2 866	2 766	-100	-3,5
Negative Wiederbeschaffungswerte	399	225	166	203	178	-25	-12,5
Übrige kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	–	–	12	9	11	2	27,2
<b>Langfristige Schulden</b>	<b>80 876</b>	<b>80 101</b>	<b>79 006</b>	<b>77 678</b>	<b>71 529</b>	<b>-6 149</b>	<b>-7,9</b>
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	80 876	80 101	79 006	77 678	71 529	-6 149	-7,9
Bundeseigene Unternehmungen	1 370	770	300	100	–	-100	-100,0
Anleihen	79 290	79 105	78 443	77 275	71 223	-6 052	-7,8
Von Dritten mitfinanzierte ETH-Bauten	99	104	109	124	133	9	7,1
Von Dritten mitfinanzierte Investitionen	28	35	40	55	55	1	1,5
Übrige mittel- und langfristige Schulden	89	87	114	124	118	-6	-5,0

**E01 Geld- und Kapitalmarktschulden sowie Selbstkostensätze**

	Total		Geldmarktschulden		Kapitalmarktschulden	
	Mio. CHF	Selbstkosten %	Mio. CHF	Selbstkosten %	Mio. CHF	Selbstkosten %
2016	86 958	1,7	15 736	-0,5	71 223	2,2
2015	92 670	1,9	15 395	-0,4	77 275	2,4
2014	89 142	2,2	10 399	-0,1	78 743	2,5
2013	92 252	2,3	12 377	-0,1	79 875	2,7
2012	93 666	2,5	13 006	-0,2	80 660	2,9
2011	92 539	2,7	10 610	-0,3	81 929	3,2
2010	92 559	2,9	9 181	0,1	83 378	3,2
2009	94 807	3,0	6 947	0,0	87 859	3,3
2008	104 614	3,0	12 129	0,5	92 485	3,3
2007	106 125	3,2	10 391	2,2	95 734	3,3
2006	109 525	3,2	13 806	1,7	95 719	3,4
2005	112 290	3,0	16 692	0,8	95 598	3,4

Hinweis: ab 2015 inklusive Depotkonten und Sparkasse Bundespersonal

## E02 Offenlegung der ausstehenden Geldmarktschulden

Fälligkeit Mio. CHF	Valoren-Nr.	Aufnahme	Emissions- preis/Zins	Bilanzwert 2016	Marktwert 2016
<b>Total</b>				<b>6 949,1</b>	<b>6 959,0</b>
<b>Geldmarktbuchforderungen</b>				<b>6 949,1</b>	<b>6 959,0</b>
05.01.2017	3618156	07.01.2016	100,845	558,4	558,4
12.01.2017	3618196	13.10.2016	100,277	377,2	377,3
19.01.2017	3618197	20.10.2016	100,279	400,0	400,2
26.01.2017	3618198	27.10.2016	100,283	403,1	403,4
02.02.2017	3618199	03.11.2016	100,284	367,2	367,5
09.02.2017	3618200	10.11.2016	100,285	434,3	434,7
16.02.2017	3618188	18.08.2016	100,549	392,6	393,0
23.02.2017	3618202	24.11.2016	100,286	423,9	424,4
02.03.2017	3618203	01.12.2016	100,266	368,2	368,7
09.03.2017	3618204	08.12.2016	100,279	418,8	419,4
16.03.2017	3618205	15.12.2016	100,292	505,2	506,0
23.03.2017	3618206	22.12.2016	100,304	433,8	434,6
30.03.2017	3618207	29.12.2016	100,231	385,4	386,1
06.04.2017	3618195	06.10.2016	100,551	472,2	473,1
18.05.2017	3618201	17.11.2016	100,430	444,0	445,2
06.07.2017	3618182	07.07.2016	101,025	565,1	567,1
<b>Festgelder</b>				<b>0,0</b>	<b>0,0</b>

### E03 Offenlegung der ausstehenden Anleihen

Fälligkeit Mio. CHF	Valoren-Nr.	Coupon	Laufzeit	Kündbarkeit	Freie Eigen- quoten	Bilanzwert 2016	Marktwert 2016
<b>Eidgenössische CHF Anleihen</b>					<b>4 662</b>	<b>71 222,6</b>	<b>90 086,6</b>
05.06.2017	644842	4,25%	1997–2017	–	160	5 600,1	5 861,0
08.01.2018	1522166	3,00%	2003–2018	–	200	6 836,0	7 320,5
12.05.2019	1845425	3,00%	2004–2019	–	155	5 844,1	6 510,0
06.07.2020	2190890	2,25%	2005–2020	–	105	4 595,9	5 150,7
28.04.2021	11199981	2,00%	2010–2021	–	170	4 088,5	4 636,3
25.05.2022	12718101	2,00%	2011–2022	–	310	3 523,4	4 071,8
11.02.2023	843556	4,00%	1998–2023	–	–	4 557,7	6 000,8
11.06.2024	12718117	1,25%	2012–2024	–	200	3 143,4	3 557,1
24.07.2025	18424999	1,50%	2013–2025	–	300	2 467,4	2 868,5
28.05.2026	22439698	1,25%	2014–2026	–	300	1 577,2	1 811,1
27.06.2027	3183556	3,25%	2007–2027	–	365	1 663,9	2 289,0
08.04.2028	868037	4,00%	1998–2028	–	–	5 612,5	8 375,8
22.06.2029	22439734	0,00%	2016–2029	–	300	446,1	448,2
27.05.2030	22439717	0,50%	2015–2030	–	300	982,4	1 051,2
22.06.2031	12718102	2,25%	2011–2031	–	182	1 874,2	2 496,9
08.04.2033	1580323	3,50%	2003–2033	–	40	3 592,7	5 647,7
08.03.2036	2452496	2,50%	2006–2036	–	220	3 283,0	4 785,8
27.06.2037	12718119	1,25%	2012–2037	–	220	3 428,7	4 192,5
30.04.2042	12718116	1,50%	2012–2042	–	250	3 545,6	4 676,4
06.01.2049	975519	4,00%	1999–2049	–	285	1 936,8	4 160,3
30.05.2058	22439733	0,50%	2016–2058	–	300	536,3	567,5
25.06.2064	22439700	2,00%	2014–2064	–	300	2 087,0	3 607,5

#### E04 Nettozinslast

	Nettozinslast		Zinsausgaben	Zinseinnahmen
	% ordentliche Einnahmen	Mio. CHF	Mio. CHF	Mio. CHF
2016	1,0	699	961	261
2015	1,6	1 099	1 381	282
2014	2,6	1 657	1 887	230
2013	2,9	1 888	2 125	237
2012	2,2	1 382	1 736	353
2011	3,1	2 011	2 380	369
2010	3,9	2 474	2 834	360
2009	4,3	2 600	3 135	535
2008	4,6	2 945	3 660	715
2007	5,5	3 185	3 849	664
2006	6,4	3 515	3 993	478
2005	6,3	3 242	3 577	335
2004	5,9	2 876	3 167	292
2003	6,3	2 964	3 293	329
2002	6,9	3 274	3 764	490
2001	5,4	2 645	3 394	749
2000	5,4	2 759	3 489	730
1999	6,8	2 905	3 586	681
1998	5,2	2 281	3 345	1 063
1997	5,0	1 940	3 079	1 139
1996	4,0	1 591	2 922	1 331
1995	4,4	1 641	3 080	1 440
1994	4,9	1 793	3 079	1 287
1993	4,3	1 411	2 486	1 076
1992	4,7	1 651	2 546	895
1991	3,9	1 310	2 050	740
1990	3,6	1 180	1 832	652

#### E05 Derivative Finanzinstrumente

Mio. CHF	Nominalwert		Marktwert		Positiver Wiederbeschaffungswert		Negativer Wiederbeschaffungswert	
	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016
<b>Derivative Finanzinstrumente</b>	<b>3 265</b>	<b>3 166</b>	<b>-27</b>	<b>-29</b>	<b>177</b>	<b>149</b>	<b>-203</b>	<b>-178</b>
<b>Zinsinstrumente</b>	<b>600</b>	<b>500</b>	<b>-141</b>	<b>-127</b>	–	–	<b>-141</b>	<b>-127</b>
Zinsswaps	600	500	-141	-127	–	–	-141	-127
Optionen	–	–	–	–	–	–	–	–
<b>Devisen</b>	<b>2 665</b>	<b>2 666</b>	<b>115</b>	<b>98</b>	<b>177</b>	<b>149</b>	<b>-62</b>	<b>-51</b>
Terminkontrakte	2 665	2 666	115	98	177	149	-62	-51
Optionen	–	–	–	–	–	–	–	–

**F01 Personalbezüge, Arbeitgeberbeiträge und Personalbestand\***

	Total		Personal zu Lasten von Personalkrediten		Personal zu Lasten von Sachkrediten		Personal zu Lasten FLAG- Verwaltungseinheiten		Personal zu Lasten Behörden, Kommissionen und Richter	
	Aufwand Mio. CHF	Bestand FTE	Aufwand Mio. CHF	Bestand FTE	Aufwand Mio. CHF	Bestand FTE	Aufwand Mio. CHF	Bestand FTE	Aufwand Mio. CHF	Bestand FTE
2016	5 296	34 915	4 105	28 216	148	701	964	5 918	79	81
2015	5 286	34 935	4 103	28 202	151	743	954	5 908	79	82
2014	5 178	34 772	4 033	28 137	142	761	923	5 792	79	82
2013	5 033	33 892	3 934	27 528	131	672	890	5 611	78	81
2012	4 898	33 309	3 819	26 873	120	690	883	5 666	76	81
2011	4 779	33 054	3 729	26 774	119	669	857	5 531	74	80
2010	4 740	33 312	3 703	26 945	126	626	835	5 661	78	80
2009	4 675	33 056	3 684	26 865	114	581	804	5 532	73	78
2008	4 361	32 398	3 453	26 412	105	590	734	5 320	69	76
2007	4 256	32 105	3 449	26 712	102	569	638	4 750	67	74
2006	4 110	32 163	3 571	28 533	121	753	352	2 815	66	62
2005	4 111	33 290	3 591	29 639	117	889	336	2 710	67	52
2004	4 188	34 155	3 675	30 499	114	874	333	2 733	65	49
2003	4 148	34 619	3 675	31 187	106	782	306	2 616	61	34
2002	4 079	33 662	3 618	30 433	107	745	298	2 484	56	–
2001	3 890	32 498	3 455	29 421	98	695	284	2 382	52	–
2000	3 619	31 269	3 284	28 758	38	334	253	2 177	45	–

\* exkl. Arbeitgeberleistungen und übriger Personalaufwand

## F02 Personalaufwand im Detail

Mio. CHF	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Rechnung 2015	Voranschlag 2016	Rechnung 2016	Differenz zu R 2015 absolut	%
<b>Personalaufwand</b>	<b>5 476</b>	<b>5 409</b>	<b>5 450</b>	<b>5 571</b>	<b>5 527</b>	<b>77</b>	<b>1,4</b>
<b>Personalaufwand zu Lasten von Personalkrediten</b>	<b>5 345</b>	<b>5 267</b>	<b>5 300</b>	<b>5 421</b>	<b>5 379</b>	<b>80</b>	<b>1,5</b>
<b>Legislative</b>	<b>74</b>	<b>75</b>	<b>76</b>	<b>77</b>	<b>74</b>	<b>-1</b>	<b>-1,8</b>
Entschädigungen für Parlamentarier	37	38	37	40	37	0	-1,2
Personalaufwand	36	37	38	37	37	-1	-2,4
Übriger Personalaufwand	–	–	–	–	–	–	–
<b>Judikative</b>	<b>140</b>	<b>143</b>	<b>146</b>	<b>151</b>	<b>145</b>	<b>-1</b>	<b>-0,6</b>
Bezüge Bundesrichter	40	41	41	41	41	0	0,6
Personalaufwand	99	101	104	108	102	-1	-1,3
Übriger Personalaufwand	1	2	1	2	2	0	26,5
<b>Exekutive</b>	<b>4 752</b>	<b>4 896</b>	<b>4 977</b>	<b>4 965</b>	<b>5 005</b>	<b>28</b>	<b>0,6</b>
Bezüge BR und BK	4	4	4	4	4	0	-0,7
Bezüge Kommissionen	1	1	1	1	1	0	-5,8
Personalaufwand	4 616	4 758	4 841	4 811	4 866	26	0,5
Personalaufwand Lokalpersonal EDA	64	65	65	73	67	2	2,6
Übriger Personalaufwand	67	67	66	76	67	0	0,2
<b>Global- und Spezialkredite</b>	<b>322</b>	<b>98</b>	<b>42</b>	<b>163</b>	<b>117</b>	<b>75</b>	<b>176,5</b>
Globalkredite	–	–	–	38	–	–	–
Arbeitgeberbeiträge zentral	250	1	–	60	–	–	–
Arbeitgeberleistungen	72	97	42	65	117	75	176,5
<b>Umstrukturierungen</b>	<b>58</b>	<b>56</b>	<b>59</b>	<b>66</b>	<b>38</b>	<b>-20</b>	<b>-34,9</b>
Sozialplan	3	0	1	7	-19	-20	n.a.
Vorruhestandsurlaub	55	55	58	59	58	-1	-0,9
<b>Personalaufwand zu Lasten von Sachkrediten</b>	<b>131</b>	<b>142</b>	<b>151</b>	<b>150</b>	<b>148</b>	<b>-3</b>	<b>-2,0</b>
Aufwand für befristet angestelltes Personal	131	142	151	150	148	-3	-2,0
<b>Personalausgaben</b>	<b>5 459</b>	<b>5 371</b>	<b>5 467</b>	<b>5 571</b>	<b>5 465</b>	<b>-2</b>	<b>0,0</b>

n.a.: nicht ausgewiesen

### Hinweise:

- Globalkredite: Beinhaltet Lernende, Erwerbsbehinderte, Hochschulpraktikanten und Lohnmassnahmen.
- Arbeitgeberbeiträge zentral: Diese Beträge werden vom EPA zentral eingestellt und mit der Verabschiedung des Voranschlags durch das Parlament an die Verwaltungseinheiten dezentralisiert.
- Die Arbeitgeberleistungen umfassen: Arbeitgeberzusatzleistungen gemäss Verordnung über die Leistungen bei vorzeitigem Altersrücktritt von Bediensteten in besonderem Dienstverhältnis (SR 510.24); Berufsunfall und Berufsinvalidität, Pensionskassenverpflichtungen, Altlasten PKB (Prozessrisiken), Überbrückungsrenten nach BPV Art. 88f, BPV Art. 116c sowie die Rentenleistungen an die Magistratspersonen und deren Hinterlassene, inkl. Lohnfortzahlungen Arbeitgeberbeiträge

**F03 Höchstbezüge 2016 nach Lohnklassen**

Lohnklassen	100% (Höchstbeträge) Jahresgehalt in Fr.	Bruttobezüge im Monat (1/13) in Fr.	Lohnerhöhungen ab 1.1.2016 in Fr.
1	2	3	4
1	61 619	4 740	Lohnentwicklung nach Art. 39 BPV:
2	62 618	4 817	
3	63 629	4 895	Beurteilungsstufen
4	64 639	4 972	
5	66 513	5 116	4 = 2,5 % – 3,0 %
6	69 608	5 354	3 = 1,0 % – 2,0 %
7	72 693	5 592	2 = 0,0 % – 0,5 %
8	75 745	5 827	1 = -2,0 % – 0,0 %
9	78 874	6 067	
10	81 988	6 307	
11	85 068	6 544	
12	88 224	6 786	
13	91 433	7 033	
14	94 734	7 287	
15	98 662	7 589	
16	102 649	7 896	
17	106 924	8 225	
18	112 016	8 617	
19	117 082	9 006	
20	122 157	9 397	
21	127 227	9 787	
22	132 313	10 178	
23	138 773	10 675	
24	147 248	11 327	
25	154 952	11 919	
26	162 683	12 514	
27	170 403	13 108	
28	178 153	13 704	
29	187 008	14 385	
30	200 658	15 435	
31	209 800	16 138	
32	218 956	16 843	
33	237 344	18 257	
34	255 951	19 689	
35	274 731	21 133	
36	293 717	22 594	
37	312 889	24 068	
38	375 779	28 906	

Hinweis: Ortszuschlag und Betreuungszulage sind in den Bezügen nicht inbegriffen.

